

Archivpflege in Westfalen und Lippe



Heft 51

Oktober 1999



BEITRÄGE

| | |
|--|----|
| Katharina Tiemann 51. Westfälischer Archivtag am 16. und 17. März 1999 in Olpe | 1 |
| Bernward Selter Zur Relevanz forsthistorischer Quellen für die Gegenwart | 3 |
| Andreas Gilsbach Die Bedeutung kommunaler Archive bei der Erstellung eines Altlastenkatasters | 14 |
| Hermann Josef Bausch Informationen zu Altlasten in einem Stadtarchiv: Das Beispiel Dortmund | 20 |
| Niels Franke Stiftung Naturschutzgeschichte: Sammelfelder der Natur- und Umweltschutzgeschichte | 25 |
| Albert Eßer Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Vereinsarchiven. Das Beispiel des Vereins „Liederkranz 1845 e.V.“ in Bergisch-Gladbach | 27 |
| Hans-Jürgen Höötman Die Überlieferung von Personalvertretungen | 29 |
| Kornelia Rennert Mannesmann-Archiv: Die Überlieferung der Betriebsräte | 34 |
| Monika Loecken Die Wendener Hütte – Technisches Kulturdenkmal mit großer schriftlicher Überlieferung | 38 |
| 10. Deutsch-Niederländisches Archivsymposium 1998 (Fortsetzung zu Heft 49/1999, S. 14ff.) | |
| Eric Ketelaar Bildung der Archive und Ausbildung der Archivare: neue Identitäten | 41 |
| Hans Scheurkogel Die Ausbildung an der Archivschule der Niederlande | 46 |
| Betty W. Lutke Schipholt Ziel und Inhalt der Ausbildung „Management & Dokumentatives Informationswesen“ | 49 |
| Thijs Laeven Die Fortbildung von Archivaren in den Niederlanden | 52 |

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

| | |
|--|----|
| Neuverzeichnung des Freiherr vom Stein - Nachlasses | 55 |
| Tagungsbericht: NS-Herrschaft und besetzungstijd im deutsch- niederländischen Grenzraum | 56 |
| Die Steinwache. Ein Beispiel aus der praktischen Arbeit einer Mahn- und Gedenkstätte | 58 |
| Fotoausstellung „Auschwitz“ | 64 |
| Wiedereröffnung Stadtarchiv Dortmund | 66 |

AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN UND LIPPE 68

HINWEISE AUF NEUE BÜCHER 69

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hermann Josef Bausch, Stadtarchiv Dortmund, Friedensplatz 5, 44122 Dortmund — Dr. Wolfgang Bockhorst, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Bo) — Hans-Wilhelm Bohrisch, Stadtarchiv Dortmund, Friedensplatz 5, 44122 Dortmund — Dr. Horst Conrad, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Co) — Prof. Dr. Paul Derks, Universität Essen, Fachbereich 3, Sprach- und Literaturwissenschaften, 45117 Essen — Albert Eßer, Stadtarchiv Bergisch-Gladbach, 51439 Bergisch Gladbach — Matthias M. Ester, Münster — Dr. Norbert Fasse, Stadtarchiv Bocholt, Münsterstraße 76, 46397 Bocholt — Dr. Nils Franke, Stiftung Naturschutzgeschichte, Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf — Dr. Werner Frese, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Fr) — Andreas Gilsbach, MSP GmbH, Bergerstraße 36, 44149 Dortmund — Josef Häming, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Hg) — Dr. Günther Högl, Stadtarchiv Dortmund, Friedensplatz 5, 44122 Dortmund — Hans-Jürgen Höötman, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster — Gabriele John, Leverkusen — Drs. Frank Keverling Buisman, Rijksarchief Gelderland, Markt 1, 6811 CG Arnhem — Rickmer Kießling, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Kie) — Thijs Laeven, Innogration, Koggewagen 47, 1261 KB Blaricum — Monika Loecken, Museumsverein Wendener Hütte, Danziger Str. 2, 57462 Olpe — Drs. Betty W. Lutke Schipholt, Hochschule Management und Dokumentatives Informationswesen, Woerden — Tim Michalak, Stadtarchiv Dortmund, Friedensplatz 5, 44122 Dortmund — Eckhard Möller, Stadtarchiv Harsewinkel, Postfach 1564, 33419 Harsewinkel — Brigitta Nimz, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Ni) — Dr. Norbert Reimann, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Rei) — Kornelia Rennert, Mannesmann-Archiv, Mannesmann AG, Postfach 103641, 40027 Düsseldorf — Annekathrin Schaller, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Scha) — Dr. Hans Scheurkogel, Archiefschool, Universiteit van Amsterdam — Dr. Bernward Selter, Forstliche Dokumentationsstelle, Arnsberg — Dr. Gunnar Teske, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Ts) — Katharina Tiemann, Westfälisches Archivamt, 48133 Münster (Tie)

Diese Zeitschrift ist – wie alle anderen Publikationen des Westfälischen Archivamtes – auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier gedruckt.

BEITRÄGE

51. Westfälischer Archivtag am 16. und 17. März 1999 in Olpe

Zukunft der nichtstaatlichen Archivpflege – Historische Umweltforschung – Überlieferungsformen nichtamtlichen Schriftgutes

von Katharina Tiemann

Am 16. März 1999 eröffnete der Leiter des Westfälischen Archivamtes, Dr. Norbert Reimann, in Anwesenheit von rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern den 51. Westfälischen Archivtag in der Stadthalle in Olpe. Aus aktuellem Anlaß war die Eröffnungsveranstaltung vor dem Hintergrund der drohenden Auflösung der Landschaftsverbände ganz von der Sorge um den Fortbestand der nichtstaatlichen Archivpflege durch die Archivpflegeämter in Westfalen und im Rheinland bestimmt. Mit dem Verweis auf die vielfältigen Tätigkeitsfelder des Landschaftsverbandes, zu denen auch die Archivpflege im Bereich der Kultur zählt, übergab Dr. Reimann das Wort an den Landesdirektor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Wolfgang Schäfer. In seiner Einführungsrede ging Schäfer ebenfalls auf die Pläne der Landesregierung, eine Verwaltungsstrukturreform in Nordrhein-Westfalen unter Auflösung der Landschaftsverbände durchzuführen, ein, und verließ insbesondere seiner Sorge Ausdruck, daß mit der Auflösung der beiden Landschaftsverbände nicht nur bewährte Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung verloren gingen, sondern auch die Identität Westfalens in einem erheblichen Maße beschnitten werde. Speziell an das Fachpublikum gerichtet, machte er deutlich, daß, sofern die derzeitigen Pläne der Landesregierung realisiert würden, die nichtstaatliche Archivpflege den Staatsarchiven zuzuweisen, eine solche Regelung dem Auftrag der nichtsstaatlichen Archivpflege grundsätzlich zuwiderlaufe und zwangsläufig zu Verschlechterungen führe. Schäfer beendete seine Ausführungen mit einem engagierten Appell an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich aktiv dafür einzusetzen, daß die Landschaftsverbände und mit ihnen die kommunalen Archivpflegeeinrichtungen in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Neben dem Bürgermeister Horst Müller und dem Landrat Hanspeter Klein, die sich ebenfalls gegen die Pläne der Landesregierung aussprachen, richtete der Vorsitzende der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, Prof. Dr. Hans Eugen Specker, ein Grußwort an die anwesenden Fachkolleginnen und -kollegen. Specker hob auf die Gründung und die Betätigungsfelder der Bundeskonferenz der Kommunalarchive ab und unterstrich insbesondere die wichtige Rolle der Archivberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen in diesem Gremium. Eine Verschlechterung der nichtstaatlichen Archivpflege, die durch die Auflösung der Landschaftsverbände nicht auszuschließen sei, habe Auswirkungen weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus. Dies

betreffe auch die jährliche Ausrichtung der Archivtage, die vor allem für kleinere Kommunalarchive ein wichtiges Forum zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch sei.

Unter dem Sondertagungsordnungspunkt *Zukunft der nichtstaatlichen Archivpflege* berichtete Dr. Reimann vom aktuellen Stand der Diskussion über die von der Landesregierung geplante Verwaltungsstrukturreform, die in weiten Teilen recht konzeptionslos verlaufe. Speziell auf die Zukunft der Archivberatungsämter bezogen betonte Reimann, daß weder eine Aufteilung auf die möglicherweise zu bildenden 5 bzw. 6 regionalen Dienstleistungszentren, die staatliche wie kommunale Aufgaben unter einem Dach bündeln, noch die jüngst vorgeschlagene Eingliederung der nichtstaatlichen Archivpflegeämter in Münster und Brauweiler in die Staatsarchive in Münster und Düsseldorf ein sinnvoller Weg sei. Herr Müller, Leiter des Stadtarchivs Paderborn, bat anschließend den Archivreferenten im Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung NRW, Ministerialrat Dr. Hans Schmitz, insbesondere zu den neuerlich bekanntgewordenen Verstaatlichungsabsichten Stellung zu beziehen. Schmitz erläuterte das Zustandekommen der Pläne damit, daß an ihn die Aufgabe herangetragen worden sei, ein Konzept über den Verbleib der Archivberatungsämter für den Fall zu entwickeln, daß die Landschaftsverbände aufgelöst werden. Aus archivarischer Sicht sei dies die beste Lösung. Zudem legte er sehr großen Wert darauf, daß die Archivämter den Staatsarchiven nicht „zugeschlagen“, sondern mit kompletter Personal- wie Sachausstattung zugeordnet würden. In diesem Zusammenhang unterstrich der stellvertretende Leiter des Westfälischen Archivamtes, Dr. Horst Conrad, die Ausrichtung der Archivämter als Beratungsstellen, Dienstleistungseinrichtungen demnach, die den Kommunen gleichberechtigt gegenüberstehen und damit fachlich wesentlich mehr ausrichten können, als wenn eine staatliche Einrichtung als vorgesetzte Behörde den Kommunen Vorschriften mache. Der Leiter des Rheinischen Archiv- und Museumsamtes, Dr. Kurt Schmitz, verwies auf die Anfänge der Archivberatungsstellen, die zunächst bei den Staatsarchiven angesiedelt waren, fachliche Gründe ließen jedoch eine Selbständigkeit notwendig erscheinen. Diese, über Jahre bewährte Entwicklung wieder rückgängig zu machen, ohne überzeugende Konzepte zu haben, gefährde die nichtstaatliche Archivpflege in Nordrhein-Westfalen in erheblichem Maße.

Nach der engagiert geführten Diskussion verlas Herr Müller eine Resolution gegen die durch die drohende Auflösung der Landschaftsverbände Gefährdung der nichtstaatlichen Archivpflege in Nordrhein-Westfalen, die vom Plenum mit einer Gegenstimme angenommen wurde und im Verlauf der Fachtagung von vielen Kolleginnen und Kollegen unterschrieben wurde.

Nach der Verabschiedung der Resolution wurde zum vorgesehenen Programm übergegangen, wenngleich das Thema Verwaltungsstrukturreform während der gesamten Fachtagung in Einzelgesprächen weiter diskutiert wurde. Den traditionell stattfindenden historischen Einführungsvortrag hielt in diesem Jahr der Direktor des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs in Münster, Professor Dr. Wilfried Reininghaus zum Thema „Die Revolution 1848/49 in Westfalen und Lippe“. Reininghaus stellte die Konzeption der in Gemeinschaftsarbeit entstandenen Ausstellung zum Thema vor, die in verschiedenen Orten in Westfalens gezeigt wird, erörterte die Quellenlage und stellte die wichtigsten Forschungsschwerpunkte vor.

Die *erste Arbeitssitzung* nach der Mittagspause, die von Dr. Horst Conrad, Westfälisches Archivamt, moderiert wurde, stellte schwerpunktmäßig archivische Quellen zur Umweltgeschichte in den Mittelpunkt. Dabei sollte exemplarisch gezeigt werden, was diese zu Umweltproblemen der Vergangenheit aussagen können und welchen Stellenwert sie für die Gegenwart haben. Als erster Redner referierte Dr. Bernward Selter, Forstliche Dokumentationsstelle Arnsberg, über das Thema „Zur Relevanz forstgeschichtlicher Quellen für die Gegenwart“ am Beispiel von Quellen aus dem Sauerland. Es wurde u.a. deutlich, daß Forstgeschichte zu einem integrativen Bestandteil einer Reihe verschiedenster Fachdisziplinen geworden ist, wie etwa der Historischen Geographie, der Geschichtswissenschaft wie auch der Kulturwissenschaften, die sich mit dem Wald aus der Perspektive wirtschafts-, sozial-, umwelt- und technikhistorischer und soziokultureller Fragestellungen befassen. Herr Uwe Raabe von der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten in Recklinghausen führte die teilnehmenden Archivarinnen und Archivare mit seinem Thema „Aspekte der Geschichte der floristischen Forschung in Westfalen“ in weitgehend unbekanntes wie exotisches Terrain. Seine Ausführungen waren auch mit dem Aufruf an die Teilnehmenden verbunden, ihn über Quellen wie etwa alte Herbarien oder aber sonstige historische Quellen zur Botanik in den verschiedensten Archiven zu informieren, damit diese in die Forschung einbezogen werden können.

Nach der Kaffeepause befaßten sich zwei Referenten mit der Bedeutung kommunaler Archive bei der Ermittlung von Altlasten. Andreas Gilsbach von der Firma MSP-GmbH Dortmund referierte aus der Sicht eines Nutzers über die „Bedeutung kommunaler Archive bei der Erstellung eines Altlastenkasters“. Die archivischen Quellen und Dienstleistungen eines Kommunalarchivs in Sachen Altlastenrecherche stellte Hermann Josef Bausch vom Stadtarchiv Dortmund mit seinem Beitrag „Archivische Informationen zu 'Altlasten' einer Industriestadt. Das Beispiel Dortmund.“ vor.

Am Abend empfing Bürgermeister Müller die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 51. Westfälischen Archivta-

ges. Bei einem reichhaltigen Abendessen auf Einladung der Stadt bestand genügend Möglichkeit, den begonnenen Erfahrungsaustausch fortzusetzen.

Die zweite Arbeitssitzung am folgenden Tag befaßte sich, moderiert von Dr. Gunnar Teske, Westfälisches Archivamt, mit dem Generalthema „Überlieferungsformen nichtstaatlichen Schriftgutes“ mit der Zielrichtung, auf die Bedeutung des Schriftgutes gesellschaftlicher Organisationen hinzuweisen, auf die Kommunalarchive keine unmittelbare Zugriffsmöglichkeit haben. Als erster Redner stellte Herr Nils Franke vom Archivforum und Museum zur Geschichte des Naturschutzes in Düsseldorf das Projekt „Stiftung Naturschutzgeschichte“ vor, indem er deren Sammelfelder zur Natur- und Umweltschutzgeschichte skizzierte. Dr. Albert Eßer vom Stadtarchiv Bergisch-Gladbach befaßte sich mit Vereinsüberlieferung: „Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Vereinsarchiven. Das Beispiel des Vereins 'Liederkrans 1845 e.V.' in Bergisch-Gladbach“. Neben einem kurzen Abriss zur Geschichte der Sängerbewegung im 19. Jahrhundert, ging Eßer auf die Übernahme, den Inhalt sowie den Quellenwert des vorhandenen Bestandes ein, Ergebnisse, die auch auf andere Vereinsarchive Anwendung finden können. Nach der Kaffeepause hielt Hans-Jürgen Höötman vom Westfälischen Archivamt ein Grundsatzreferat zur „Überlieferung der Personalräte“, ein Thema, zu dem es bislang weder praktische Erfahrungen noch einschlägige Literatur gibt. Neben einem Abriss zur Geschichte der Mitwirkung, stellte er die zu erwartenden Quellengruppen vor und bewertete sie hinsichtlich ihres Quellenwertes. Für die kommenden Monate plant Höötman, sich aktiv um die Überlieferung der Personalräte im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zu bemühen. Mit der „Überlieferung der Betriebsräte“ befaßte sich Kornelia Rennert vom Archiv der Mannesmann AG Düsseldorf. Sie stellte dar, daß die Überlieferungssituation von Betriebsratsquellen immer noch unbefriedigend ist, im Unterschied zur Überlieferung der Personalräte allerdings mühen sich Kolleginnen und Kollegen vor allem in den Wirtschaftsarchiven seit Jahren um diese Quellengruppe, da es sich hierbei um eine äußerst wichtige Überlieferung insbesondere zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte handelt. So konnte mittels einer Umfrage im Jahr 1995 festgestellt werden, daß 31 % der westdeutschen Wirtschaftsarchive über entsprechende Quellen verfügen, wenngleich auch zum Teil nur lückenhaft. Der letzte Beitrag befaßte sich mit „Schriftgut der Ratsfraktionen in Kommunalarchiven“. Götz Bettge schilderte dabei seine Erfahrungen, die er bislang mit der Schriftgutübernahme von Parteien im Stadtarchiv Iserlohn gemacht hat.

Nach dem Mittagessen wurden aktuelle Fragen der Archivpflege erörtert. U.a. wurden die anwesenden Kolleginnen und Kollegen über den neuen Ausbildungsberuf für Medien und Informationsdienste informiert. Zum Schluß der Fachtagung führte Frau Monika Loecken vom Museum „Wendener Hütte“ in die Geschichte des Industriedenkmals ein, daß anschließend von einem Großteil der Teilnehmenden besichtigt wurde.

Dr. Reimann beendete die Tagung mit einem herzlichen Dank an alle Beteiligten, die zum Gelingen des Archivtages beigetragen haben.

Zur Relevanz forsthistorischer Quellen für die Gegenwart

von Bernward Selter

1 Einleitung

„Was kümmert es den, der Geld bedarf und in zehn Jahren zu verbrauchen gedenkt, wovon sein Urenkel noch zehren sollte“¹, brachte Ernst Moritz Arndt 1820 eine typisch menschliche Verhaltensweise auf den Punkt. Es war eine Anspielung auf die Weigerung vieler Kleinwaldbesitzer, die im Namen der rationellen Forstwirtschaft von den Behörden verordneten Aufforstungen vorzunehmen. Die Akzeptanz für Aufwendungen, deren Früchte erst spätere Generationen ernten konnten, war in der Bevölkerung nicht sehr groß; ganz besonders in Zeiten, in denen die Landwirtschaft - so auch in Südwestfalen - noch massiv von der traditionellen Waldnutzung abhängig war. Der forstökonomische Wunsch nach umfassenden Nadelholzaufforstungen und der Reduzierung landwirtschaftlicher Forstnutzungen scheiterte auch in unserer Region noch bis Ende des 19. Jahrhunderts vielerorts an der sozioökonomischen Wirklichkeit.

Ohne nun für die eine oder andere Seite - sprich Land- oder Forstwirtschaft - Stellung zu beziehen, bleibt festzuhalten: der Wald umreißt einen der zentralen Räume, in dem sich der zeitliche Wandel des menschlichen Einflusses auf die Natur sowie umgekehrt die Auswirkungen der natürlichen Gegebenheiten auf die Geschichte der Menschen vollzog und noch immer - wenn auch unter den Vorzeichen eines Waldfunktionswandels - vollzieht.

Wie wir wissen, sind die Produktionszeiträume in der Forstwirtschaft außerordentlich lang. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hat man daher damit begonnen, den Waldbau über eine derart große Zeitspanne planerisch zu bewältigen. Forstplaner und Historiker können daher auf einen reichen Fundus historisch wertvoller Unterlagen zurückgreifen, sofern letztere nicht - wie leider im Verlauf mehrerer Umorganisationen der Forstverwaltung schon geschehen - als Altpapier ein unrühmliches Ende finden.

2 Forstgeschichte und Umweltgeschichte: Bedeutung und Aufgaben

Wozu brauchen wir eine Forstgeschichte? Was kann sie konkret zur Lösung aktueller Probleme beitragen? Bekanntlich soll der wissenschaftliche Umgang mit Geschichte auch Orientierungswissen liefern, neue Einsichten und Erfahrungen befördern, zukünftiges Handeln mitbestimmen. Daß dies ganz besonders für das Forstwesen zutrifft, soll weiter unten anhand mehrerer Bei-

spiele verdeutlicht werden. Denn besonders in der Forstwissenschaft ist - so der Forstwissenschaftler Karl Hasel - „das Bedürfnis nach Klärung der geschichtlichen Ursprünge und Zusammenhänge besonders (...) ausgeprägt.“² Die Forschungen auf diesem Gebiet erstrecken sich mittlerweile soweit, daß selbst die ästhetisch-emotionalen Wahrnehmungen von Wald und Natur zum Gegenstand forstwissenschaftlicher Untersuchungen geworden sind. Gleich daran anknüpfend sei daher gefragt: Ist immer das ursprüngliche Natur, was wir als solches in die Natur hineininterpretieren, an ihr schön finden?



Abb. 1: Reste eines alten Hudewaldes (Arnsberger Wald, Aufnahme vor dem Krieg)³

Manchem schwebt beim Anblick solcher Baumexemplare - Waldbilder, die uns auch heute mancherorts noch begegnen - sicher ein romantisches Idealbild einer unzerstörten Natur und weitgehend unberührten „Wildnis“ vor. Doch sollten wir im Auge behalten, wie leicht uns unser subjektives Empfinden täuschen kann. Denn Bäume dieser Art sind eher Zeugen dafür, wie sehr menschliche Eingriffe in die Vegetation auch deren Form verändert haben (im obigen Fall wahrscheinlich durch frühere Waldweide und Brennholznutzung). Bäume verkörpern ein Stück lebendig gebliebene Geschichte. Natur ist in unseren Breiten nahezu immer schon vom Menschen überformte Natur - und das nicht erst seit der massenhaften Aufforstung des Sauerlandes mit der standortfremden Fichte.

¹ Ernst Moritz Arndt: Ein Wort über die Pflege und Erhaltung der Forsten und der Bauern im Sinne einer höheren d. h. menschlichen Gesetzgebung. Schleswig 1820. In: ders.: Agrarpolitische Schriften, hg. von W. O. W. Terstegen. 2. Aufl., Goslar 1942, S. 323-423, hier S. 360.

² Karl Hasel: Forstgeschichte. Ein Grundriß für Studium und Praxis. Hamburg und Berlin 1985, S. 14.

³ Vorlage aus Fritz Mielert: Das schöne Westfalen. 4. Bd., Dortmund o. J., S. 29.

Aber nicht nur die Beschreibung historischer Sachverhalte und die Überprüfung der Authentizität der Quellen zählen zu den Aufgaben des Forsthistorikers, sondern auch die Aufdeckung der Hintergründe landschaftsgeschichtlicher Entwicklungen, der Interessen und Wahrnehmungen der handelnden Menschen. Es geht um die Erforschung langfristiger Lebens- und Reproduktionsbedingungen im Handlungs- und Erfahrungsraum Wald; ferner darum, wie diese Prozesse kollektive Mentalitäten beeinflussten bzw. durch letztere bestimmt wurden. Das Ökosystem Wald findet ja nicht nur als Teil des biologischen Systems unser Interesse, sondern auch als Bestandteil sozialer Systeme. Mehr denn je fordern heutige gesellschaftliche Ansprüche einen nachhaltigen Umgang mit der Natur. Kenntnisse über den Werdegang des Ökosystems Wald sind somit auch außerhalb der klassischen Forstwirtschaft erwünscht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zunächst einige Anmerkungen über den wissenschaftlichen Standort der heutigen Forstgeschichtsforschung anfügen. Gegen Ende der 1970er Jahre wurde in verschiedenen Fachdisziplinen auch die historische Dimension der Umweltveränderung und -zerstörung „entdeckt“. Dies geschah freilich - in Abgrenzung zur traditionellen Forstgeschichte - aus einem technik- und umwelthistorischen Ansatz heraus. Die Anpassung der vorindustriellen Gesellschaft an die Grenzen natürlicher Ressourcen (Stichwort „Holzmangel“) wurde erforscht, Wahrnehmungen und Lösungsstrategien im Umgang mit Umweltschäden und begrenzten Ressourcen sollten ergründet werden.

Die mittlerweile interdisziplinär angelegte Diskussion ist weiterhin im Gange. Insgesamt hat der Diskurs dazu ge-

führt, daß sich erstens die Forstgeschichte nicht mehr nur als eine mehr oder weniger isolierte, nur der Forstwirtschaft zugewandte Disziplin versteht, und zweitens das Forschungsobjekt Wald mittlerweile zum integrativen Bestandteil einer Reihe von Fachdisziplinen geworden ist. Historische Geographie, Geschichtswissenschaft oder auch die Kulturwissenschaften beschäftigen sich mit dem Wald aus der Perspektive wirtschafts-, sozial-, umwelt- und technikhistorischer sowie auch sozio-kultureller Fragestellungen.

Dieser Entwicklung wurde erfreulicherweise inzwischen auch auf organisatorischer Ebene Rechnung getragen. Im Sommer 1998 wurde eine nationale Arbeitsgemeinschaft „Forstgeschichte“ des Deutschen Verbandes Forstlicher Forschungsanstalten (DVFFA) ins Leben gerufen, in der auch „Nicht-Forstleute“ aktiv vertreten sind. Daneben existiert auf internationaler Ebene eine Sektion Forstgeschichte in der International Union of Forest Research Organisations (IUFRO). Im universitären Bereich widmet man sich besonders an der Universität Freiburg der forstgeschichtlichen Forschung. Der dortige Arbeitsbereich Forstgeschichte am Institut für Forstpolitik plant für die Zukunft ein „Europäisches Zentrum für forstgeschichtliche Informationen“.

3 Forstgeschichtliche Quellen und ihre Relevanz für die Gegenwart

Wie viele von Ihnen wissen, sind Abgaben von Forstakten an die Archive eine eher seltene Erscheinung. Einer der Gründe hierfür ist unbestreitbar der Einsatz alter Unterlagen im noch laufenden Dienstbetrieb. Der Aussagefähigkeit des historischen Materials wird wie-

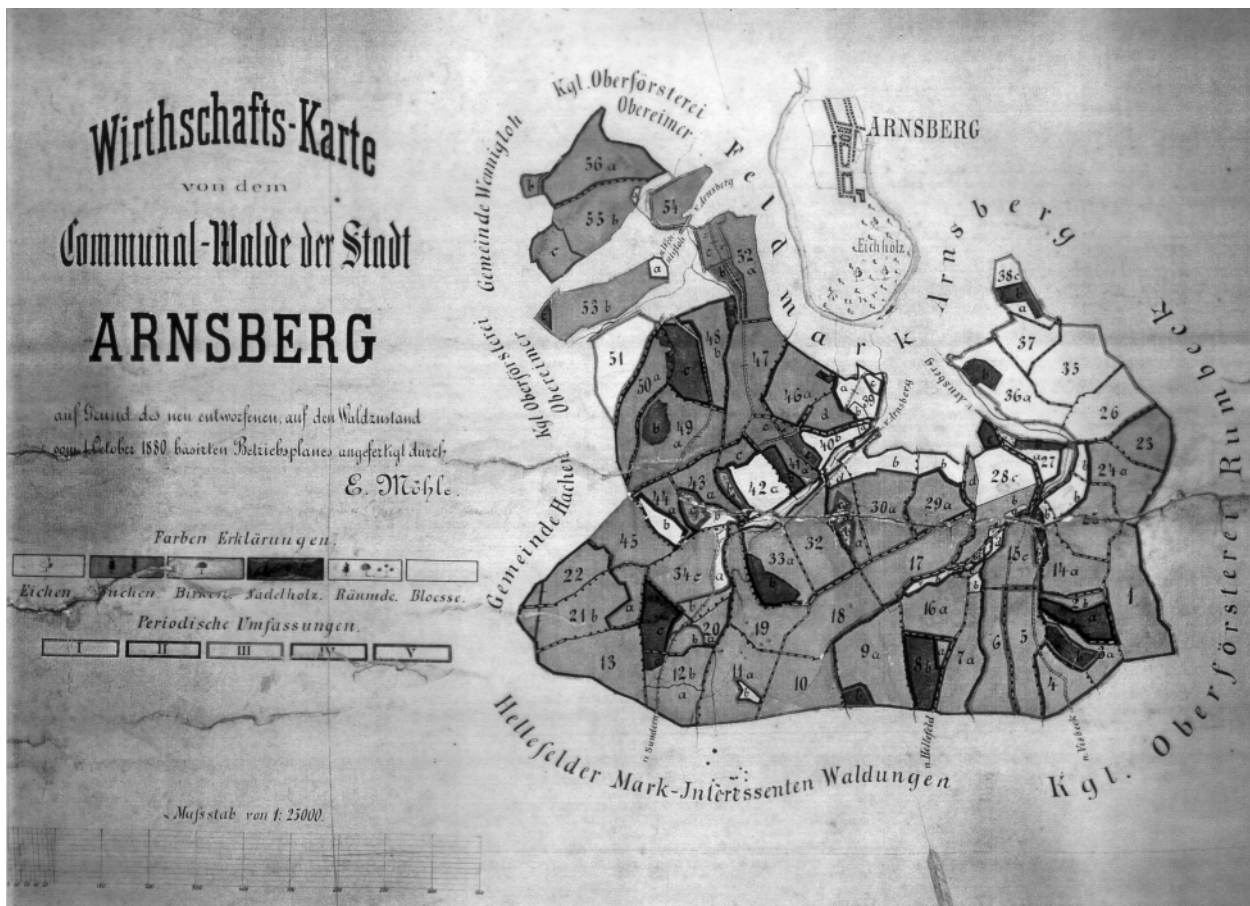


Abb. 2: Wirtschaftskarte vom Stadtwald Arnsberg aus dem Jahre 1880 (Bestand Forstliche Dokumentationsstelle)

der mehr Gewicht beigemessen. Forstakten und Betriebswerke besitzen als umweltgeschichtliche Quellen einen hohen Informationswert. Insbesondere dann, wenn dazugehörige Kartenwerke (Betriebskarten, Spezialkarten, Grenzkarten usw.) noch erhalten sind und den nötigen Flächenbezug mit entsprechenden Angaben zur Lage der einzelnen Flächen, der Baumartenverteilung sowie den verschiedenen Altersklassen herstellen.

Tabellarische, kartographische und deskriptive Darstellungen zusammen versorgen uns mit zum Teil detaillierten Angaben über biotische und abiotische Einflüsse auf den Wald. Ein wichtiges Kriterium dieser Quellen ist, daß sie meist periodisch verfaßt wurden. Die Forsteinrichtungswerke etwa alle 10 oder 20 Jahre mit zwischengeschalteten sogenannten Taxationsrevisionen. Es ist daher möglich, in mehreren zeitlichen Querschnitten die Bestandesgeschichte zusammenhängender Waldgebiete zu rekonstruieren. Das Wissen über die Vorgeschichte von Waldbeständen, die Lebensgeschichte der an einem Standort im Laufe der Zeit stockenden Waldabteilungen ist von unschätzbarem Wert für die weitere Forst- und Landschaftsplanung. Denn in Südwestfalen hat in den letzten 200 Jahren ein massiver Holzartenwechsel vom Laubholz hin zum Nadelholz vielerorts das Gesicht der Landschaften grundlegend verändert. Eine Entwicklung, die im Staatswald sogar noch moderater ablief als im Privatwald.

Einen Hinweis auf die Anfänge des Nadelholzanbaus zeigt uns der folgende Ausschnitt aus dem Betriebswerk der Oberförsterei Obereimer (siehe Abb. 4, Seite 7).

Die recht umfangreichen Waldbeschreibungen sind eine wertvolle Ergänzung des vorhandenen Zahlenmaterials. Deskriptive Quellen wie etwa die zum obigen Betriebswerk gehörende „Generelle Beschreibung der Oberförsterei Obereimer“ liefern weitere Informationen - wie hier z. B. über die Motive des Fichtenanbaus -, aber auch Empfehlungen für die zukünftige Forstplanung:

„Was nun ferner die Fichte anbelangt, so ist dieselbe in den letzten 40 Jahren angebaut und namentlich auf den mit Heidekraut überzogenen, verwilderten Sommerseiten, den alten Ackerländern und verraseten, einen letzigen Boden habenden Viehweiden. (...)“

Künftighin sollen die Fichten nur zur Ausbesserung einiger verangerter Saamenschläge und überhaupt nur als Übergang zur Verbesserung des Bodens benutzt werden.“⁴

Wie man sieht, verliert man noch kein Wort über die großflächige Einführung von Fichtenmonokulturen; das sollte erst später kommen. Bis in die 1860er Jahre legte man in unserer Region das Hauptaugenmerk auf den Anbau des Laubholzes.

⁴ Akten Forstamt Arnsberg.

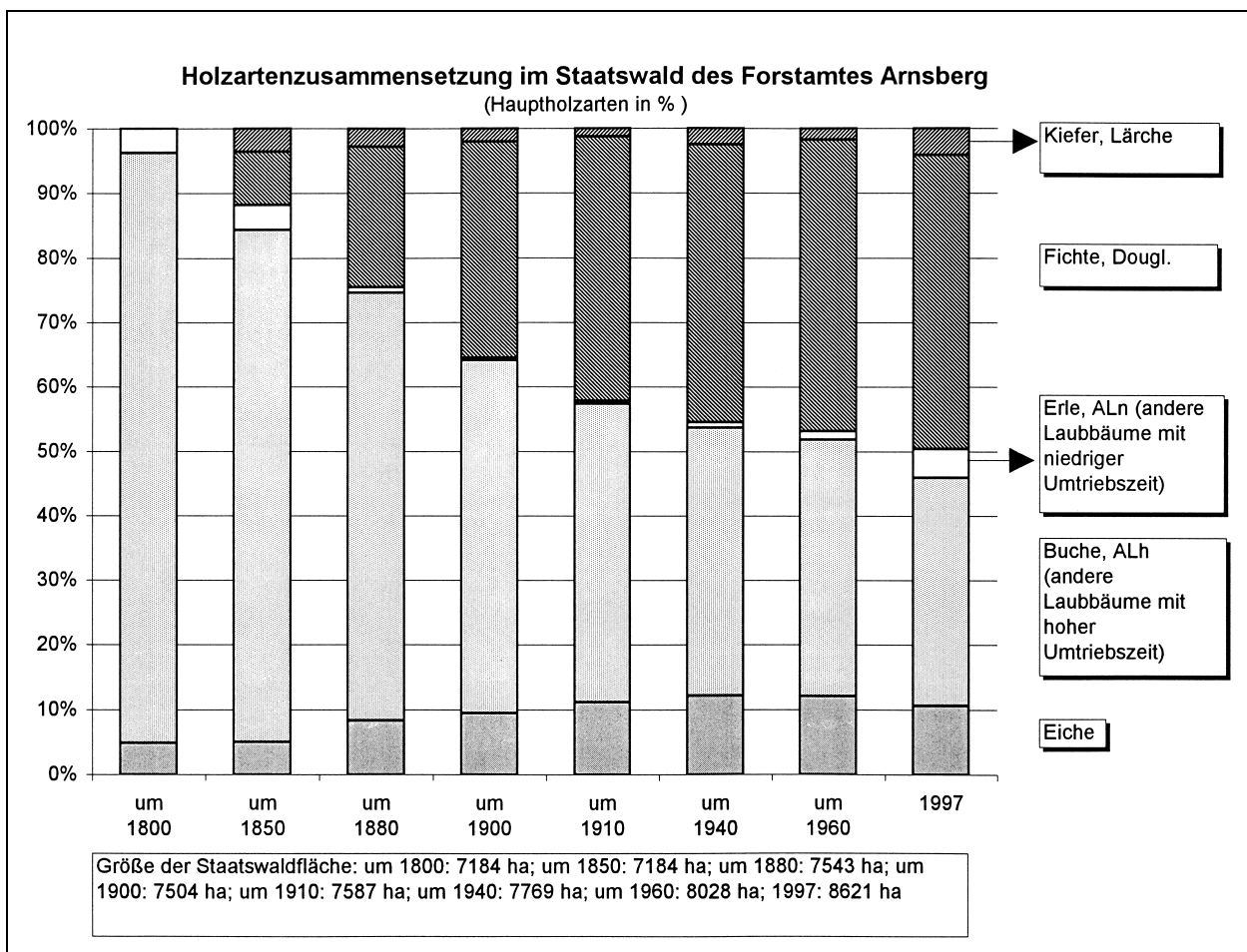


Abb. 3: Holzartenwechsel im Staatswald des Forstamtes Arnsberg (1800-1997) (nach den Betriebswerken des Forstamtes Arnsberg)

| Waldteil etc. | Abtlg. | Flächeninhalt und Bestandesklassen | | | | | | | z. Holz- zucht taugl. Blößen Mor. | Beschaffenheit des Bodens | Beschaffenheit d. Holzbestandes |
|-----------------------------|--------|------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|------------------------------|------------------------------|--|---|---|---------------------------------|
| | | I > 100 J. Mor. | II 81- 100 J. Mor. | III 61- 80 J. Mor. | IV 41- 60 J. Mor. | V 21- 40 J. Mor. | VI 1- 20 J. Mor. | | | | |
| Wredenholz | 82 a | | | | | 20 | | | II. Fichten S./W. Hang, sanft Nadeln, Grauwacke | Fichten von etwas ungleichem Alter, theils gesäet, theils gepflanzt, östlich mit gleichalterigen Eichen von gutem Wuchse und westlich mit einigen Kiefern durchstellt. Im Ganzen geschlossen und von einem fast zu üppigen Wuchse. 32 Fuß hoch. | |
| | 82 b | | | | 35 | | | | I. Kiefern | Kiefern gesäet, geschlossen und von gutem Wuchse mit einigen wüchsigen jährigen Eichen durchstellt und am Südwest-Rande mit wenigen Buchen gemischt. 30 Fuß hoch. | |
| | 82 c | | | | | 8 | | | II. Fichten | Fichten theils gesäet, theils gepflanzt, geschlossen und von üppigem Wuchse. 22 Fuß hoch. | |
| | 82 d | | | | 11 | | | | II. Buchen | Buchenstangen, aber bei dem unterliegenden mageren Gesteine von nicht besonderem Höhenwuchse. 40 Fuß durchschnittlich hoch. | |
| | 82 e | | | 36 | | | | | desgleichen, etwas frischer u. tiefer | Buchen mit einigen gleichalterigen Eichen durchstellt, größtentheils aus freigeheuerm Unterwuchse erzogen und daher etwas ungleich im Schlusse und Wuchse. 0,8 voll bestanden, 50 Fuß durchschnittlich hoch. | |
| | 82 e | | | | 28 | | | | I. Kiefern | Kiefern, wie Abtheilung b. | |
| Am Herrenholz- siepen | 83 a | | | | 63 | | | | II. III. Buchen Rücken nach N. u. O. sanft geneigt. ¼ Laub, ¾ Heide, feinkörnige Grauwacke | Buchen, nördlich, östlich und südlich gut geschlossen und von gutem Wuchse, allein an dem Westrande etwas licht, so daß der Boden nicht überall aus Laub bedeckt ist und sich die Heidelbeere hier vielfach zeigt. Die einzelnen Buchen sind hier kurz strüppig und ästig und es erscheint daher der Bestand im ganzen 0,8 voll bestanden und 45 Fuß hoch. | |
| | 83 b | | | | | | 20 | | II. Kiefern W. Hang, mager | Kiefern gepflanzt und im Ganzen von ziemlichen Wuchse, jedoch sehr ästig und bei dem flachen mageren Boden bis jetzt noch ohne vorherrschenden Höhenwuchs. Auch hat der Bestand etwas vom Schneeeindruck gelitten. | |
| Herrnholz- brüche | 84 a | | | | 73 | | | | II. Buchen ¼ Laub, ½ Heidelbeeren, Grauwacke-Rücken | Buchen, theils im Saamenschlage, theils aus frei gehauemem Unterwuchse erzogen, etwas ungleich im Alter, aber größtentheils geschlossen und von gutem Wuchse und nur zu beiden Seiten des durch den Bestand führenden Weges etwas licht und kurz. Im Ganzen 0,8 voll bestanden, durchschnittlich 43 Fuß hoch. | |
| | 84 b | | | | | | 13 | | II. Fichten W. Hang sanft, Heide, grobkörnige Grauwacke | Fichten theils gesäet, theils gepflanzt, geschlossen und von gutem Wuchse. Hin und wieder einige Kiefern von gleichem Alter. | |
| | 84 c | | | | | | 7 | | II. Kiefer, | Kiefern gepflanzt und von gutem Wuchse. | |
| | 84 d | | | | | | 2 | | III. Buchen fast eben, sumpfig | Buchen und Fichten-Pflanzung mit einigen Erlen und Birken gemischt, geschlossen und von gutem Wuchse. | |

Abb. 4: Ausschnitt aus dem Betriebswerk der Oberförsterei Obereimer von 1852 (transkribiert, Akten Forstamt Arnberg)

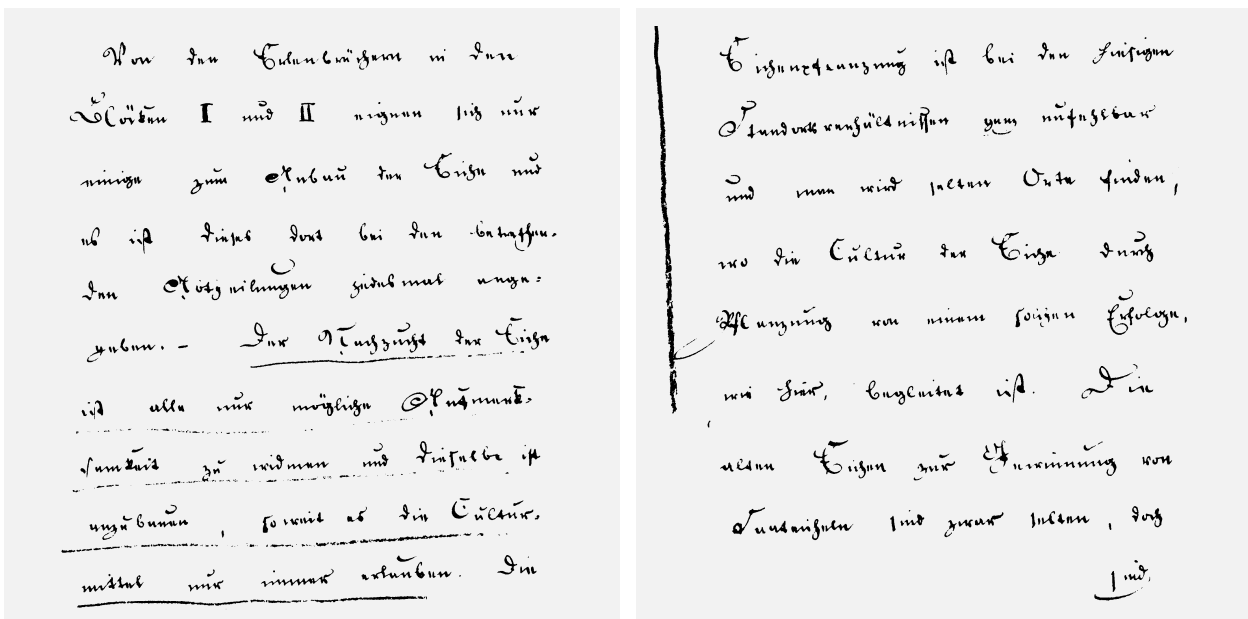


Abb. 5: Ausschnitt aus der Beschreibung der Oberförsterei Rumbeck aus dem Jahre 1853 (mit Angaben zur Nachzucht der Eiche; Akten Forstamt Arnberg)

Wie das folgende Beispiel zeigt, können Waldbeschreibungen zusätzliche Informationen über die zeitgenössischen Waldnutzungen enthalten: im vorliegenden Fall sind es An-

gaben über den Nutzholz- und Kohlholzbedarf der im Einzugsbereich liegenden Eisenindustrie. Auch finden sich wiederholt Auflistungen noch bestehender Forstservituten.

Wenn Lagen jetzt und fünfzig-
 lich mit 200 Lagen u. Nütz-
 Holz abgesetzt werden können, so
 dürfen sich der Voraussetzung nach
 Einige für jeden Hektar mit
 das 6 tase absetzen.
 Das Eichen- und Buchenholz
 wird als Grundholz und zwar zu
 nicht zu dem Hektar und der Stadt
 Arnberg mit dem Eichen Hektar
 berg abgesetzt und in allen übrigen
 Lagen zu dem in Hektar mit als
 Holz abgesetzt.
 Die Communitäten bei dem Holz-
 Holz. Handlungen in der Oberförsterei
 Rumbach sind anzuzeigen:
 die Eichen zu Warstein
 und Obberg,
 die Hektar zu Rumbach und
 die Hektar

Das Nutzholz zu Arnberg mit in
 unzureichend und die Eichen zu
 der Siegerland. Mit Eichen
 der Lagen zu dem in unzureichend
 Wunden bei dem jetzigen Hektar
 igne Eichen zu dem jetzigen Hektar
 mit Holz abgesetzt von 30.000 Hektar
 nötig, welche in mit und dem
 zu dem Eichen Arnberg und Me-
 scheide jetzigen Wunden zu
 zeigen.
 Lagen mit Lagen zu dem
 in dem Eichen Dortmund, Bochum,
 der abgesetzt in der jetzigen
 Eichen zu dem Eichen Arnberg.
 Das Eichen zu dem mit
 dem Eichen zu dem Eichen Arnberg
 das mit dem Eichen Arnberg
 bei in jetzigen Arnberg zu dem

Abb. 6: Ausschnitt aus der Beschreibung der Oberförsterei Rumbach aus dem Jahre 1853 (Akten Forstamt Arnberg)

Als weitere Quellengruppe möchte ich die sogenannten Taxations-Notizenbücher, Revierchroniken oder Hauptmerkbücher erwähnen. Sie waren in erster Linie Orientierungshilfen für neu eingetretene Forstbeamte und erleichterten die Revisionsarbeiten. In ihnen finden wir über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten hinweg die besonderen Vorkommnisse auf allen Gebieten des Forstwesens im jeweiligen Forstbezirk verzeichnet. So gibt es beispielsweise Eintragungen zur personellen Ausstattung des Forstamtes, Bemerkungen über besondere klimatische Ereignisse, Insektschäden, den Ausfall der Mast, über die Herkunft des forstlichen Saatguts, die Nutzholzausbeute usw. Leider ist die Überlieferung recht uneinheitlich; nicht zuletzt deshalb, weil der Umfang dieser Notizbücher nicht unwesentlich vom Schreibengagement des je-

weiligen Forstbeamten abhängig war. Ergänzt wurden diese Werke u. a. noch durch Kulturmerkbücher, die exakt Buch führten über die vorgenommenen Kulturren.

Auch in der historischen Umweltforschung ist der Einsatz solcher forstgeschichtlicher Quellen sinnvoll, wie das unten folgende Beispiel der Auflistung von Buchenmastjahren zeigt.

Der Begriff der Mast verdeutlicht wie kein anderer die frühere Funktion der Nährwälder, deren Kennzeichen Erhalt und Schutz der sogenannten fruchtbaren Bäume war. Aber mit dem „fruchtbaren Baum“ wurde nicht nur auf die mit der Mast verbundene Tiernahrung verwiesen, sondern gleichzeitig auf die Bedeutung dieser Bäume für

die Verjüngung der Waldbestände. Der Ausfall der Mast ist - auch wenn ihre Einschätzung eher subjektiven Maßstäben unterlag - zudem ein Indikator für die Wachstumsverhältnisse am jeweiligen Standort, für den Einfluß klimatischer Faktoren.

Sind Daten über die Häufigkeit und den Umfang der Mast in den Unterlagen überliefert, so können sie ausgewertet und kodiert eine Datenreihe ergeben:

Nun befinden wir uns im Sauerland in einer Region, in der sich im 19. Jahrhundert eine einschneidende Veränderung der Waldvegetation vollzog. Sie ist das Ergebnis eines Waldfunktionswandels, der mit der Durchsetzung einer auf Nutzholzproduktion ausgerichteten Holzökonomie traditionelle landwirtschaftliche und gewerbliche Nutzungen aus den Wäldern verdrängte. Auch hier im Raum Olpe stand man zu Beginn des letzten Jahrhunderts an einem Wendepunkt. Angeblich die Hälfte des Waldbodens - so wurde berichtet - sei von Holz völlig entblößt, der Rest noch zu gut einem Drittel mit Strauchwerk bewachsen.⁵ Selbst wenn die Beschreibungen über angebliche Waldverwüstungen kritisch hinterfragt werden müssen, so waren Entwaldungen und damit einhergehende Bodendegradierungen örtlich doch so gravierend, daß sie bei den Zeitgenossen einen gewissen Innovationsdruck erzeugten. Durchgreifende Veränderungen von Bestandsaufbau und Holzartenzusammensetzung im Namen der neuen rationellen Forstwirtschaft waren die Folge. Wie diese auch in der Fachliteratur ständig zitierten forstgeschichtlichen Entwicklungslinien allerdings im Detail abliefen und welche Motive tatsächlich eine Umorientierung im Waldbau einleiteten, gilt es mittels der bislang erst sporadisch ausgewerteten Betriebsunterlagen weiter zu überprüfen.

Forstgeschichtliche Quellen bieten also einen mehr oder weniger direkten Zugriff auf umweltrelevante Daten. Sie umreißen das Feld der klassischen forstgeschichtlichen Forschung, getreu dem Motto: Forstgeschichte erklärt Gegenwartsphänomene - oder, auf die sauerländischen Verhältnisse übertragen: woher kommen die vielen Fichtenwälder?

Doch sollten unsere Untersuchungen noch weiter gehen. Das betrifft zum einen die Quellenkritik, zum anderen den indirekten Zugriff auf weitere in den Dokumenten verborgene Informationen.

Zur Quellenkritik möchte ich bemerken, daß auch forstgeschichtliche Unterlagen zunächst einmal nicht das überlieferte, was sich tatsächlich zugetragen hat, sondern das, was davon aufgezeichnet wurde. Auch ist entscheidend, wer die Aufzeichnungen anfertigte und zu welchem Zweck sie verfaßt wurden. Im Hinblick auf die in der forstlichen Planung eingesetzten Nutzungs-, Pflege- und Kulturmaßnahmen sollten beispielsweise die wechselnden Erhebungsmethoden in Betracht gezogen werden. Daneben tauchen in den Plänen eine Reihe schriftlich fixierter Vorhaben auf, die möglicherweise niemals in die Tat umgesetzt wurden.

Bei der Auswertung normativer Quellen - wie etwa den Forstordnungen - müssen wir von vornherein eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit einkalkulieren. Viele der in ihnen festgehaltenen Erwartungen und Bestimmungen waren eben noch nicht erfüllt; sonst hätte man sie nicht so häufig wiederholen müssen.

Forstgeschichte ist auch Geschichte der Nutzung des Waldes, und zwar unter besonderer Berücksichtigung agrarstruktureller Zwänge, sozialer Interessen und Verteilungskonflikte und technisch-energetischer Probleme. Dabei ist es nicht immer leicht, zwischen der Identifikation forstpolitischer bzw. forstwirtschaftlicher Maßnahmen mit den Interessen sozialer Gruppen und dem waldbaulichen Inhalt der benutzten Quellen den Spuren historischer Waldnutzungen zu folgen.

Auch bringt es der sehr heterogene Quellenbestand mit sich, daß in den verschiedenen Unterlagen viele Variablen verstreut und oft isoliert auftauchen und daher nur ein indirekter Zugang zu den relevanten Informationen möglich ist. Häufig muß „gegen den Strich“ gelesen werden, müssen neue Fragestellungen an bereits bekannte Quellen gerichtet, Kenngrößen zur Beschreibung historischer Forstnutzungen definiert werden. So steht z. B. nirgendwo geschrieben, wie groß die Weidebelastung eines bestimmten Waldes tatsächlich war. Nicht zu überhören bzw. zu überlesen sind dagegen die Klagen der zeitgenössischen Förster über diese angeblich so schädliche Forstnebennutzung. Welche Auswirkungen hatte die Waldweide nun tatsächlich auf die Bodenvegetation? Wie dringend bestand ein Handlungsbedarf, das Vieh möglichst zügig aus dem Wald zu verbannen? Um Antworten auf diese und ähnliche Fragen zu bekommen, gilt es Größen zu rekonstruieren, wie z. B. die Weidefläche im Wald, die Weideergiebigkeit der zur Verfügung stehenden Flächen, den Futter- und Weidebedarf der Tiere, den Umfang möglicher Waldschäden usw.

Neben der sozial-, wirtschafts- und umwelthistorischen Erforschung früherer Waldbehandlungen wird das Forschungsinteresse des Forst- und Umwelthistorikers von der schon angeklungenen Relevanz historischer Erkenntnisse für die Gegenwart geleitet. Forsthistorische Quellen stellen wertvolle Informationen sowohl für den laufenden Forstwirtschaftsbetrieb als auch für den Naturschutz und die Landschaftsplanung bereit. Informationen z. B. über die Anlage und Pflege noch existierender Waldbestände sind für die zukünftige waldbauliche Behandlung eine wertvolle Hilfe. Daneben ist es wichtig zu erfahren, welchen Einfluß menschliche Tätigkeiten auf die Waldgestaltung und damit auf die Entwicklung der Kulturlandschaft genommen haben.

Dazu ein Beispiel aus dem waldbaulichen Bereich. In der Nähe Arnsbergs unweit des Dorfes Wennigloh befindet sich im heutigen Forstbetriebsbezirk Stemel ein außerordentlich wüchsiger Douglasienbestand. Zuerst kam diese Nadelholzart 1827 aus dem westlichen Nordamerika nach Europa und stand vereinzelt in Parkanlagen. Im Rheinland und in Westfalen tauchen sie dort Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Nachdem man die Wuchsfreudigkeit der Bäume erkannt hatte, begann man damit, derartige „Exoten“ gezielt im Gelände anzubauen. Der Stemeler Douglasienbestand wurde im Rahmen der preußischen Versuchsanbauten der 1880er Jahre, an denen auch die damalige Oberförsterei Obereimer beteiligt war, angelegt. Die Bäume stehen in einem hervorragenden Bestand und sind mit die schönsten Exemplare im Land. Sie weisen ein Alter von ca. 115 Jahren auf und sind bis zu 55 Meter hoch. Ihr Samen stammt aus den Nordwest-

⁵ So u. a. in einem Bericht aus dem Jahre 1808. In: StA MS, Grhzm. Hesen IV Q, Nr. 3.

Jagen oder Distrikt 123. Schlag

| Ab- thei- lung | Flächent- Inhalt | Verstandes-Veränderungen durch | | | | | | | | | | | Bemerkungen. |
|----------------------|--------------------------------------|--------------------------------|------------------------------|--|---|-----------------------|------------------------------------|--|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|-----------|--|
| | | Saunungen | | | | C u l t u r e n | | | | | | | |
| | | Wirth- schafts- jahr | Fläche | Wirth- schafts- jahr | Boit. der Ein- schrän- kung | Art der Cultur | An- ar- bei- te Hektar | Verwendete Saamen- menge Hektar | Pflan- zen- zahl Hektar | Auf- triebte Fläche Hektar | Kosten- betrag excl. Saamen | Wirt. Bf. | |
| Seltare | Seltare | Seltare | Seltare | Quadrat- fuß | Quadrat- fuß | | | | | | | | Quadrat- fuß |
| B 4 26 | dec. 1876 1881 1883 1884 | 1876 1881 1883 1884 | 1876 1881 1883 1884 | 82 | Erziehung des Bestandes auf den Pflanzungsjahren. 3 Jügl. Samen- auf Pflanzung, 3 Reihen einsetzt 2 m. hoch, werden bei 6, 2 m. ca. Reife anstehendes, durch Lese gelassen, im Durchlass besten 1884 angefangen | Li | 54 | 54 | 1910 | dec. 1876 1881 1883 1884 | | | Graben Abgang Best Pflanzung 1884 am 1883. auf dem Besten Lese. |
| | 1884 | | | | Erziehung mit Durchlass. Samen 3 Jügl. Bäumlinge Nach 2, 0, 2. b. m. Breite 2 m. hoch alle über Kopf in natürlicher Entfernung Nach 1, 1, 1, 3 Jügl. Bäumlinge. | Don- glas- baum | 15 | 240 | 10 | 10 | | | |
| | 1885 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung auf 1 Jügl. Nach 1, 1, 1. | Li | 22,59 | 0 | 273 | 40 | 50 | | |
| | | | | | Erziehung Pflanzung Nach 1, 6, 1, 0 m. auf 4 Jügl. Besten freigeblieben | Li | 21,2 | 0 | 499 | 52 | 80 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung b, 6 m. Breite Erziehung. Nach 1, 1, 1, 1. auf 4 Jügl. Reifblüthen. 3 Jügl. | Don- glas- baum | 43,00 | 0 | 520 | 69 | 30 | | |
| | 1886 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung Nach 1, 6, 1, 0 auf 4 Jügl. | Li | 11,8 | 1 | 184 | 17 | 80 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung Besten 5 Reihen Nach 1, 6, 1. Pflanzung auf 4 Jügl. Erziehung etc. | Li | 115,5 | 1 | 846 | 156 | 20 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung b, 6 m. Breite Nach 1, 1, 1, 1 auf 4 Jügl. Erziehung etc. | Si- eher- baum | 21,5 | 1 | 260 | 36 | 15 | | |
| | 1887 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung auf 4 Jügl. Nach 1, 6, 1, 0. | Li | 10,5 | 1 | 10 | 15 | | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung 5. Nach 1, 6, 1, 0 auf 4 Jügl. Besten Reifblüthenpflanzung im Besten Nach 1, 1, 1, 1 Erziehung mit Durch- lass. 4 Jügl. | Li | 76,5 | 1 | 229 | 54 | 35 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 41 | 1 | 498 | 46 | 58 | | |
| | 1888 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 59,76 | 1 | 1004 | 83 | 72 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 32,50 | 1 | 393 | 44 | 98 | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 26,50 | 1 | 34 | 346 | | | |
| | | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 38,60 | 1 | 452 | 38 | 10 | | |
| 1893 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 4,10 | 1 | 5 | 62 | | | | |
| 1893 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | 37,00 | 1 | 35 | 88 | | | | |
| 1893 | | | | Erziehung Reifblüthenpflanzung im Besten. 4 Jügl. | Li | | 1 | 8 | 90 | | | | |

Abb. 7: Ausschnitt aus dem „Speziellen Theil des Taxations-Notizenbuchs“ der Oberförsterei Obereimer (beginnend mit dem Wirtschaftsjahr 1876, Akten Forstamt Arnsberg)

staaten der USA. Für den zukünftigen Waldbau und die Saatgutgewinnung sind Erkenntnisse über die bisherige Behandlung derartiger Bestände von großem Nutzen.

Angaben hierzu finden wir beispielsweise in den entsprechenden Merk- und Kulturmerkbüchern, wie die folgenden Beispiele dokumentieren.

| | |
|--|--|
| <p>→ 1881</p> <p>„Der in den Bemerkungen über Hauungen und Culturen der speciellen Beschreibung pp. mehrfach ertheilten Anordnung, Eichen mit Fichten im Gemisch auf Neuculturflächen anzubauen, wird durchweg nicht zu entsprechen sein, indem in der Oberförsterei Obereimer ganz besonders zahlreiche Belege vorliegen, wie unzweckmäßig diese Holzartenmischung ist. Die Fichte, besonders schnellwüchsig hierorts, überwächst unter allen Umständen die Eiche, so daß, würde sie von neuem in diesen Mischculturen eingeführt, nachdem zahlreiche Beispiele inzwischen aufzuführen sind, daß durch verspäteten Fichtenaushieb die Eichen vergangen sind, über kurz die Fichten wieder zu entfernen sein würden, sollen die Eichen gerettet werden. Referent neigt sich der Ansicht zu, an Stelle der Fichte in dieser Mischcultur die Kiefer einzuführen, wenn ein Nadelholz das Zwischenholz zu bilden hat. Es ist ins Auge gefaßt, an einzelnen Oertlichkeiten (...) der Eiche fremde Nadelhölzer - Douglas Fichte - beizugesellen.“ (S. 74)</p> <p>→ 1885</p> <p>„ (...) Die 3 Jahre lang ausgeführten Saaten der Hickory-Nuß auf tiefgründigem Kalkboden Block IV können nicht anders, als befriedigend angesprochen werden. Nachdem die Pflanzen im ersten und 2ten Jahre</p> | <p>im Wuchse zurückhalten, entwickeln sie sich - Sommer 1885 - ungeachtet sie 2 mal durch Frost den Maetrieb verloren hatten, mit besonders kräftiger Laubentwicklung.</p> <p>Nicht gleiches ist zu erwähnen hinsichtlich der Douglas-Tanne. Es ist sehr fragwürdig, diese Holzart hierorts umfangreich anzubauen. Mehrjährig ist beobachtet, daß die Kampfpflanze schon leidet. 2-, 3-jährig bleichen die Nadeln nach vorangegangenen weichen Januarwetter durch Februar- und Maerzfröste, fallen schütterartig ab, und geben der Pflanze ein leidendes Aussehen. Hoch empfindlich gegen das geringste Versehen bei dem Transport vom Kampe nach der Pflanzstelle leidet die Douglas-Tanne durch Maifröste, Wildverbiß, Grasüberlagerungen, so daß starker Abgang stattfindet. Fröste haben 1885 an 40 % der gepflanzten Douglas-Tanne getötet. Rothwild zehrt die Pflanze bis auf den Wurzelknoten auf. Grasüberlagerung tötet sie. Allein diesen Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten zu begegnen, zu denen auch noch Rüsselkäferfraß hinzukommt, erfordert Kosten, die mit den dereinstigen Erfolgen der inländischen Fichte gegenüber nicht im Einklange stehen möchten.“ (S. 244)</p> <hr style="width: 20%; margin-left: 0;"/> <p>Anmerkungen zum Douglasienanbau in der Oberförsterei Obereimer (transkribierter Ausschnitt aus dem Hauptmerkbuch der Oberförsterei Obereimer, beginnend mit dem Jahre 1858, Akten Forstamt Arnsberg)</p> |
|--|--|

| Quelle: Spezieller Teil des <i>Taxations-Notizenbuches der Oberförsterei Obereimer 1876-1894 (Akten Forstamt Arnsberg)</i> | | | | | | | | | | | | |
|--|---------------|------------------------------|-------------|-----------------|------------------------|---|----------------|------------|--------------------|--------------------------|-------------|-------|
| Distrikt u. Abtlg. | Flächeninhalt | Bestandesveränderungen durch | | | | | | | | | Bemerkungen | |
| | | Hauungen | Hiebsfläche | Kulturen | Pos. d. Kulturrechnung | Art d. Kultur | Angeb. Holzart | Verwendete | Kultivierte Fläche | Kostenbetrag exkl. Samen | | |
| Wirtschaftsjahr | ha | Wirtschaftsjahr | ha | Wirtschaftsjahr | | | | | | | ha | ha |
| 104b | 10,975 | | | 1884 | | Buchen ausgepflanzt. Nadelholz, Verbund 1,1x1,1; Ahorn: 1,2x1,2; Douglas 3jähr. Sämlinge; Ahorn versch. 3jähr. und 2jähr. | Douglastanne | | 3200 | 0,457 | 63,33 | |
| | | | | 1885 | | (...) Unkraut entfernt aus den Hickory Saaten. Douglastannen gegen Rehwild umsteckt | Douglastanne | | 280 | 0,034 | 5,- | |
| | | | | 1886 | | (...) Nachbesserung der Douglastannenanlagen, Verbund 1,1x1,1 | Douglastanne | | 300 | | 2,60 | |
| 105 | 17,095 | | | 1884 | | Neucultur Thalgrund, Streifen 1,5 m Abstand, 0,5 m breit, Saat Hickory-Saaten von Unkraut gesäubert | Hickory | 6 Scheffel | | 0,280 | 53,50 | 26,45 |
| 123 | 7,261 | | | 1884 | | Nachbesserung mit Douglas-Tannen 3jähr. Sämlinge, Verb. 2x0,8. | Douglas-Tanne | | 1500 | 0,240 | 10,40 | |
| | | | | 1884 | | 6 m breite Gürtel innerhalb der Fichtenanlage bepflanzt. Verb. 1,1x1,1. 3jähr. Sämlinge | Douglas-Tanne | | 4100 | 0,496 | 43,80 | |

Abb. 8: Nachweis früher Douglasienkulturen im Bereich des Forstamtes Arnsberg (Quelle: „Spezieller Teil des Taxations-Notizenbuchs“ der Oberförsterei Obereimer, beginnend mit dem Wirtschaftsjahr 1876“, Akten Forstamt Arnsberg)

Weitere Einsatzgebiete für forst- und umwelthistorische Forschungen sind Naturschutz und Landschaftsplanung. Um Naturschutzanliegen durchzusetzen, braucht man die Akzeptanz der Bevölkerung. Dabei spielt die ästhetisch-

emotionale Ausrichtung des Umweltbewußtseins eine zentrale Rolle. Wie wurde und wird der Wandel der Kulturlandschaft wahrgenommen? Wie stellen wir uns heute eine „natürliche“ Landschaft, einen naturnahen Wald vor?

Fragebogen zur Naturdenkmalpflege in Westfalen.

für den Gemeinde- (Guts-, Amts-) Bezirk Friederimer Kreis Arnsberg Regierungsbezirk Arnsberg
 beantwortet von Rheinlein (Name) (Stand) Landwirtschaf in Friederimer (Ort) am 10. Januar 1910 (Datum)

| Beispiele von Naturdenkmälern | Besitzverhältnisse: <small>Angabe der Feldmark, Flur und Name des Besitzers bzw. Verwalters (Einzelpersonen bzw. Behörden, Körperschaften usw.)</small> | Beschreibung des Naturdenkmals und seiner Lage | Angaben über Veröffentlichung und Abbildung (Photos) | Angaben über etwaige Gefährdung bzw. Schutz | Angaben über andere Naturdenkmäler außerhalb des Bezirks |
|---|---|---|--|---|--|
| 9. Standorte seltener Pflanzenarten: z. B. seltene Orchideen (Frauenschuß usw.) Leuchtmoos Fleischfressende Pflanzen. | | | | | |
| 10. Ausgezeichnete Bäume: z. B. Spielarten Wuchsformen Bäume ausgezeichnet durch hohes Alter ungewöhnliche Grösse ungewohnte Verwachsungen auffallende Missbildungen | <p><i>In der Friederimer Gasse, Kreis Friederimer, befindet sich ein Baum als 1000 jähriger Eiche, die wegen ihres hohen Alters und ihres Stammes 19 Jahre lang auf dem Grundstück des Herrn ... im Jahre 1886 im Kaufwege abgekauft wurde. Der Baum ist ein sehr alter, sehr dicker, sehr schöner Baum, der in der Gasse steht und eine Höhe von ... erreicht. Der Baum ist ein sehr alter, sehr dicker, sehr schöner Baum, der in der Gasse steht und eine Höhe von ... erreicht.</i></p> | <p><i>Der Baum ist ein sehr alter, sehr dicker, sehr schöner Baum, der in der Gasse steht und eine Höhe von ... erreicht. Der Baum ist ein sehr alter, sehr dicker, sehr schöner Baum, der in der Gasse steht und eine Höhe von ... erreicht.</i></p> | | | |
| IV. Naturdenkmäler der Tierwelt. 11. Brutstätten von überhaupt oder örtlich seltenen Vogelarten: z. B. Fischadler u. a. Adlerarten Schwarzer Milan Roter Milan (Gabelweil) Wanderfalk Uhu Misteldrossel Wasseramsel Kolkrabe Mandelkrähe (Blaurake) Eisvogel Schwarzspecht Hohлтаube Fischreiher Schwarzer Storch Weisser Storch Blässhuhn | | | | | |

Abb. 9: Fragebogen zur Naturdenkmalpflege samt Beschreibung des auf der folgenden Seite abgebildeten Baumes (1910, Bestand Forstliche Dokumentationsstelle)

In diesem Zusammenhang sollte nicht nur versucht werden, die früheren Stadien unserer heutigen Kulturlandschaft zu rekonstruieren, sondern parallel dazu den historischen Natur- und Umweltbegriff der Bevölkerung nachzuspüren. Die Veränderungen unserer landschaftlichen Umgebung laufen extrem langsam ab, dementsprechend schleppend finden sie Beachtung durch den Menschen; nur allmählich, mit großer zeitlicher Verzögerung, lösen sie angemessene Reaktionen aus. Alte verinnerlichte Natur- und Wald-Leitbilder wirken lange nach und prägen auch unser heutiges Umweltbewußtsein nachhaltig.

Natürlich haben wir es hier mit einem Forschungsfeld zu tun, wo sich Belege aus dem Quellenmaterial nur mühsam rekonstruieren lassen. Und selbst wenn das Aussehen der Natur früher einmal thematisiert wurde - etwa im Zusammenhang mit den angeblichen Waldverwüstungen durch das vorindustrielle Gewerbe -, spiegeln viele Unterlagen doch eher den Standpunkt ihrer behördlichen Verfasser wider und nur selten die Sicht der Betroffenen vor Ort. Das betraf auch den noch in den Kinderschuhen steckenden Naturschutz. Dazu ein letztes Beispiel (vgl. Abb. 9, Seite 11).



Abb. 10: Die „Dicke Eiche“ in Niedereimer (1904)⁶

Während sich z. B. die offizielle Naturdenkmalpflege einem eher musealen, konservierenden Schutzgedanken hingab und Einzelobjekte, „Naturdenkwürdigkeiten“ für die Nachwelt zu retten suchte, sahen die betroffenen Bauern den Wald, der damals noch Wirtschaftsraum war, natürlich anders. Sie interessierte weniger die Landschaftsästhetik, als vielmehr die konkrete Gefährdung der eigenen Existenz. Nicht etwa die Schönheit alter Baumriesen im intensiv genutzten Hudewald stand bei einer Nadelholzaufforstung auf dem Spiel, sondern die Bedeutung dieser alten Eichen und Buchen für die Viehhaltung der bäuerlichen Wirtschaft.

Ob der Wandel in der Waldbewirtschaftung eine Reaktion auf eine sich abzeichnende ökologische und eine Versorgungskrise war, und inwieweit mögliche (auch negative) Veränderungen der umgebenden Natur von der Bevölkerung wahrgenommen wurden, ist bislang erst wenig erforscht.

4 Schlußbemerkungen

Ich komme hiermit zum Schluß und hoffe, daß ich Ihnen einen kleinen Einblick in die aktuelle Bedeutung der Forstgeschichte geben konnte.

Forstgeschichte ist nicht nur die Beschreibung der Geschichte des Waldbaus und der Forstordnungen, sondern wesentlich mehr. Es wurde anhand einiger Beispiele gezeigt, daß eine Vielzahl zum Teil noch unerschlossener Quellen existiert, deren Auswertung sowohl forst- als auch umweltgeschichtliche Forschungen weiterführen werden. Daneben haben diese Unterlagen bei der Unterstützung aktueller Forst- und Landschaftsplanungen sowie bei der Lösung gegenwärtiger Umweltprobleme eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Für die Arbeit all derjenigen, die sich mit der Umwelt- und Forstgeschichte befassen, wünsche ich mir daher, daß das Prinzip der forstlichen Nachhaltigkeit nicht nur draußen im Wald, sondern auch im Umgang mit den überlieferten Quellen weiterhin Beachtung finden wird.

⁶ Aus: E. Schliekmann (Bearb.): Westfalens bemerkenswerte Bäume. Ein Nachweis hervorragender Bäume und Waldbestände nebst Darstellung der Standortverhältnisse. Bielefeld 1904, S. 10.

Die Bedeutung kommunaler Archive bei der Erstellung eines Altlastenkatasters

von Andreas Gilsbach

Einführung

Altlasten entstanden während der letzten 150 Jahre im Zuge der Industrialisierung. Damals wußte man nur wenig oder gar nichts über das Verhalten chemischer Verbindungen in der Umwelt und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Oftmals sorglos wurden umweltgefährdende und / oder gesundheitsschädliche Stoffe in großen Mengen gelagert, ohne besondere Schutzvorkehrungen verarbeitet und Produktionsrückstände, Verarbeitungsreste und sonstiger Müll einfach auf Halden verbracht, in Kiesgruben abgekippt oder in Gewässer geleitet.

Heutzutage existiert ein größeres Wissen über die Stoffe und deren Wechselwirkungen in der Umwelt, die technischen Schutzvorrichtungen wurden verbessert und beim Umgang mit solchen Stoffen herrscht eine größere Vorsicht. Dazu wurden umfassendere Umweltgesetze erlassen, deren Vollzug sich konsequenter und effektiver gestaltet.

Aber auch heute wird noch immer mit gefährlichen und wassergefährdenden Stoffen umgegangen. Sie werden gelagert, verwendet, transportiert und müssen als Produktionsreste entsorgt werden. Neben größeren „Unfällen“ mit diesen Stoffen ist in Einzelfällen auch eine „Schlamperei“ nie auszuschließen. Dieses verdeutlicht, daß immer ein „Restrisiko“ beim Umgang mit Chemikalien für die Umwelt bleibt.

Neben der Vorsorge – die technische Weiterentwicklung und Kontrolle von Betrieben – gilt es, die Auswirkungen der bereits verursachten Schäden durch stillgelegte Anlagen (= Altstandorte) und nicht mehr genutzte Abfallhalden (= Altablagerungen) zu reduzieren. Diese „alten Schadstoffherde“ können auch heute noch eine Gefahr für die dort lebenden Menschen darstellen. Ebenso unreinigen sie möglicherweise das Grundwasser und beeinträchtigen die natürliche Funktion des Bodens.

Gemäß § 29 des Landesabfallgesetzes Nordrhein-Westfalen (LabfG NW) führen die unteren Abfallwirtschaftsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Erhebungen über Altablagerungen und Altstandorte durch. Wie diese Erhebungen durchzuführen sind, ist im Gesetz nicht detailliert erläutert. In der Praxis hat sich aber herausgestellt, daß eine möglichst breit angelegte, umfassende, systematische und flächendeckende Recherche auf den verschiedensten Informationsebenen und die Zusammenführung der Ergebnisse in einem EDV-gestützten Kataster erhebliche Vorteile aufweist:

- es schafft mehr *Planungs- und Rechtssicherheit* für Bürger und politische Entscheidungsträger und ganz besonders für die Verwaltung in den unterschiedlichsten Interessensbereichen, wie z.B. bei Bauleitplanungen, Baugenehmigungen, beim Grundstücksverkehr und bei anderen Auskünften;
- durch die exakte Abgrenzung der Altablagerungen und Altstandorte lassen sich die *Kosten* für eine ggf. später durchzuführende Gefährdungsabschätzung im Regelfall drastisch reduzieren;

- der verbesserte Informationsstand zu jeder Verdachtsfläche führt zu einer deutlichen *Zeitersparnis* für die Sachbearbeitung im jeweiligen Einzelfall;
- Durch eine Vereinheitlichung des Datenbestandes zu jeder Altlast-Verdachtsfläche wird die Altlastenbearbeitung für die Mitarbeiter der Umweltbehörde transparenter; dadurch erhöht sich die *Akzeptanz* der Verwaltungsarbeit bei den politischen Gremien und bei den Bürgern;
- ein komplettes Kataster, das Planungen und deren Realisierung beschleunigt und effizientes Verwaltungshandeln ermöglicht, erleichtert *Investitionen* und dient damit mittelfristig der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Vor dem Hintergrund dieser Vorteile hat die Kreisverwaltung Neuss als erster Kreis in Nordrhein-Westfalen entschieden, eine systematische, flächendeckende Erfassung von Altstandorten und Altablagerungen durchführen zu lassen. Mit der Durchführung dieser Arbeiten wurde die MSP – Dr. Mark, Dr. Schewe & Partner GmbH aus Dortmund Mitte 1997 beauftragt. Die Arbeiten wurden Anfang 1999 abgeschlossen.

In den nachfolgenden Abschnitten wird aufgezeigt, welche unterschiedlichen Informationsquellen im Verlauf der Recherchen ausgewertet wurden. Dabei wird vor allem auf die Bedeutung kommunaler Archive als „Basisquelle“ eingegangen. Insgesamt wurden 12 Kommunalarchive mit in die Recherche einbezogen, deren Bestände gerade bei der Erfassung der Altstandorte (= stillgelegte altlastrelevante Betriebe) eine unverzichtbare Quelle darstellten, die in den unterschiedlichen Projektphasen immer wieder genutzt wurde, so daß insgesamt rund 1.500 Altstandorte für das Neusser Kreisgebiet lokalisiert werden konnten. Dieser „Praxisbericht“ aus der Arbeit eines Ingenieurbüros verdeutlicht, welche „Umweltrelevanz“ zum Teil 150 Jahre alte Archivadokumente auch heute noch besitzen.

Vorstudie

Das Vorhaben einer flächendeckenden Erfassung von Altstandorten und Altablagerungen stellt immer eine äußerst komplexe und vielschichtige Aufgabe dar, so daß der dazu erforderliche Arbeitsaufwand auf Anhieb kaum zuverlässig einzuschätzen ist. Die Gründe hierfür liegen - gerade bei einem Kreisgebiet - in der Vielzahl der in den Recherchen zu berücksichtigenden Informationsquellen sowie dem unterschiedlichen Umfang bzw. Informationsgehalt. Wenn also der finanzielle Aufwand für die Durchführung der Untersuchung und die Qualität der Ergebnisse in einem proportionalen Verhältnis stehen sollen, müssen die anzuwendenden Methoden der Informationsgewinnung, nämlich die

- Archivrecherche und Schriftgutauswertung sowie
 - die multitemporale Kartierung, d.h. die auf verschiedenen Zeitebenen erfolgende Auswertung von Karten und Luftbildern,
- in strenger Abfolge miteinander kombiniert werden. Den Verfahrensablauf verdeutlicht Abb. 1.

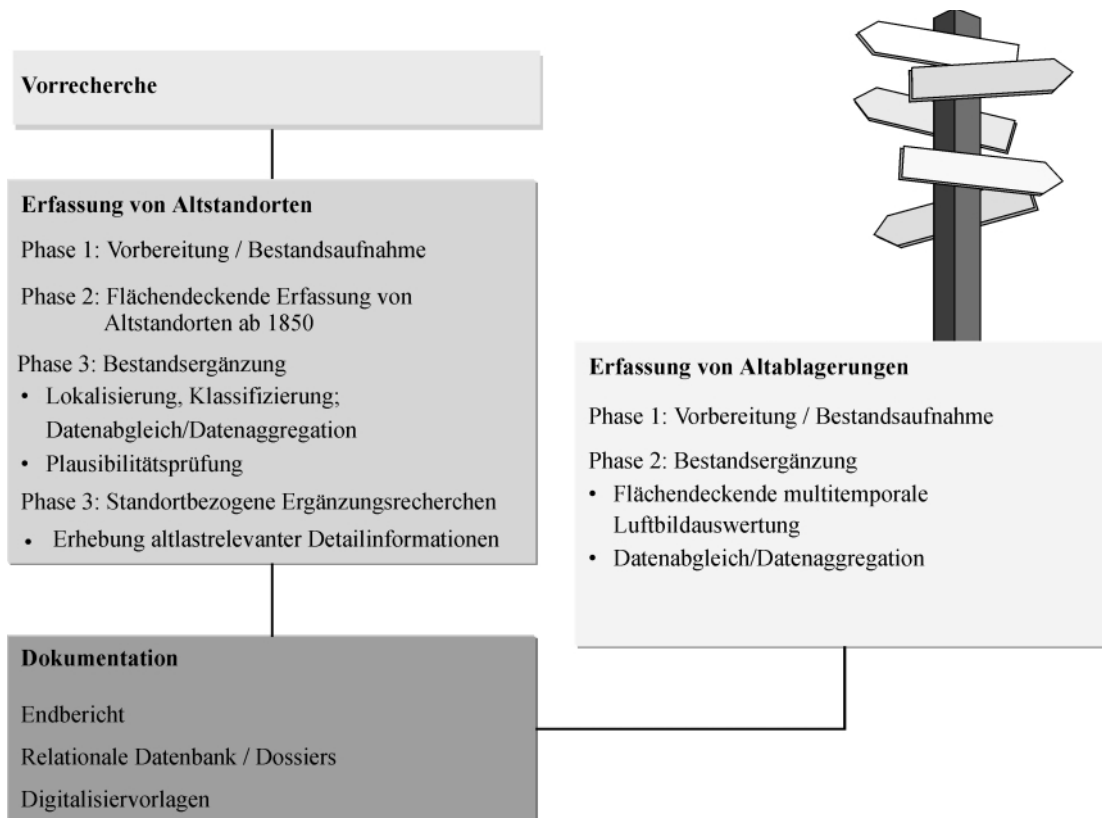


Abb. 1: Übersicht über den Projektverlauf

Im Sinne einer möglichst ökonomischen Vorgehensweise empfahl es sich daher, das für das Kreisgebiet Neuss relevante Quellenmaterial vor der eigentlichen Erfassung der Altstandorte und Altablagerungen durch eine *Vorrecherche* zu ermitteln. Alle im Rahmen dieser Vorrecherche durchzuführenden Arbeiten dienten dem Ziel, Art und Umfang der verfügbaren und zur Erfassung der Altstandorte und Altablagerungen heranzuziehenden Quellen exakt zu bestimmen und so den Zeit- und Kostenaufwand der späteren Hauptstudie zu präzisieren.

Dementsprechend lieferte die *Vorstudie* im Ergebnis eine Übersicht über die relevanten Archive und die zu analysierenden Informationsträger (Archivalien, Luftbilddaufnahmen und Karten). Diese Übersichten sowie die zusätzlich gewonnenen Informationen aus Gesprächen mit Archivaren und Sachbearbeitern wurden vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus anderen Projekten

analysiert und mit Blick auf die anschließende Hauptuntersuchung bewertet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Ergebnisse der Vorrecherche zur flächendeckenden Erfassung von Altablagerungen und Altstandorten des Kreises Neuss.

Übersicht über die für den Kreis Neuss recherchierten Informationsquellen

| Flächenabbildende Quellen | |
|---|-------------------|
| Karten | 6.761 |
| TK 25, DGK 5, Stadtpläne etc. | |
| Luftbilder | 17.503 |
| davon: 2. Weltkrieg | 12.800 |
| frühe Nachkriegsjahre | 2.400 |
| Schriftgut | |
| Druckschriften | |
| Bücher, Monographien | 78 |
| ungedruckte Quellen | |
| Gewerbekarteien (Einzelkarteikarten) | 90 (31.500) |
| Akten | |
| Konzessionen, Genehmigungen Ereignisakten (Protokolle) | 3.000 (14.000) |
| weiteres relevantes Dokumentationsgut | |
| Aktenordner | 286 |
| Aktenkartons | 126 |
| laufende Aktenmeter | ca. 300 |

TK 25 = Topographische Karte 1:25.000
 DGK 5 = Deutsche Grundkarte 1:5.000

Auf Grundlage der Quellentypen und der zugeordneten Zeitabdeckungen und nicht zuletzt auch der praktischen Erfahrungen des Auftragnehmers wurden Empfehlungen formuliert, welche der verfügbaren Quellen unbedingt in die Recherche einbezogen werden sollten und welche nur bei offensichtlichen Informationsdefiziten zu berücksichtigen waren.

In Abstimmung mit dem Amt für Umweltschutz des Kreises Neuss wurde dann ein Ablaufschema sowie ein differenziertes Leistungsverzeichnis für die Hauptuntersuchung erarbeitet.

Hauptstudie

Insgesamt gliederte sich das Projekt in eine Vielzahl von Einzelschritten. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich aber nur auf solche Schritte, bei denen kommunalen Archiven eine wesentliche Bedeutung zukam. Dies traf vor allem für die **flächendeckende Erfassung der Altstandorte** zu. Abb. 2 verdeutlicht die unterschiedlichen Ebenen der Schriftgut-recherche.



Abb. 2: Ebenen der Schriftgut-recherche

Die **erste Phase** diente der Vorbereitung einer systematischen Erfassung von Altstandorten ab 1850; sie umfaßte im einzelnen folgende Arbeitsschritte:

| <i>Vorbereitung / Bestandsaufnahme</i> | | Quelle |
|--|---|---|
| 1 | Erstellung einer Datenmaske | |
| 2 | Auswertung des vorhandenen Katasters | Umweltamt |
| 3 | Erarbeitung einer Chronologie und Statistik zur gewerblichen und industriellen Entwicklung des Kreisgebiets | <i>Stadtarchive</i> <i>Gemeindearchive</i> <i>Kreisarchiv</i> |

Mit Schritt 3 war also erstmals eine Sichtung kommunaler Archivbestände erforderlich. Für die zielgerichtete und umfassende Ermittlung von Altstandorten mußte ein Überblick über die *historische Entwicklung* des Wirtschaftsraumes erarbeitet werden. Hierzu stand umfangreiches Material in den Stadt- bzw. Gemeindearchiven sowie im Kreisarchiv zur Verfügung.

Die Aufbereitung der gewonnenen Daten erfolgte u.a. in einer Datenbank stadt-/gemeindebezogener Daten. Diese enthielt neben statistischen Angaben bereits erste

Einzelbetriebe – teilweise mit detaillierten Informationen zur Nutzungsgeschichte -, so daß ein nahtloser Übergang in die nächste Arbeitsphase möglich war.

Mit dem Ziel einer möglichst lückenlosen Erfassung von Altstandorten wurden in dieser **zweiten Untersuchungsphase** zunächst Quellen ausgewertet, die flächendeckend über lange Zeiträume hinweg Informationen zu heute nicht mehr existierenden Gewerbe- und Industriebetrieben liefern. Es handelte sich dabei um die nachgenannten Quellen:

Flächendeckende Erfassung von Altstandorten ab 1850

Quelle

| | | |
|---|---|---|
| 1 | 11 Adreßbücher aus der Zeit von 1844-1927 | Kreisarchiv |
| 2 | 23 Aktenbestände "Gewerbe / Konzession" | Stadtarchive Gemeindearchive |
| 3 | 32 Gewerbeverzeichnisse und Gewerbekarteien | Stadtarchive Gemeindearchive Ordnungsämter |
| 4 | Daten der Gewerbean- / und abmeldungen | Ordnungsämter KDVZ |

KDVZ = Kommunales Datenverarbeitungszentrum

Die Erfassung von Altstandorten durch Auswertung von Adreßbüchern, Gewerbeverzeichnissen, Gewerbekarteien und Akten zu Gewerbeabmeldungen sowie Auswertung des Datenbestandes der KDVZ (= Kommunales Datenverarbeitungszentrum) war sehr ergiebig. Als Ergebnis der Phase stand eine Datenbank zur Verfügung, die ca. 20.000 Einträge enthielt. Der Grund für diese hohe Zahl ist in der guten Quellenlage sowie in der breit angelegten Erfassung zu sehen.

Diese „*Ur-Datensammlung*“ enthielt noch eine Vielzahl – von Mehrfacherfassungen (aus verschiedenen Quellen);

– von Standorten, die heute noch in gleicher Weise genutzt werden und damit per Definition keine Altstandorte darstellen;

– von Standorten, die zunächst aufgrund einer „verdächtigen“ Bezeichnung aufgenommen wurden, bei denen sich der Verdacht aufgrund weiterer Recherchen aber nicht bestätigt hat.

Erwartungsgemäß war daher ein umfassender Datenabgleich erforderlich, der in der nachfolgenden **dritten Phase** erfolgte:

Bestandsergänzung

Quelle

Lokalisierung / Klassifizierung und Datenabgleich / Datenaggregation

| | | |
|---|--|---|
| 1 | Ergänzungen aus "Konzessionsakten" | Kreisarchiv |
| 2 | Bearbeitung der Datenbank <ul style="list-style-type: none"> ➤ Straßen Namensänderungen ➤ Vergabe der Branchenkennziffer u. Gefährdungsklasse ➤ Vereinheitlichung ➤ Kennzeichnung Altlast / Neulast | Stadtarchive Gemeindearchive Kreisarchiv |
| 3 | Lokalisierung <ul style="list-style-type: none"> ➤ gezielte Recherche unklarer Fälle unter Hinzunahme von: <ul style="list-style-type: none"> Katasterplankarten historischen TK 25 / DGK 5 alten Stadt u. Lageplänen ➤ erneute Standortzusammenfassung ➤ Vergabe von Flächenkennziffern | Verm. u. Katasteramt Landesvermessungsamt Stadtarchive Gemeindearchive Kreisarchiv |
| 4 | Einarbeitung der Ergebnisse weiterer Recherchen | Kreisarchiv Regionale Archive Zentrale Archive |
| 5 | Kennzeichnung der Standorte für Luftbild- und Bauaktenauswertung | |

Die Auswertung der **Konzessionsakten** erbrachte:

- neue Standorte, so z.B. ältere Tankstellen und Betriebszapfstellen;
- wichtige Zusatzinformationen insbesondere über die älteren Standorte;

– Hilfen für die Lokalisierung älterer Standorte; hier sind zum Beispiel die Konzessionsakten für Dampfkesselanlagen hervorzuheben, die i.d.R. Lagepläne enthielten.

Die Ergebnisse wurden in die bestehende Datenbank eingearbeitet. Art und Umfang der gesichteten und ausgewerteten Aktenbestände wurden in einem Findbuch Akten und Schriftgut dokumentiert.

Der Prozeß der Lokalisierung und des Datenabgleiches erwies sich insgesamt wesentlich aufwendiger und komplexer als erwartet. Als Gründe hierfür sind insbesondere anzuführen:

- sehr lückenhafte Informationen über Straßennamensänderungen; gänzlich fehlende Informationen über Hausnummernänderungen;
- mit wenigen Ausnahmen fehlten brauchbare historische Stadtpläne;
- die Auswertung aller Akten und des sonstigen zur Verfügung stehenden Schriftgutes erbrachte eine Flut von Einzelinformationen, von denen ein großer Teil für sich genommen keine Möglichkeit der Lokalisierung zuließ, da kein Bezug zu heutigen Adressen herstellbar bzw. kein eindeutig lokalisierbarer Standort zuzuordnen war;
- eine größere Zahl von Datensätzen enthielt Hausnummern, die heute nicht mehr existieren bzw. bei denen die Lokalisation der Adresse zu einem Wohngebäude oder einem Gebäude führt, das zum Zeitpunkt der altlastrelevanten Nutzung nicht existierte; aufwendige Überprüfungen anhand älterer DGK 5 und in Einzelfällen auch älterer Stadtpläne ermöglichten in einer Reihe von Fällen Aufklärung.

Mit Abschluß dieser dritten Phase stand dennoch eine **bereinigte Datenbank** zur Verfügung. Die Erfassung der Altstandorte lieferte – wie beschrieben – rein quantitativ sehr gute Ergebnisse. Die Überführung der Daten in ein endgültiges Kataster und insbesondere die zweifelsfreie Lokalisierung der Standorte konnte auch nach umfassenden Abgleichen aber nicht als abgeschlossen angesehen werden. Es war im weiteren erforderlich, diese Problemfälle zu lösen. Die standortbezogenen Ergänzungsforschungen der **vierten Phase** zielten somit vor

allem auf eine **Plausibilitätsüberprüfung** und Absicherung der Lokalisierung.

Vor einer endgültigen Aufnahme in das Kataster waren die Gewerbemeldungen mehrfach kritisch zu überprüfen, da die genutzten Quellen (Gewerbekartei, Adreßbücher, Konzessionsakten) Wirtschaftsbetriebe teilweise unter anderen Gesichtspunkten erfassen und im Einzelfall Wirtschaftszweigen zuordnen, als es im Hinblick auf die Erstellung eines Altstandortkatasters wünschenswert ist.

Eine größere Zahl von Datensätzen wurde in einem ersten Teilschritt als in keinem Fall lokalisierbar bzw. zuzuordnen aus der weiteren Bearbeitung ausgeschlossen. Es handelte sich hierbei um unvollständige Gewerbemeldungen, in der Mehrzahl ohne vollständige Adreßangabe. Nach Ausschluß dieser Datensätze bestand weiterer Entscheidungsbedarf in folgenden Fällen:

- Gewerbemeldungen, die Wohnhäusern zuzuordnen waren und
- Gewerbemeldungen, bei denen trotz vollständiger Adresse keine eindeutige Lokalisierung bzw. Zuordnung möglich war oder Zweifel hinsichtlich der Altlastenrelevanz bestanden.

Ziel der nachfolgend beschriebenen Arbeitsschritte war

- die vertiefende Plausibilitätsprüfung und Vorbewertung: Überprüfung der Plausibilität einer/der altlastrelevanten Nutzung; Kennzeichnung und Ausscheidung der Gewerbemeldungen, die begründete Zweifel hinsichtlich ihrer Altlastrelevanz entstehen lassen,
- die Absicherung, Korrektur bzw. Konkretisierung der Lokalisierung und Abgrenzung,
- die Ermittlung von Zusatzinformationen zur Standortgeschichte (Angaben zur Errichtung bzw. zum Abriß von Gebäuden; Lagepläne; Kriegseinwirkungen).

Die Überprüfung erfolgte anhand dreier hintereinander geschalteter Filter.

| <i>standortbezogene Ergänzungsrecherchen</i> | | Quelle |
|--|--------------------------------|---|
| 1 | Auswertung der verfügbaren DGK | Verm. u. Katasteramt |
| 2 | Bauaktenauswertung | Bauämter <i>Stadtarchive</i> <i>Gemeindearchive</i> |
| 3 | Luftbildauswertung | LÖBF/LafAO NWHS A D'dorf Landesvermessungsamt |

LÖBF/LafAO = Landesamt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung
NWHS A = Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv

Die Auswertung der Bauakten konzentrierte sich auf die Fälle,

- deren Lokalisation unsicher/fraglich war (ggf. Wohnsitz des Firmeninhabers),
- deren Abgrenzung als unsicher eingestuft wurde,
- für die Unsicherheiten aufgrund unklarer Straßenumbenennungen bzw. vermuteter Hausnummernänderungen bestanden und
- deren Bestandsdauer unklar war.

Entsprechend einer Vorausschätzung handelte es sich dabei um maximal ca. 900 Standorte und damit Bauaktenauswertungen.

Im Rahmen eines Tests wurden insges. 80 Bauakten in Meerbusch und in Grevenbroich ausgewertet. In insges. 40% der Fälle erbrachte die Bauaktenauswertung gute Ergebnisse, die zur Absicherung bzw. Korrektur der Abgrenzung führten. In weiteren 10% der Fälle waren den Bauakten Zusatzinformationen zum Standort zu entnehmen.

Die Quellenlage und Erschließung im Bereich der Bauakten erwies sich dennoch als sehr unterschiedlich, was auch die nachstehende Übersicht verdeutlicht; zum ein-

nen, was die generelle Verfügbarkeit anbelangt, zum anderen hinsichtlich der Sortierung und damit der Auffindbarkeit.

| <u>Stadt</u> Fundort | <i>Sortierung</i> | <i>Auffindbarkeit</i> | <i>Anzahl, gesamt</i> | <i>nicht auffind- / verfügbar</i> | <i>Anmerkung</i> |
|--|--|-----------------------|-----------------------|---------------------------------------|--|
| <u>Dormagen</u> Bauaufsichtsamt (Akten ab ca. 1890) | Straße / HSN | + | 106 | 24 | kaum Änderungen der HSNr |
| <u>Grevenbroich</u> Bauordnungsamt Stadtarchiv (Akten zu ausgewählten historischen Gebäuden) | nach Straße und Jahr der Bautätigkeit | - | 101 | 39 | Recherche im üblichen Umfang häufig ohne Ergebnis |
| <u>Jüchen</u> Gemeindearchiv (ab den 50/60iger Jahren vollständig, vereinzelt ältere) | Straße / HSN | + | 71 | 26 | kaum Änderungen der HSNr |
| <u>Kaarst</u> Bauordnungsamt | Straße / HSN | + | 97 | 22 | |
| <u>Korschenbroich</u> Bauordnungsamt (Bauakten erst ab 1948/49, Verbleib der früheren Bauakten ungeklärt) | bis 1980: nach Bauantragsteller (Zugriff über Karteikarten); ab 1981 nach Jahr der Bautätigkeit und Straße | - - | 65 | 43 | Recherche im üblichen Umfang häufig ohne Ergebnis |
| <u>Meerbusch</u> Bauordnungsamt | Straße / HSN | + + | 88 | 17 | |
| <u>Neuss</u> Bauordnungsamt Stadtarchiv (Nebenbestand) | Straße / HSN | + + | 340 | 47 | |
| <u>Rommerskirchen</u> Gemeindearchiv (vor ca. 1960) Hochbauamt (ab ca. 1960) | nach Datum Baugenehmigung | - - | 34 | 18 | Recherche im üblichen Umfang häufig ohne Ergebnis |
| Gesamt | | | 902 | 236 | |

Die Tabelle macht deutlich, daß hinsichtlich der Ergiebigkeit der Recherchen die Städte Grevenbroich und Korschenbroich sowie die Gemeinde Rommerskirchen negativ herausfallen. Dennoch hat sich der Arbeitsschritt insgesamt bewährt und zu einer Absicherung und Ergänzung der Datenbasis geführt.

Ergebnisaufbereitung

Die Ergebnisse der Erfassung wurden – wie bereits mehrfach erwähnt – in Datenbanken (ACCESS) aufbereitet, deren Feldstruktur dem in der Ausschreibung vor-

gegebenen Dossier entspricht. Es wurde ein nutzerfreundliches Bedienmenü programmiert, das es ermöglicht, gezielt nach Standortkennungen, Straßen oder DGK-Blättern zu suchen und sich die entsprechenden Dossiers anzeigen zu lassen. Die in den Dossiers abgelegten Informationen sind jeweils mit Quellenkennziffern versehen, die somit den Rückschluß auf den zugrunde liegenden Informationsträger ermöglichen. Hierdurch wird eine größtmögliche Transparenz – zum Beispiel bei später ggf. durchzuführenden Untersuchungen – gewahrt.

Informationen zu Altlasten in einem Stadtarchiv: Das Beispiel Dortmund

von Hermann J. Bausch

Altlasten einer Industriestadt: vergessene oder verdrängte Industriegeschichte?

Dem Vortrag vorangestellt ist eine Themenkarte des städtischen Umweltamtes, die die Bedeutung des Themas Altlasten für eine Industriestadt wie Dortmund eindrucksvoll illustriert¹. Die hinterlegten Flächen im Stadtgebiet kennzeichnen die Verdachtsflächen der Altlasten, wobei die größten Flächenanteile auf die aktuellen und historischen Standorte der Schwerindustrie und des Bergbaus fallen. Weiterhin überspannt ein Netz von Symbolen für die Verdachtsflächen in Form von Abgrabungen, Verfüllungen, Altablagerungen und Schüttungen sowie Altstandorten der Industrie das dargestellte Stadtgebiet. Bislang wurden in Dortmund nahezu 2000 Altstandorte und Altablagerungen erfaßt. Die Verdachtsflächen machen insgesamt ca. 1/7 der Stadtfläche aus und sollen - soweit möglich - einer neuen Nutzung zugeführt bzw. so gesichert werden, daß von ihnen keine Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt ausgehen. Die lokale Bodensituation ist untrennbar verbunden mit der ausgeprägten industriellen Geschichte und dem großstädtischen Charakter Dortmunds, so daß die Böden im Stadtgebiet eine für industrielle Ballungsräume übliche Belastung ausweisen. Im Dortmunder Stadtgebiet geht der Altlastenverdacht überwiegend von den ehemaligen Betriebsstandorten der Zechen, Kokereien, Gaswerke und der Schwerindustrie sowie von ehemaligen Gruben (z.B. Ziegelgruben) aus. Letztere wurden bis in die 70er Jahre als teilweise illegale Ablagerungsmöglichkeiten für Bauschutt, Bodenaushub, Hausmüll etc. genutzt.

Als die Stadt Dortmund 1985 erstmals eine solche Themenkarte herausgab, räumte der zuständige Planungsdezernent ein, daß jede Kommune Angst habe, ein solches Werk aufzustellen. Die Dortmunder Presse kommentierte: „Die Altlasten-Karte wird die Stadt Dortmund und ihre Bürger die nächsten Jahrzehnte in Atem halten“ (Westdeutsche Allgem. Zeitung / WAZ 27.9.1985). Als erste Großstadt im Ruhrgebiet hatte Dortmund mit der systematischen und flächendeckenden Erfassung von sogenannten „Altlasten“ zu Beginn der 80er Jahre begonnen - nicht freiwillig, sondern weil die Giffunde auf ehemaligen Bergbau- und Kokereistandorten in den Ortsteilen Dorstfeld-Süd, Mengede und Scharnhorst seit 1979 die Planer endlich wach werden ließen. Der Verdacht auf eine Altlast im Boden reichte aus, um Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung, die Wirtschaftsförderung und die Stadtsanierung nachhaltig zu beeinflussen. Nach dem Erscheinen der Karte 1985 wurden in Dortmund sogleich acht Bebauungspläne, die solche Altlasten-Verdachtsflächen berührten, vorsichtshalber gestoppt.

Heute käme kein Stadtplaner, kein Ratsvertreter auf den Gedanken, eine Industriebrache ohne vorherige Untersuchung zu einem Siedlungsgebiet zu machen. Als sich 1970 in Dortmund (für die Dauer von 5 Jahren) erstmals eine Kommission aus Rat, Verwaltung und Dortmunder Institutionen für die „eingehende Untersuchung der Ge-

fährdung der Bürger unserer Stadt durch Lärm, Staub, Abgase, Abwässer und Müll“ gründete, war das Wort „Altlast“ noch gänzlich unbekannt. In der Erkenntnis oder Erahnung heranziehender Umweltprobleme wollte man mit einer solchen Kommission - so die SPD-Ratsbegründung - verhindern, daß mit den Problemen Emotionen geweckt würden oder „berufsmäßige Naturschützer“ Veranlassung hätten, „durch Initiativen, die über das Ziel hinausschießen, die Industrie zu verärgern“². Die 70er Jahre waren im Städtebau des Ruhrgebietes vielfach noch ein Jahrzehnt der sogenannten „Kahlschlag-Sanie- rung“; neue städtebauliche Projekte wurden oft ohne Kenntnis und unter Ignoranz früher dort vorhandener Baustrukturen und Ortsteilgeschichte entworfen und geplant. Die frei gewordenen Flächen der in den 60er Jahren geschlossenen Steinkohlenzechen harrten in vielen Fällen bis in die 70er Jahre auf eine neue Nutzung, andererseits war es Aufgabe der Kommunen, neue Gewerbe- und Wohngebiete zu erschließen. So wurde z. B. erst 1980 auf einem bereits 1965 von der Stadt Dortmund angekauften Betriebsgelände der 1963 stillgelegten Zeche Dorstfeld, und zwar „auf dem alten Zechenholzplatz“, aufgrund eines rechtskräftigen Bebauungsplanes aus dem Jahr 1972 mit dem Bau von rund 200 Wohnhäusern begonnen. Es war der Beginn des später bundesweit bekanntgewordenen Umweltskandals „Dorstfeld-Süd“. Hinter der harmlosen Bezeichnung „Holzlagerplatz“ verbarg sich das frühere Imprägnierwerk der Zeche, in dem krebserregende Steinkohlenteeröle verarbeitet worden waren.

Als es 1981 erstmals konkrete Hinweise auf Bodenverunreinigungen in Dorstfeld gab, wurden Planer und Kommunalpolitiker von der eigenen Stadt- d. h. ihrer Industriegeschichte eingeholt, an die sich seltsamerweise kaum einer von denen noch erinnern konnte, die an den Beschlußfassungen zu diesem Bebauungsplan im Jahr 1972 beteiligt waren. Die Schlagzeilen der Presse lauteten dementsprechend: „Die Industriegeschichte von Dorstfeld vergessen!“ Und auf die Nachlässigkeit der Planer gemünzt hieß es weiter: „Dabei war die Problematik der Altlasten bekannt, bevor in Dorstfeld auch nur ein Bagger angerollt war. Ein einziger Blick ins Stadtarchiv hätte genügt, um die Gesundheit der Menschen ... zu schützen“ (WAZ 26.4.1985). Als die Dortmunder Grünen den Fall 1983 vor den Rat brachten, hinterließ der zuständige Dezernent den Eindruck, als höre die Verwaltung zum ersten Mal von einer ehemaligen Kokerei auf den fraglichen Grundstücken. Seltsamerweise waren zudem in der Hausaktenverwaltung des Bauordnungsamtes bestimmte Dokumente verschwunden (WAZ 16.4.1985). „Doch“ - so ein zeitgenössischer Kommentar mit dem Titel ‚Viele Spuren‘ (WAZ 22.2.1986) - „Dorstfeld-Süd hinterließ in zahlreichen Archiven seine Spuren.“ Das Stadtarchiv wurde damals sowohl von Seiten der Verwaltung als auch der betroffenen Bürger/-innen

¹ Altstandorte und Altablagerungen. [Themen-]Karte, hrsg. vom Umweltamt der Stadt Dortmund, aktualisierte Ausgabe 1996, Kartographie und Reproduktion: Vermessungs- und Katasteramt Dortmund

² Unterlagen der Umwelt-Kommission im Stadtarchiv Dortmund

und der interessierten Öffentlichkeit eifrig benutzt. Die Grünen weiteten ihre Recherchen auf das Staatsarchiv Münster aus, wo sie Nachweise darüber fanden, daß der Betreiber der Kokerei bereits 1952 eine Anlage schließen mußte, da das Bergamt übermäßige Gifkonzentrationen nachweisen konnte (WAZ 24.4.1985). Eigentlich war klar, daß bei etwas Aktenstudium in Dorstfeld-Süd nie ein Haus hätte gebaut werden dürfen. Doch sogar der örtliche Bezirksvorsteher, der selbst als Maschinist und Betriebsrat 14 Jahre lang in jener Kokerei gearbeitet hatte, versuchte noch 1981 besorgten Neusiedlern weißzumachen, daß früher dort „nur eine grüne Wiese und sonst weiter nichts“ gewesen sei (DIE ZEIT 13.7.1984). Dieser Umgang von Kommunalpolitikern und Zeitgenossen mit der industriellen Umwelt sowie deren „Kurzzeitgedächtnis“ sprechen für sich und sind ein Plädoyer für die Existenz der Archive. Neben der kommunalpolitischen Auseinandersetzung begann nun die sich über Jahre hinziehende, 92 Mio. DM teure Sanierung des durch Altindustrien verseuchten Geländes, durchgeführt aufgrund der Auswertung von elf wissenschaftlichen Gutachten, Berichten und Stellungnahmen, komplettiert durch Vorschläge und Empfehlungen der verschiedenen fachzuständigen Behörden, Institute und anerkannten Experten aus Wissenschaft und Technik. Als die Stadt 1985 versucht hatte, die Harpen AG als letzte Betreiberin der Kokerei für die Sanierungskosten heranzuziehen, konnte letztere u. a. mittels eigener Recherchen im Stadtarchiv nachweisen, daß die Stadtverwaltung zum Zeitpunkt der Bebauung das Gebiet mit seinen Altlasten durchaus kannte (WAZ 17.10.1985).

Altlastenermittler

Diese Ausführungen zu einem Teilabschnitt Dortmunder Stadtgeschichte sind deshalb vorausgeschickt, weil sie - neben dem optischen „Eingangsbild“ der Karte - darlegen, seit wann und in welchem Umfang Umweltgeschichte als Teil des Alltags in einer Industriestadt wie Dortmund Bestandteil wurde. Vor zwanzig Jahren waren die Begriffe Umwelt oder Altlasten in den Archiven des Ruhrgebiets kein Recherche-Kriterium. Als der Sanierungsfall Dorstfeld-Süd das Altlastenproblem wie einen Eisberg mit seiner Spitze zu Tage befördert hatte, hatte das städtische Ordnungsamt mehrere Mitarbeiter speziell für Archivrecherche abgeordnet, die das gesamte Stadtgebiet auf das Vorhandensein industrieller Altlasten und somit auf seine industrielle Vorgeschichte hin untersuchen sollten. Allerdings waren diese städtischen Mitarbeiter, überwiegend mit einer Ausbildung als Verwaltungsangestellte, vielfach weder mit den historischen Prozessen der Industrialisierung sowie der technischen und anlagemäßigen Entwicklung der Betriebe noch im Umgang mit Recherchen, Sichtung, Auswahl und Auswertung von archivischen Unterlagen geschult und erfahren. Sie akzeptierten mehr oder weniger jede Quelle, die das Stadtarchiv ihnen anbot. Das Resultat der Auswertungen von Karten- und Aktenmaterial, Fotografien, Adreßbüchern etc. und Luftbildinterpretationen fand seinen Niederschlag in einem städtischen Altlastenkataster. Die Ergebnisse werden seit 1985 in einer Themenkarte „Altstandorte und Altablagerungen“ im Maßstab 1 : 20 000 wiedergegeben (s. o.). War die erste noch von der Bergbauabteilung des Vermessungs- und Katasteramtes bearbeitete Karte nur unter Auswertung der im Vermessungsamt vorhandenen Kartenwerke aus den Jahren 1850 bis 1961 vorgenommen worden, so wurden erst die folgenden Kartenausgaben durch weitere Re-

cherche und Aktualisierung (zuletzt 1996) informations- und damit aussagekräftiger.

Durch Angliederung des planerischen Umweltschutzes an die „Reparatur-Abteilung Umwelt“ des Ordnungsamtes, die sich mit der Bewältigung der Altlasten herumschlug, schuf die Stadt Dortmund 1986 als eine der ersten deutschen Städte ein Umweltamt. An erster Stelle des Aufgabenkataloges stand die „Auseinandersetzung mit den historischen Sünden der Industrialisierung und Zersiedelung des Stadtraumes“. Insgesamt wurden seit 1985 vom Umweltamt für ca. 300 Verdachtsflächen in Dortmund Gefährdungsabschätzungen durchgeführt. Es kann heute bei der Beurteilung der Belastungssituation im Dortmunder Stadtgebiet auf weitere 500 gutachterliche Stellungnahmen und Berichte von Bauantragsstellern zurückgreifen. Aus der Sicht des Umweltamtes heute ist das Problem Altlast, „wenngleich immer im Einzelfall zu lösen, aufgrund der langjährigen Erfahrung aller Beteiligten zu einer kalkulierbaren Größe geworden“³.

Waren es zu Beginn der 80er Jahre noch Mitarbeiter der städtischen Ämter, die für das kommunale Altlastenkataster Archivrecherchen betrieben, so wurden im Zuge der flächendeckenden Ausdehnung des Katasters in den folgenden Jahren zunehmend private Firmen für die Erfassung und Bewertung von Altlastverdachtsflächen herangezogen. Ingenieur- und Beratungsgesellschaften, die diese neue „Wachstumsbranche“ vertraten, zählten nun bald zu den neuen Kunden des Kommunalarchivs. Als betroffener Archivar nahm ich in der Folgezeit erfreut zur Kenntnis, daß aus der anfänglichen „Investition“ in Form intensiver Gespräche zwischen Benutzerberatung und Altlastenermittlern - oft aus dem wissenschaftlichen Fachbereich der Geographie kommend - über die Darstellung der Quellenlage zum Thema Altlasten in kommunalen Archiven erfreulicherweise recht schnell eine professionellere Handhabung der vorhandenen Quellen zur Betriebs- und Anlagengeschichte als die der Bediensteten des Ordnungsamtes erfolgte. Bereits 1991 gab es in Dortmund unter der Schirmherrschaft des neuen Umweltamtes ein Symposium „Praxis der Erfassung und Erstbewertung ziviler und rüstungsbedingter Altlast-Verdachtsflächen“. War es Anfang der 80er Jahre noch mühsam, den neuen Interessenten den Unterschied zwischen einer sammelnden Dokumentationsstelle und einem von Zuständigkeiten geprägten Archiv zu vermitteln, so hatten die Vertreter der neuen Unternehmen bald eigene Leitfäden und Rechercheraster entwickelt, die auch die Archivrecherche beinhalteten und eine kurze Aufklärung über die Struktur des deutschen Archivwesens gaben. Von dem zur Verdachtsflächenerfassung durch Luftbild- und Kartenauswertung sowie Archivrecherche eingesetzten Personal werden heute von einigen Unternehmen als Qualitätsmerkmal ausdrücklich

³ Umweltsituation in Dortmund 1997/98. Umweltbericht der Stadt Dortmund, hrsg. vom Umweltamt Stadt Dortmund (1999), 104 S. u. Anh., hier S. 51; vgl. weitere Veröffentlichungen des Umweltamtes: Altstandorte und Altablagerungen (Dortmunder Beiträge zur Umweltplanung), Umweltamt Stadt Dortmund (1994), 17 S.; Tagungsband zum Symposium „Praxis der Erfassung und Erstbewertung ziviler und rüstungsbedingter Altlast-Verdachtsflächen“, am 14. Nov. 1991, Umwelt-Zentrum Dortmund (1991), 61 S.; Ergebnisbericht zur Erfassung kriegs- und rüstungsbedingter Verdachtsflächen in Dortmund, Umwelt-Zentrum Dortmund (1991); vgl. auch: Die Verwendung von Karten und Luftbildern bei der Ermittlung von Altlasten. Ein Leitfaden für die praktische Arbeit von Prof. Dr. Jürgen Dodt u. a., 2 Tle., hrsg. vom Min. für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW, Düsseldorf 1987

Kenntnisse über die früheren und heutigen Gestaltungsvorschriften und Inhalte der amtlichen Kartenwerke, Kenntnisse über die Struktur des staatlichen und privaten Archivwesens verbunden mit historischen Kenntnissen des Erhebungszeitraumes sowie Kenntnisse der Sütterlin- und der altdeutschen Schrift gefordert. Leider hat man vergessen, auch den Berufsstand der Archivare im vorgeschlagenen Arbeitsteam aus Photogrammetern / Fernerkundern, Kartographen, Geographen, Chemie- und Verfahrenstechnikern zu berücksichtigen, der für die Arbeitsabläufe der archivischen Quellenermittlung, -sichtung und -auswertung m. E. prädestiniert ist.

Unterlagen im Kommunalarchiv

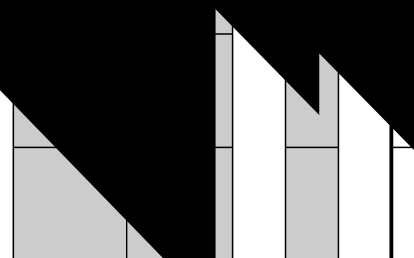
Informationen zu Altlasten finden sich im Kommunalarchiv zum größten Teil in der Überlieferung der Bau- und technischen Ämter sowie der Ordnungsverwaltung. Erfahrungsgemäß konzentrieren sich die Altlastenermittler für die Erstellung einer generellen Gebietsinventur zur Erfassung und Lokalisierung von Altlastenverdachtsflächen (Altlastenkataster) zunächst auf grundlegende Unterlagen in Form von Karten und Luftbildplänen. Die Tatsache, daß Luftbilder einen Raumausschnitt ohne generalisierende Informationsverringering objektiv und höchst realitätsgetreu abbilden, läßt sie zu einer der aufschlußreichsten Informationsquellen für die Verdachtsflächenerkundung werden. In der Regel suchen die Altlastenerkunder in NRW heutzutage die Luftbilder in anderen Fundorten als den Kommunalarchiven, nämlich Fundorten zentraler Archivierung wie in der Technischen Zentralstelle des Landesamtes für Agrarordnung, im Landesvermessungsamt, beim Kampfmittelräumdienst und im Hauptstaatsarchiv NRW; dabei bieten auch die Kommunalarchive oft solche bildlichen Quellen. Das Stadtarchiv Dortmund besitzt aus Ablieferungen der Bau- und Stadtplanungsverwaltung einen Bestand an Luftbildplänen (Reihensenkrechtmessbilder auf panchromatischem Schwarzweißfilm) von ca. 3 000 Exemplaren; hiervon datieren 250 Pläne in die Zeit 1925 - 1928 (größtenteils zeitgenössische Fotoabzüge), die meisten Pläne umfassen die Jahrgänge ab 1952 bis in die 80er Jahre, hergestellt im Abstand von 2 - 4 Jahren; ein durchschnittlicher Befliegungssatz für das Stadtgebiet umfaßt ca. 100 Exemplare des Plans 1 : 5 000. Bemerkenswerte Luftbildbestände sind neben einigen wenigen Luftbildplänen der Sonderluftbildabteilung des Reichsluftfahrtministeriums und von Hansa-Luftbild aus den Jahren 1938/39 (mit Fehlflächen für Gebiete der Großindustrie und des Militärs) ca. 300 Befliegungsaufnahmen durch die alliierten Luftstreitkräfte im Frühjahr 1945, die das Stadtarchiv als Originalfotoabzüge ankaufen bzw. als Großformatnegative aus der ehemaligen Fotoabteilung des Vermessungsamtes übernehmen konnte; diese dürften evtl. als Ergänzung zu den an anderen Fundorten bekannten Aufnahmen anzusehen und auszuwerten sein. Als Findmittel für die Benutzung der Luftbilder von 1945, die nur bestimmte Flugrouten abdecken, ließ das Stadtarchiv eine Befliegungsübersicht auf der Kartengrundlage des amtlichen Stadtplanes anfertigen. Für die anderen Befliegungen des Stadtgebietes liegen Blatt- und Bildmittenübersichten vor, die mit den Luftbildplänen übernommen wurden. Neben den Senkrechtaufnahmen besitzt das Stadtarchiv auch einen größeren Bestand an Luftbild-Schrägaufnahmen aus den 1920er bis 1950er Jahren, die neben Zugängen vom Planungs- und Presseamt aus Erwerbungen vom KVR und von privaten Luftbildfotografen stammen. Hierunter befinden sich be-

sonders auch mehrere Aufnahmen von Steinkohlenzechen und Industriebetrieben. Die durch Schrägaufnahmen dokumentierten Stadtgebietsbereiche sind in einer eigens angefertigten Übersichtskarte des Stadtarchivs nachgewiesen.

Karten erweisen sich ebenfalls als leistungsfähige Informationsquellen der Verdachtsflächenerfassung. Besonders die Meßtischblätter im Maßstab 1 : 25 000 werden ähnlich wie die Luftbildpläne von den Altlastenerkundern vorwiegend über das Landesvermessungsamt, die kommunalen Kataster- und Vermessungsämter, die Staatsarchive oder sonstige regionale oder überregionale Dienststellen benutzt. Als Sammlungsgut und als Beilagen zu Aktenvorgängen stammend besitzt das Stadtarchiv Dortmund einen Bestand von rund 100 Meßtischblättern im Maßstab 1 : 25 000 sowie Vergrößerungen 1 : 10 000 mit verschiedenen Daten- und Fortführungsständen für das Stadtgebiet.

Ein gerade für das Ruhrgebiet als Bergbauregion wichtiges topografisches Kartenwerk, das das Stadtarchiv bislang in verschiedenen jüngeren Ausgaben aus dem Zeitraum 1920 - 1939 besitzt, sind die von der Westfälischen Berggewerkschaftskasse in Bochum herausgegebenen Übersichts- und Flözkarten des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks im Maßstab 1 : 10 000 bzw. 1 : 25 000, deren Vorläufer in die 1860er Jahre datieren (weitere Herstellungsjahre sind 1864-1868, 1879-1889, 1911-1932). Als Unterlagen für die Darstellung auf diesen Karten dienten fast ausschließlich die amtlichen Grubenbilder, ergänzt durch Planunterlagen der Städte und Gemeinden, der Wasserstraßenbehörden und Wasserwirtschaftsverbände, der Reichsbahn, des Katasters und einzelner Industrierwerke, ferner seit 1925 auch entzerrte Luftbildaufnahmen. Umfangreiche komplette ältere Sätze dieses Kartenwerks aus dem früheren Sachgebiet Bergwesen des Vermessungs- und Katasteramtes wird das Stadtarchiv in absehbarer Zeit vom Umweltamt übernehmen, das die Pläne nach Abschluß der Auswertung für das Altlastenkataster nicht mehr für den laufenden Geschäftsbetrieb benötigt.

Neben der staatlichen und bergbaulichen Kartenproduktion ist es vor allem die originäre Kartenproduktion der kommunalen Vermessungsstellen, die als großmaßstäbige Grundkarten und weiterverarbeitete Übersichtskarten eine wichtige Quelle für die Erforschung der Altlast-Verdachtsflächen bildet und sich im Stadtarchiv befindet: Seit der ersten flächenhaften Neuvermessung der Stadt (M. 1 : 250) in den 1870er Jahren fertigte die Stadtvermessung in den Folgejahren Flurkarten in den Maßstäben 1 : 625 bis 1 : 2 500 an (ca. 1000 Ex.), die das (innere) Stadtgebiet in einer dichteren Abfolge als die staatliche Katasterkartenproduktion dokumentieren. Mit dem Bedarf an großmaßstäbigen Flurkarten und Bauplänen stieg auch der Bedarf an Übersichtskarten: bereits seit 1872 fertigte die Stadtvermessung Stadtpläne im Maßstab 1 : 10 000 und seit 1906 im Maßstab 1 : 5 000 an, die einen hohen topographischen Informationswert haben. Zwischen 1900 und 1950 wurden orthogonale Bauplanvermessungen der gesamten Topographie einschließlich sichtbarer Grenzen flächendeckend über etwa 75 km² durchgeführt und kartiert. Diese „Bebauungspläne im Maßstab 1 : 500 und 1 : 1 000“ (ca. 620 Ex.) wurden zu „Grundplänen 1 : 2 000“, „Karten 1 : 5 000“ und „Hauptkarten 1 : 1 : 10 000“ weiterverarbeitet. Das einheitliche Kartenwerk des Grundplanes 1 : 2 000,



der Vorläufer der Deutschen Grundkarte M. 1 : 5 000, war 1925 unter Mitwirkung der Vermessungsämter der Großstädte des Ruhrgebiets als neuzeitliches Kartenwerk ins Leben gerufen worden, weil zuvor „jede Gemeinde ein nach Begrenzung, Maßstab und Darstellung eigenartiges Kartenwerk hergestellt“ hatte. Von großen Substanzverlusten während des Zweiten Weltkrieges gezeichnet, gelangte dieses wichtige und umfangreiche kommunale Grundkartenwerk in Dortmund zersplittert über zahlreiche Akzessionen des Vermessungsamtes sowie in Form unterschiedlicher Materialzeichnungsträger (Handzeichnungen, z. T. auf Aluminiumplatten kaschiert, Drucke, Lichtpausen, SW-Filme Großformat und 13x18), an das Stadtarchiv. In den 50er Jahren wurde ein aus über 800 Karten bestehendes großmaßstäbiges Rahmenkartenwerk der heutigen Stadt-Grundkarte 1 : 1 000 (1 : 500) erstellt, das sowohl den amtlichen Katasterbestand als auch topographische Angaben enthält. Seit Anfang der 1960er Jahre gibt es für das Stadtgebiet die ersten Ausgaben des überörtlichen topographischen Kartenwerks Deutsche Grundkarte im Maßstab 1 : 5 000, das aus der Stadtgrundkarte entwickelt wurde. Das Stadtarchiv besitzt als Ablieferungen des Vermessungsamtes einige Ausgaben der ältesten Kartensätze, die mit jeweils rund 100 Blättern das Stadtgebiet abdecken.

Neben der eigentlichen kommunalen Kartenproduktion des Vermessungs- und Katasteramtes konnten in den zurückliegenden Jahren aber auch aus dem Gebrauchsarchiv dieses Amtes Pläne mit Provenienzen der Industrie und des Bergbaus als Kopien (Lichtpausen u. ä.) übernommen werden, die für die Altlastenfrage eine gute Quelle sind. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Lagepläne aus den 1940er bis 1960er Jahren, die wohl in der Reproabteilung des Vermessungsamtes vervielfältigt wurden. Inhaltlich betrifft dies Gaswerke, Kläranlagen, Truppenunterkünfte, Betriebsbahnhöfe, Firmen- und Betriebsgelände von Brauereien, Hüttenwerken und Schachtanlagen.

Zu den wichtigsten archivischen Unterlagen in Kommunalarchiven (sofern sie schon dorthin abgegeben wurden), die für die objektbezogenen Standortrecherchen zu Altlasten-Verdachtsflächen herangezogen werden können, zählen die Baugenehmigungsakten der Bauordnungsbehörden, auch Gebäude- oder Hausakten genannt. Diese Akten beinhalten neben Bau- und Anlagebeschreibungen von einzelnen Objekten auch das zugehörige, meist großformatige Karten- und Planmaterial wie Lagepläne, Grundriß-, Ansichts- und Querschnitt-Zeichnungen. Die Hausaktenverwaltung des Bauordnungsamtes hatte dem Stadtarchiv bereits Ende der 1960er Jahre die älteren Bände von Bauunterlagen der Dortmunder Zechen und Anlagen der Eisenindustrie aus der Zeit vor 1945 zur Aufbewahrung übergeben (400 Bde.).

Ebenfalls objektbezogene Akten sind bei der kommunalen Ordnungsverwaltung entstanden, der die Gewerbeaufsicht und Konzessionierung von technischen Anlagen und Betrieben oblag. So finden sich in den Unterlagen der Gewerbepolizei bzw. Gewerbeaufsicht (seit 1850), des Stadtausschusses der Großstadt Dortmund sowie der Kreisasschüsse der Landkreise Dortmund und Hörde (1887-1929) neben der überaus guten Dokumentation der Zulassung von Dampfkesselanlagen zahlreiche Einzelfallakten über die Konzessionierung von Brauerei-

en, Färbereien, Teer- und Erdöl-Destillationen, Gaswerken, Gerbereien, Hochöfen, Hüttenwerksanlagen, Kläranlagen, Maschinenbauwerkstätten, Kalköfen, Metallgießereien, Schlachthäusern, Töpfereien, Ziegeleien, Zinkhütten, etc. Die Akten enthalten allerdings nicht in jedem Fall Zeichnungsmaterial (z. B. Lagepläne) zu den Betriebsanlagen. Die Schachtanlagen und Auswirkungen des Bergbaus (v. a. Bergschäden) dokumentieren die vor kurzer Zeit vom Umweltamt übernommenen und ursprünglich in der Abteilung Bergwesen des Vermessungsamtes entstandenen Akten und Karten.

Ähnliche Informationen wie die vorerwähnten objektbezogenen Unterlagen, nämlich Lagepläne oder Beschreibungen, enthalten auch weitere zahlreiche Verwaltungsakten kommunaler Provenienz, vor allem aus den Sektoren Straßen- und Wasserbau, Liegenschaften, Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr. Aus Akten über die Einziehung bzw. Enteignung von Wegen oder Heranziehung zu Straßenbaukosten lassen sich beispielsweise detaillierte Informationen über die Nutzung und die kartenmäßige Darstellung eines Zechen- und Kokereigeländes gewinnen. Beschreibende Unterlagen über Standorte der Industrie und deren Auswirkung, findet man bisweilen auch in gleichtitulierten Sachakten (Lärm, Wasser- und Luftverschmutzung oder Bergschäden) der Kommunalverwaltungen über die Gesundheitsfürsorge (Gesundheitspolizei). Den Akten der Kommunen über Grundbesitz-, Anlage- und Unterhaltungsfragen bezüglich Strecken, Bahnhöfen und Werkstätten der Eisen- und Straßenbahnen kommt insofern eine gesteigerte Bedeutung zu, weil die Deutsche Bahn AG früher ihren eigenen Archiven und Registraturen keinen Aufhebungswert beimaß. So suchten beispielsweise 1997 Mitarbeiter der Bahn AG das Stadtarchiv auf, um mittels fehlender eigener Unterlagen Grundlageninformationen zu Strecken und Anlagen der Bahn für die Ermittlung von Altlasten auf Dortmunder Bahngebiet zu sichten, auszuwerten und sozusagen ein Ersatzarchiv anzulegen. Bezüglich eines jüngeren Verkehrsmittels als die Bahn, läßt sich hier anmerken, daß ich vor einigen Jahren sehr erstaunt war, als das Stadtarchiv ausgerechnet vom Rechnungsprüfungsamt ein Konvolut von Bauplänen zum Neubau der Dortmunder Flughafengebäude in den 1930er Jahren bekam, der im 2. Weltkrieg militärischer Fliegerhorst war.

Unterlagen für die Erfassung kriegs- und rüstungsbedingter Altlast-Verdachtsflächen finden sich in Kommunalarchiven naturgemäß weniger, da Anlagen wie Kasernen, Fliegerhorste, Schießplätze und Munitionslager als militärische und damit staatliche Einrichtungen einer gewissen Geheimhaltungsstufe oblagen und zudem nicht in kommunaler Zuständigkeit lagen. Zu diesen Objekten besitzt das Stadtarchiv einige Detail-Lagepläne aus der unmittelbaren Vorkriegs- oder Nachkriegszeit aus einem Sammelbestand von Plankopien des Vermessungsamtes. Auch etliche Pläne des im Zweiten Weltkrieg bestanden Luftschutzamtes (u. a. Organisation Todt) über Bunker und unterirdische Stollenanlagen gelangten als Kopien oder Filme vom Vermessungsamt an das Archiv. Dortmund besaß eine der größten unterirdischen Luftschutz-Stollenanlagen in Deutschland. Umfangreiche Informationen zu Luftschutzbauten im Zweiten Weltkrieg beinhalten Akten des Ordnungsamtes bzw. der Feuerwehr, die das Archiv kürzlich vom Umweltamt übernehmen konnte. Es ist überhaupt festzustellen, daß viele der Unterlagen, die ursprünglich beim Vermessungsamt,

Ordnungsamt und der Feuerwehr entstanden und nach 1986 dem neugegründeten Umweltamt mit der Sachbearbeitung übergeben worden waren, jetzt nach Abschluß der ersten Auswertungsphase der Unterlagen für die Altlast-Verdachtsflächenermittlung an das Stadtarchiv abgegeben werden. Überlieferung zu den Schäden durch alliierte Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg befindet sich im Archivbestand der amtlichen Dortmunder Kriegschronik, die im Zweiten Weltkrieg vom Stadtarchiv geführt wurde. Dieser 57 Bände umfassende Bestand beinhaltet u. a. die als vertraulich eingestuften Luftschutzdienstmeldungen und Schadensmeldungen des Kreispropagandaleiters der NSDAP als Luftschutzbeauftragter an den Oberbürgermeister bzw. das Stadtarchiv. Der Bestand an Luftbildplänen aus alliierter Befliegung 1945 wurde bereits oben erwähnt.

Gedruckte Quellen zur Geschichte der Dortmunder Wirtschaft und deren Betrieben findet der Altlastenermittler neben den besonders hervorzuhebenden lokalen Adreß-

büchern (Städte und Land-Kreise Dortmund und Hörde sowie einzelne Ämter) in Form einer Vielzahl von Publikationen zur Industrie- und Anlagengeschichte, desgleichen Firmenjubiläums- und Festschriften und Betriebschroniken oder Jahres- und sogenannte Rechenschaftsberichte von Firmen in der Bibliothek des Stadtarchivs. Auch manche Ortsteilgeschichte, darunter die wissenschaftlichen heimatkundlichen Examensarbeiten der 50er und 60er Jahre, bieten Informationen zur lokalen Industriegeschichte. Einen nicht zu unterschätzenden Informationsbestand stellt die Fotoabteilung des Stadtarchivs dar, die bildliche Unterlagen zur Dortmunder Topografie beinhaltet.

Nach zurückliegenden Jahren mehr oder weniger intensiver Altlastenrecherchen auch im Stadtarchiv, wird es nach dem nun bereits bestehenden sehr dichten Altlastenkataster der Stadtverwaltung auch im Archiv ruhiger und vielleicht detaillierter in der „Kriminalermittlung“ betreffend Altlasten werden.

Stiftung Naturschutzgeschichte: Sammelfelder der Naturschutz- und Umweltschutzgeschichte

von Niels Franke

Die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland ist weitgehend unerforscht. Das erstaunt, bildet doch das ökologische Bewußtsein am Ende des 2. Jahrtausends einen akzeptierten Bestandteil des kulturellen Kanons in Europa und großen Teilen der Welt. Diesen Widerspruch zu schließen hat sich die Stiftung Naturschutzgeschichte zum Ziel gesetzt.

Das 1994 gegründete „**Archiv, Museum und Forum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland**“ wird getragen von dem Land NRW, dem Land Brandenburg und der NRW-Kulturstiftung. Die Träger haben sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der folgenden zwei Jahre ein Archiv, ein Museum und eine Veranstaltungsreihe mit der Bezeichnung „Forum“ zu verwirklichen. Für diesen Zeitraum darf sich die Stiftung als Gast des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft in Düsseldorf betrachten. Während der Vorbereitungen wird aber auch die Vorburg von Schloß Drachenburg im Siebengebirge bei Königswinter für die Stiftung restauriert. Im Jahre 2001 soll der Umzug aus dem Ministerium in Düsseldorf und die Eröffnung vor Ort, also im Siebengebirge, erfolgen. Im „Archiv, Museum und Forum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland“ widmen sich drei Wissenschaftler und eine Verwaltungskraft dem gestellten Thema.

Voraussetzung für die Erforschung der Natur- und Umweltschutzgeschichte in Deutschland ist die Schaffung einer zentralen Adresse zu ihrer Dokumentation. Diese Funktion wird das Archiv übernehmen. Darunter verstehen die Träger allerdings dezidiert kein Zentralarchiv - das wäre aus archivrechtlichen und unter den gegebenen räumlichen Voraussetzungen nicht möglich -, sondern eine Institution, die dem Nutzer Informationen bereitstellt, in welcher deutschen Bibliothek oder in welchem deutschen Archiv er Quellen zu seinem Forschungsthema findet. Lediglich unverzichtbare histori-

sche Dokumente sollen auf der Vorburg vorgehalten werden.

Außerdem wird die Stiftung die Sicherung von wichtigen Quellen betreiben und deren Erschließung leisten. Dabei wird allerdings die Beteiligung eines bereits bestehenden staatlichen oder nichtstaatlichen Archivs vor Ort angestrebt.

Konkret bedeutet das: Treffen die wissenschaftlichen Mitarbeiter z. B. bei einer Persönlichkeit des Naturschutzes auf wichtiges Quellenmaterial, dann bietet die Stiftung die Aufarbeitung im Sinne der Dokumentierung an. Diese Aufarbeitung wird aber faktisch erst dann geleistet, wenn der Eigentümer sein Einverständnis erklärt und wenn es gelungen ist, ein Archiv vor Ort für diesen Bestand gewonnen zu haben. Im Idealfall erschließt das wissenschaftliche Team der Stiftung den Bestand in Form einer Datenbank und einem ausgedruckten Findbuch. Das Material selbst wird möglichst in dem Archiv vor Ort vorgehalten.

Im Gegenzug für diese Sicherung erhofft sich die Stiftung von Privatleuten und Archiven in Westfalen und darüber hinaus Hinweise auf Bestände, die für die Naturschutz- und Umweltschutzgeschichte relevant sind.

In Deutschland gibt es insgesamt drei Einrichtungen, die sich bisher mit der Geschichte des Naturschutzes oder des Umweltschutzes auseinandergesetzt haben. Zunächst das „Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung“ in Berlin, das sich temporär und geographisch auf den Bereich der ehemaligen DDR spezialisiert hat.

Das „Eco-archiv“ in Hofgeismar/Hessen, das sich v. a. der Erforschung der sozialen Bewegung des Naturschutz-

zes widmet und die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in Laufen/Bayern, die das Thema jedoch nur peripher bearbeitet.

Ein weiteres Ziel der Stiftung ist es, auf der Ebene des Archivs diese drei Forschungsorte zu vernetzen. Arbeitsschwerpunkt ist dabei die Vereinheitlichung der elektronischen Erfassung der Quellen und die Benutzung desselben Thesaurus. Zentraler Informationspunkt wird die Stiftung Naturschutzgeschichte, die mit Hilfe des Datenbanksystems „Faust“ die Daten sammelt und zur Verfügung stellt.

Der zweite Teil des Vortrages widmete sich den Sammelschwerpunkten der Naturschutz- und Umweltgeschichte, um zu verdeutlichen, was sich eigentlich hinter diesem neuen Forschungsgebiet verbirgt. Dabei betonte er, daß die *Art* der Quelle unproblematisch sei. Ein persönlicher Briefwechsel zwischen zwei Naturschützern zu einem bestimmten Thema sei ebenso willkommen wie Karten, die die Landschaftsveränderung innerhalb der letzten 150 Jahre verdeutlichen.

Diese Quellen sollten aber thematisch etwas mit folgenden Inhalten zu tun haben:

Sie sollen Aussagen treffen zur Geschichte des *Schutzes* der Natur und der Umwelt: zum Beispiel zum Artenschutz.

Es ist bereits heute klar zu erkennen, daß die Art, Tiere und Pflanzen zu schützen, sich während hundert Jahren sehr stark verändert hat. So zeigen die Dokumente deutlich, daß man am Ende des 19. Jahrhunderts einzelne Singvögelarten zu schützen versuchte, indem man die Abschußraten verringerte.

Heute jedoch bilden nicht mehr die Abschußraten die größte Gefahr, sondern die Zerstörung des Lebensraums der Avifauna. Will der Mensch folglich eine Art schützen, muß man den Lebensraum im Gesamten sichern. Diesen Übergang in der Schutzstrategie zu dokumentieren, wäre eines der Ziele der Stiftung.

Die Quellen sollen die historische *Veränderung der Landschaft* nachvollziehbar machen.

Die Landschaft hat sich seit 100 Jahren mit zunehmender Geschwindigkeit vereinheitlicht. Straßen wurden z. B. in den 50er Jahren dieses Jahrhunderts in atemberaubender Geschwindigkeit gebaut. Um die Versiegelung der Landschaft, den daraus folgenden schnelleren Abfluß von Wasser und der damit vergrößerten Überschwemmungsgefahr machte sich die Gesellschaft damals keine Gedanken. Heute werden Wasserläufe in diesem Sinne wieder renaturiert.

Der Natur- und Umweltschutz war bis 1962 in NRW rein ehrenamtlich organisiert und diese Organisationsform ist auch heute noch die Basis. Faktisch gab es in den letzten hundert Jahren Tausende und Abertausende von Vereinen, Initiativen, Verbänden, Arbeitsgruppen usw. Einen Überblick über die *Verwaltung des Natur- und Umweltschutzes* zu gewinnen, wäre sehr im Interesse der Stiftung. Aber nicht nur der Nachweis ihrer Existenz, sondern auch deren Grundsatzdokumente, deren Aufrufe, Programme usw. sind selbstverständlich wertvoll.

Die *philosophische Betrachtung und das ethische Verhältnis* von Mensch und Umwelt hatten und haben natürlich Einfluß auf Natur- und Umweltschutz. Die christliche Auffassung lehrt den Menschen, sich die Erde Untertan zu machen, Fortschritt basiert heute auf dem Verbrauch von Ressourcen. Die Natur- und Umweltschützer haben dagegen über 100 Jahre hinweg versucht, gedanklich einen Neuanfang zu finden. Diese Geistesgeschichte interessiert die Stiftung sehr.

Damit hängt auch die *Landschaftsästhetik*, die sich über die Jahrhunderte stark verändert hat, zusammen. Die Gestaltung von Grünflächen wie dem Englischen Garten in München würde heute ganz anders verlaufen; der englische Garten ist ein Produkt der Aufklärung, in der der Mensch sich wieder der Natur als Wert an sich zuwandte. Im Barock dagegen rühmte sich der Mensch, die Natur zu beherrschen, und zeigte das z. B. auch durch die Anlage von Gärten, die mit Lineal und Zirkel geplant wurden.

Quellen zur *Wissenschaft- und Technikgeschichte* haben natürlich große Bedeutung in der Natur- und Umweltschutzgeschichte, da Wissenschaft und Technik einerseits den Menschen bei der Umgestaltung der Natur unterstützt und andererseits auch Instrumente entwickelt, die diese Eingriffe wieder ausgleichen sollen.

Quellen zur Geschichte des *Tourismus und der Erholung* sind verhältnismäßig leicht zu finden. Die Erkenntnis, daß der Aufenthalt in der Natur Geist und Körper wohltut, hat vielen Landschaftsteilen Segen, anderen, wie z. B. den Alpen, eine Übernutzung eingetragen. Dieser Zwiespalt ist für die Natur- und Umweltschutzgeschichte von großer Bedeutung.

Die historische Entwicklung der *Umweltbildung* ist ebenfalls sehr interessant, da die Bildung und Sensibilisierung der Gesellschaft von vielen Naturschützern als ein wichtiger Schlüssel für den Erhalt der Umwelt angesehen wurde und wird. So befindet sich z. B. im Besitz der Stiftung ein Diaapparat aus dem Jahr 1910 mit etwa 300 Glasplattendias. Der Apparat ist in einem für ihn konstruierten Koffer zu verstauen und damit leicht tragbar. Er wurde dazu benutzt, bei öffentlichen Veranstaltungen die genannten Dias zu zeigen und war damit ein transportables Medium.

Die Auseinandersetzung von *Wirtschaft und Umweltschutz, Umweltschutz und Politik* prägten und prägen die Naturschutz- und Umweltschutzgeschichte. Ohne sie ist eine Erforschung des gestellten Theams undenkbar.

Als letztes sei darauf hingewiesen, daß die Stiftung insbesondere nach ehrenamtlichen Naturschützern sucht, die sich ein Leben lang diesem Thema gewidmet haben und die heute aus ihrer langen Erfahrung sprechen. Das „Archiv, Museum und Forum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland“ interviewt gezielt solche Zeitzeugen und betreiben damit *oral History*.

Das hier geschilderte Projekt befindet sich im Aufbau. Es bedarf viel Unterstützung, da der Versuch, Nordrhein-Westfalen zu einem Zentrum einer neuen Forschungsdisziplin im historischen Bereich zu machen, nur durch große Anstrengungen erfolgreich sein wird.

Die stadthistorische Bedeutung von Vereinsarchiven. Das Beispiel des Gesangsvereins Liederkranz 1845 e.V. im Stadtarchiv Bergisch Gladbach

von Albert Eßer

Der Bergisch Gladbacher Bürgermeister Jakob Herweg wurde am 13. Dezember 1851 von dem für ihn zuständigen Landrat in Mülheim am Rhein aufgefordert, über den in Gladbach bestehenden Gesangsverein zu berichten. Der preußische Innenminister hatte in einer Rundverfügung davon gesprochen, dass in einzelnen Gesangsvereinen „die Förderung demokratischer Tendenzen“ beobachtet worden sei, und er hatte es als erforderlich bezeichnet, „den Vereinen dieser Art einen höheren Grad von Aufmerksamkeit zuzuwenden“. Herweg berichtete dem Landrat am 15. Dezember 1851, der Gladbacher Gesangsverein habe sich, solange er als Bürgermeister im Amte sei, „bezüglich seiner Tendenzen keinen Verdacht zugezogen“ und sich so verhalten, dass „nicht die geringste Vermuthung aufgekommen“ sei, er sei „demokratischen Bestrebungen irgend zugethan“¹. Dieser Schriftwechsel in den Gladbacher Polizeiakten zeigt, dass Gesangsvereine in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine politische Dimension haben konnten, und er erweckt auf den ersten Blick den Eindruck, als ob der 1845 in Bergisch Gladbach gegründete Männergesangsverein „Liederkranz“ von solchen politischen Tendenzen unberührt geblieben wäre.

Im Jahre 1997 ist das Vereinsarchiv des „Liederkranz“ in das Stadtarchiv Bergisch Gladbach übernommen worden. Unter den Schriftstücken des Vereinsarchivs befindet sich unter anderem ein Brief, den der Mitbegründer und erste Vorsitzende des Vereins, Vincenz von Zuccalmaglio, am 1. Januar 1850 aus Hückeswagen an die Mitglieder des Vereins richtete und in dem er auf das Wirken des jungen Vereins zurückblickte. In diesem Brief schreibt Zuccalmaglio unter anderem:

„Das jüngste Mitglied hat im Vereine stets soviel gegolten, als das älteste, der Kleine soviel als der Große, und bei Abstimmungen hat sich die Minderzahl dem Aussprache der Mehrheit stets willig unterworfen, wenngleich sie vermeinen mochte, daß sie dabei im Nachtheile stehe oder eine Last ihr aufgebürdet sei. Ohne dieses Opfer fürs Wohl des Ganzen kann auch keine rechte Republik und kein Gesangsverein bestehen, jede Frucht des Zusammenwirkens würde im Keime erstickt sein, wenn der Eine seinem eigenen Kopfe nach in dynastischem Gelüste die Mehrheit zu bewältigen sich vermessen wollte. Jene republikanische Tugend, ohne welche nichts Großes von Menschen geschaffen werden kann, hat der Liederkranz stets bewährt, und dies sicherte sein Aufkommen und Gedeihen“².

Das gleichberechtigte Zusammenwirken freier Menschen im Verein erscheint hier als Ideal für gesellschaftliches Zusammenleben überhaupt. Und im Unterschied zu der 1850 in Preußen tatsächlich bestehenden Staatsform wird dieses Ideal von Zuccalmaglio ausdrücklich als republikanisch bezeichnet. Anders als die Außensicht der Polizeiakten gibt die Innensicht der Vereinsüberlieferung den Blick auf das Selbstverständnis der Vereinsgründer frei. Und in diesem Selbstverständnis hatte der

Verein nicht nur durch seine Organisationsform, sondern darüber hinaus auch durch seinen Zweck, den Chorgesang, einen gesellschaftsbildenden und damit durchaus politischen Charakter. Der gesellschaftsbildende Charakter des Chorgesangs wird im Neujahrsbrief Vincenz von Zuccalmaglios an einer anderen Stelle angesprochen, die ich Ihnen ebenfalls zitieren möchte:

„Wie jedes Gute durch sich selber lohnt, so wurde der 'Liederkranz' durch Gesang gelohnt, denn wir haben damals erfahren, daß uns im Gesange nicht blos Erheiterung, sondern auch Erhebung und Bildung unseres Gefühles zu Theil wurde, ja, daß wir für die reinste Geselligkeit erzogen wurden durch den Gesang. Denn wie in unserm Chore der demokratische Baß, die aristokratischen Leitstimmen und die zahlreichen Mittelstimmen stets in vorgeschriebenem Verhältnisse bleiben mußten, wie das Hervortreten der einen oder andern Stimme das Gelingen des Ganzen gestört hätte, so stört in der Gesellschaft jede Anmaßung, und wie ein unrichtiges Taktiren Alles umwirft, davon haben wir ja in der Gesellschaft leidige Beispiele.“

Zuccalmaglio verstand den Gesangsverein als „Schule der wahren Geselligkeit“³. Schon mit seinem Namen „Liederkranz“ ordnete sich der Bergisch Gladbacher Verein in die von dem Schweizer Hans Georg Nägeli inspirierte Sängerbewegung des Vormärz ein. Nägeli hatte die „nationalpolitische Erziehungsfunktion des Männerchorgesangs“⁴ theoretisch begründet und bei der Gründung des ersten Liederkranzes 1824 in Stuttgart Pate gestanden. Von Süddeutschland aus griff die Sängerbewegung zu Beginn der 1840er Jahre auf Nord- und Westdeutschland über⁵. Für den Kontakt der Sänger untereinander spielten Sängerkreise, wie beispielsweise das deutsch-flämische Sängerkreis 1846 in Köln, eine entscheidende Rolle. An diesem Sängerkreis in Köln, das zu den wichtigen „Wegmarken in der Entwicklungsgeschichte der deutschen Nationalbewegung“⁶ gehörte, nahmen auch die Mitglieder des Bergisch Gladbacher Liederkranzes teil, und im Vereinsarchiv haben sich unter anderem die Notenbücher mit den vaterländischen Liedern erhalten, die während dieses Sängerkreises gesungen wurden.⁷

¹ Verfügung des Landrats in Mülheim vom 13. Dezember 1851 und Marginalbericht des Bürgermeisters von Bergisch Gladbach vom 15. Dezember 1851, in: Stadtarchiv Bergisch Gladbach, C 905.

² „Neujahrsbrief“ Vincenz von Zuccalmaglios, 1. Januar 1850, in: Stadtarchiv Bergisch Gladbach, O 10/2.

³ Ebenda.

⁴ Dieter Düding: Organisierte gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 13), München 1984, S. 165.

⁵ Düding, Nationalismus, S. 178-179.

⁶ Düding, Nationalismus, S. 201. Vgl. auch Dieter Düding: Politische Opposition im Vormärz. Das deutsch-flämische Sängerkreis 1846 in Köln, in: Geschichte im Westen 3, 1988, Heft 1, S. 7-18.

⁷ Stadtarchiv Bergisch Gladbach, O 10/62-65.

Wie die Turnerbewegung, so erlebte auch die Sängerbewegung in der Zeit des Vormärz eine massenhafte Neugründung von Vereinen. Ganz allgemein war die Bildung von Vereinen zu den unterschiedlichsten Zwecken und Zielen in Deutschland bis zu den 1840er Jahren zu einer „Massenbewegung geworden, die, soweit es das Vereinsrecht zuließ, alle Schichten der Bevölkerung bis hin zur Handwerksgelesenelite der entstehenden Arbeiterschaft ergriffen hatte“⁸. Der freiwillige Zusammenschluss zur Verfolgung gemeinsamer Interessen schuf neue, gleichberechtigte Formen von Kommunikation und Kontakt, die zur Veränderung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland beitrugen. Vereine hatten in der Zeit des Vormärz daher schon von ihrer Organisationsform her eine politische Dimension. Der Historiker Wolfgang Hardtwig hat formuliert, dass das Vereinswesen in der Zeit vor 1848 „zum Teil gewollt, zum Teil über das gewollte Maß hinaus, zum Kristallisationskern politischer Emanzipationsansprüche“ geworden sei⁹.

Die mit der Revolution von 1848 durchgesetzte Vereinsfreiheit hatte zur Folge, dass der Verein als Organisationsform seine politische Dimension verlor. Gleichwohl erfüllen Vereine auch heute noch als in der Öffentlichkeit wirkende Organisationen vielfach politische und vopolitische Funktionen. Im lokalen Beziehungsgeflecht einer Kommune dient das Engagement in örtlichen Vereinen nicht selten als Sprungbrett und Karriereestieg für Kommunalpolitiker¹⁰. Vereine tragen häufig zur Bindung an den Wohnort bei und stärken die Identifikation mit einem Ort oder Ortsteil¹¹. In den Vereinen spiegeln sich die Strukturen und Konflikte der lokalen Gesellschaft, und nicht selten dienen Vereine und Bürgergemeinschaften auch dazu, bei lokalen Interessengegensätzen Gruppeninteressen zu artikulieren und durchzusetzen. Gesellschaftliches Leben und die gesellschaftliche Entwicklung einer Stadt spielt sich zu einem großen Teil in Vereinen ab und wird von ihnen mit geprägt.

Von daher ist es einleuchtend, dass auch das Archivgut von Vereinen für die Geschichte einer Stadt Bedeutung haben kann. Wie groß diese Bedeutung ist, sollte dabei aus der Sicht eines Stadtarchivars danach beurteilt werden, in welchem Maße sich in dem Vereinsarchiv Stadtgeschichte widerspiegelt. Ein erstes Kriterium dafür ist die Einbindung des Vereins in die städtische Gesellschaft, seine Beteiligung am öffentlichen Leben und sein Einfluss auf städtische Entwicklungen. Dafür ist nicht primär die Mitgliederzahl ausschlaggebend; kleine Zirkel einflussreicher Persönlichkeiten können manchmal mehr bewegen als große Vereine. Der Verein sollte jedoch durch seine Mitgliederstruktur, sein örtliches Ansehen oder seine öffentliche Wirksamkeit einen besonderen Stellenwert im gesellschaftlichen Gefüge der Stadt einnehmen.

Ein zweites Kriterium ist die inhaltliche Aussagekraft des vorhandenen Archivguts. Ein Vereinsarchiv kann nur dann stadtgeschichtliche Informationen liefern, wenn die Vereinsaktivität schriftlichen Niederschlag gefunden hat. Das hängt nicht nur von der Sorgfalt des Schriftführers ab, sondern auch von der Art des Vereinszwecks. Die eigentliche Aktivität eines Taubenzüchtervereins beispielsweise hat weniger schriftlichen Charakter als die Tätigkeit einer Bürgergemeinschaft, die die Interessen eines Stadtteils öffentlich zur Geltung bringen will. Die Überlieferung einer solchen Bürgergemeinschaft wiederum wird an Aussagekraft gewinnen, wenn sich in ihr

nicht nur die Eingaben an den Stadtrat finden, die ja auch in der städtischen Überlieferung vorhanden sind, sondern möglicherweise auch Unterlagen, die die Meinungsbildung und die Interessenkonstellationen innerhalb des Stadtteils nachvollziehbar machen.

Beide Kriterien, die Einbindung in das städtische Leben ebenso wie die Aussagekraft des Archivguts, sind beim Archiv des Bergisch Gladbacher Gesangvereins Liederkrantz erfüllt. Er gehört zu den ältesten Vereinen Bergisch Gladbachs und hat seit seiner Gründung immer wieder städtische Feiern und Veranstaltungen musikalisch unterstützt. Die Gründungsmitglieder waren hauptsächlich Lehrer, Förster und Juristen und gehörten zur geistigen Führungsschicht Bergisch Gladbachs. Die Liste der Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzenden des Chores seit 1849 enthält mehrere Bergisch Gladbacher Bürgermeister und zahlreiche Lehrer, Juristen und Unternehmer. Der Liederkrantz stellte einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens in Bergisch Gladbach dar.

Die Geschichte des Chores ist durch das Vereinsarchiv aber auch gut überliefert. Zu den insgesamt 230 Verzeichnungseinheiten des Vereinsarchivs gehören die Protokollbücher, die von der Gründungsversammlung am 19. September 1845 bis zum Jahre 1990 reichen, Satzungen, Anwesenheitslisten von Chorproben, Vereinspublikationen, Festschriften, Noten und Notenbücher, Fotos, Plakate, Urkunden und Erinnerungsstücke wie Medaillen, Teller oder Pokale. In einer chronologischen Ablage sind Schriftwechsel, Konzertprogramme und Zeitungsausschnitte zusammengefasst.

Die Archivalien geben Auskunft über die Konzerte und Aktivitäten des Chores, über die Entwicklung des Liedgutes und über die Kontakte des Chores zu anderen Vereinen und zur Stadt. Der eingangs zitierte Neujahrsbrief Vincenz von Zuccalmaglios ist eine eindrucksvolle Quelle über das Selbstverständnis eines Gesangvereins im Umfeld der 1848er Revolution. Auch die Gleichschaltung des Chores nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten lässt sich mit Hilfe des Vereinsarchivs nachvollziehen: Rundschreiben des Kölner Sängerbundes aus dem November 1933 erläutern das Führerprinzip, in den Protokollbüchern findet sich mehrfach die Klage, dass der Eintritt von Vereinsmitgliedern in Organisationen der Partei zu einem schlechten Besuch der Chorproben geführt habe, und in den chronologischen Akten hat sich unter anderem ein Schreiben aus dem April 1934 erhalten, in dem der Vereinsführer bei der Reichsmusikkammer dagegen protestiert, dass ein Obmann der Reichsmusikkammer dem Chorleiter des Liederkranzes seine Tätigkeit als Dirigent untersagt habe.

Das Vereinsarchiv ist dem Stadtarchiv 1997 als Depositum übergeben worden. Im Depositumvertrag wurde für die Benutzung des Vereinsarchivs eine 30jährige Sperr-

⁸ Wolfgang Hardtwig: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland (Historische Zeitschrift, Beiheft 9), München 1984, S. 11-53, Zitat S. 19.

⁹ Ebenda, S. 23.

¹⁰ H.-Jörg Siewert: Zur Thematisierung des Vereinswesens in der deutschen Soziologie, in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, S. 151-180, hier S. 176-178.

¹¹ Albrecht Lehmann: Zur volkswissenschaftlichen Vereinsforschung, in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, S. 133-149, hier S. 141.

frist festgelegt. Die vom Chor immer wieder zu besonderen Anlässen benötigten Vereinsfahnen und mehrere großformatige gerahmte Bilder wurden nicht mit ins Stadtarchiv übernommen. Ein Problem bei der Verzeichnung des Vereinsarchives bestand darin, die unterschiedlichen Archivalienarten jeweils angemessen zu lagern, ohne den Zusammenhang des Bestandes zu zerstören. Bei den Plakaten beispielsweise wurde dieses Problem dadurch gelöst, dass die Konzertplakate des Chores der Plakatsammlung zugeordnet wurden, im Computer aber die Zugehörigkeit zum Bestand Liederkranz vermerkt wurde. Die Erfassungsdaten dieser Plakate werden sowohl im Findbuch der Plakatsammlung wie auch im Findbuch des Vereinsarchivs ausgedruckt.

Die Übernahme des Vereinsarchivs in das Stadtarchiv Bergisch Gladbach war eine verspätete Frucht des 150jährigen Jubiläums, das der Chor im Jahre 1995 gefeiert hatte. Bei der Vorbereitung einer Ausstellung zur Geschichte des Chores und bei der Herausgabe einer Chorgeschichte hatte das Stadtarchiv den Verein unterstützt. Ein wichtiger Motor für die Abgabe des Vereinsarchivs war auch die Frau des Vereinsarchivars, die nicht länger ein ganzes Zimmer ihrer Wohnung mit den alten Vereinssachen blockiert sehen wollte. Dass der Chor

sein Archiv im Stadtarchiv besser aufgehoben sah als in einer Privatwohnung, hing möglicherweise aber auch mit einem Faltblatt zusammen, das das Stadtarchiv Bergisch Gladbach Anfang der neunziger Jahre gemeinsam mit dem Kreisarchiv des Rheinisch-Bergischen Kreises herausgegeben hatte. Dieses Faltblatt wollte „Anregungen für Vereine, Verbände und Privatpersonen im Umgang mit ihrem Archivgut“ geben, Verständnis für den Wert alter Unterlagen erzeugen und konkrete Tipps für die Aufbewahrung von Archivgut und die Wahl geeigneten Materials geben. Während ein Volkshochschulvortrag zu Archivierungsproblemen nur mäßig besucht war, wurde nach dem Faltblatt auch in späteren Jahren immer mal wieder nachgefragt.

Sicherlich ist nicht jedes Vereinsarchiv so wertvoll, dass es auf Dauer teure Magazinfläche in einem öffentlichen Archiv belegen sollte. Der Archivar muss hier nach der gesellschaftlichen Bedeutung des Vereins und nach der Aussagekraft der Vereinsüberlieferung auswählen. Er sollte aber durch archivische Öffentlichkeitsarbeit und durch persönliche Kontakte zu Vereinsvorständen dahin wirken, dass für die Stadtgeschichte bedeutsame Vereinsarchivalien im Verein selbst oder auch im Stadtarchiv erhalten bleiben und ausgewertet werden können.

Die Überlieferung von Personalvertretungen

von Hans-Jürgen Höttmann

I. Einleitung

Wenn sich in einer Arbeitssitzung des Westfälischen Archivtages, die mit dem Titel „Überlieferungsformen nicht-amtlichen Schriftguts“ überschrieben ist, ein Referat zur Personalratsüberlieferung wiederfindet, mag das bei anfänglicher Betrachtung erstaunen. Sind uns doch die Personalvertretungen zumindest durch die periodisch stattfindenden Personalratswahlen als ein selbstverständlicher Teil des Behördengefüges durchaus vertraut. Auf den zweiten Blick stellt sich aber unter Hinzunahme der gesetzlichen Bestimmungen in Form des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen¹ sowie insbesondere der einschlägigen Fachliteratur² heraus, daß es sich bei dem Gebilde Personalrat um eine grundsätzlich von der Dienststellenleitung weisungsungebundene Institution handelt, die im Rahmen der Gesetzesvorgaben eigenverantwortlich und unabhängig ihren Aufgabenbereich wahrnimmt.

Bei der Vorbereitung dieses Archivtages und der Suche nach einer mit der Themenstellung einschlägig vertrauten Vortrags-Person wurde deutlich, daß offensichtlich im überwiegenden Teil der Kommunalarchive in Westfalen-Lippe - wenn nicht sogar in toto - keine Erfahrungen mit der Betreuung des Schriftgutbildners Personalrat vorliegen und in der Konsequenz nahezu keine Bestände zu Personalvertretungen in den Archiven vorzufinden sind. Daß diese Erfahrung anhand der Durchsicht verschiedener Beständeübersichten im übrigen zumindest für den Aspekt der Überlieferungsbildung auch auf die staatliche Archivlandschaft übertragen werden kann, komplettiert die ernüchternde Ausgangslage. Demzufolge scheint eine Behandlung dieses Themas auch von archivisch-fachübergreifendem Interesse zu sein.

Vordringlich ist hierbei die Frage zu klären, ob die beim Personalrat entstehenden Unterlagen grundsätzlich als archivwürdig einzustufen sind. Gegebenenfalls schließen sich daran die Fragen nach Bewertungsmethoden, nach Eigentums- und Nutzungsrechten an.

Da konkrete Erfahrungen mit dieser Materie weitestgehend fehlen, stützt sich das Referat hauptsächlich auf eine Aufgaben- und Funktionsanalyse der Personalvertretungen mittels Auslegung des Landespersonalvertretungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen. Es ist insoweit auch eine weitgehend theoretisierende Ausarbeitung, deren praktischer Nutzen insbesondere darin bestehen soll, Handlungsspielräume und -möglichkeiten für die Archive aufzuzeigen.

Der folgende Vortrag ist in drei Abschnitte gegliedert. Zuerst wird in aller Kürze ein geschichtlicher Abriss über die Entwicklung des Personalvertretungsrechtes und damit der wesentlichen Grundzüge der Mitbestimmung im Bereich des öffentlichen Dienstes gegeben. Anschließend folgt in einem umfangreicheren Teil der Versuch, die potentielle Überlieferung anhand des gesetzlich vorgegebenen Aufgabenbereiches zu beschreiben und, auf dieser Grundlage aufbauend, die Schriftgutstrukturen der

¹ Landespersonalvertretungsgesetz vom 01.06.1958 (GVBl. NW S. 209 ff.), zuletzt modifiziert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land NW vom 27.09.1994 (GVBl. NW S. 846 ff.).

² Hierzu zählen v.a. die zahlreichen Kommentare zu den Landes- und dem Bundespersonalvertretungsgesetz. Für diesen Beitrag wurde insbesondere herangezogen: Erwin Krieg/Klaus Orth/Horst Welkoborsky, Landespersonalvertretungsgesetz für Nordrhein-Westfalen. Kommentar für die Praxis, 3., völlig überarb. u. erw. Auflage (Köln 1986).

Personalrats-Überlieferung aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang werden dann auch Bewertungsüberlegungen skizziert. Im dritten Abschnitt folgen dann punktuell Überlegungen zu rechtlichen Fragen, die sich in Zusammenhang mit der Übernahme von Personalrats-Schriftgut ergeben.

II. Entwicklung des Personalvertretungsrechtes

Die im Kaiserreich fortschreitende Industrialisierung und die damit untrennbar verbundene wachsende Bedeutung der Arbeitnehmerschaft fand nach dem Zusammenbruch des monarchischen Regierungssystems unter der neuen Gesellschaftsordnung in der Weimarer Republik ihren erstmaligen reichsumfassenden legislativen Ausdruck in dem Betriebsrätegesetz vom 04.02.1920³. Dieses Gesetz umfaßte einerseits zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und andererseits zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sowohl die Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft als auch die öffentlichen Dienstes. Als Arbeitnehmer waren die Arbeiter und Angestellten definiert, hingegen nicht die öffentlichen Beamten, die von diesem Gesetz ausdrücklich ausgenommen waren.

Ein langer Bestand war dem Betriebsrätegesetz nicht vergönnt, die Nationalsozialisten lösten es durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.01.1934⁴ wieder auf. Praktizierte Mitbestimmung als Ausdruck staatsbürgerlicher Verantwortung widerlief bekanntermaßen der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung.

Die Wiedererrichtung der Betriebsräte erfolgte durch die Besatzungsmächte, die im April 1946 mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22⁵ ein Betriebsrätegesetz erließen, das in seinen lediglich 13 Artikeln die Aufgaben und Rechte des Betriebsrates nur ansatzweise formulierte und die Möglichkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber schuf, in freier Vereinbarung die Einzelheiten ihrer Beziehungen zueinander zu ordnen. Bezeichnend für die Weitmaschigkeit des Betriebsrätegesetzes ist die Tatsache, daß die Errichtung und Tätigkeit von Betriebsräten lediglich gestattet wurde, anstatt sie analog zum Betriebsrätegesetz von 1920 zwingend vorzuschreiben.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens ist dieser legislativen Konzeption des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 gefolgt und hat - allerdings entsprechend ihrer Organisationsgewalt nur für die Dienststellen der Landesverwaltung - insbesondere durch die gemeinsam mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1948 propagierte Musterbetriebsvereinbarung das Personalvertretungswesen in Form normativen Satzungsrechts geregelt⁶.

Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes nahm der Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Arbeitsrechts im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung wahr und verabschiedete 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften⁷ das Betriebsverfassungsgesetz⁸. Dieses Gesetz bedeutete einen Rückschritt gegenüber früheren Vereinbarungen und gesetzlichen Regelungen und differenzierte insbesondere zwischen den Arbeitnehmern der privaten Wirtschaft und denen des öffentlichen Dienstes, auf die das Gesetz keine Anwendung fand. Vielmehr dauerte es noch weite-

re drei Jahre, bevor der Bundestag mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz vom 09.09.1955 auch die Folgegesetzgebung für den öffentlichen Dienst verabschiedete⁹. Dabei machte der Gesetzgeber von seiner ihm nach Artikel 75 des Grundgesetzes zustehenden Ermächtigung Gebrauch, für die Ausgestaltung des Personalvertretungsrechts in den Verwaltungen der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts Rahmenvorschriften zu erlassen.

Obwohl das Bundespersonalvertretungsgesetz keine Befristung für die landesgesetzliche Neugestaltung des Personalvertretungswesens im öffentlichen Dienst enthielt, bestand gleichwohl in dieser Situation Mitte der 50er Jahre Handlungsbedarf für die Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Denn zum einen stimmten die bis dato für den öffentlichen Dienst geltenden Rechtsnormen teilweise nicht mit den zwingenden Rahmenvorschriften des Bundesgesetzes überein, zum anderen bedurfte es einer gesetzlichen Regelung der Personalvertretung für die Beamten¹⁰.

Am 01.10.1957 verabschiedete die Landesregierung nach zahlreichen Beratungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganen und Berufsverbänden sowie dem Landespersonalausschuß den Entwurf eines Landespersonalvertretungsgesetzes, das nach Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens am 01. Juni 1958 als Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen¹¹ in Kraft trat. Es bestimmt in § 1 diejenigen Geltungsbereiche des öffentlichen Dienstes, in denen Personalvertretungen zu bilden sind. Hierzu zählen die Dienststellen des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Das Landespersonalvertretungsgesetz wurde 1974, 1984 und zuletzt 1994¹² jeweils zugunsten einer Ausweitung von Mitbestimmungsrechten und der Initiativrechte des Personalrats grundlegend novelliert.

III. Potentielles Schriftgut des Überlieferungsbildners Personalrat

Wie in dem kurzen historischen Abriß bereits angedeutet worden ist, umfaßt demokratische Staatsbürgerschaft notwendigerweise auch die Berechtigung, sich im Wege der Mitbestimmung aktiv an der Gestaltung der Arbeits-

³ RGBl. 1920, S. 147 ff.

⁴ RGBl. 1934 I, S. 45 ff.

⁵ Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, S. 197 ff. Berichtigung ebd., S. 239. Durch die Berichtigung wurde der ursprünglich in Artikel V als Pflichtbestimmung definierte Aufgabenkreis des Betriebsrates („...hat der Betriebsrat grundsätzlich die ... Aufgaben“) in eine Ermessensbestimmung („... kann sich der Betriebsrat mit den ... grundsätzlichen Aufgaben beschäftigen“) umgewandelt.

⁶ Ministerialblatt für das Land NW 1949, Sp. 738 ff.

⁷ Vgl. Walter Nachtmann, 100 Jahre ÖTV-Geschichte, hrsg. von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (Frankfurt/M. 1996), S. 327.

⁸ BGBl. 1952 I, S. 681 ff.

⁹ BGBl. 1955 I, S. 477 ff.

¹⁰ Vgl. Landtagsdrucksache 3/589 - Begründung der Landesregierung zum Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes für das Land NW, in: Landtag NW, 3. Wahlperiode, Drucksachen Bd. IV (Düsseldorf 1958).

¹¹ GVBl. NW 1958, S. 209 ff.

¹² GVBl. NW 1974, S. 1514 ff.; GVBl. NW 1985, S. 29 ff.; GVBl. NW 1994, S. 846 ff.

prozesse zu beteiligen. Gerade für den Bereich des öffentlichen Dienstes, dessen rechtsgeschichtliche Wurzeln im reinen Staatsdiensternum liegen und dem oftmals entsprechende Denk- und Verhaltensweisen nachgesagt werden, hat die nicht zuletzt durch die Einführung und den Ausbau des Personalvertretungsrechts geförderte Demokratisierung dazu geführt, die Verwaltungsstrukturen sachgemäß und zeitgerecht auszubauen und die Verwaltung von einem Diener des Staates zu einem Dienstleister für die Bevölkerung zu wandeln. Ein Zitat des ehemaligen nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor soll diese einführende und grundsätzliche Betrachtung über die Bedeutung von Personalrat und Mitbestimmung abschließen. Er führt im Vorwort zu einem Kommentar des Landespersonalvertretungsgesetzes aus: „Die Mitbestimmung des arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz ist unverzichtbare Grundlage unserer staatlichen Ordnung und unseres Gesellschaftssystems. Sie festigt unsere Demokratie und hilft, den sozialen Frieden zu bewahren.“¹³

Soweit der theoretische Überbau - wie sehen nun die Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes, die letztlich die Arbeit der Personalräte und damit auch maßgeblich die Aktenüberlieferung bestimmen, im einzelnen aus?

Neben allgemein gehaltenen Aufgabenzuweisungen wird die Arbeit der Personalräte insbesondere geprägt durch die Mitbestimmung, die Mitwirkung und die Anhörung als drei in ihrer Bedeutung und Wirkung abgestufte Formen beteiligungspflichtiger Angelegenheiten.

Zu den allgemeinen Aufgaben gehören hauptsächlich die Überwachung der Gleichbehandlung aller Beschäftigten, die Beantragung von Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen, die Überwachung der Durchführung von Gesetzen, Tarifverträgen, Dienstvereinbarungen u.ä., die Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten, die Eingliederung und Förderung Schwerbehinderter, die Eingliederung ausländischer Beschäftigter sowie die Verhütung von Unfall- und Gesundheitsverfahren.

Das wichtigste, stärkste und umfassendste Recht des Personalrates ist die Mitbestimmung. Im Rahmen der Mitbestimmung sind Dienststelle und Personalrat gleichberechtigt an der Entscheidungsbildung beteiligt. Maßnahmen, die der Mitbestimmung unterliegen, können von der Dienststelle ohne Zustimmung des Personalrats nicht durchgeführt werden. Wird zwischen Dienststelle und Personalrat keine Einigung erzielt, entscheidet auf Antrag des Dienststellenleiters oder der Personalvertretung die sogenannte Einigungsstelle über die strittige mitbestimmungspflichtige Angelegenheit. Die Einigungsstelle wird als unabhängiges Gremium bei der obersten Dienstbehörde bzw. im kommunalen Bereich bei den obersten Leitungsgremien gebildet.

Die der Mitbestimmung unterliegenden Angelegenheiten sind unterteilt in 1. Personalangelegenheiten, 2. soziale Angelegenheiten, 3. Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten sowie 4. in weitere arbeitsorganisatorische Angelegenheiten. Die unter diese vier Hauptgruppen fallenden Mitbestimmungsrechte sind im Landespersonalvertretungsgesetz enumerativ aufgeführt. Hier im einzelnen die 45 Mitbestimmungstatbestände aufzulisten, würde zu weit führen. Um aber ei-

nen ansatzweisen Eindruck der Funktion, Bedeutung und Verantwortung des Personalrats bei der Gestaltung des Dienstbetriebes zu vermitteln, dürften bereits einige Schlagworte aus dem Aufgabenkatalog ausreichen, zu nennen wären hier: Einstellung, Beförderung, Eingruppierung, Höhergruppierung, Versetzung, Abordnung, Kündigung, Ablehnung von Anträgen auf Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung, Aufstellung von Sozialplänen, Umschulungen, neue Arbeitsmethoden (insbesondere Maßnahmen der technischen Rationalisierung), Einsatz neuer Technologien am Arbeitsplatz, Änderung der Arbeitsorganisation, Privatisierung, Verhütung von Gesundheitsschädigungen, Gestaltung der Arbeitsplätze, Regelung der Ordnung in der Dienststelle.

Daneben steht dem Personalrat in allen mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten ein förmliches Initiativrecht zu, das ihn dazu berechtigt, sowohl eigenständig Maßnahmen bei der Dienststellenleitung zu beantragen und gegebenenfalls bis zur Einigungsstelle zu betreiben, als auch Gegenvorstellungen zu einer beabsichtigten Maßnahme der Dienststellenleitung in Form eines Initiativvorschlages zu erheben, der dann den Lauf von Fristen auslöst und eine Entscheidung herbeiführt.¹⁴

Die Mitwirkung ist die zweite im Landespersonalvertretungsgesetz vorgesehene und gegenüber der Mitbestimmung die wesentlich schwächer ausgebildete Beteiligungsform. Maßnahmen, die der Mitwirkung unterliegen, können auch ohne Zustimmung des Personalrats durchgeführt werden. Allerdings ist eine rechtzeitige und eingehende Erörterung mit dem Ziel einer Verständigung gesetzlich vorgegeben. In Konfliktfällen hat der Personalrat auch das Recht, die Entscheidung der vorgesetzten Dienststelle zu beantragen. Der vorgesetzten Dienststelle entspricht bei Kommunalverwaltungen wegen des fehlenden mehrstufigen Verwaltungsaufbaus das verfassungsmäßig zuständige oberste Organ oder der von ihm bestimmte Ausschuss.

Die Mitwirkungsfälle sind im Landespersonalvertretungsgesetz abschließend aufgeführt. Es handelt sich um neun Tatbestände, die sich im wesentlichen auf Maßnahmen organisatorischer Art beziehen. Zu nennen wäre hier exemplarisch die Mitwirkung bei Verwaltungsanordnungen einer Dienststelle für die innerdienstlichen, sozialen oder persönlichen Angelegenheiten der Beschäftigten und die Mitwirkung bei Aufträgen zur Überprüfung der Organisation oder Wirtschaftlichkeit einer Dienststelle durch Dritte. Gerade der letztgenannte Tatbestand ist insoweit von Bedeutung, als durch solche Organisationsüberprüfungen oftmals schon Vorentscheidungen auf spätere, der Mitbestimmung unterliegende Maßnahmen getroffen werden und der Personalrat ein grundlegendes Interesse daran hat, so frühzeitig wie möglich in Rationalisierungsprozesse eingeschaltet zu werden, um diese so wirksam wie möglich zu beeinflussen.¹⁵

Schließlich gibt es noch die Beteiligungsform der Anhörung, die so rechtzeitig zu erfolgen hat, daß die Äuße-

¹³ Das Vorwort datiert vom 15.03.1985, in: Hans Havers, Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen. Kommentar, 6. Auflage (Siegburg 1985).

¹⁴ So Krieg/Orth/Welkoborsky (wie Anm. 2), hier: § 66 Gliederungspunkt 9, S. 356.

¹⁵ So Krieg/Orth/Welkoborsky (wie Anm. 2), hier: § 73, Gliederungspunkt 9, S. 540 f.

zung des Personalrats noch Einfluß auf die Willensbildung der Dienststelle nehmen kann. Letztendlich ist hier jedoch nur die Möglichkeit für die Dienststelle geschaffen, die in der Regel fundierten Kenntnisse des Personalrates über die internen Verhältnisse und Strukturen in der Belegschaft und der Dienststelle zu nutzen und sich umfassend zu informieren. Formale Einflußmöglichkeiten des Personalrates gibt es nicht. Die sieben Anhörungstatbestände sind ebenfalls abschließend im Landespersonalvertretungsgesetz aufgeführt und stellenweise sehr interpretationsfähig. In einzelnen Punkten sind die Grenzen zwischen dem Mitbestimmungsrecht und dem Anhörungsrecht fließend.

Soweit die einführende Übersicht über die Aufgabenfelder und die Handlungsmöglichkeiten der Personalräte nach den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsformen. Wie sieht nunmehr die Umsetzung in der Praxis aus? Und noch konkreter gefragt: Welche Akten entstehen bei der Personalrats-Arbeit und wie sind diese Akten strukturiert?

Zum ersten Teil der Frage ist wieder das Landespersonalvertretungsgesetz heranzuziehen. Dort ist im Abschnitt Geschäftsführung zwingend vorgeschrieben, daß über jede Verhandlung des Personalrates eine Niederschrift aufzunehmen ist, die mindestens den Wortlaut der Beschlüsse und die Stimmenmehrheit, mit der sie gefaßt sind, enthalten muß. Ob der Begriff der Verhandlungen neben den Personalratssitzungen auch a) die Vierteljahresgespräche zwischen Dienststelle und Personalrat, die mindestens einmal im Vierteljahr stattfinden müssen und in denen die Gestaltung des Dienstbetriebes und insbesondere alle Vorgänge, die die Beschäftigten wesentlich berühren, behandelt werden sollen, und des weiteren auch b) die Erörterungen im Rahmen der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsverfahren umfaßt, wird in den einschlägigen Kommentaren unterschiedlich beurteilt¹⁶ und von Personalräten in der Praxis meines Wissens auch unterschiedlich gehandhabt.

Dienstvereinbarungen, die zwischen Personalrat und Dienststelle geschlossen werden können und auf vertraglicher Basis insbesondere die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten gestalten, bedürfen selbstverständlicherweise ebenfalls der Schriftform. Die Formvorschrift der Schriftlichkeit ist demnach zumindest für einen zentralen Bereich der Personalrats-Arbeit, nämlich den Personalratssitzungen, umfassend und deckt somit gleichsam fokussierend einen Großteil des sich aus dem Landespersonalvertretungsgesetz ergebenden Aufgabenbereiches der Personalräte ab.

Aber die Registraturen der Personalräte umfassen noch weiteres Schriftgut. Im wesentlichen handelt es sich dabei zum einen um Unterlagen, die im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen vertrauensvollen Zusammenarbeit dem Personalrat von der Dienststelle zugehen, zum anderen um Materialien, die der Personalrat von den in der Dienststelle vertretenen gewerkschaftlichen Organisationen erhält.

Verbindliche Aussagen zur Struktur des Registraturgutes sind bislang nicht möglich, da einerseits auf einem breiten Erfahrungshorizont basierende Kenntnisse hierüber fehlen und andererseits die spezifischen Ordnungsvoraussetzungen von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein dürften. Nach bisherigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, daß das Schriftgut schon aufgrund der viel-

fältigen und in größeren Dienststellen auch umfangreichen Überlieferung oftmals durch einen Aktenplan erschlossen ist. Ein solcher Aktenplan ist immer eine Eigenproduktion des Personalrates. Musteraktenpläne liegen nicht vor und sind bei den unterschiedlichen Arbeitsweisen und Arbeitsschwerpunkten der Personalräte auch nicht zweckmäßig. Was ebenfalls fehlt, sind Aktenordnungen, Hinweise zur Schriftgutaufbewahrung und Aufbewahrungsfristen - Indizien, die für eine unstrukturierte, beliebige Aktenführung sprechen.

Kommen wir zur Bewertungsfrage. Als Ergebnis der bisherigen Darstellung ist meines Erachtens festzuhalten, daß bei dem Schriftgutbildner Personalrat grundsätzlich archivwürdiges Material entsteht. Das Schriftgut bietet in Teilbereichen interessante Informationen über die Ausübung von Mitbestimmungsrechten durch die Arbeitnehmervertretung und dokumentiert die Mitwirkung der Bediensteten an innerdienstlichen Entscheidungsprozessen. Diese Mitwirkung führt nach Meinung von Befürwortern des fortschrittlichen Personalvertretungsrechts in Nordrhein-Westfalen unter anderem dazu, daß Verwaltung effektiv und demokratisch arbeiten kann.¹⁷ Das Schriftgut vermittelt einen in dieser unmittelbar von den Interessen der Bediensteten geprägten Überlieferungsform wohl einzigartigen Einblick in das Innenleben einer Dienststelle, der sich nicht im Verwaltungsschriftgut der Dienststellen widerspiegelt und auch in dieser Intensität nicht bei externen Registraturbildnern wie Gewerkschaften oder Arbeitsgerichten vorhanden ist.

Problematischer wird es naturgemäß, wenn man von diesen grundsätzlichen Erwägungen auf die konkrete Aktenebene herabsteigt. Im Hintergrund muß dabei immer das Bewußtsein stehen, daß die Aktenqualität immer mehreren unberechenbaren Faktoren unterworfen ist. Zu benennen ist insbesondere, daß trotz des vom Gesetzgeber gewünschten Kontinuitätsprinzips die notwendigerweise periodische Amtszeit des Personalrates, die 1958 anfänglich zwei Jahre betrug und mit der Gesetzesnovellierung 1994 sinnvollerweise auf vier Jahre ausgedehnt worden ist, eine Fluktuation von Personalratsmitgliedern bedingt, die wiederum negative Auswirkungen auf die Schriftgutqualität haben kann. Des weiteren handelt es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit, die überwiegend von Laien betrieben wird, denen es an den erforderlichen juristischen Kenntnissen mangelt. Trotz Freistellungen von der dienstlichen Tätigkeit ist es für Personalrats-Mitglieder schwierig, die umfangreiche, komplexe und formalistische Materie nur annähernd zu übersehen und zu beherrschen. Hierbei dürfte der Organisationsgrad der Personalrats-Mitglieder in gewerkschaftlichen Organisationen proportional zur Qualität der Personalrats-Arbeit stehen.

Unter Beachtung dieser Ausgangslage erscheint es trotz weitestgehend fehlender praktischer Erfahrungen legitim,

¹⁶ Krieg/Orth/Welkoborsky (wie Anm. 2) gehen von einem umfassenden Verhandlungsbegriff aus (vgl. § 37, Gliederungspunkt 1, S. 216), während Horst Welkoborsky, Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen. Basiskommentar, (Köln 1996), nur die Protokolle der Personalratssitzungen in die gesetzliche Regelung einbezieht (vgl. § 37 Abs. 1, S. 102).

¹⁷ Vgl. hierzu die Landtagsdiskussion zur ersten Lesung der Gesetzesentwürfe von der Fraktion DIE GRÜNEN, der Fraktion der F.D.P. sowie der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, in: Landtag NW, 11. Wahlperiode, Plenarprotokolle, Bd. 12, hrsg. vom Landtag NW (Düsseldorf 1993), S. 12052 ff.

die nachfolgenden Überlegungen zur Bewertung zu äußern. Dazu ist es notwendig, sich vorab die drei oben erwähnten wesentlichen Registraturbereiche in Erinnerung zu rufen, nämlich a) Schriftgut, das sich aus dem gesetzlich vorgegebenem Aufgabenbereich ergibt, b) Materialien der gewerkschaftlichen Organisationen und c) Unterlagen der Dienststelle, die aus der Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit erwachsen.

Der letztgenannte Registraturbereich kann bei den Bewertungsüberlegungen nahezu vollständig ausgeschlossen werden, da die Federführung eindeutig bei der Dienststelle liegt und das Schriftgut sich in organischer gewachsener Form in der Dienstregistratur befindet. Lediglich wenn der Personalrat eine Verwaltungsvorlage zum Ausgangspunkt intensiver eigenständiger Bearbeitung nimmt, kommt eine Archivwürdigkeit in Betracht.

Schwieriger ist die Bewertung der Materialien, die bei den Personalräten im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften entstehen. Analog zu den Dienststellenunterlagen der Verwaltung wären diese nach dem Federführungsmodell¹⁸ kassabel. Aber der Grundsatz, Überlieferung auch jenseits der eigenen Zuständigkeit zu berücksichtigen, spielt in diesem Fall eine besondere Rolle, wenn man bedenkt, daß viele gewerkschaftliche Organisationen bislang nicht in der Lage sind, das Schriftgut ihrer Basisverbände - und auf dieser Ebene erfolgt in der Regel die Zusammenarbeit mit den Personalräten - archivfachlichen Anforderungen entsprechend zu betreuen. Die Betätigung der Gewerkschaft in der Dienststelle läßt sich demzufolge nur über die Registratur des Personalrats dokumentieren, wobei die Quantität und Qualität gewerkschaftlicher Überlieferung abhängig ist vom Organisationsgrad der Personalrats-Mitglieder und der Größe der Dienststelle. Konsequenterweise erscheint eine Einzelaktenbewertung dieses Registraturbereiches unausweichlich.

Was nun den Schwerpunkt der Schriftgutüberlieferung angeht, der den aktiven und entscheidungsprägenden Aufgabenbereich nach dem Landespersonalvertretungsgesetz umfaßt, so können hier nur grob Bewertungsansätze geschildert werden. Eine Archivwürdigkeit dürfte zweifellos bei den Protokollen der Personalrats-Sitzungen, der Vierteljahresgespräche und der Personalversammlungen sowie beim Schriftgut zu Dienstvereinbarungen und zu Vorgängen, die aus dem Initiativrecht des Personalrats resultieren, gegeben sein. Schwieriger ist die Beurteilung desjenigen Schriftgutes, das aus den Mitbestimmungs- und Mitwirkungsverfahren hervorgeht. Hier ist es ohne Analyse der einzelnen Aktenbände kaum möglich, rationale Bewertungsentscheidungen zu treffen. Bei einer solchen Analyse steht die Frage im Vordergrund, ob gegenüber der Dienststelle ein entscheidungsprägendes Vorgehen des Personalrats betrieben wird oder ob der Personalrat nur in passiver Form seine Beteiligungsrechte ausübt respektive diese Rechte routinemäßig - wie beispielsweise bei förmlichen und unproblematisch verlaufenden Personalangelegenheiten wie Einstellung, Höhergruppierung, etc. - abwickelt.

IV. Überlegungen aus archivrechtlicher Sicht

An dieser Stelle soll noch ansatzweise auf einige Besonderheiten eingegangen werden, die sich im archivrechtlichen Bereich bei der Übernahme von Schriftgut des Personalrats ergeben.

Der Personalrat untersteht nicht der Organisationsgewalt der Dienststellenleitung. Er ist ein unabhängiges Organ der Dienststellenverfassung, dessen Arbeit „nicht der amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zugerechnet werden kann“.¹⁹ Da somit keine unmittelbare Anhebungs- und Ablieferungspflicht im Sinne des nordrhein-westfälischen Archivgesetzes besteht²⁰, ist es zweckmäßig, das Schriftgut des Personalrats als Depositum zu übernehmen. Diese Übernahmeform gewährleistet ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Archiv und Personalrat und dürfte auch im Hinblick auf die Fluktuationssituation im Bereich der Personalräte dazu beitragen, ein kontinuierliches und insbesondere partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen.

Die obige Feststellung zum Status des Personalrates hat wesentliche Auswirkungen auf die Betreuung des Schriftgutbildners Personalrat durch das Archiv. Der Personalrat ist zuallererst davon zu überzeugen, daß Teile der von ihm produzierten Unterlagen archivwürdiges Schriftgut beinhalten, das zur dauernden Aufbewahrung aus seiner zumindest räumlichen Verfügungsgewalt in das Archiv übergehen soll. Diese Aufgabe ist für Archivbedienstete sicherlich nicht neu, es ist aber darauf hinzuweisen, daß Schwierigkeiten bei den Bemühungen um eine Schriftgutübernahme insbesondere dann entstehen können, wenn der Personalrat die im Landespersonalvertretungsgesetz aufgeführte, weitgehende Schweigepflicht für die Argumentation gegen eine Abgabe des Schriftgutes an das Archiv benützt. Personalrats-Arbeit ist in den überwiegenden Aufgabenbereichen vertrauliche Arbeit und bedingt eine Schutzpflicht insbesondere gegenüber den Beschäftigten. Diese Schutzpflicht wirkt hauptsächlich intern im Verhältnis zur Dienststelle, aber auch nach außen gegenüber Dritten. Beim Auftreten von Problemen in diesem Bereich dürften aber sowohl die Erfahrungen, die die Archive im nahezu täglichen Umgang mit Daten- und Persönlichkeitsschutz aufweisen können, als auch die im nordrhein-westfälischen Archivgesetz enthaltenen Bestimmungen über die Nutzung von Archivgut einer sachgerechten Diskussion förderlich sein.

Nur angedeutet werden soll in diesem Zusammenhang auch das Problem der Sperrfristen. Gemäß dem nordrhein-westfälischen Archivgesetz darf Archivgut, das einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis oder besonderen Rechtsvorschriften über Geheimhaltung unterlag, erst 60 Jahre nach Entstehung der Unterlagen genutzt werden. Sofern es sich um personenbezogenes Schriftgut handelt, darf das Archivgut frühestens 10 Jahre nach dem Tod der betroffenen Personen genutzt werden²¹. Beide Voraussetzungen treffen auf die Unterlagen des Personalrates zumindest partiell zu, allerdings sollte im Bereich der sachbezogenen Akten - unter der Prämisse, daß ein Depositumvertrag abgeschlossen wird - auf dem Vereinbarungswege mit dem Personalrat eine an der regulären 30-jährigen Sperrfrist orientierte Lösung

¹⁸ Vgl. hierzu Hans-Dieter Kreikamp, Das Bewertungsmodell des Bundesarchivs - Federführung als Bewertungskriterium, in: Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung, hrsg. von Andrea Wettmann, (VÖAS Marburg, 21), Marburg 1994, S. 83ff.

¹⁹ So Dieter Leuze, Anmerkungen zur Schweigepflicht im Personalvertretungsrecht, in: Die Personalvertretung, 41. Jahrgang, Heft 1-2/98, S. 72.

²⁰ Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16.05.1989, Textabdruck in: Der Archivar 43 (1990), Sp. 237-242, hier: § 3.

²¹ Wie Anm. 21, hier: § 7.

angestrebt werden. Nicht nur dem Archivbenutzer dürfte schwer zu vermitteln sein, weshalb Personalrats-Unterlagen beispielsweise über die Einführung neuer Technologien oder aber die Beteiligung an Rationalisierungsprozessen erst 60 Jahre nach Aktenschluß einzusehen sind, während die Gegenüberlieferung der Dienststelle bereits nach einer 30-jährigen Sperrfrist benutzt werden kann.

V. Zusammenfassung

Das Schriftgut von Personalräten sollte stärker als bisher in den Blickpunkt der Archive gelangen. Es bietet nicht nur wertvolle Einblicke in das Innenleben einer Dienststelle aus der Sicht der Beschäftigten, sondern kann auch genutzt werden zu weiterführenden Untersuchungen über Auswirkungen der Mitbestimmung auf eine effiziente, demokratische und fortschrittliche Verwaltungsführung sowie zur Rolle von Personalrat und Gewerkschaft in der Ausgestaltung des sozialen Raumes innerhalb des öffentlichen Dienstes.

Eine kontinuierliche Überlieferung ist in aller Regel frühestens ab 1958, dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Landespersonalvertretungsgesetzes, zu erwarten. Etwaig vorhandene Überlieferungen von Vorläufergremien dürften die zwar erfreuliche, aber seltene Ausnahme sein. Mit den Gesetzesnovellierungen 1974, 1984 und 1994 verbunden ist ein Ausbau der Rechte des Personalrates und damit eine positive Beeinflussung

der Schriftgutqualität. Die allerdings wiederum ohnehin von mehreren unberechenbaren Faktoren wie Engagement und Organisationsgrad der Personalratsmitglieder (insbesondere der/des Vorsitzenden), Ausprägung der Schriftlichkeit und fluktuationsbedingte Überlieferungsbrüche abhängig ist. Nicht zuletzt dadurch sind verallgemeinernde Bewertungsempfehlungen kaum auszusprechen.

Das Referat kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die Funktion eines Problemaufrisses haben und sollte als Anstoß für eine weitere Beschäftigung mit diesem Thema dienen. Das Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bemüht sich momentan um eine Kontaktaufnahme mit sämtlichen Personalvertretungen im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Hierzu zählen neben dem Gesamtpersonalrat annähernd 40 örtliche Personalräte, die im gesamten Aufgabenspektrum des Landschaftsverbandes von den Psychiatrien über Jugendeinrichtungen, der inneren Verwaltung und dem Straßenbau bis hin zu den Kultureinrichtungen angesiedelt sind. Ob Bestandsbildungen erfolgen und gegebenenfalls in welchem Umfang das Schriftgut der Personalvertretungen archivwürdige Unterlagen beinhaltet, bleibt abzuwarten. Aber die Bemühungen um eine Überlieferungsbildung sollten nicht zuletzt dazu beitragen, dem Ziel der Arbeit der Archive näherzukommen, nämlich der möglichst umfassenden Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Die Überlieferung der Betriebsräte

von Kornelia Rennert

Betriebsräte sind die laut Betriebsverfassungsgesetz gewählten Interessenvertreter der Arbeitnehmer innerhalb eines Betriebes. Gewählt werden können sie in Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten Beschäftigten, von denen wiederum mindestens drei wählbar sind. Es soll im Rahmen dieser Ausführungen nicht näher darauf eingegangen werden, daß der Begriff Betrieb in der Wissenschaft unterschiedlich weit definiert wird, sondern Betrieb soll lediglich vereinfacht als organisatorisch weitgehend selbständige, örtlich oft abgegrenzte Einheit der Produktion oder der Verwaltung verstanden werden. In einem Unternehmen kann es dementsprechend mehrere Betriebe und Betriebsräte geben, betriebsübergreifend werden dann neben den einzelnen Betriebsräten Gesamtbetriebsräte und Konzernbetriebsräte gewählt.

Betriebsräte sind weitgehend autonome Institutionen. Als Vertreter der Arbeitnehmer sind sie Teil des Unternehmens; der Arbeitgeber ist in bestimmtem Rahmen verpflichtet, ihre Arbeit zu unterstützen bzw. zumindest nicht zu behindern. Er ist dem Betriebsrat gegenüber nicht weisungsbefugt - auch nicht bezüglich der Archivierung von Betriebsratsakten. Betriebsräte arbeiten häufig eng mit den Gewerkschaften zusammen - rund 80 % der gewählten Betriebsratsmitglieder sind auch Gewerkschaftsmitglieder - aber sie sind keine gewerkschaftliche Einrichtung.

Die historischen Wurzeln der Betriebsräte reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. Die erste reichseinheitliche rechtliche Grundlage war das Betriebsrätegesetz von 1920. Nach dem Zweiten Weltkrieg gestattete der Alliierte Kontrollrat ab 1946 wieder die Errichtung von Betriebsräten, aber erst 1952 wurde ein für die Bundesrepublik Deutschland einheitliches Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. In seiner Fassung von 1972 ist es, abgesehen von einigen kleineren Änderungen, heute immer noch gültig.¹

Als ich vor vier Jahren erstmals einen Vortrag zur Überlieferungsproblematik von Betriebsratsakten für den Deutschen Archivtag in Hamburg vorbereitete, konnte ich mich zu meiner Überraschung zunehmend nicht des Eindrucks erwehren, archivisches Neuland zu betreten. Ich fand keine Publikation, in der ein Archivar sich näher mit diesem Thema befaßt hatte, und Recherchen zeigten, daß eine systematische Archivierung von Betriebsratsakten nicht stattfand. Im Gegenteil, die Überlieferung der Aktivitäten und Leistungen der Betriebsräte war massiv gefährdet. An dieser Situation hat sich bis heute leider wenig geändert.

¹ U.a. zur historischen Entwicklung der Betriebsräte vgl.: Kornelia Rennert - Betriebsräte und deren Überlieferung. In: Archive und Gesellschaft: Referate des 66. Deutschen Archivtags, 25. - 29. September 1995 in Hamburg. Siegburg, 1997. (Der Archivar, Beibd. 1), S. 107 ff

Bereits seit dem Betriebsrätegesetz von 1920 ist gesetzlich vorgeschrieben, daß über jede Sitzung des Betriebsrates und seiner Ausschüsse ein Protokoll angefertigt werden muß, daß mindestens den Wortlaut der Beschlüsse und die Stimmenmehrheit, mit der sie gefaßt wurden, enthält. Weitere Formerfordernisse, sei es über Inhalt, Verfasser oder Aufbewahrungsfristen stellt das Gesetz bis heute nicht. Allein der jeweilige Betriebsrat entscheidet über Aufbewahrung oder Vernichtung dieser Protokolle und aller eventuell sonst noch entstehenden Akten. In einem der im Mannesmann-Archiv überlieferten Betriebsratsbestände findet sich eine vom Betriebsrat beschlossene Geschäftsordnung vom Anfang der 1970er Jahre, in der es heißt: „Der Schriftwechsel des Betriebsrats, alle Niederschriften und Akten werden vom Schriftführer in den Räumen des Betriebsrats aufbewahrt. ... Niederschriften des Betriebsrats und der Ausschüsse sind mindestens während der folgenden ordentlichen Wahlperiode, Betriebsvereinbarungen sind ständig aufzubewahren.“ Bei Betriebsräten in anderen Unternehmen wird es sicherlich ähnliche Regelungen geben. Was nach Ablauf der hier genannten Aufbewahrungspflicht - eine Wahlperiode dauert 4 Jahre - mit den Betriebsratsprotokollen und auch mit den sonstigen ev. beim Betriebsrat entstehenden Akten passiert, wenn sie nicht mehr für den täglichen Geschäftsbetrieb gebraucht werden, ist von vielerlei Zufällen und nicht zuletzt dem jeweiligen Interesse der einzelnen Betriebsräte abhängig. Kaum ein Betriebsrat wird jedoch personell oder finanziell in der Lage sein - wenn er denn die historische Bedeutung des von ihm produzierten Schriftgutes erkennt - ein eigenes historisches Archiv zu unterhalten. Diese Situation hat dazu geführt, daß die Quellenüberlieferung der Betriebsräte bis heute äußerst lückenhaft und zersplittert ist.

Der größte Teil der Betriebsratsakten wird sehr bald nach seiner Entstehung wieder vernichtet oder - als vermeintlicher Privatbesitz der Betriebsratsmitglieder - nach deren Ausscheiden aus diesem Gremium mit nach Hause genommen, wo sie in den folgenden Jahren früher oder später - zumeist spätestens nach dem Tod des jeweiligen Betriebsratsmitgliedes - einer größeren Aufräumaktion zum Opfer fallen und vernichtet werden.

Es gibt kein zentrales Archiv für Betriebsratsakten. Vor über zehn Jahren, 1987, gründete die Hans-Böckler-Stiftung ein historisches Archiv zur Geschichte der Mitbestimmung, das auch Betriebsratsakten aufnehmen sollte. Bereits nach vier Jahren, 1991, wurden diese Bestrebungen ersatzlos eingestellt. Die bis dahin übernommenen Akten sind zum größten Teil an die jeweiligen Betriebsräte bzw. deren Nachfolger zurückgegeben worden. Einige wenige gelangten mit Einverständnis der Betriebsräte in die zuständigen Unternehmensarchive, z.B. der Bestand der Mannesmannröhren-Werke Remscheid in das Mannesmann-Archiv. Die Einrichtung eines solchen zentralen Archivs war meines Erachtens ohnehin nicht sinnvoll und rechtlich zumindest umstritten. Die Unternehmensleitung hat zwar selbst keinen Zugriff auf die Akten des Betriebsrates, könnte aber im Einzelfall sicherlich verhindern, daß Unterlagen an Außenstehende abgegeben werden, wenn diese Akten geheimhaltungspflichtige Interna aus der Arbeit des Unternehmens oder schutzwürdige Interessen von Mitarbeitern beinhalten - und davon ist bei Betriebsratsakten auszugehen. Mit der sicherlich schwierigen Problematik der dauerhaften Fi-

nanzierung einer solchen Einrichtung will ich mich gar nicht erst auseinandersetzen.

Die Erfahrung lehrt, daß der beste Aufbewahrungsort für Akten der Ort bzw. das unmittelbare Umfeld ihrer Entstehung ist. Dort werden sie am häufigsten vermutet und nachgefragt, dort stehen sie inhaltlich in einem sinnvollen Kontext und dort ist auch die Anschlußüberlieferung am ehesten gewährleistet. Im Fall von Betriebsratsakten bedeutet dies Archivierung beim Betriebsrat selbst oder - wenn er die Akten für seinen laufenden Geschäftsbetrieb nicht mehr benötigt - im Unternehmensarchiv, wenn das Unternehmen eine solche hauptamtlich betreute Einrichtung besitzt. Nur in Fällen, in denen in einem Unternehmen kein eigenes Unternehmensarchiv besteht oder das Unternehmen selbst bereits nicht mehr existiert, sollte die Abgabe von Betriebsratsakten an andere Institutionen in Betracht gezogen werden. Deutschland besitzt eine so vielfältige Archivlandschaft, daß es auch in diesem Fall für Archivgut Möglichkeiten der dauerhaften Bewahrung gibt.²

Auch heute schon findet man Archivalien von Betriebsräten vereinzelt in Regionalen Wirtschaftsarchiven, Stadtarchiven, bei Arbeiterkammern oder den Archiven der Einzelgewerkschaften. Diese Tatsache wirft aber bereits das nächste, daraus folgende Problem auf. Es gibt kein Findmittel, um festzustellen, ob und wenn ja wo die Betriebsratsakten eines Unternehmens überliefert sind. Denn ich bin mir sicher, auch die Mitglieder der jeweiligen Betriebsräte werden nach Ablauf einiger Jahre keine Auskunft mehr darüber geben können, wo denn die Akten ihrer Vorgänger abgeblieben sind, dazu ist die personelle Fluktuation zu groß.

Kurz erwähnen möchte ich an dieser Stelle die im vergangenen Jahr, 1998, in Bochum gegründete Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets³. Kern dieser Stiftung ist die Bewahrung der ihr übertragenen Buchbestände der Bergbau-Bücherei in Essen, der Bibliothek des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum sowie der Bibliothek der früheren Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Als eigenständige Abteilung der Stiftung ist das Archiv für soziale Bewegungen eingerichtet worden, das den Archivbestand der früheren Industriegewerkschaft Bergbau und Energie übernommen hat. Dieses Archiv soll auch als überregionale Aufnahmestelle für andere Archivalien, u. a. zur betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung dienen, wenn deren dauerhafte Sicherung durch andere Archive nicht gewährleistet ist.

Der größte Teil der bis heute überlieferten Betriebsratsakten - leider insgesamt viel zu wenige - befindet sich in den Wirtschaftsarchiven, d.h. vor allem in den Historischen Archiven der Unternehmen. Dies konnte ich durch eine Umfrage feststellen, die ich für meine Ausführungen auf dem Archivtag 1995 bei hauptamtlich besetzten Wirtschaftsarchiven in Westdeutschland durchgeführt habe.

² Wessel, Horst A. - Deutsche Wirtschaftsarchive: Bestände, Forschungen, Entwicklungen. In: Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945 - 1969. Kolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris 8. - 10. Dezember 1994, hrsg. von Andreas Wilkens. Sigmaringen, 1997 (Beihefte der Francia, Bd. 42)

³ Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets. In: Glückauf 134 (1998), Nr. 7/8, S. 425 ff

Bei den ostdeutschen Archive habe ich aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch ungeklärten archivischen Situation in den neuen Bundesländern nur stichprobenweise angefragt, sie wurden in meinen damaligen Ausführungen, die ich hier nur kurz heranziehen will, zunächst nicht berücksichtigt.⁴

Meine Umfrage ergab, daß 69 % aller westdeutschen Wirtschaftsarchive keine Akten aus der Arbeit von Betriebsräten besaßen, lediglich 31 % hatten Akten aus der Provenienz des Betriebsrates in ihrem Bestand, und diese wiederum wiesen oft große Lücken auf. Eine Archivschachtel für mehrere Jahrzehnte Laufzeit ist dabei keine Seltenheit. Etwas besser ist die Überlieferung der Betriebsratsarbeit in den Akten der Unternehmensleitung, immerhin 49 % der westdeutschen Wirtschaftsarchive besaßen Akten des Managements, deren Inhalt sich auf den Betriebsrat bezieht - häufig aber lediglich auf die Organisation von Betriebsratswahlen. Aufgrund der unterschiedlichen Blickrichtung und der manchmal auch voneinander abweichenden Interessenlage von Arbeitgeber und Arbeitnehmer können solche Akten allerdings ohnehin höchstens eine sinnvolle Ergänzung, nicht aber eine Alternative zur Überlieferung von originalen Betriebsratsakten sein.

Die Reaktion auf meinen Hamburger Vortrag war zunächst sehr positiv. Von den Archivaren und auch von der Forschung wurde die Aufdeckung dieses Mißstandes begrüßt, und innerhalb kurzer Zeit konnten von verschiedenen Unternehmensarchiven einige Betriebsratsbestände übernommen werden. Wie ich damals auch ausführte, hatten ein großer Teil der Wirtschaftsarchivare, genau 55 %, bis zu diesem Zeitpunkt aus den unterschiedlichsten Gründen den Betriebsrat niemals persönlich auf die Übernahme seiner Akten angesprochen. Meine Umfrage hatte nun die erfreulich direkte Folge, daß einige unserer Kollegen sie zum Anlaß nahmen, den Betriebsrat endlich anzusprechen. So bekam ich mit der Rücksendung meines Fragebogens mehrfach mitgeteilt, daß auf diese Anregung hin historische Akten gerade übernommen worden seien oder in der nächsten Zeit erwartet würden. Viele Kolleginnen und Kollegen nutzten auch die im darauffolgenden Jahr erscheinende Publikation meines Vortrages im Tagungsband oder die ausführlichere, in Archiv und Wirtschaft erschienene Fassung und sandten sie in Kopie an die Betriebsräte ihres Unternehmens mit der Bitte, eine Aktenabgabe zu überdenken. Auch wir im Mannesmann-Archiv sind auf diese Weise verfahren und die Reaktion war erfreulich. Einige Betriebsräte übergaben uns ihre historischen Aktenbestände zur dauerhaften Aufbewahrung, z.T. nachdem sie unser Unternehmensarchiv besichtigt hatten und sich erstmals intensiver mit unserer Arbeit auseinandergesetzt hatten. Einige Betriebsratsbestände vermittelten wir auch an Zweigarchive des Mannesmann-Archivs, die wir in größeren Tochtergesellschaften vor Ort bei den einzelnen Unternehmen unterhalten. Erschreckend war allerdings die große Zahl der Antworten, in denen uns mitgeteilt wurde, daß man leider keine Akten besitze, die älter als die letzte bzw. aktuelle Amtsperiode des Betriebsrates wären. Das Mannesmann-Archiv hatte zwar schon vor dieser systematischen Kontaktaktion Akten aus der Provenienz Betriebsrat in seinem Bestand, und zwar aus der Zeit seit 1916, aber diese Zahl steht in keinem Verhältnis zu dem was im Unternehmen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an Betriebsratsarbeit geleistet wurde.

Insgesamt ist die Überlieferungssituation der Betriebsratsquellen also immer noch unbefriedigend, und dies nicht nur bei Mannesmann, sondern auch bei vielen anderen Unternehmensarchiven. Leider ist es uns und unseren Kollegen aus den anderen großen Wirtschaftsarchiven trotz vieler einzelner, durchweg recht positiv verlaufener Gespräche mit Betriebsratsmitgliedern nicht gelungen, die Gesamtheit des Betriebsrates zu überzeugen und zu einem Beschluß zu veranlassen, der die Aktenüberlieferung konzernübergreifend systematisieren würde. Immer wieder wird von den Betriebsratsmitgliedern mit der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen argumentiert und die Akten werden eher vernichtet, als daß man sie an ein Archiv übergibt. Es scheint bei vielen Betriebsratsmitgliedern ein tiefes Mißtrauen gegenüber der vermeintlichen „Arbeitgeberinstitution“ Unternehmensarchiv zu bestehen und gleichzeitig ein mangelndes historisches Bewußtsein und ein völliges Unverständnis für die langfristige Bedeutung der eigenen Arbeit. Hier hilft nur kontinuierliche Überzeugungsarbeit der Archivarin bzw. des Archivars getreu dem Motto ‚Steter Tropfen höhlt den Stein‘.

Wir im Mannesmann-Archiv, aber auch zahlreiche andere Wirtschaftsarchivarinnen und -archivare haben viel Zeit und Engagement auf die Akquisition von Betriebsratsakten verwendet, und es darf mit Recht gefragt werden, ob das Ergebnis diesen Aufwand wert ist, insbesondere wo Betriebsratsakten aufgrund des häufig sehr personenbezogenen Inhalts sehr genau auf die Dauer der Sperrfristen geprüft werden müssen und oft erst nach sehr langer Zeit der Forschung zugänglich gemacht werden können. Was beinhalten Betriebsratsakten, was nicht in Doppel- oder gar Mehrfachüberlieferung auch in anderen Quellen der Wirtschaftsarchive zu finden ist?

Auf diese Fragen gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: Ja, der Inhalt der Akten rechtfertigt diesen Aufwand und je weniger Betriebsratsquellen insgesamt überliefert werden, um so größer ist die Bedeutung derer, die vor der Vernichtung bewahrt werden können - wo auch immer, im Unternehmensarchiv oder in jedem anderen Archiv.

Spätestens seit dem Gesetz von 1920 haben Betriebsräte ein Mitspracherecht bei der Einführung neuer Techniken und Arbeitsmethoden, bei der Verwaltung von Pensionskassen, Werkwohnungen und sonstigen betrieblichen Sozialeinrichtungen, bei der Erweiterung, Einschränkung oder Stilllegung von Betrieben, bei der Einstellung, Versetzung und Entlassung von Arbeitnehmern und bei der Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren. Mitwirkungsrechte hat der Betriebsrat auch - falls keine anderweitigen tarifvertraglichen Regelungen bestehen - bei der Festsetzung von Akkord- und Stücklöhnen, der Arbeitszeit, den Urlaubsregelungen, bei der Einführung neuer Entlohnungsmethoden, beim Betrieblichen Vorschlagswesen und auch bei der Aus- und Weiterbildung. Der Betriebsrat ist ermächtigt zum Abschluß von Arbeitsordnungen und bindenden Betriebsvereinbarungen. Er ist der erste Ansprechpartner der Arbeitnehmer bei Problemen aller Art, beim Konflikt mit dem Vor-

⁴ vgl. dazu Kornelia Rennert - Zur Überlieferungsproblematik von Betriebsratsakten. Erweiterte Fassung des Vortrags vom deutschen Archivtag 1995. In: Archiv und Wirtschaft, 29. Jg., 1996, Heft 3, S. 123 ff

gesetzten ebenso wie bei Problemen mit den Kollegen. Während die Akten der einzelnen Betriebsräte und der von ihnen gebildeten zahlreichen Ausschüsse viele Facetten des täglichen Lebens im Unternehmen vor Ort direkt widerspiegeln in Diskussionen über Betriebsabläufe, Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen, Unfallberichten und Verbesserungsvorschlägen, in Notizen über die Gespräche sowohl mit Arbeitnehmern als auch mit der Unternehmensleitung, finden sich in den Akten der übergeordneten Gremien wie Gesamt- und Konzernbetriebsräten verstärkt Themen wie die Kontakte zu den einzelnen im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften, den Berufsgenossenschaften, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, die Beschäftigungslage und in Krisenzeiten auch zu Umstrukturierungen, Vorruhestandsregelungen und Sozialplänen. Und am Rande findet man - wie das folgende Beispiel zeigt - auch Unterlagen über den Alltag in unserer Gesellschaft, die man an dieser Stelle nicht unbedingt erwarten würde.

In der Regel hat der Betriebsrat ein Mitspracherecht bei der Vermietung und dem Verkauf von Werkwohnungen sowie von im Besitz des Unternehmens befindlichen Häusern. Die eigentliche Hausverwaltung ist Aufgabe des Unternehmens, bzw. der von ihm beauftragten Dienstleistungsgesellschaften. Trotzdem finden sich in den Akten der Wohnungsausschüsse, die zahlreiche Betriebsräte eingerichtet haben, häufig Unterlagen mit Beschwerden der Mieter über den Zustand der Wohnungen, über Konflikte mit den Nachbarn und ähnliche Probleme, in denen der Betriebsrat sowohl von der Arbeitnehmer- als auch von der Arbeitgeberseite als potentieller Vermittler angesprochen wird. In Unterlagen aus den 1970er Jahren findet sich der interessante Fall, daß man aufgrund aktueller Schwierigkeiten im täglichen Zusammenleben in Erwägung zog, der ständig steigenden Zahl der türkischen Mieter die Hausordnung in türkischer Sprache auszuhändigen. Diese eigentlich auf den ersten Blick vernünftige, selbstverständlich erscheinende Maßnahme unterblieb aber letztendlich aus rechtlichen Gründen. Mehrere Versuche, die Hausordnung ins Türkische zu übersetzen, fielen so unterschiedlich aus und wiesen bei der zur Kontrolle angeforderten Rückübersetzung so viele sinnentstellende Formulierungen aus, daß letztendlich die Rechtsabteilung ihr Veto einlegte. Es ist ein interessanter Hinweis nicht nur für Sprachwissenschaftler, daß offensichtlich zahlreiche deutsche Rechtsbegriffe sich als nicht übersetzbar erwiesen und durch Umschreibungen erklärt werden mußten, die nach Ansicht der Juristen die eindeutige Rechtsposi-

tion des Vermieters gefährdeten. Die deutsche Hausordnung blieb somit rechtswirksamer Bestandteil des Mietvertrages, die türkische Übersetzung durfte nicht ausgehändigt werden, und das tägliche Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen wurde weiter erschwert.

Die Aktenüberlieferung der Betriebsräte ist ein kaum zu überschätzender Quellenfundus der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Diese Archivalien beleuchten die Unternehmen aus der Perspektive der in ihr arbeitenden Menschen, und das ist immerhin die Mehrheit unserer Bevölkerung. Bei den Betriebsratswahlen 1994 inklusive der Nachwahlen in den privatisierten Postunternehmen 1996 sind bei einer Wahlbeteiligung von 77,26 % in 40.441 Betrieben 225.769 Betriebsratsmitglieder gewählt worden⁵, d. h. weit über 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten hier die unmittelbaren Alltagsinteressen - oder zumindest sollten sie dies - ihrer Kolleginnen und Kollegen. In diesen Akten finden wir zum Teil Antworten auf Fragen, die die Forschung so häufig stellt und so schwer beantworten kann. Wie sieht der Arbeitsalltag aus? Welche Probleme beschäftigen die Arbeitnehmer? Und vielleicht könnten diese Akten auch die Fragen beantworten, die von Arbeitnehmer-, Gewerkschafts-, Arbeitgeber- und auch Politikerseite so häufig nur theoretisch diskutiert werden. Welche Bedeutung hat die innerbetriebliche Mitbestimmung für ein Unternehmen, für die Gesellschaft? Vermag sie die ihr zugeordneten Aufgaben im Betrieb zu erfüllen? Welchen Einfluß hat der Betriebsrat auf den technischen und wirtschaftlichen Strukturwandel? Welche Schwächen und welche Leistungen hat ein Betriebsrat? Hier fehlen empirische Untersuchungen auf der Basis einzelner Unternehmen, die sich dann branchen- und gesellschaftsübergreifend überprüfen lassen. In keinem anderen Land der Welt ist der Dialog zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer solchen Form institutionalisiert wie in Deutschland. Könnten hier in Zeiten zunehmender Globalisierung nicht Lehren gezogen werden, z. B. für die Regelung der Mitbestimmung auf europäischer und globaler Ebene? Ohne die Akten der Betriebsräte und die archivistische Basisarbeit der Wissenschaftler werden viele dieser Fragen auf Dauer unbeantwortet bleiben.

⁵ Zahlen nach freundlicher Auskunft der Abt. Arbeits-, Sozial- und Mitbestimmungsrecht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf. Die statistische Zusammenfassung der Betriebsratswahlergebnisse von 1998 wird voraussichtlich erst im Sommer 1999 vorliegen.

Die Wendener Hütte – Technisches Kulturdenkmal mit großer schriftlicher Überlieferung

von Monika Loecken

Im Sommer 1976 stellte der damalige Kreisheimatpfleger und Kreisdirektor a. D. Theo Hundt die in der Wendener Hütte vorgefundene schriftliche Überlieferung mit den folgenden Worten im „Sauerländischen Volksblatt“ vor:

„Das Archiv der Wendener Hütte leuchtet in große und historisch bedeutsame wirtschaftliche Zusammenhänge und gibt Aufschlüsse, die weit über die Grenzen des Kreises Olpe hinausgehen“.

Auf der Grundlage dieser Beschreibung, die auch von anderen Persönlichkeiten wie zum Beispiel dem damaligen Oberkreisdirektor Grünebach oder dem damaligen Leiter des Westfälischen Freilichtmuseums in Hagen, Herrn Prof. Dr. Sonnenschein geteilt wurde, entschloß man sich zunächst für eine Sanierung der Hüttenanlage. Die Einschätzung ebnete aber auch den Weg zu dem späteren Entschluß, hier ein Museum zur Eisentechnologie im südlichen Westfalen einzurichten.

Durch diese - ich möchte es „Euphorie der frühen Tage“ nennen - wurde, um es mit den Worten des Westfälischen Wirtschaftsarchives zu sagen, eine „Renaissance“ der Wendener Hütte eingeleitet und festgeschrieben. Ich bleibe im Bild, wenn ich Herrn Dr. Ing. Eberhard Neumann als „Geburtshelfer“ bezeichne, denn er war es, der im Jahre 1969 im Auftrage des Landeskonservators den Kreis entlang historischer Karten bereiste und quasi zufällig auf das lexikalisch nirgendwo verzeichnete, aber in situ erhaltene Gebäudeensemble der Hütte samt dem, auf dem Dachboden der ehemaligen Verwaltung aufbewahrten, Hüttenarchiv stieß.

Letzteres übernahm das Westfälische Wirtschaftsarchiv im Jahre 1975 als Depositum und veröffentlichte vor fünf Jahren das Inventar zum Archivbestand F 40.

Im Jahre 1977 begann der Kreis Olpe und die Gemeinde Wenden im Verein mit einem Förderkreis zur Erhaltung der Hütte sowie einer in Wendenerhütte ansässigen Interessengemeinschaft mit dem Wiederaufbau der Anlage. Rekonstruiert wurden der Hochofen, die Gebläse, alle Wellen- und Wasserräder und das Hammerwerk. Damit war man dem Zeitgeist in diesem Falle etwas voraus, denn in der Mitte der 1970er Jahre war ein solches Engagement durchaus noch nicht üblich.

Sie wissen, daß über lange Zeit allein der ästhetische Wert bestimmend für den Erhalt von denkmalwürdigen Objekten war und daß erst das „Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmale im Lande Nordrhein-Westfalen“ seit dem 11. März 1980 einen Denkmalbegriff fest schrieb, der auch die Erhaltung und Nutzung vorsieht, wenn ein Gebäude oder eine technische Anlage bedeutend für die Geschichte der Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse ist und für die Erhaltung und Nutzung künstlerische, wissenschaftliche, volkskundliche oder städtebauliche Gründe vorliegen.

Damit wurde den Unteren Denkmalbehörden aufgegeben, nicht nur allgemeine Bau- und Bodendenkmale unter

Schutz zu stellen, sondern auch Denkmale der Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen.

Diese Aufgaben waren nun auch in Bezug auf die Wendener Hütte zu lösen, die als Technisches Kulturdenkmal durch öffentliche Zuschüsse, die vor allem durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Gemeinde Wenden und den Kreis Olpe geleistet wurden, von dem Gesetz profitiert hatte, nun aber vor dem Problem stand über die Sanierung hinaus ein plausibles Konzept zu erstellen. Sie müssen bedenken, daß die Diskussion am Beginn der 1980er Jahre noch nicht den heutigen Standard hatte und man, anders als heute, kaum auf vergleichbare Projekte zurückgreifen konnte.

Insbesondere gestalteten sich die Möglichkeiten der Nutzung und der Erforschung zunehmend schwierig. Der enge Zusammenhang von Bestandserforschung und Rekonstruktion machten ganz praktisch deutlich, daß das Hochbauamt des Kreises allein hier nicht weiter kommen würde. Man erkannte darüber hinaus, daß weder die Technik der Eisenverhüttung noch die von diesem Gewerbe abhängigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen allein vom Baubestand ablesbar sein würden. Eine Translozierung ins Westfälische Freilichtmuseum in Hagen wurde nur kurz ernsthaft diskutiert, dann aber allein aus Gründen der enormen Massen und Kosten wieder verworfen.

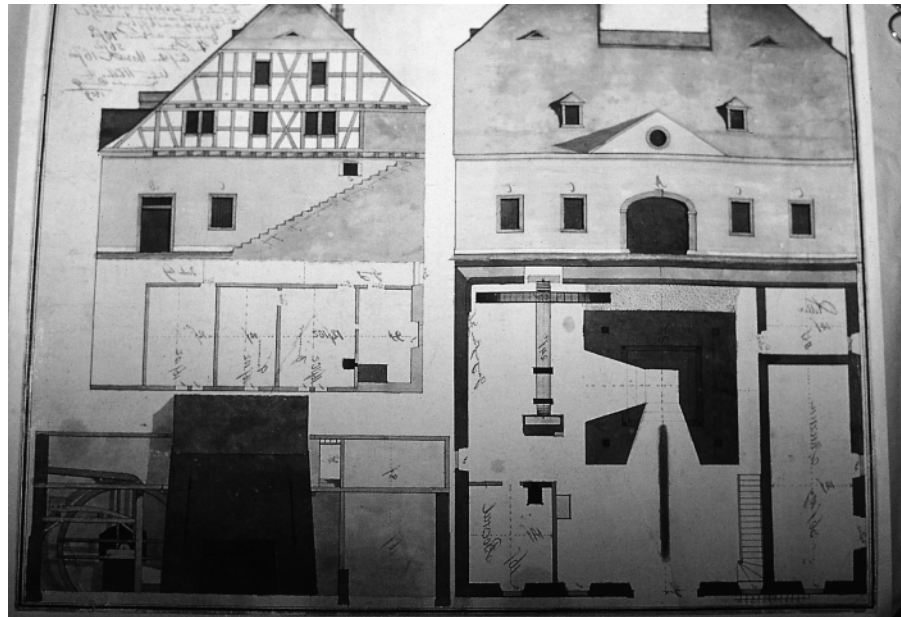
Im Jahre 1989 entschloß man sich deshalb zur Gründung eines Museumsvereins Wendener Hütte e. V., der sich als eingetragener Verein im Sinne des Vereinsgesetzes konstituierte. Sein Ziel war und ist der Ausbau des Technischen Kulturdenkmals Wendener Hütte und der Aufbau eines Museums zum Eisengewerbe im südlichen Westfalen. Der Verein, der aus 7 Mitgliedern besteht, (dem Kreis Olpe, der Gemeinde Wenden, der Handwerkerschaft des Kreises Olpe, dem Unternehmerverband des Kreises Olpe, dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute, dem Förderkreis Wendener Hütte sowie der Interessengemeinschaft Wendenerhütte) wird durch einen Vorstand vertreten, dessen Vorsitz in 2 jährlichem Wechsel vom Bürgermeister der Gemeinde Wenden auf dem Oberkreisdirektor des Kreises Olpe übergeht. Der Vorstand bestimmt einen Geschäftsführer, der die Vereinsgeschäfte führt und bei dem es sich satzungsgemäß um einen höheren Beamten des Kreises Olpe handeln muß. Die wissenschaftliche Museumsleitung wurde als hauptamtliche Kraft installiert. Diese Form der kommunalen Teilträgerschaft hat aus meiner Sicht nur Vorteile: Sie enthebt den Verein den engen Grenzen, die eine kameralistischen Haushaltsführung fordert, sie ermöglicht vielmehr eine flexible Mittelbewirtschaftung und sichert zugleich eine große institutionelle Beständigkeit.

Die Hüttenanlage sowie das Grabensystem stehen heute unter Denkmal- (bzw. Bodendenkmal) Schutz. Das Hammerwerk wurde als Reckhammerwerk rekonstruiert und ermöglicht regelmäßige Schmiedevorfürungen. Seine beiden Schwanzhämmer und Gebläse, die durch drei

Wasserräder angetrieben werden, und das große Kasten-gebläse des Hochofens, mit einem 6 Meter hohen Wasserrad, geben den Besuchern einen Einblick in die Möglichkeiten der mechanischen Nutzung der Wasserenergie in der Zeit von der Verbreitung der Dampfmaschine. Neben den täglichen Hüttenführungen werden jährliche Sonderausstellungen sowie monatliche Schmiedevorführungen und nach Absprache, Führungen auf einem hüttenkundlichen Wanderweg angeboten.

Die Eisenhütte

Die Hütte ist eine Gründung des Jahres 1728, sie liegt an der oberen Bigge in der Ortschaft Wendenerhütte.



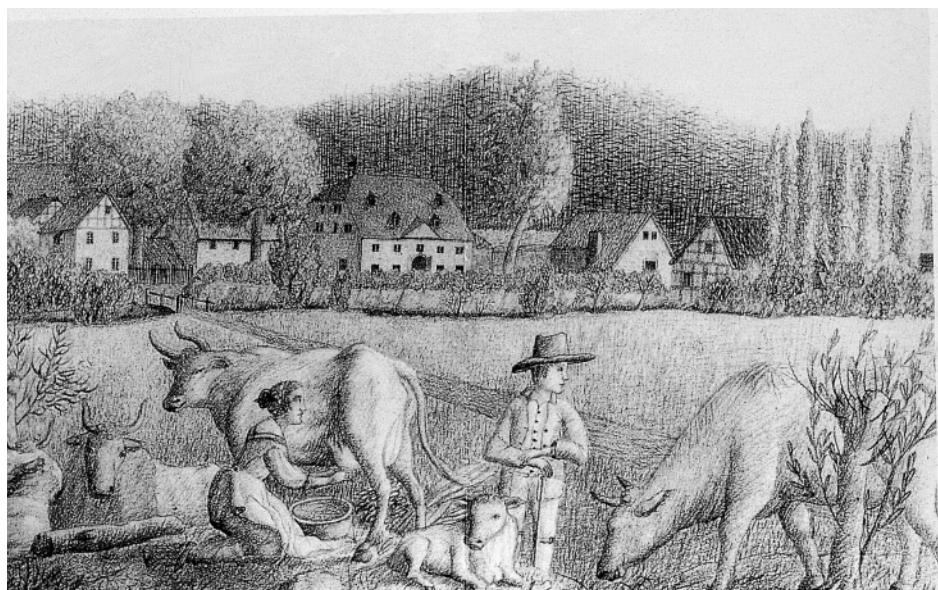
Gießhallenbauplan 1809, Baumeister Müller, Museumsarchiv Wendener Hütte

Kurfürst Clemens August, Erzbischof von Köln, konzessionierte sie Peter und Johann Ermert, die im saynischen Betzdorf, also im heutigen Rheinland-Pfalz, ansässig waren. Die Familie Ermert war eine vermögende bürgerliche Familie. Die Kleriker, Schöffen und Unternehmer hervorgebracht hatte. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wandten sich verschiedenen Familienmitglieder dem Bergbau und Eisenhüttenwesen zu. Doch schon nach wenigen Jahren gelangte die Hütte in den Besitz der Familie Remy, die im 18. Jahrhundert zu den Pionieren der deutschen Eisenindustrie zählte. Am Ende des 18. Jahrhunderts bildete die weitverzweigte Familie in Bendorf und Neuwied den Kern eines rheinischen, durch Heirat verbundenen. Eisensyndikats, dessen wirtschaftlicher Mittelpunkt das Werk Rasselstein in Neuwied war. Hier wurde im Jahre 1773 das Walzen von Eisenstäben in die deutsche Eisenindustrie eingeführt; hier nahmen die Remys 1824 Versuche zum englischen Puddelverfahren auf, das sie erstmalig in Deutschland, in Alf an der Mosel, zu einem wirtschaftlichen Verfahren weiterentwickelten. Die ersten in Deutschland verlegten Eisenbahnschienen auf der Strecke Nürnberg - Fürth sind auf den Walzen des Rasselsteins hergestellt worden. Die Wendener Hütte gehörte seit der Mitte des 18. Jahrhunderts dem Remy'schen Kompanien an. Wilhelm Remy war zunächst in Teilhaberschaft an der Hütte beteiligt, seit dem Jahre 1771 gehörte das Werk ganz der Familie. Ihrem Einfluß ist es zu verdanken, daß die Wendener Hütte sich aus der Reihe der anderen im südlichen Westfalen ansässigen Hüttenwerke

durch die Qualität ihrer Produkte heraus hob. So wurde der erste im Herzogtum Westfalen erbaute Rafinierhammer, auf dem hochwertige, auf dem Rotterdamer Eisenmarkt absetzbare Stahlstäbe geschmiedet werden konnten, dem Hüttenwerk im Jahre 1774 angegliedert. Erst mit dem technischen Übergang von den mit Holzkohle betriebenen Hochofen, zu denen mit Steinkohlen betriebenen und der damit verbundenen Verlagerung der Eisen- und Stahlindustrie ins Ruhrgebiet sowie dem Bau der Eisenbahnlinie von Siegen nach Hagen durch das Lennetal, gingen die Standortvorteile verloren und die Produktion auf der Wendener Hütte war nicht mehr konkurrenzfähig. Im Jahre 1866 wurde das Werk endgültig geschlossen.

Der Archivbestand

Die Situation, daß sowohl in situ erhaltenen Gebäuden als auch ein hüttenkundliches Archiv erhalten werden konnte, schafft einen für die ältere Wirtschafts- und



Ansicht der Wendener Hütte, Zeichnung Hermann Remy um 1826, Museumsarchiv Wendener Hütte

Technikgeschichte seltenen Fall. Der vor Ort aufgefundene Archivbestand befindet sich heute - wie gesagt - im Wirtschaftsarchiv in Dortmund, er umfaßt 699 Nummern und repräsentiert fünf Zeitabschnitte: Relativ wenig hat sich aus der Zeit der Familie Ermert (1728-1769) erhalten, hier finden sich Journale sowie Verträge. Die Gewerkschaft Brüder Remy und Bayer (1770 bis 1820) ist mit einer größeren Menge Archivalien vertreten. Hervorzuheben sind hier die Geschäftsbücher sowie umfangreiche Aufzeichnungen des Hüttenverwalters Gerhard Bayer. Aus dieser Epoche stammen auch die Manuskripte des Siegener Bergmeisters Johann Daniel Engels über den Siegener Erzbergbau und ein für ihn verfaßtes Manuskript des Sangerhauseners Friedrich Rohde über eine mineralogische Reise in den Staat New Jersey (USA) 1802. Die dichteste Überlieferung betrifft die Jahre zwischen 1820 und 1866. Erhalten sind u. a. Korrespondenzen mit Geschäftspartnern aus einzelnen Jahren zwischen 1831 und 1855. Vom Volumen her sind neben der Korrespondenz mit der Familie Remy die eingegangenen Briefe der Bankhäuser Braselmann und Bredt (837 Briefe) und Johann Herstatt, Köln (609 Briefe) besonders hervorzuheben. Weitere thematische Schwerpunkte betreffen Bauprofile und Verordnungen zum Straßen- und Eisenbahnbau zwischen 1819 und 1848 sowie Eingaben zu konkurrierenden benachbarten Hütten. Die Endphase des Hüttenbetriebs repräsentieren Geschäftsbücher, Verträge und Pläne zu technischen Anlagen der Familie Born nach 1866. Den chronologischen Schluß bilden Bestände zum Ingenieur Louis Born sowie zu einem Nachfolgebetrieb auf dem Hütten Gelände, der Strumpfstrickerei Niklas. Hinzu kommen noch Dokumente in privatem Besitz aus der Zeit von 1761, 1810 bis 1866, unter denen sich Briefwechsel der Gebrüder Remy, Zeichnungen, Preisvergleiche mit englischer Ware und technische Skizzen befinden. Noch vor vier Monaten erhielt der Verein ein Kontobuch aus einem Familienbesitz in Wenden.

Neben diesem in der Hüttenverwaltung selber angefallenen Archivbestand sind aber auch noch die Komplementärbestände in den verschiedenen Staats- und Landes- sowie den Gemeinde und den Kirchenarchiven zu berücksichtigen.

Wie schon erwähnt stammt die Familie Ermert aus der Grafschaft Sayn und die saynischen und nassauischen Hüttenverwaltungen reagierten besonders in der Mitte des 18. Jahrhunderts sehr heftig auf die westfälische Konkurrenz, die ihnen plötzlich erwuchs. Das heißt, daß sich Aspekte der Hüttengeschichte im Landeshauptarchiv Koblenz befinden.

Die Landeshoheit lag bis 1803 bei den Kölner Fürstbischöfen mit Sitz in Bonn und Regierung in Arnsberg, so daß in Bezug auf die Bergämter, die Regierung in Arnsberg, den Landkreis Olpe und die preußische Zeit nach 1816 auf Bestände des NRW Staatsarchivs Münster und in Bezug auf das Bergamt Bonn auf die Bestände des NRW Hauptstaatsarchivs Düsseldorf zurückgegriffen werden kann. Die kurze Zeit der Hessen-Darmstädtischen Regierung zwischen 1803 und 1816 schlägt sich in den Beständen des Staatsarchivs Wiesbaden nieder.

Zu berücksichtigen sind auch Bestände im Kreisarchiv Olpe, den Stadtarchiven in Olpe, Attendorn und Drolshagen und dem Gemeindearchiv in Wenden sowie in den

zuständigen Personenstandsarchiven der Kirchengemeinden.

Akten zur Familie Remy finden sich neben dem Bestand des Stadtmuseums in Bendorf vor allem im privatem Besitz der Familie. Untersuchungen zur Geschichte der Rohstoffversorgung um 1800, insbesondere der Versorgung mit Holz, sollten dagegen auf Bestände des Freiherrn von Fürstenbergischen Archiv Herdringen, und des Graf von Spee'schen Archivs, Schloß Ahausen, zurückgreifen.

Im Eigentum des Vereins befindet sich darüber hinaus eine als Schenkung vermachte Bibliothek zum Eisenhüttenwesen und zur Technikgeschichte, die über 2000 Titel umfaßt und den Besuchern des künftigen Museums offenstehen soll. Die technikgeschichtliche Literatur selber bietet wenig vergleichbare Arbeiten zum Themenkomplex des Eisengewerbes vor 1800. Denn noch immer gilt die Feststellung von Ulrich Troitsch, daß Zeit vor der Industrialisierung in Deutschland als Periode der Technikgeschichte lange Zeit kaum Forschungsschwerpunkt gewesen ist.¹ Die unkonturierte Zeitspanne wurde vielmehr als unperfekte Vorlaufphase zum industriellen Boom des späten 19. Jahrhunderts interpretiert.

Ungleichzeitige Entwicklungen in den Regionen, differenzierende technische Standards sowie verschiedenartige Wirkungen auf das soziale Leben, Betriebsformen und Gesetzgebungen ließen und lassen einen übergreifenden methodischen Zugriff nur schwer zu. Neuere technikgeschichtliche Arbeiten haben, aber ausgehend von naturalen, humanen und sozialen Dimensionen der Technik nicht nur die eigenständige Bedeutung der vorindustriellen Zeit aufgewertet, sondern ihr auch den Rang einer technikgeschichtlichen Epoche zugesprochen. So wurde durch den Blick auf die Stofflichkeit der Werkstoffe und auf den Umgang mit Ressourcen das Profil einer eigenen historischen Einheit herausgearbeitet, die von Joachim Radkau das „hölzerne Zeitalter“² benannt wurde und dessen Höhepunkt das 18. Jahrhundert darstellt.

Andere Arbeiten stellen auch die sozialen und technischen Verknüpfungen dieser Zeit in den Mittelpunkt, so daß die Auswertung der Archivalien einen wissenschaftlichen Zusammenhang erhält und möglicherweise in der Lage ist, dem Ansatz neue Erkenntnisse zu liefern.

Eine systematische Auswertung ist aber auch die Grundlage für das Konzept des Museums in der Wendener Hütte, zu dessen Besuch ich Sie hiermit auch im Namen des Vorstandes, im Namen von Herrn Oberkreisdirektor Frank Beckehoff und Herrn Bürgermeister Peter Brüser herzlich einladen möchte.

Literatur:

Troitsch, Ulrich: Deutschsprachige Veröffentlichungen zur Geschichte der Technik 1978-1985. Ein Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte (1987), S. 361-438, hier S. 372.

Radkau, Joachim; Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, NHB Ed. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1989. S. 59.

¹ vergl. Troitsch, U. 1987, S. 372

² Radkau, Joachim, 1989, 59.

10. Deutsch-Niederländisches Archivsymposium 1998

(Fortsetzung zu Heft 49/1999, S. 14ff.)

Bildung der Archive und Ausbildung der Archivare: neue Identitäten *

von Eric Ketelaar

*“Time present and time past
Are both perhaps present in time future
And time future contained in time past.”
(Aus: *Burnt Norton* von T.S. Eliot)*

In der Zukunft werden Gegenwart und Vergangenheit präsent sein. Im 21. Jahrhundert wird es Archive geben, die in der Vergangenheit geschaffen und unterhalten wurden. Dieses Erbe besteht in erster Linie aus dem, was wir zur Zeit, in der Gegenwart, erhalten. Wir haben aus der Vergangenheit ererbt was wir als Treuhänder zu bewahren und der Zukunft weiterzureichen haben. Genauso wie es Fachleute gibt, die die Archive aus dem 8. bis zum 20. Jahrhundert bewahren und zugänglich machen, genauso werden die künftigen Generationen Menschen nötig haben, die sie mit dem Wissen aus diesem Erbe versorgen und die der Gesellschaft ein Verständnis für die Vergangenheit vermitteln können. Diese Aufgabe sollte man nicht den Historikern überlassen. Es ist die Aufgabe der Fachleute der funktionellen Archivwissenschaft oder Archivistik, wie sie von Bruno Delmas, Angelika Menne-Haritz und anderen vertreten wird.¹ Diese Fachleute heißen Archivare.

Akten entstehen und werden im Zusammenhang mit Arbeitsprozessen und Handlungen benutzt, die den Archiven ihren Kontext und ihre Struktur geben und die äussere Form der Dokumente bestimmen. Die Archivistik oder Archivwissenschaft² konzentriert sich auf Kontext, Struktur und äußere Form, wie sie von diesen Prozessen bestimmt werden, und nicht auf dem Inhalt des Dokuments. Diese Auffassung - die zugleich die Grundlage für neue Methoden archivischer Bewertung bildet - ist durchaus nicht neu. In den letzten hundert Jahren hat die *Handleiding* von Muller, Feith und Fruin dem Archivar das Verständnis für „das Räderwerk der alten Verwaltung“ abverlangt. Wir müssen daher die Akten der Verwaltung studieren. Archivare sind „Gelehrte [des Systems] der Schriftgutverwaltung“³. Diese Gelehrsamkeit benutzt das Wissen, die Methoden und die Hilfsdisziplinen der Geschichtswissenschaft: der Verwaltungsgeschichte, Rechtsgeschichte, Heuristik, Paläographie und Diplomatik. Dies waren Hilfsfächer klassischer *deskriptiver* Archivistik, als Archivwissenschaft von der Auffassung beherrscht war, Archive seien historische Quellen. Aber auch heute müssen jene, die moderne *funktionelle* Archivistik studieren, die historische Methode und die Hilfsdisziplinen der Geschichtswissenschaft beherrschen, um Verwaltungsgeschichte und die Geschichte der Aktenentstehung und -pflege zu erlernen.⁴ Archivare studieren nicht historische Themen, um vergangene soziale Zusammenhänge um ihrer selbst willen zu verstehen, sondern eher um die Archive, die archivalische Erbschaft, zu verstehen, kritisch zu interpretieren, zu erschließen, zu erhalten und mitzuteilen.⁵

Unabhängig von der Erbschaft zwölfhundertjähriger Dokumentierung werden die Archive des 21. Jahrhunderts das beinhalten, was die Menschheit zwischen heute und dann erschaffen wird. In dem Videofilm „Into the future“ („Blick in die Zukunft“), der kürzlich von der amerikanischen *Commission on Preservation and Access* produziert wurde, sehen wir, wie die Entsorgung von Problemabfall dokumentiert wird: Akten die in der Zukunft wichtig sein werden, um Mülldeponien zu lokalisieren, um die entsorgten Materialien zu identifizieren und die Risiken für Mensch und Umwelt einzuschätzen.

Akten entstehen in einer Organisation, um Arbeit zu unterstützen und zu steuern, um zu dokumentieren warum, wann, wo, in welcher Funktion und von wem Handlungen ausgeführt wurden. Archivistik befaßt sich mit Fragen wie: Was veranlaßt eine Gesellschaft oder Organisation, Archive in der gegenwärtigen Form zu schaffen und zu benutzen? Und: wird uns ein besseres Verständnis für die Art und Weise, wie Menschen in Organisationen Archive erstellen und pflegen, Aussagen über eine effiziente und effektive Aktenerstellung machen lassen?⁶ Wir betrachten daher Gesellschaften, Organisationen und Personen, die Archive bilden. Dies nenne ich soziale und kulturelle Archivistik.⁷ Ihr Objekt ist das Kontinuum der Bildung, Verarbeitung und Nutzung der Akten:

* Einführungsvortrag zum 10. Deutsch-niederländischen Archivsymposium, 10-11. November 1998 in Bocholt. Übersetzung aus dem Englischen: drs. Maarten van Driel und Dr. Hans D. Ooppel.

¹ B. Delmas, Bilan et perspective de l'archivistique française au seuil du troisième millénaire, in: O. Bucci (ed.), *Archival science on the threshold of the year 2000. Proceedings of the International Conference Macerata, 3-8 September 1990* (Ancona 1992), 89; A. Menne-Haritz, Archivfachliche Ausbildung: den Anforderungen der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts gerecht werden, in: *Archivum* 39 (1994), 269; F.C.J. Ketelaar, *Voorwerp van archiefwetenschap. Rede uitgesproken bij de aanvaarding van het ambt van hoogleraar in de archiefwetenschap aan de Rijksuniversiteit te Leiden op vrijdag 22 oktober 1993* (Houten 1993), 20.

² H. Rumschöttel, Archivlehre, Archivistik, Archivwissenschaft. Bemerkungen zur Situation der archivischen Theorie und Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bucci, *Archival science on the threshold*, 111-126.

³ So: R. Cox, Advocacy in the graduate archives curriculum: a North American perspective, in: *Janus* (1997.1), 32.

⁴ Menne, 274.

⁵ T. Eastwood, Reforming the archival curriculum to meet contemporary needs, in: *Archivaria* 42 (1996), 80-88.

⁶ F.G. Burke, The future course of archival theory in the United States, in: *American Archivist* 44 (1981), 42-43; T. Nesmith, Archives from the bottom up: social history and archival scholarship, in: *Archivaria* 14 (1982), 26, wieder abgedruckt in: T. Nesmith (ed.), *Canadian archival studies and the rediscovery of provenance* (Metuchen-London 1993), 180.

⁷ F.C.J. Ketelaar, *Archivalisering en archivering. Rede uitgesproken bij de aanvaarding van het ambt van hoogleraar in de archiefwetenschap aan de Universiteit van Amsterdam op vrijdag 23 oktober 1998* (Samsom, Alphen aan den Rijn 1998).

das Kontinuum von Akten und Archiven, von *Archiefbescheiden* - im Niederländischen deckt der eine Begriff Registraturgut und Archivgut ab.

Traditionell war das Objekt der Archivwissenschaft der Archivkörper, sobald er die Schwelle des Repositoriums überschritten hatte.⁸ Der Archivar war gewöhnlich nur ein Wächter und ein Wärter, der empfing, abhängig von dem was die Verwaltung geschaffen und weitergegeben hatte.⁹

Kürzlich aber haben die Archivare ihr Augenmerk von der passiven Phase im Leben der Information dem vorderen Ende des Akten- und Archivkontinuums („records continuum“) zugewandt.¹⁰ Nach Carol Coutures Rede auf der Veranstaltung zur 75-Jahrfeier der niederländischen Archivarsausbildung im Jahre 1994 sollte der Archivar darauf vorbereitet sein, „an einem Schreibtisch zu sitzen, den es in modernen Organisationen nur selten gibt, den des „strategic information manager“.“¹¹

Dies impliziert, daß der Archivar sogar schon seinen Beitrag einzubringen hat, *bevor* Dokumente in ein Aktenverwaltungssystem („recordkeeping system“) aufgenommen werden. Bei der Entwicklung der Informationsstrategie einer Organisation sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Phase richten, die der Dokumentierung *vor*ausgeht. In meiner Antrittsvorlesung an der Universität Amsterdam habe ich dies kürzlich *Dokumentalisierung*¹² genannt: sich bewußt oder unbewußt, beeinflusst von soziale und kulturelle Werte und Normen, entschlossen, ein Vorgang zu dokumentieren. In einer Metapher Karl Poppers muß der Suchscheinwerfer der Dokumentalisierung die Welt durchstreifen, damit etwas im archivistischen Sinne aufleuchtet, bevor wir dazu übergehen, es zu registrieren, zu dokumentieren und als Akte aufzubewahren. Wenn wir Dokumentalisierung und Dokumentierung voneinander unterscheiden, gewinnen wir einen Einblick in die sozialen und kulturellen Faktoren, die Werte und die Ideologie, die in die Entstehung von Unterlagen und Archivalien einfließen.

Dokumentalisierung bestimmt nicht nur ob und wie Handlungen in Unterlagen dokumentiert sind. In den folgenden Phasen der Akten- und Archivverwaltung und der Archivalienbenutzung spielt die von sozialen und kulturellen Faktoren bestimmte Programmatik des Geistes („software of the mind“) ebenso einen Rolle. Menschen erschaffen, verarbeiten und benutzen Archive und sind dabei von kulturellen und sozialen Faktoren beeinflusst. Menschen die in unterschiedlichen Organisationen arbeiten, schaffen und benutzen ihre Dokumente auf unterschiedliche Weise. Selbst innerhalb derselben Organisation generieren Buchhalter, Juristen, Ingenieure ihre Dokumente auf unterschiedliche Weise nicht nur wegen der rechtlichen Notwendigkeiten, sondern hauptsächlich weil sie unterschiedliche berufliche - d. h. soziale und kulturelle - Standards haben. Richard Cox und Wendy Duff schreiben, dass „wir unser Verständnis dafür erweitern müssen, wie Organisationen arbeiten und wie Dokumente in dieses Arbeitsumfeld und in diese Kultur passen“.¹³

Daher befaßt Archivistik sich nicht nur mit den Dokumenten in ihrer Entstehung, sondern umfaßt auch die Organisationskultur und die Menschen in diesen Organisationen, die Dokumente schaffen - und all dies in ihrem sozialen, religiösen, kulturellen, politischen, wirtschaftli-

chen und technologischen Kontext. Auch dies ist wieder nichts völlig Neues. Traditionell studiert der Archivar Rechts- und Verwaltungswissenschaften, um zu verstehen, wie die Gesellschaft funktioniert und ihre Archive hervorbringt. Aber der Archivar muß weitergehen: er oder sie muß die sozialen und kulturellen Faktoren der Dokumentalisierung verstehen.¹⁴ Und ebenso wie der Archivar, der mit historischen Archiven umgeht, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften benutzt, so muß der Archivar, der sich mit den Dokumenten von heute und morgen befaßt, mit Organisationssoziologie, -anthropologie und -informatik vertraut sein .

Das Verständnis von Dokumentalisierung und Dokumentierung in ihren sozialen und kulturellen Kontexten wird es uns ermöglichen, Aussagen über effiziente und effektive Verwaltung von Akten und Archiven zu machen. Das ist in unserer Informationsgesellschaft von besonderer Bedeutung. Wir müssen dieses Verständnis auch künftigen Archivbenutzern vermitteln und sie wiederum verstehen lassen, *warum* die Archive auf bestimmte Weise geformt wurden, und nicht nur *was* geschah. Dies impliziert, dass Archivistik auch vergleichend sein muß: vergleichend zwischen Organisationen, vergleichend in der Zeit und vergleichend zwischen Nationen: Vergleichende Archivwissenschaft, für die ich kürzlich in einem Artikel in *Archivaria* eingetreten bin.¹⁵ Unser Beruf ist international, umso mehr, als elektronische Archive keine Grenzen kennen. Der Archivar muß deshalb auf dem internationalen Forum agieren können, wo Englisch - ob wir wollen oder nicht - Berufssprache ist.¹⁶

Dokumente sind eine Quelle für und ein Teil des Gedächtnisses der Organisation („organizational memory“), d. h. „das Mittel, durch welches Kenntnis von der Vergangenheit in gegenwärtigen Handlungen zum Tragen gebracht wird, woraus höhere oder niedrigere Ebenen der Organisationseffektivität resultieren“.¹⁷ Archivare wurden, in der Retrospektive betrachtet, die Gelehrten des

⁸ Eastwood, 85.

⁹ C. Couture, Today's students, tomorrow's archivists: present-day focus and development as determinants of archival science in the twenty-first century, in: *Archivaria* 42 (1996), 97.

¹⁰ S. McKemmish, Yesterday, today and tomorrow: a continuum of responsibility, www.sims.monash.edu.au/rcrg/publications/recordscontinuum, gedruckt in: P.J. Horsman - F.C.J. Ketelaar - T.H.P.M. Thomassen (red.), *Naar een nieuw paradigma in de archivistiek. Jaarboek 1999 Stichting Archiefpublicaties*, 195-210.

¹¹ C. Couture, The new reality and outlook for development of archival science issues in teaching our discipline, in: *Janus* (1995/2), 69; Couture, Today's students, 96.

¹² Siehe Note 7. Die Neubildung *archivalisering* auf niederländisch darf auf deutsch kein Archivalisierung heißen: sie geht an *archivering* voraus, welches nicht Archivierung sondern Dokumentierung oder Aufzeichnung entspricht.

¹³ R.J. Cox - W. Duff, Warrant and the definition of electronic records: questions arising from the Pittsburgh project, in: *Archives and Museum Informatics* 11 (1997), 227.

¹⁴ B.L. Craig, Serving the truth: the importance of fostering archives research in education programmes, including a modest proposal for partnerships with the workplace, in: *Archivaria* 42(1996), 112.

¹⁵ E. Ketelaar, The difference best postponed? Cultures and comparative archival science, in: *Archivaria* 44 (1997), 142-148, wieder abgedruckt in: Horsman-Ketelaar-Thomassen, *Naar een nieuw paradigma*, 21-28.

¹⁶ A. Menne-Haritz, What can be achieved with archives?, in: *The concept of record. Report from the second Stockholm conference on archival science and the concept of record 30-31 May 1996* (Stockholm 1998), 14; M. Hedstrom, Cohesion and chaos. The state of archival science in the United States, in: *The concept of record*, 38.

¹⁷ E.W. Stein, Organizational memory: review of concepts and recommendations for management, in: *International Journal of Information Management* 15(2) (1995), 17-32. Zitat v. S.22.

Langzeitgedächtnisses der Organisation. Sie sollten auch Spezialisten des laufenden und Kurzzeitgedächtnisses der Organisation werden, Spezialisten für dessen Wert und für dessen Beitrag zur Effektivität einer Organisation. Die meisten Organisationen verwahren keine Dokumente über mißlungene Projekte, machen überhaupt keine formelle Anstrengung zu verstehen, was schief lief und versuchen nicht, aus ihren Fehlschlägen zu lernen.¹⁸ Sollte da der Archivar nicht aktiv werden? Archive sind beides, Gedächtnis und Gewissen, wie eine Broschüre des niederländischen Reichsarchivdienstes besagt. Das Gewissen einer verantwortlichen Organisation, wie es unsere australischen Kollegen zurecht betonen. Verantwortlich gegenüber Teilhabern, Kunden, Patienten, Bürgern - der gesamten Gesellschaft. Verantwortlichkeit wurzelt in dem Gewissen und in Gedächtnisfunktionen von Archiven und spiegelt sich darin wieder. Die jüngste Forschung zum jüdischen Vermögen im Holocaust, zur Rückerstattung und Wiedergutmachung in der Nachkriegszeit, hat einmal mehr die Bedeutung des in der Vergangenheit geschaffenen und gegenwärtig genutzten archivischen Gewissens und Gedächtnisses ins Rampenlicht gestellt. Für die Zukunft muß der Archivar, am vorderen Ende des „recordkeeping system“ Verantwortlichkeit, Aussagekraft und Inhalte von künftig geschaffenen und verwahrten Dokumenten sicherstellen.

Der Archivar, der das archivische Erbe formt: dies muß für jene wie Ketzerei klingen, die immer noch glauben, der Archivar sei ein desinteressierter, unbeteiligter Empfänger neutraler Archive. Archive sind aber nicht neutral: „Selbst wenn direkt aus dem staubigen Archiv“ [stammend], schreibt Alan Munslow, „besteht der Beweis immer im voraus innerhalb narrativer Strukturen und ist mit kulturellen Bedeutungen befrachtet - wer hat die Archive zusammengesetzt, warum, und was haben sie aufgenommen oder nicht?“¹⁹ Archivare formen tatsächlich den Kontext und dadurch die Bedeutung von Dokumenten und Archiven. Wenn ein Dokument als Archivale bestimmt wurde oder wenn ein archivalisches Dokument nach einem Zeitplan für dauernde Aufbewahrung bestimmt ist, wird es, wie Tom Nesmith bemerkte, auf einen Sockel gestellt, bekommt einen besonderen Status, wobei es nicht-archivalische Dokumente verdrängt.²⁰ Durch den Erhalt *einiger* Dokumente, während man *andere* die im selben Kontext geschaffen wurden, kassiert, wird dieser Kontext verändert. Diese Veränderung des Kontextes wird irrevokabel in einer Bedeutungsveränderung resultieren. Solche Veränderungen des Kontextes und der Bedeutung geschehen auch, wenn Dokumente die in der dynamischen Dokumentalisierungs- und Dokumentierungsphase geschaffen wurden, in die semistatische Phase eintreten und schliesslich in Staats- oder Kommunalarchiven oder anderen „Gedächtnisinstitutionen“ gelagert werden.

Archivrepositorien sind „lieux de mémoire“ (Gedächtnisstätten), aber was aufbewahrt wird, ist nicht länger „mémoire vécue“, ein lebendiges Gedächtnis, sondern ein bewußt und organisiertes „mémoire perdue“, archiviertes und *deshalb* verderbtes Gedächtnis.²¹ Terry Cook schrieb: „Archivare ... sind sehr aktive Erbauer ihrer eigenen „Häuser des Gedächtnisses“ geworden. Und so sollten sie täglich ihre eigene Politik der Gedächtniserhaltung im archiverzeugenden und gedächtnisformierenden Prozeß überprüfen.“²² Das schließt nach meiner Auffassung Wissen um die Geschichte der Archivinstitutionen und die Rolle des Archivars in der Gesellschaft

ein. Bemerkenswerte Beispiele sind die historischen Studien über das deutsche Archivsystem von Friedrich Kahlenberg und Torsten Musial und die sich einsetzende Vergangenheitsbewältigung des sowjetischen Archivwesens.²³ Sollten niederländische Archivare beispielsweise nicht die Rolle ihrer Vorgänger bei der Vernichtung von Dokumenten erforschen, die sich auf die Nachkriegswiedergutmachung für die Opfer des 2. Weltkrieges beziehen?

Sie werden bemerkt haben, daß ich allgemein von Archivaren und Organisationen gesprochen habe. Einige von Ihnen werden sich gewundert haben, warum ich nicht Archivare und Dokumentenverwalter unterschieden habe, warum ich Staats-, Kommunal- und Wirtschaftsarchive nicht einzeln angeführt habe. Ich weiß, daß ein Archivar heute, in vielen Ländern und an vielen Orten, der Bewahrer historischer Archive ist, der konzeptionell, rechtlich und berufsbezogen getrennt ist von den laufenden Dokumenten und den Spezialisten, die ihre Erstellung und Pflege besorgen. Ich weiß, daß zur Zeit in vielen Ländern und an vielen Orten der Archivarberuf auf Archivare des öffentlichen Dienstes beschränkt ist, getrennt von Archivaren und Informationsverwaltern der Wirtschaft. Ich weiß, daß derzeit in vielen Ländern und an vielen Orten Archivare graduierte oder sogar promovierte Historiker sind, die entweder an einer Archivschule, an einer Universität (zumeist in einer geschichts- oder bibliothekswissenschaftlichen Abteilung) oder in der Berufspraxis selbst ergänzende Ausbildung erhalten haben.

Diese haben den Archivarberuf gerade um der Vergangenheit willen erwählt. Sollen sie sich um Gegenwart und Zukunft bemühen?

Heute ist die Antwort vielleicht *nein*, aber sie *sollte* und *wird* nicht gültig sein für den neuen Archivar von morgen, der sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt. Der neue Archivar ist ein *Professional* in Information und Kommunikation, der in jeder öffentlichen oder privaten Organisation tätig werden kann, dort wo Dokumente geschaffen und gepflegt werden, um Arbeit zu unterstützen und zu verwalten, um zu dokumentieren warum, wann, wo, in welcher Funktion und von wem

¹⁸ So K. Ewushi-Mensah, Z.H.Przasnyski, Learning from abandoned information systems development projects, in: *Journal of Information Technology* 10(1) (1995), 3-14.

¹⁹ A. Munslow, *Deconstructing history* (London-New York 1997), 6. Vgl. T. Nesmith, Archivalia after ten years, in: *Archivaria* 20 (1985), 13-21.

²⁰ T. Nesmith, What is a Postmodern Archivist? Paper presented at the annual meeting of the Association of Canadian Archivists, Halifax, May 1998.

²¹ P. Nora, Entre mémoire et histoire. La problématique des lieux, in: P. Nora (ed.), *Les lieux de mémoire. I. La République* (Paris 1984), XXVIII; J. Derrida, *Mal d'archive* (Paris 1995), 33-34 (Deutsche Ausgabe: *Dem Archiv verschrieben* (Berlin 1997)).

²² T. Cook, What is past is prologue: a history of archival ideas since 1898, and the future paradigm shift, in: *Archivaria* 43 (1997), 46, wieder abgedruckt in: Horsman-Ketelaar-Thomassen, *Naar een nieuw paradigma*, 64.

²³ F. Kahlenberg, *Deutsche Archive in Ost und West. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945* (Dusseldorf 1972); T. Musial, *Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933-1945* (Potsdam 1996); W. Ernst, Archival action: the archive as ROM and its political instrumentalization under National Socialism, in: *History of human sciences* 12/2 (May 1999), 13-34; H. Schreyer, Archive und Archivare im Dienste und als Opfer des totalitären Staates. Ein Beitrag zur sowjetischen Archivgeschichte, in: F. Beck - W. Hempel - E. Henning (Herausg.), *Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds* (Potsdam), 165-187.

welche Handlungen ausgeführt wurden. Der neue Archivar hat die Fähigkeit, das Kontinuum der Dokumentenerstellung, ihrer Verarbeitung und Benutzung zu verwalten und zu beherrschen, das Kontinuum von Akten und Archiven in jeder Form und in jedem Medium und in jedem institutionellen Kontext. Er oder sie versteht die sozialen und kulturellen Faktoren, die Werte, die Ideologie, die in die Entstehung von Dokumenten einfließen. Der neue Archivar ist ein Spezialist in Hinblick auf die Konzeption, Aufnahme, Lagerung, Einordnung, Beschreibung, Bewertung, Vernichtung, Erhaltung und Nutzung von Dokumenten und Archiven vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Zeit. Er oder sie muß diese Funktionen auch steuern, verwalten, und beherrschen. Sicherlich, dies ist außerhalb des Bereichs der Archivistik, aber ein Archivar hat nicht nur in Archivtheorie, -methodologie und -praxis ausgebildet zu werden; er oder sie muß auch in der Verwaltung der grundlegenden Funktionen eines Archivsystems ausgebildet werden: Erfassung, Lagerung, Einordnung, Beschreibung, Kassation, Abgabe, Konservierung und Auskunftsdienst. Weiterhin muß er oder sie sich mit Leitungsdisziplinen vertraut machen: mit Verwaltungsorganisation, Planung, Personalverwaltung, Finanz- und Sachmittelverwaltung.

All diese sind wichtig, und archivische Ausbildungsprogramme sollten sie vorsehen. Aber von allen ist die *Benutzung* am wichtigsten. Benutzung ist die „raison d'être“ von Entstehung, Kassation und Bewahrung von Dokumenten und Archiven. Die Erstellung und Bewahrung von Dokumenten ist sinnlos, ja Unsinn, wenn die Dokumente in der Zukunft nicht benutzt werden.²⁴ Benutzt von dem Dokumentenbildner, oder jemand im sozialen, kulturellen, politischen und rechtlichen Umfeld.

Kommunikation ist der Kern jeglichen Informationsprozesses. Wir können sicher einen Zuwachs an Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationskultur, der Informations- und Kommunikationsmethoden vorhersagen, aber nicht im einzelnen benennen. Es wird eine weitere Verschiebung von Technologie-bedingter zu Technologie-bedingender Entwicklung geben. Die sich verändernden Informations- und Kommunikationswege werden so wie heute weitgehend von Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) diktiert und gefördert. Aber gleichzeitig und verstärkt wird die Sorge um den Benutzer von Systemen und Technologien zu einem Wechsel des Blickpunktes führen: weg vom System, hin zum Benutzer, zu seiner oder ihrer Interaktion mit Systemen und zu den Erwartungen, Bedürfnissen und Wünschen des Benutzers. Wie Nicolas Negroponte in seinem Bestseller *Total Digital*²⁵ vorhersagt, wird die Information auf das Informationsprofil des Individuums zu rechtgeschneidert. Der Benutzer wird seine eigene Zeitung lesen, sein eigenes TV-Programm betrachten, vom System maßgeschneidert auf der Grundlage der Vorlieben des Benutzers. In solcher Informationskultur muß der neue Archivar das in den „Archiven ohne Grenzen“ enthaltene Wissen mitteilen. Um den Benutzer zu diesem Wissen und dieser Bedeutung zu führen, muß der Archivar mehr tun als nur ein reiner Informationsmakler zu sein. Der Archivar muß sich, während aller Phasen des Kontinuum, auf den Kontext konzentrieren, auf Provenienz, muß Authentizität und Integrität der Archive sicherstellen. Aber in der Vergangenheit haben wir angenommen, daß dasselbe System für Bewahrung und Verwaltung von Archiven in ihrer provenienzbedingten Ordnung für einen Forscher nutzbar sein sollte, der Informa-

tion aus diesem Archivkörper erhalten möchte. Diese Fehlplanung sollte einer Wissensorganisation Platz machen, in der das Interface zwischen dem Benutzer und den Archiven die Sprache des Benutzers versteht, dessen Fragestellung in die Semiotik der Archive übersetzt, und mit benutzerrelevanter Information antwortet, in welche die kontextuelle archivische Information vom Interface integriert wurde.²⁶ Das Internet ist die hauptsächlich treibende Kraft, die Art der Präsentation und des Erhalts archivischer Information zu verändern. Leider gibt es zu viele archivische Websites, die nicht mehr sind als eine Darstellung des papierenen Findmittelsystems, das wir in den Lesesälen benutzen. Und es gibt noch zu viele Lesesäle, in denen der Benutzer mit den Registern und Indizes arbeiten muß, die von den Schreibern des 18. und 19. Jahrhunderts erstellt wurden. Archivare müssen die Arten der Wissensorganisation und des *information retrieval* neu überdenken, indem sie in das System die intuitiven und kreativen Wahrnehmungen hineinbauen, die der Kern eines Forschungsprozesses, sowie Kontext, Struktur und Erscheinungsform von Archiven und archivischen Dokumenten sind. Sicherzustellen, daß Archive benutzt werden und benutzbar sind, - das ist kein Handwerk, kein Computerprogramm oder ein praktischer Trick, es ist eine Kunst. Eine Kunst, die wir vor hundert Jahren und auch heute aus den Augen verloren zu haben scheinen, während wir uns beschränkten auf reine Standardisierung einer archivische und archivische - also nicht: Benutzerorientierte - Deskription.

Unser kanadischer Kollege Tom Nesmith schrieb kürzlich: „Zu fragen, was ein Archivar im 21. Jahrhundert wissen muss, ist, in gewisser Hinsicht, die falsche Frage: Es ist besser zu fragen: wie sollte der Archivar im nächsten Jahrhundert *denken*?“²⁷ Es ist eine Angelegenheit von Geist der über der Materie steht. Für einen Lehrer bedeutet dies, daß er oder sie den Studenten kein Fach vermittelt, sondern die Fähigkeit über das Fach etwas zu lernen. Carol Couture sagte: „Wenn Studenten ihre Ausbildung beenden, sollten sie mehr Fragen als Antworten haben.“²⁸ Studenten zu lehren, wie man als Archivar denkt, ist wichtiger, als praktisches Wissen zu lehren, um so mehr, als das praktische Wissen bald überholt sein wird. Weiterhin riskiert der Unterricht nur des praktischen Wissens, wie er zu oft in der innerdienstlichen Ausbildung stattfindet, „eine eher pragmatische Disposition“ zu sein, „und kann kaum eine berufliche Identifikation begründen“, wie Angelika Menne-Haritz feststellte.²⁹

Lernen wie ein *Professional* zu denken, eher als zu lernen, wie man ein Handwerk ausübt. Für die archivische Ausbildung bedeutet dies den Brennpunkt von den handwerklichen Fähigkeiten und dem Wissen zu verschieben, hin zum Verständnis und zu bestimmten Geisteshaltungen. Ein Weg, dies zu erreichen, würde es sein, Studenten in engen Kontakt mit der archivwissenschaftlichen Forschung zu bringen, wobei man tatsäch-

²⁴ F.C.J. Ketelaar, Von Papierarchiven zu Menschenarchiven, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 37 (1993), 2-3.

²⁵ N. Negroponte, *Total Digital* (München 1997).

²⁶ E. Ketelaar, Exploitation of new archival materials, in: *Archivum*, 35 (1989), 189-199, wieder abgedruckt in E. Ketelaar, *The Archival Image. Collected essays* (Hilversum 1997), 67-79; deutsche Fassung: *Die Auswertung neuartigen Archivguts* (Paris 1988).

²⁷ T. Nesmith, Professional education in the most expansive sense: what will the archivist need to know in the twenty-first century?, in: *Archivaria* 42 (1996), 92.

²⁸ Couture, The new reality, 75.

²⁹ Menne, Archivfachliche Ausbildung, 278.

lich die Forschung zu einem Bestandteil der Ausbildung macht. Durch Einbindung in die archivistische Forschung werden Studenten eher *warum* als *was* fragen lernen. Die Forschung wird sie lehren, dass Praxis und Methode Mittel zum Zweck, und dem Wandel unterworfen sind. „Forschung kultiviert“, nach Barbara Craig, „eine Gewohnheit, empfangene Ideen auf ihre fortwährende Pertinenz und Relevanz zu untersuchen.“³⁰ Solch eine Gewohnheit ist für den neuen Archivar wesentlich, der viel besser dafür ausgerüstet sein wird, mit dem Wandel umzugehen, dem konstanten Wandel in seiner oder ihrer Umwelt, und dabei Wandel in der Dokumentenerstellung, -verwahrung, -kommunikation und -benutzung bewirkt. Er oder sie wird selbst ein Agent des Wandels werden. „Vielleicht der kritischste Erfolgsfaktor ist, dass der Archivar ein Agent/Prophet des Wandels innerhalb seiner Organisation werden muss.“³¹ „Forschung wird unser Verständnis all der Dimensionen befördern, die der Bewahrung und Vermittlung öffentlichen Vertrauens in Dokumente und unseren Fähigkeiten, neuen Bedürfnissen zu begegnen, inhärent sind.“³² Forschung sollte, gleichermaßen auf *undergraduate*- und *graduate*-Ebene, ein Bestandteil der archivischen Ausbildung sein. Ausbildung erfordert Forschung und Forschung braucht Ausbildung. Wie Angelika Menne-Haritz auf dem Montréal Kongress sagte: „Der Archivarsberuf braucht eine Ausbildung, die die zukünftigen Absolventen zu den erforderlichen Innovationen im Rahmen der unverzichtbaren Grundprinzipien der Archivistik befähigt. Die Verbindung zur archivwissenschaftlichen Forschung ist ein Prüfstein für Ausbildungseffizienz und Berufsidentifikation...“³³ und sie betonte, daß solche Forschung „den Hintergrund eines Universitäts- oder Forschungsinstitutes“ benötigt, „wo sie frei von den Zwängen direkter Umsetzung in die Praxis und im Austausch mit anderen Wissenschaften in Kolloquien und Seminaren, mit Hausarbeiten und Dissertationen neuen Ansätze entwickeln können.“³⁴ Und trotzdem fehlt es in Deutschland an ein Lehrstuhl für Archivwissenschaft!

Lassen Sie mich hinzufügen, daß auch die Archivausbildung selbst ein Objekt der Forschung sein sollte. Vor einigen Jahren hat Richard Cox eine Forschungsagenda für archivische Ausbildung in den Vereinigten Staaten entwickelt, die zahlreiche Vorschläge enthält, die wir auch in Europa verwenden könnten.³⁵ Ich zitiere einige seiner Vorschläge. Wie verhält sich die Erfahrung des Archivars in seiner ersten beruflichen Anstellung zu dem, was im Klassenzimmer unterrichtet wurde? Welche Effektivität haben Ausbildungsprogramme, wie kann man archivische Ausbilder und das von ihnen benutzte Lehrmaterial bewerten? Warum und wie wählt mancher den Beruf des Archivars? Welches sind die Einstellungspraktiken der Arbeitgeber im Archivbereich? Wonach suchen sie?

Darf ich als Nebengedanke hinzufügen, daß wir hier als Archivare die archivische Ausbildung diskutieren, aber müssen wir nicht auch, wie Timothy Ericson schrieb, an

einem Punkt unserer Diskussion einen Arbeitgeber hören, der Archivare oder andere Informationsdienstleister einstellt?³⁶ Richtig, aber ich muß vor dem Fehler warnen, daß Archivausbildung auf das Wissen und die Fähigkeiten begrenzt würde, die Arbeitgeber von neu den Beruf beginnenden Archivaren fordern. Was unsere Studenten an Erfahrung ermangeln, die in der Vergangenheit gewonnen wurde, machen sie mit der Vorwärtsgerichtetheit in die Zukunft wett, indem sie durch die konventionelle Weisheit ihrer Vorgesetzten hindurchschauen, deren Nachfolger sie einst sein werden.

Alles sehr gut, werden Sie sagen, diese Rede vom neuen Archivar des 21. Jahrhunderts. Doch was ist mit uns erfahrenen Archivaren, die in der Vergangenheit ausgebildet wurden und in der Gegenwart tätig sind: was ist mit unserer Zukunft?

Meine Antwort ist: Treten Sie dem neuen Archivar zur Seite, profitieren Sie von dem, was die neue Generation lernt und lehrt, gestatten Sie sich, einen erfrischenden Einblick in das zu gewinnen, was heute für morgen gelehrt wird. Beklagen Sie sich nicht über die Ausbildung, die sie nicht erhalten haben oder über die Möglichkeiten, die Sie verpassten. Aber, lassen Sie sich von dem neuen Archivar durch die Passage führen, die Sie nicht wählen, zu der Tür, die wir nie öffneten.

Am Anfang zitierte ich T.S.Eliot. Lassen Sie mich mit der Weiterführung dieses Zitats schließen:

If all time is eternally present
All time is unredeemable
What might have been is an abstraction
Remaining a perpetual possibility
Only in a world of speculation.

What might have been and what has been
Point to one end, which is always present.
Footfalls echo in the memory
Down the passage which we did not take
Towards the door we never opened
Into the rose garden...

³⁰ Craig, 110.

³¹ R.M. Kesner, The changing face of office documentation: electronic/optical information technologies (IT), in: A. Menne-Haritz (ed.), *Information handling in offices and archives* (München etc. 1993), 125.

³² Craig, 114.

³³ Menne, *Archivfachliche Ausbildung*, 279.

³⁴ Menne, *Archivfachliche Ausbildung*, 273-274.

³⁵ R.J. Cox, A research agenda for archival education in the United States, in: R.J.Cox, *American archival analysis: the recent development of the archival profession in the United States* (Metuchen-London 1990), 113-163.

³⁶ T.L. Ericson, Forming 'Structures of exquisite beauty': archivists and education, in: *Archivaria* 42 (1996), 123.

Die Ausbildung an der Archivschule der Niederlande

von Hans Scheurkogel

Einige Thesen über die Funktion des Archivars im 21. Jahrhundert und über die Art und Weise, wie die Niederländische Archivausbildung auf diesen Beruf vorbereitet.

Die Niederländische Archivausbildung befindet sich in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß. Selbstverständlich ist dies in den vergangenen Jahren einhergegangen mit zahllosen Verlautbarungen, Diskussionen, Anhörungen und dergleichen. Um Ihnen diesen komplexen Prozeß schildern zu können, bräuchte ich mehr Zeit, als ich zur Verfügung habe. Daher werde ich mich einschränken.

Zunächst möchte ich mich auf unsere Ausgangspunkte konzentrieren und nicht auf die genaue Auslegung von Fächern.

Des weiteren werde ich die Ausbildung zum höheren Archivdienst als Ausgangspunkt wählen. Im großen und ganzen werden sich meine Ausführungen allerdings auch auf den gehobenen Archivdienst beziehen.

Und zum Schluß habe ich die Absicht, Ihnen die augenfälligsten Änderungen der Ausgangspunkte, die Lernziele, die Ausbildungsorganisation und die Endaussagen in Form von Thesen zu offenbaren. Meine heutigen Darlegungen werden daher vor allem aus der Erläuterung dieser Thesen bestehen. Bekanntlich wird man durch das Aussprechen von Thesen gezwungen, etwas übertrieben zu formulieren.

Nebenbei noch ein letzter einleitender Hinweis: Meine Thesen können vielleicht etwas anders klingen als andere Informationen, die Sie über dieses Thema aus den Niederlanden gehört haben. Ich kann nur sagen, daß ich Ihnen lediglich einen ‚etat de questions‘ biete in einer Situation, in der Grenzen noch längst nicht festgelegt sind. Und Sie wissen, daß in einer derartigen Situation die eigenen Grenzen durchaus leidenschaftlich verteidigt aber die Grenzen von anderen noch lieber überschritten werden. Nach diesen einleitenden Worten wird es Zeit, daß ich Ihnen meine Thesen darlege:

Der Archivar der Zukunft hat diesen Namen, weil er ein Professional auf dem Gebiet der ‚prozeßgebundenen‘ Information ist.

Diese These drückt den inhaltlichen Kern der geänderten Form der Ausbildung aus. Sie ist ein Hinweis auf das geänderte wissenschaftliche Paradigma. Die inhaltlichen, methodischen und praktischen Konsequenzen dieser These verursachen nämlich eine Verschiebung, die - innerhalb der engen Grenzen unserer Disziplin - fast mit dem zu vergleichen ist, was Kuhn einmal die „Scientific revolution“ genannt hat. In dieser These ist das Objekt, „Archiv“, mit dem Begriff „prozeßgebundene Information“ bezeichnet. Unter einem Archiv verstehen wir aus diesem Blickwinkel den Teil eines Informationssystems, das durch miteinander verknüpfte Arbeits- oder Betriebsprozesse geschaffen wird, um von hier aus befragt zu werden. Ein Archiv besteht also aus in Dokumenten festgelegten Informationen, die eine gemeinsame Entstehungsursache haben: nämlich die zusam-

menhängenden Arbeits- oder Betriebsprozesse der archivbildenden Einrichtung, Organisation oder Person. Die Organisation dieser Information in einem System ist in erster Linie auf die Befragung aus der eigenen Organisation heraus gerichtet. Daher muß sie zunächst einmal von diesem Umfeld heraus analysiert und verstanden werden. Archivistisch wird hiermit nicht so sehr auf eine Beschreibung sondern auf eine funktionale Analyse abgezielt. Infolgedessen wird der Nachdruck noch stärker als bisher nicht auf die materielle, sondern auf die logische Sammlung gelegt. Diese Stellungnahme hat erhebliche Folgen für die Ausbildung und den Beruf des Archivars. Dies ist das Thema meiner folgenden Thesen.

Der Archivar der Zukunft ist überall dort einsetzbar, wo prozeßgebundene Informationen gebildet, verwahrt, verwaltet und benutzt werden.

Mit der Abstrahierung des Begriffs „Archiv“ auf „prozeßgebundene Information“ geht ein anderer wichtiger Unterschied einher: die sogenannte „Deinstitutionalisierung“. Der Archivar wird dann nicht mehr nach dem Ort, beziehungsweise der Einrichtung benannt, in der er arbeitet (sagen wir: dem Archivdienst), sondern nach dem Objekt, mit dem er berufsmäßig beschäftigt ist. Beim Begriff „Archiv“ denkt man im allgemeinen an etwas Altes, an etwas von früher, an einen Archivdienst. Prozeßgebundene Information hingegen befindet sich überall, und, wichtiger noch, sie droht überall ihre Bindung mit den Arbeitsprozessen zu verlieren, oder auf gut Deutsch gesagt: ein Chaos zu werden. Ich weiß nicht genau, wie die Situation in Deutschland ist, aber unsere Archivschule wird überschüttet mit Telefonanrufen von Stiftungen, Krankenhäusern und anderen, mit der Bitte, einer unserer Praktikanten möge das Chaos (am liebsten kostenlos!) aufräumen. Ja selbst in den Niederlanden gibt es jetzt schon einige erfolgreiche spezialisierte Büros, die beauftragt werden, das Chaos in privaten Haushalten zu beseitigen. In vielen Fällen müssen sie sich nicht nur um die häusliche Planung und Versorgung, sondern mehr um die haushälterische Verwaltung kümmern. Sie können beruhigt sein, die Niederländische Archivschule hat nicht die Absicht, Archivare explizit für solche Büros auszubilden; aber das Ziel ist allerdings, daß unsere Absolventen in jeder Phase des sogenannten „Lebenslaufs“ eines Archivs einsetzbar sind. Sie müssen sowohl in einem öffentlichen Archiv mit den Beständen des landesherrlichen Rechnungsamtes umgehen können als auch in einer Firma wie Heineken ein „Record-keeping-system“ erstellen können, sie müssen einen Ordnungs- und Informationsstrukturplan in einem Ministerium empfehlen können, und sie müssen fähig sein, Kassationsentscheidungen zu treffen. Ich weiß nicht, ob ich hierfür die richtigen deutschen Ausdrücke verwende, aber ich könnte es als die Berührungsfläche zwischen „Registraturgut“ und „Archivgut“ und zwischen öffentlichen und privaten Institutionen bezeichnen. Ein solcher Professional braucht ganz einfach eine breiter angelegte Ausbildung als die bisher gebotene, daher meine folgende These:

Der Archivar der Zukunft soll kein „Historiker-plus“ sein, sondern ein Informationsprofessional.

Bis vor kurzem war die Archivschule insbesondere bei Diplomhistorikern beliebt als relativ kurze, praxisorientierte, postakademische Ausbildung. Für diese Kategorie war es allerdings oft ein Problem, in eineinhalb Jahren vom „Benutzer von Archiven“ auf einen „Bearbeiter und Verwalter von Archiven“ umzuschalten. Dies hatte, gewiß aus archivistischer oder archivwissenschaftlicher Sicht, weniger wünschenswerte Folgen. Im großen und ganzen gab es zwei Varianten: entweder blieb der Diplomarchivar in seiner tiefsten Gedankenwelt ein Historiker oder er wurde ein Manager, für den das zu managende Objekt anderen Entscheidungsfaktoren untergeordnet war. Der neue Typus des niederländischen Archivars soll ausgebildet sein, man kann sogar sagen intellektuell aufgewachsen sein, mit „Information“, mit „Records“ und „Record-keeping-systems“ als Ausgangspunkt, er kennt die Bedeutung von Information in der heutigen Gesellschaft, er erkennt die Beziehung zwischen Arbeitsprozessen und Information, er weiß, welche technischen Möglichkeiten und Probleme es gibt, und er hat gelernt, welche Entscheidungen innerhalb des Informationsmanagements getroffen werden müssen. Aus dieser Sicht ist die historische Komponente nur noch von relativem Interesse, - zwar immer noch sehr wohl ein Interesse. Der Archivar der Zukunft soll sehr gut in der Lage sein, Archivbildung und Archivverwaltung in einen historischen Zusammenhang zu stellen, sozusagen in einen historischen „Prozeß“, und auch die Archivbildung selbst als historischen Prozeß zu sehen. Dies bringt mich zu meiner nächsten These:

Der Archivar der Zukunft hat ein Recht auf eine eigene akademische Ausbildung, und zwar in der Fachrichtung Archivwissenschaft.

In den Ländern in Europa, in denen es keine selbständigen Archivschulen gibt, ist die Archivarbildung oft in der historischen Fakultät untergebracht. Archivwissenschaft ist jedoch in einem historischen Umfeld eine Hilfswissenschaft und hat dadurch beinahe definitionsgemäß eine untergeordnete Rolle und ein dementsprechend geringes Ansehen. Ansonsten ist die Archivarbildung oft in der Bibliotheks- oder Informationswissenschaft angesiedelt und wird dort als Spezialisierung angeboten. Wo es ein selbständiges Ausbildungsinstitut gibt (wie früher in den Niederlanden), handelt es sich meistens um eine Weiterbildung nach einem akademischen Historikerstudium. In den Niederlanden hat es die Archivschule im Jahr 1995 geschafft, als selbständige Stiftung eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Universität Amsterdam zu schließen. Eine ähnliche Vereinbarung wurde geschlossen mit der Fachhochschule Amsterdam für die Ausbildung zum gehobenen Archivdienst. An der Universität wurde erreicht, daß die neue Ausbildung ein selbständiges „Major“ - (früher Fachrichtung) geworden ist, bei dem die archivistischen Module das Studienziel angeben. Ich werde Ihnen dies anhand des derzeitigen Studienprogramms erläutern. Die Ausbildung ist eine sogenannte postpropädeutische Ausbildung, das heißt, sie schließt sich an ein universitäres Vorexamen an (in den Niederlanden heißt das einführende Studienjahr: „Propädeutik“). An dieses Vorexamen werden archivistisch keine besonderen Anforderungen gestellt. Nach dem Vorexamen entscheidet man sich für das betreffende Major. (Siehe: UvASHEET) Nach einer selbstverständlichen Einleitung, die sich mit der oben beschriebenen Wandlung der archivwissenschaftlichen Ausgangspunkte und -konzepte befaßt, wird die erste Gruppe von Fächern für die Archivbildung angewendet. Das Haupt-

augenmerk richtet sich insbesondere auf die Analyse der archivbildenden Organisation, die Erfüllung der Aufgaben, für die die Organisation ins Leben gerufen worden ist, vor allem jedoch auf die damit zusammenhängenden Arbeitsprozesse und schließlich die Formung der hierfür benötigten Informationssysteme im allgemeinen und das „Record-keeping-system“ im besonderen. Zusammen bilden diese Komponenten die Quintessenz des in unserer Disziplin so wichtigen Konzepts des Zusammenhangs, der Kontext. Innerhalb dieses Rahmens liegen nämlich die Voraussetzungen für das, was man in angelsächsischen Ländern „Accountability“ nennt: Integrität, Authentizität, Zuverlässigkeit. Die Informationskunde schließt sich hieran an mit Teilgebieten über die gesellschaftliche Funktion von Information und die Entwicklung und Bildung von Informationssystemen im allgemeinen. Die Geschichte trägt ihren Teil zu diesem Ausbildungsteil bei, indem sie die gesellschaftliche Entwicklung der Niederlande und die in diesem Land arbeitenden Institutionen behandelt: Verwaltungs-, gerichtliche, kirchliche und sonstige Einrichtungen. Mit einem separaten Modul 'Organisationskunde' wird die Analyse der Archivbildung zusätzlich unterstützt. Das zweite Ausbildungsthema ist, was wir zusammenfassend Archivbearbeitung nennen. In jeder Phase des Lebenslaufs wird das Archiv instandgehalten, weil es wichtige, sinnvolle und/oder interessante Informationen enthält. Hierfür muß das System kontrollierbar und vor allem zugänglich sein. Mit anderen Worten, in dieser Gruppe von Fächern finden wir die Kriterien für die Bewertung, die Ordnung und die Verzeichnung. Diese Fächer stellen allerdings nicht die Zielsetzung der Module dar: der Ausgangspunkt hierbei ist vor allem die Aufrechterhaltung der „Qualität“. In der neuen Definition besteht diese zu einem großen Teil aus dem Erhalten der Verbindung zwischen „recorded information“ und erzeugendem Prozeß, zwischen „Daten“ und „Metadaten“. Hieran schließt sich die Informationskunde an, indem sie sich beispielsweise mit der Erneuerung anderer, größerer, komplexerer Informationssysteme sowie mit der Möglichkeit der Zugänglichkeit dieser Systeme befaßt. Und die Geschichtswissenschaft befaßt sich in dieser Fächergruppe unter anderem mit der Theorie und Methodologie der Geschichtsforschung und liefert damit einen Beitrag zur wohl überlegten Stellungnahme über die Bewertung und die Zugänglichkeit. Darüber hinaus gehören zu dieser Fächergruppe die Hilfswissenschaften wie Paleographie, Diplomatie usw. Aber diese werden auch hier archivistisch gedeutet, sie spielen eine Rolle, insoweit sie zu einer archivistischen Analyse dieser Dokumente beitragen können. Drittens: Die Fächergruppe Archivverwaltung. Wurde in den beiden vorigen Abschnitten vor allem die Archivistik betrachtet, so dreht es sich im dritten und letzten Abschnitt um die Kontrolle des Objekts. Schließlich kann beziehungsweise muß sowohl bei der Archivbildung als auch bei der Bearbeitung eine große Auswahl getroffen werden: welche intellektuellen und welche sonstigen Erwägungen bestimmen die Entscheidungen, die bei der Archivverwaltung getroffen werden müssen? Sie werden sicher nicht erstaunt sein, daß von der Seite der Informationssysteme aus gesehen die Kontrolle der Informationssysteme in diesem Teil der Ausbildung eine zentrale Stelle einnimmt, wie auch der „Steuerungsmix“, der jenen profilieren kann. Es wird Sie auch nicht erstaunen, daß Geschichte in diesem Teil keine Rolle spielt, denn Geschichte ist, wie auch immer geartet, überhaupt kein kontrollierbares Objekt. Letztens: Das Ausbildungsprogramm wird mit einem Oberseminar und einer Diplomarbeit abgeschlossen.

| | | |
|---|--|--|
| EINFHRUNG IN DIE ARCHIV- WISSENSCHAFT | ARCHIV- „BILDUNG“ | ARCHIV- BEARBEITUNG |
| ARCHIV- MANAGEMENT | ARCHIV- BESCHREIBUNG | DOKUMENT- ANALYSE |
| GESCHICHTE DER NIEDERLANDE | STAAT UND VERWALTUNG | THEORIE UND METHODEN GESCHICHTS- WISSENSCHAFT |
| EINFHRUNG IN DIE INFORMATION- WISSENSCHAFT | DOKUMENTÄRE INFORMATION- TECHNOLOGIE | INFORMATION- UND KENNTNIS- MANAGEMENT |
| FREIWAHL- OPTION | WISSENSCHAFTS- PHILOSOPHIE | ORGANISATIONS- KUNDE |
| OBER- SEMINAR | RESEARCH UND DIPLOMARBEIT | |

Fächerkanon der Archivschule der Niederlande

Wie Sie sehen, sind in dieser Ausbildungsorganisation die Rollen vertauscht: Die Archivwissenschaft ist Ausgangspunkt und Richtungsweiser geworden; die geschichtswissenschaftlichen und informationswissenschaftlichen Module sind nur deswegen Teil des Programms, um ein archivwissenschaftliches Bedürfnis zu befriedigen; sie sind jetzt in gewissem Sinne die Hilfswissenschaften der Archivwissenschaft geworden. Im Vergleich mit der früheren mangelt es der heutigen Ausbildung an einem Teil: dem Praktikum, der praktischen Erfahrung. Dies ist das Thema meiner nächsten These:

Die akademische Ausbildung ist so praxisorientiert, wie dies in einer wissenschaftlichen Umgebung maximal möglich ist.

Bei der Berechnung der Studienbelastung der neuen Ausbildung ist der Teil des Praktikums, der im alten Stil zum Fachgebiet eines Faches gehörte, konsequent diesem Fach zugeteilt worden. So hat beispielsweise ein Fach wie Archivverwaltung, das in der alten Ausbildungsform nur 30 Stunden einnahm, in der neuen Ausbildung eine Studienbelastung von 280 Stunden bekommen. Auf diese Weise hat es sich als möglich herausgestellt, daß in der neuen Ausbildung jedem Modul Aufgaben zugeteilt wurden, die in einer konkreten praktischen

Situation untersucht werden müssen. Natürlich gibt es einen wichtigen Unterschied: der Archivdienst bestimmt nicht mehr die Arbeiten, sondern jetzt sind die Universitätsausbildung und die wissenschaftliche Fragestellung die bestimmenden Faktoren. Ein weiterer Unterschied ist die Tatsache, daß die Arbeiten infolge der Deinstitutionalisierung nicht mehr ausschließlich an den traditionellen Archivdiensten ausgeführt werden. Zur Zeit, wo die neue Ausbildung noch in ihren Kinderschuhen steckt, kommt es, (dies muß einmal gesagt werden), bisweilen zu Anpassungsproblemen bei dem einen oder anderen Archivdienst. Diese Probleme sind jedoch angesichts der Wichtigkeit der Veränderung m. E. nicht groß. An der Studienplanung sind viele Archivare beteiligt, die Dozenten sind immer noch Archivare mit reicher Erfahrung, die Schule hat einen Beratungsausschuß mit Vertretern aus der Basis, und zwischen der Schule und den Archivdiensten in der Region gibt es regelmäßig Kontakte. Es wird höchste Zeit, zum Schluß zu kommen, und ich werde dies, wie Sie richtig vermuten, mit einer These tun, dieses Mal jedoch ohne Erläuterung und, oberflächlich betrachtet, paradoxal formuliert: Der Archivar der Zukunft kann möglicherweise in traditioneller Hinsicht weniger, aber er kann dennoch viel mehr als er weniger kann.

Ziel und Inhalt der Ausbildung „Management & Dokumentatives Informationswesen“

von Betty W. Lutke Schipholt

Zunächst möchte ich mich bei der Kongreßleitung für die Einladung und die Möglichkeit bedanken, die Hochschule „Management & Dokumentatives Informationswesen“ präsentieren zu können. Für uns ist es eine besondere Freude, da wir erst seit 1997 bestehen und natürlich unsere Ausbildung gerne innerhalb des Fachgebiets vorstellen möchten.

Ich möchte mich Ihnen vorstellen: Ich bin Betty Lutke Schipholt und leite die Stiftung „Ausbildung und Examen“ innerhalb des dokumentativen Informationswesens. Darüber hinaus bin ich verantwortlich für das Ausbildungsmanagement der Ausbildung „Management & Dokumentatives Informationswesen“. Durch die Änderung des Gesetzes für Hochschulunterricht und wissenschaftliche Forschung wurde es möglich, auch als Privatinstitut eine höhere Berufsausbildung anzubieten. Gemeinsam mit einigen Experten wurden die Voraussetzungen geschaffen: Aufstellung eines Lehrplans und eines Qualitätskontrollprogramms sowie eine Ausbildungs- und Examenregelung. Die einzelnen Punkte wurden vom niederländischen Bildungsrat beurteilt und anerkannt.

In dieser Präsentation werde ich die Schwerpunkte der Ausbildungsrichtung und deren Inhalt erläutern.

Ich möchte mit der Präsentation des Berufsbilds beginnen, das wir in Zusammenarbeit mit „hochqualifizierten Berufstätigen“ erstellt haben. Die entsprechende Untersuchung wurde im Rahmen einer Magisterarbeit von einem Organisationspsychologen an der Universität Nijmegen durchgeführt. Danach erläutere ich, in welchen Punkten das Berufsbild an das Konzept des „New Archivist“ von Professor Doktor Erik Ketelaar anschließt und an welchen Stellen wir unsere eigene Philosophie entwickelt haben.

Daran schließt die Präsentation der Ausbildungsstruktur an und die Gründe, warum wir gerade von dieser Struktur ausgehen.

The purpose and contents of the Document Management study

(Introduction)

Profile of a document manager

To achieve a good profile of a document manager, we have defined six main working areas:

1. Managing a department
2. Maintaining contacts
3. Storing records
4. Making records accessible
5. Advising on innovations and quality of Document Management services
6. Information security

1. Managing a department

Management in itself is not a specific document management activity. We have placed it at the top of the list however, because it affects all the other areas.

Management will become increasingly important in this position: creating and maintaining the preconditions to support the automated organisational process in the best possible way, and optimising its efficiency. This means that a document manager has to manage a department that is able to respond to developments in information technology in such a way that it can continue to deliver a high quality product. A document manager should be able to draw up a scenario for the next 5-10 years, describing the potential significance of information for the company.

This comes down to policy-making at a strategic level.

To his end a document manager needs creativity, courage and drive on the one hand, and insight, knowledge and skills on the other. They have to be the „participating chief“ of a small organisational unit whose employees mainly carry out the tasks to support one or several staff or line departments. Education and/or work experience have made the document manager familiar with all aspects of the tasks to be carried out by their own organisational unit.

2. Maintaining contacts

A document manager should maintain both internal and external contacts to explore, analyse, and structure the need for information. They should know what goes on in the organisation and use that knowledge to determine which information is required and which documents are worth archiving for a particular company.

Communication is an important tool in this respect. Good relations with the internal automation department are essential. After all, the information needs signalled earlier should be formulated in such a way that the automation experts understand what is required. Efficient communication is only possible if the document manager has reasonable knowledge of IT.

3. Storing records

Archive management is currently undergoing a radical change. The old image of the government archives as a dusty depot where miles of paper are kept is rapidly fading. Changes in both the means and the organisation involved in archive management urgently call for a new vision. The Dutch audit office has made a report signalling a considerable number of bottlenecks in the existing archive management of the national government.

The report presents the following conclusions:

- There are insufficient management means for proper management of the archiving process;

- There is no policy on the storage and preservation of records on automated information carriers, their status and destruction;
- Archiving personnel ranks relatively low, which results in under-qualified personnel and a large turnover of personnel;
- There are many lags in storage, assessability, transfer to (semi) static archives and destruction;
- There are huge numbers of personal archives.

The existing regulations with respect to archive management are based upon principles that have become totally outdated in modern organisations and especially the modern society. A document manager should therefore create a modern set of regulations and procedures, and continue to adjust them to the rapid developments in the archiving industry. One example of a new development is imaging.

The success of a document manager basically depends on knowing what archiving means. A document is stored for 3 purposes:

The success of a document manager basically depends on knowing what archiving means. A document is stored for 3 purposes:

- to support the primary process
- to reconstruct responsibilities at a later date, and
- as a cultural heritage.

4. Making records assessible

A precondition of digitising records is that one should be able to consult and therefore retrieve them. This means that each document should be given access features, preferably in the natural language, because the user should be able to determine easily which access features were used for certain subjects. The set up and maintenance of such access tools, especially word systems, constitute an important task of a document manager.

5. Advising on innovations and quality of Document Management services

The developments in the information and communication technology succeed each other with dazzling speed and have an increasing impact on economic, social and cultural relationships. The main reason for this is that these technologies have become much more than just tools in increase efficiency in internal, large-scale and routine working processes. Even the services industry becomes more and more „informed“.

These developments create opportunities, but dilemmas at the same time. The document manager should be informed of all developments and should be able to determine which technology is suitable for the primary working process involved. This requires close co-operation with users and automation experts. It is also important to consider how others (i. e. outside the organisation) use new developments and applications, and to include the findings in the ultimate advice.

6. Security

The government has become increasingly dependent on information and the systems in which it is recorded (electronically). At the same time, the confidentiality of infor-

mation is more and more at risk - consider, for example, how valuable government information is to organised crime if the information concerns its members. The protection of information, sometimes also called information security, goes beyond confidentiality and also covers availability and reliability. Imagine what would happen if a system broke down. Suddenly, the information is no longer available to companies or civilians. Incorrect information also affects the quality of the system. A relatively new spect is the security of external information relationships. The need for security of a government grows along with the number of partners exchanging information with the government. A major issue in information security is awareness. Crucial factors are the actual behaviour of users, whether government officials, civilians, or third parties, and their perception of interests, requirements and risks involved in the use of (information) technology. Basically, the „human factor“ is the major risk factor of information security.

The keyword for a new policy therefore is „awareness“. Education and training should not be given as separate courses, but should be embedded in existing training courses as much as possible, thus making information security a part of the daily routine. Existing measures supplementing the existing policy on information security deserve attention.

The main qualifications for a document manager

We have also considered the key qualifications that a good document manager needs to have. To be able to do the job successfully, a document manager needs the following „assets“:

- Knowledge of the document process and document management
- A customer-focused attitude and skills in profiling techniques
 - Important aspects:
 - active listening
 - ability to summarise
 - marketing insights
- Expertise is essential. Knowledge of index languages, word systems, IT is required.
- Knowledge of the customer's organisation, which enables them to understand the customer's needs.
- The ability to translate the organisation's wishes into the possibilities of document management. They should be able to empathise with the customer and even anticipate their wishes. This calls for a pro-active, sometimes even wilful attitude.
- The ability to generalise. They should be involved in the entire field, and not specialise in one part of it. A holistic approach is required.
- A service oriented attitude.
- The ability to consider a change as a challenge.
- The ability to deal with an excess of information. A document manager should know how to carry out a well-structured search in a mountain of information.

The „new archivist“

I would like to continue with a reaction to the „new archivist“ as described by Prof. Dr. Erik Ketelaar. The professional profile of our institution generally fits within the conceptual framework of the „new archivist“. This is not so surprising, because it is rather a loosely defined framework.

| Field | First 2 years (Introduction) | | Last 2 years (Advanced) | |
|--|---|--|--|--|
| Management Information | A1 Principles 4 | A2 Organisation 5 | A3a The need for information 5 A3b Sorting out information 5 | A4 How to Optimise the Use of Information 6 |
| Accessibility of Records | B1 Principles 4 | B2a Classification Theory 3 B2b Wordsystems 3 | B3 Index Languages 6 | B4 How to Optimise Document Accessibility 6 |
| Document Management | C1 Principles 3 | C2a Document Storage 3 C2b Document Destination 3 | C3 Information Policy and Law Functional Demands 8 | C4 How to optimise Document Management 6 |
| Management, Communication and Infrastructure | D1a Structure and Culture 4 D1b Management and leadership 3 D1c Communication 3 D1d Technical Infrastructure 4 | D2a Structures and Cultures in Practice 4 D2b Management and Leadership in Practice 3 D2c Communication Skills 3 | D3 Study: Reflection on Organisational Structure and Culture, Management, Leadership and Communication 8 | |
| Total number of credits: | 42 | | 60 | |

Our Ideas are clearly focused.

First of all we define the document manager as a professional with a wide-ranging education in all aspects of document management. Secondly we consider extensive knowledge of document authenticity most important. Please notice that we have reversed the order of importance. A document manager also builds up great knowledge and skills in the area of management information. In our opinion the first responsibility of a document manager is to support document streams in the present, and the cultural heritage perspective comes next. As the document manager operates in the force field of an organisation, the development of management and communication skills receives ample attention. This implies that we do not focus primarily on the basic principles of sociology, anthropology, economics and law.

The study structure (see the chart attached)

First of all it is important to realise that our students are already working in the field; they are people with an intermediate vocational training who wish to improve themselves and their position by doing the Document Management Study. This means that the study and all the work involved comes on top of their job. It also means that they can use their own work environment and the organisation they work for as input for their assignments and papers.

One of the great advantages for our students is that this study focuses on the practical side of the job, and that new insights can immediately be applied to their own situation.

In view of the students' situation it is obvious that the study provided by our institution is a part-time study. It takes 4 years to complete.

You will notice that the study as a whole is clearly split up in 2 sections: introduction and advanced. The introductory modules cover the basics. The principles and main theories of each subject are treated.

The advanced modules focus on applying the knowledge acquired in the first section. The students have to use their own work environment to make evaluations of the current situation, to work out improvement plans, to apply their improved communication skills, etc.

For each completed module, the students get credits. When all the modules are completed, the credits are added up and the total is known.

The Document Management study is divided into the following 4 module sequences:

1. Management Information

This first sequence deals extensively with the structure of management information and how administration-focused organisations obtain, sort, and process records. All courses are given by experts in management and administration.

2. Accessibility of Records

The basic principles of record accessibility are dealt with in the first module of this sequence. Next, tools such as the use of classifications and word systems are taught. In the advanced modules the students will practice extensively with the use of index languages in document management automation packages, and will experiment with innovations in this field.

3. Document Management

This sequence begins with a module on the principles and definition of document management, and provides an introduction into information law/ archiving law and the management of digital data files, including document authenticity.

The next module elaborates on document storage and destination.

Another important module of this sequence is information policy and law, the functional requirements that should be drawn up for document management systems. All aspects are then worked out and translated into everyday practice in a paper/thesis.

4. Management, Communication and Infrastructure

The final module sequence focuses on management and communication skills. As with all sequences, the first two modules cover the basics: they provide information about the main theories and models currently used in the field. Once the students have reached the second stage, they have to become active to improve their own skills in management and communication. This sequence is completed with a reflection on the structure and culture of the students' own organisation, and how that situation could be improved.

SIX MAIN WORKING AREAS OF A DOCUMENT MANAGER

1. Managing a department
2. Maintaining contacts
3. Storing records
4. Making records assessible
5. Advising on innovations and quality of Document Management Services
6. Information security

The main qualifications for a document manager

- document proces and management
- customer-focused and profiling techniques
- field expertise
- knowledge of the customer's organisation
- translating wishes into possibilities
- the ability to generalise
- a change is a challenge
- dealing with an excess of information

Die Fortbildung von Archivaren in den Niederlanden

von Thijs Laeven

Es freut mich sehr, daß ich Ihnen berichten darf, wie die Niederländische Archivschule ihr Programm für die Nach- und Weiterbildung von Archivaren aufbauen, entwickeln und organisieren wird. Ich bin innerhalb der Archivschule der Projektleiter für dieses Programm. Das Projekt steht - nach einer Periode von Vorbereitung - am Anfang der Entwickelprojekte. Diese Projekte werden ausgeführt in enger Zusammenarbeit mit den Berufsverbände von Archivaren und mit den Archivämtern. Darüber werde ich später mehr sagen.

Aufbau meines Beitrages

Entwicklungen im Beruf und in der Ausbildung von Archivaren
 die Fortbildung von Archivaren
 „state of the art“
 Transfer
 die vier Pfeiler des Programms:
 Berufsprofile
 Archivdienste
 Archivschule
 Zertifizierung
 Fortbildung als „educational continuum“

Einleitung: Entwicklungen im Beruf und in der Ausbildung von Archivaren

Die Amsterdamer Archivschule ist bis heute die einzige Schule in den Niederlanden, die mit ihrem Programm die Berufsausbildung von Archivaren auf der höchsten Ebene ausführt mit der völligen Anerkennung unseres Kulturministeriums.

Es handelt sich um zwei Qualifikationsstufen: die sogenannten Archivistik-A Stufe für die Fachbildung in einem wissenschaftlichen Kontext und die Archivistik-B Stufe für die Fachbildung in einem nicht akademischen, so zu

sagen Fachhochschulen Kontext. Die Archivschule versorgt innerhalb von den Programmen der Amsterdamer Universität und der Amsterdamer Hochschule die Sonderausbildungen für die Archivwissenschaft.

Seit wir in unserem Lande ein neues Archivgesetz haben (seit 1996), sind für die höheren Positionen in den öffentlichen Archiven entweder ein Archivistik-A oder ein Archivistik-B Diplom erforderlich. In diesem Schuljahr können wir die ersten Diplomierten erwarten. Die neuen Programme für diese Studenten sind von der Archivschule völlig neu entwickelt worden. Deswegen nennen wir diese Programme „neuer Stil“. Diese Programme sind entworfen auf Grund von den meist aktuellen Einsichten, Methoden und Theorien der Archivwissenschaft. Die zweite Eigenschaft ist die Einbettung der Archivfachbildung in den allgemeineren Fachrichtungen der Buch-, Archiv- und Informationswissenschaft beziehungsweise die Informationsdienstleistung und -vermittlung.

Diese Programme des „neuen Stils“ unterscheiden sich von den Programmen für den mittleren und höheren Archivbeamten, die bis zum Jahre 1996 von der Niederländischen Archivschule versorgt wurden und die entsprechend einem mehr traditionellen Berufsbild des Archivars entwickelt worden sind. Für den Fortschritt der Profession des Archivars und für die Qualität der Archivarbeit war es dann auch notwendig, an die Archivare, die seit längerer oder kürzerer Zeit in der Profession arbeiten, eine Art Aktualisierungsprogramm anzubieten. Dieses Programm sollte die berufstätigen Archivare vertraut machen mit den aktuellen Einsichten, Methoden und Theorien der Archivwissenschaft und mit der Einbettung in einem weiteren Informationskontext.

Manche Archivare aus unserer Zielgruppe haben diese Entwicklungen übrigens in der Initialausbildung kennengelernt, weil sie Mentoren waren für die Praktika unserer Studenten.

Die wichtigsten Erneuerungen und Tendenzen im Beruf und in der Berufsausbildung von Archivaren haben Sie schon kennengelernt, entweder aus eigener Erfahrung oder aus den Vorträgen von Eric Ketelaar und Hans Scheurkogel.

Ich beschränke mich darauf, diese zusammenzufassen mit den folgenden Stichwörtern:

- das „record continuum“
- Arbeitsprozessbezogene Information
- Digitalisierung und Büroautomatisierung
- Interdisziplinarität und Archivwissenschaft als Disziplin
- Internationalisierung
- Professionalisierung und berufliche Standards und Ethik.

Die Fortbildung von Archivaren in den Niederlanden

Wenn es sich um die Fortbildung handelt, geht es darum, die berufstätigen Archivaren mit den „state of the art“ vertraut zu machen und die Konsequenzen daraus für die eigene Organisation und für die eigenen Aktivitäten ziehen zu können. Also – nichts mehr und auch nichts weniger:

- state of the art
- transfer.

Mit voller Anerkennung der Tendenz der sogenannten Entinstitutionalisierung, beschränkt sich unser Programm auf die Archivbeamte in öffentlichen Archiven. Dies hat vor allem mit der Finanzierung des Programms zu tun.

Unser Programm wird ab dem Herbst 1999 operationell sein. Das bedeutet, daß wir zur Zeit beschäftigt sind, um das Programm zu entwickeln. Wir arbeiten eng zusammen mit unseren Kunden, und das sind die öffentlichen Archivdienste, nicht die einzelnen Archivare, weil die von ihren Arbeitgebern aus an dem Programm teilnehmen. Ebenfalls arbeiten wir zusammen mit den Berufsvereinen der Archivare.

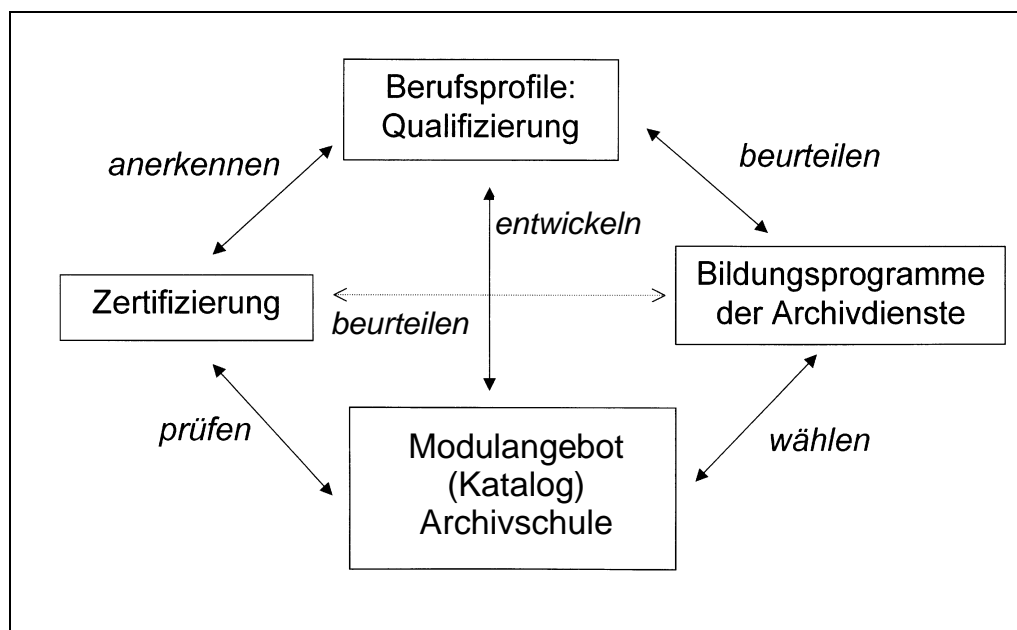
Das nächste Bild zeigt den königlichen Weg unseres Vorgehens bei der Entwicklung des Programms.

An erster Stelle gründen wir unser Programm auf **Berufsprofile**. Zum Teil bestehen die Tätigkeitsprofile schon und zum anderen Teil müssen sie entwickelt und anerkannt werden. Selbstverständlich existieren solche Profile für die Curricula der primären Berufsausbildung. Es handelt sich dabei um junge Archivare, die am Anfang ihrer Laufbahn stehen und in das Berufsfeld einsteigen, weil unser Programm sich an die berufstätigen Archivaren wendet. Es geht also um Berufsprofile für die Fortbildung.

Im allgemeinen beschreiben Berufsprofile die Kenntnisse, die Fertigkeiten und das Berufsbild, die erforderlich sind, für die professionelle Betätigung in dem bezüglichen Beruf. Für Anfänger oder Junioren in irgendeinem Berufsfeld können diese Einsteigerprofile wichtige Hinweise geben bei der Entwicklung von Curricula für die primäre Berufsausbildung. Für uns aber handelt es sich um berufstätige Archivare. Darum müssen wir weiter gehen als die Anforderungen, die gültig sind für Anfänger oder Junioren. Wir brauchen Anforderungen, die beschreiben wie Mitarbeiter sich qualifizieren können für höhere Funktionen. Diese Anforderungen betreffen also die professionelle Entwicklung - oder wenn Sie wollen: die Karriere - von Archivbeamten.

Solche Berufsprofile sind wesentlich für die Fortbildung von berufstätigen Archivaren aufgrund der Personal- oder Karrierepolitik der Archivdienste. Leider gibt es die noch nicht. In gemeinsamer Arbeit mit den Berufsvereinen von Archivaren und mit den Personalverantwortlichen der Archivdienste versuchen wir, diese zu entwickeln. Selbstverständlich brauchen die Profile die völlige Zustimmung der Berufsvereine. Das ist ein langer Weg. Für unser Programm würde es reichen, wenn wir die wichtigsten Erneuerungen kennen und wüßten, wie die sich in der täglichen Praxis auswirken. Welche Anforderungen sind relevant für die Übersetzung der neuen Entwicklungen und Methoden im Berufsfeld, national so wie international, nach der eigenen Situation und der eigenen Praxis? Diese Anforderungen sind ein wesentlicher Bestandteil der Berufsprofile. Wir sind glücklich, daß individuelle Archivare, Berufsverbände und Archivdienste diese Anforderungen beschreiben und unserem Programm damit behilflich sind.

Die vier Pfeiler des Programms



An zweiter Stelle brauchen wir die Zusammenarbeit mit den **Archivdiensten**, insbesondere mit den Personalabteilungen. Nicht nur weil sie unsere Kunden sind, sondern weil sie für die Personalentwicklung und für die Lernpolitik und die Ausbildungskonzepte

und -planung der ganzen Organisation und der sämtlichen Mitarbeiter verantwortlich sind.

Jeder Archivdienst kann die Berufsprofile benützen zur Beurteilung des Fortbildungsbedarfs einzelner oder sämtlicher Archivare. Die Beurteilung ist im Grunde ein Vergleich zwischen den gewünschten und den wirklichen Anforderungen. Die mögliche Diskrepanz zwischen den beiden ergibt die Ziele des Fortbildungsprogramms für einzelne oder für Gruppen von Archivaren. Selbstverständlich beschränkt sich die Diskrepanzanalyse auf die Mängel der archivistischen Kenntnisse und Fertigkeiten. Aussagen über sonstige Aspekte vom Funktionieren der Mitarbeiter (zum Beispiel: Kommunikationsfertigkeiten) können nicht gemacht werden und sind für unsere Zielsetzung nicht interessant.

Im Rahmen des Programms werden wir den Archivdiensten ein Instrument zur Verfügung stellen, um diese Diskrepanzanalyse machen zu können. Dieses Instrument wird entwickelt werden in Zusammenarbeit mit den Diensten. Andererseits sind Berufsvereine und der Reichsarchivdienst schon damit beschäftigt, ihre eigenen Fortbildungsprogramme zu entwickeln. Darum habe ich einen doppelten Pfeil in meiner Zeichnung gezogen.

Wenn auf diese Weise die Fortbildungsbedürfnisse festgestellt sind, können die Archivdienste der Archivschule ihre Wünsche bekanntmachen und ihre Wahl aus dem Angebot der Module im Fortbildungsprogramm treffen. Und damit sind wir angekommen bei dem dritten Pfeiler des Programms: **das Angebot** der Archivschule.

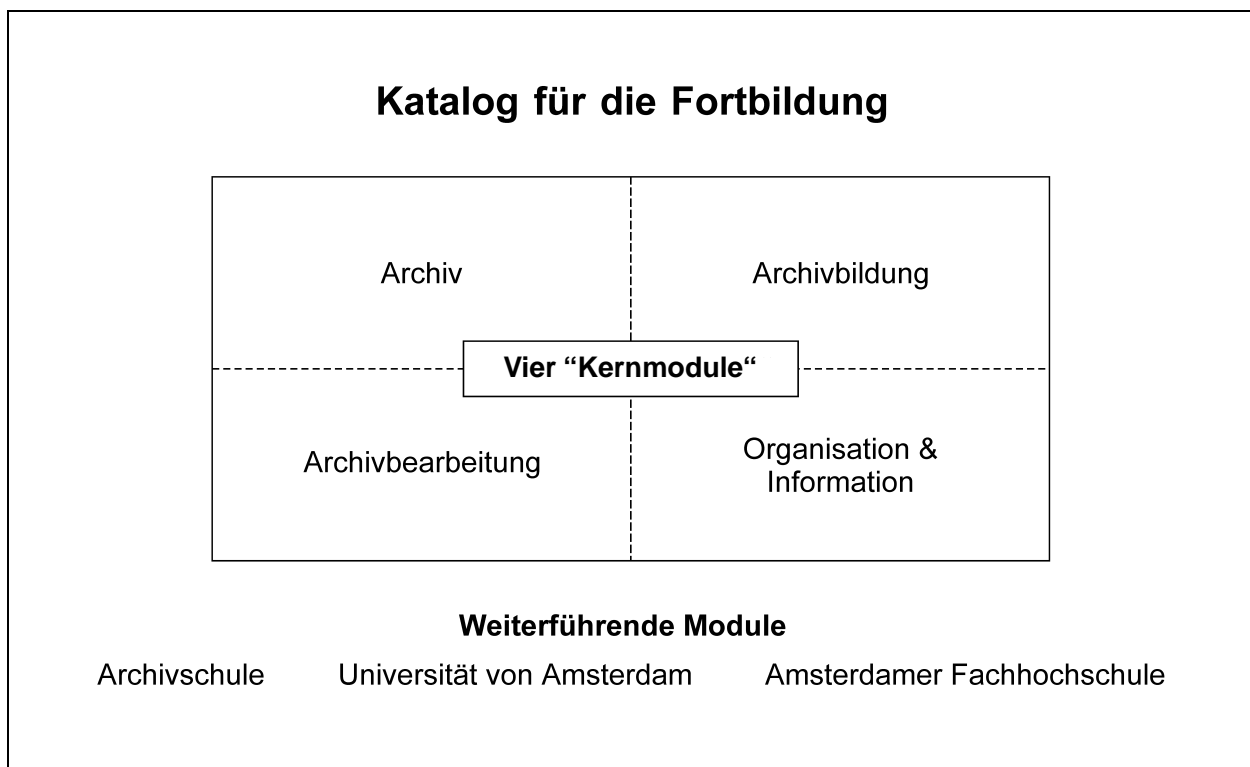
Das Fortbildungsprogramm wird wahrscheinlich drei oder vier Kernthemen umfassen:

- Hauptlinien der modernen Archivwissenschaft – das sind im Grunde die Elemente aus meiner Zusammenfassung der aktuellen Entwicklungen.

- Archivbildung, insbesondere die Orientierung auf die Analyse der Organisationskontexte und der Betriebsprozessanalyse zum Garantieren der Integrität, Authentizität und Zuverlässigkeit. Auch die Entinstitutionalisierung (das Verschwinden der Grenze zwischen dem dynamischen und dem semistatischen Archiv) und neue Gesetze und Regel u.s.w.
- Archivbearbeitung - mit Rücksicht auf die Qualität der Archiveinordnung und Archivbeschreibung; wichtige Aspekte sind die Zugänglichkeit und das Behalten der Beziehung zwischen den hervorbringenden Prozessen und der Organisation und die Information, zwischen Metadaten und Kontext und Data.
- Organisation und Information: die Einbettung der archivistische Arbeit in ihren weiteren Kontext.

Neben diesen archivistischen Kernthemen kann die Archivschule in ihrem Fortbildungskatalog Module eintragen, die von ihren Partnern ausgeführt werden. Die Amsterdamer Universität und die Amsterdamer Fachhochschule können Module anbieten, die Bezug haben auf den weiteren Kontext der modernen Archivistik. Es handelt sich dabei um die mehr allgemeinen Aspekte der Informationswissenschaft und der Betriebs- und Verwaltungswissenschaft. Zum Beispiel: Betriebsprozessanalyse, Entwicklung von Strukturplänen für die Einrichtung der Betriebsinformation. Der moderne Archivar muß sich in diesen Domänen qualifizieren, um seiner primären Archivarbeit und Archivverantwortlichkeit Inhalt geben zu können. Er steht dabei manchmal seinen Kollegen gegenüber, die nicht die Archivbelange verteidigen. Der moderne Archivar muß darum eingeführt sein in diese Domänen, damit er auf gleicher Ebene mit Nichtarchivaren diskutieren kann und Probleme auch aus einer nicht archivistischen Perspektive betrachten kann.

Wir werden also im Katalog entscheiden zwischen vier Kernmodulen (obligatorisch) und weiterführenden Modulen (optional).



Ein roter Faden im Programm wird auch die Digitalisierung der Archive und der Archivarbeit sein. Wir machen daraus nicht ein einzelnes Kernthema, sondern verwenden das mit den anderen Modulen, weil dieses Thema unlöslich mit allen drei Themen zu tun hat.

Die Kernthemen werden übrigens nicht nur als Theorie hervorgebracht. Die Module werden eine didaktische Form bekommen, die die Übersetzung der Theorie in die eigene Praxis notwendig macht und ermöglicht. Die Teilnehmer in einem Fortbildungsprogramm unterscheiden sich dadurch, daß sie neue Kenntnisse mit eigener praktischer Erfahrung kombinieren und zu einer neuen Praxis kommen. Sie können die Theorie nach der eigenen Arbeit transferieren. Im Programm wird der sogenannte „Transfer“ ein wichtiges Element sein.

Zum Schluß nenne ich noch einen vierten Pfeiler: **die Zertifizierung**.

Das Nachbildungsprogramm darf nicht unverbindlich sein. Die Archive beteiligen sich an der Fortbildung, weil die Organisationen wo sie berufstätig sind, die Beteiligung als notwendig erachten. Diese Notwendigkeit hat sich aus der Diskrepanzanalyse ergeben. Darum müssen die Archivaldienste die Sicherheit haben, daß die Teilnehmer sich mit gutem Erfolg eingesetzt haben. Ein System von Zertifikaten, die aufgrund einer Prüfung erteilt werden, muß ihnen die Sicherheit geben. Die Zertifizierung

geschieht im Prinzip nur, wenn jemand alle für das Zertifikat benötigten Anforderungen erfüllt. Die Anforderungen ergeben sich aus den Berufsprofilen. Damit schließt sich der Kreis.

Der Aufbau der Zertifizierung steht in der Verantwortung der Berufsvereine. Sie können die Berufsprofile als Referenz benutzen. Die Berufsvereine können die zertifizierende Prüfung der Archivalschule überlassen und darüber die Aufsicht führen.

Archivaldienste können den Besitz von bestimmten Zertifikaten erfordern, wenn ein Mitarbeiter Karriere machen will. Die Teilnehmer in unserem Programm sind qualifiziert, weil sie ihre Diplome besitzen. Aber die Archivaldienste können weitergehende berufliche Anforderungen stellen, um die Dienstleistung den modernen Entwicklungen anzupassen.

Zum Schluß

Man könnte mit einem Wortspiel sagen: so wie die Archivalwissenschaft das „records continuum“ als eine Voraussetzung akzeptiert, so würde ich plädieren für Fortbildung als einer *education lifecycle* oder als ein *education continuum*, weil es darum geht, die Fortbildung nicht als eine einmalige Intervention anzusehen, sondern es im Rahmen der sogenannte *éducation permanente* zu betrachten.

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

Neuverzeichnung des Freiherr vom Stein - Nachlasses

Mit Mitteln aus dem Förderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Erschließung neuzeitlicher Nachlässe wird seit Mai dieses Jahres beim Westfälischen Archivamt der Nachlaß des Freiherrn vom Stein (1757-1831) neu verzeichnet.

Der Nachlaß des preußischen Staatsministers und Reformers befindet sich im Familienbesitz der Grafen von Kanitz auf Schloß Cappenberg und ist seit den 1930er Jahren für die Forschung zugänglich. Der Cappenberger Bestand bildet den Hauptteil des Gesamtnachlasses Steins (weitere Unterlagen befinden sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin) und umfaßt ca. 12 lfd. Meter aus einem Zeitraum vom 17. Jahrhundert bis 1831. Er enthält sowohl familiengeschichtliche und biographische Dokumente zu Stein, als auch Akten aus seiner amtlichen und politischen Tätigkeit sowie politische, wissenschaftliche und künstlerische Manuskripte und Korrespondenzen in verschiedenen Überlieferungsstadien. Von unschätzbarem Aussagewert für die Ereignisse der preußischen, deutschen und europäischen Geschichte im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts sind Steins umfangreicher Schriftwechsel mit in Politik, Wissenschaft und Kultur führenden Persönlichkeiten sei-

ner Zeit, seine Akten aus der preußischen Reformzeit, zu den Befreiungskriegen, dem Wiener Kongreß und Verfassungsfragen des Deutschen Bundes. Steins Wirken in Westfalen, wo er auf Schloß Cappenberg ab 1816 seine letzten 15 Lebensjahre verbrachte und sich in der ihm eigenen Art für die Einführung der provinzialständischen Verfassung, die Verteidigung der Rechte des Adels und weitere Belange der Provinz engagierte, hinterließ auch für diesen Bereich einen interessanten Quellenfundus an Ausarbeitungen und Korrespondenzen.

In seiner heutigen Struktur wurde der Nachlaß im Zuge der von Erich Botzenhart bearbeiteten Ausgabe von *Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen* Steins ca. 1937 künstlich zusammengestellt. Die damals vorgenommenen Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten orientierten sich in erster Linie an den Bedürfnissen dieser Edition, so daß die Erschließung unvollständig und mit ungleichmäßiger Intensität erfolgte. Waren in manchen Bereichen Einzelbriefe mit eigener Signatur nachgewiesen, fanden sich an anderer Stelle dicke Bände, die wichtige Einzelschriftstücke enthalten, mit einem knappen, kaum aussagefähigen Aktentitel versehen. Die ursprünglich vergebenen hochkomplizierten alphanumerischen Signaturen waren schon vor einigen Jahren vom Archivamt durch fortlaufende Numerierung ersetzt worden. Für die Benutzung lag jedoch weiterhin lediglich ein

maschinenschriftliches Findbuch mit einer Vielzahl von Nachträgen und handschriftlichen Ergänzungen vor, und die so maßgeblichen Indizes, etwa für Personen, Orte und Sachbetreffende, gab es nicht. In die beiden großen Quellenpublikationen zum Freiherrn vom Stein sind zwar Teile des Nachlasses eingegangen, aber nur in Auswahl, und insbesondere an Stein gerichtete Briefe wurden weniger berücksichtigt.

Alles in allem war der Erschließungszustand dem hohen wissenschaftlichen Wert des Stein-Nachlasses nicht angemessen, und es entstand das Vorhaben einer Neuverzeichnung, um im Rahmen eines Projektes eine einheitliche, nach archivfachlichen Kriterien durchgeführte systematische Ordnung und Verzeichnung herzustellen. Nachdem ein entsprechender Antrag positiv beschieden wurde, kann nun eine aus Mitteln der DFG bezahlte wissenschaftliche Mitarbeiterin die Neuverzeichnung durchführen.

Die Erschließung findet in den Räumen des Westfälischen Archivamts in Münster statt. Durch unmittelbare Eingabe in den PC mit dem Archivprogramm AUGIAS kann parallel zur Titelaufnahme bereits indiziert werden. Entsprechend der Bedeutung des Nachlasses gestaltet sich die Erschließung B in Abhängigkeit von der Bedeutung der Verzeichnungseinheit - sehr tief und geht bis zur Einzelblattverzeichnung mit kurzen, regestartigen Inhaltsangaben zum jeweiligen Schriftstück. In dem für die Bedürfnisse des Nachlasses angepaßten Verzeichnungsformular finden folgende Angaben Aufnahme: *Alte Archivsignaturen*, die während der Verzeichnung *neu vergebene Signatur, Titel, Enthält- und Darin-Vermerke, Ausstellungsort und Bdatum, Namen des Absenders bzw. Verfassers und des Empfängers*, die Bezeichnung der *Schreiberhand*, die *Fremdsprache* (i.d.R. französisch), in der der Text verfaßt wurde, *Überlieferungsstadium, Umfang*, evtl. Angabe des *Editionsortes und Beschädigungen* der Archivalie. Bislang wurden ca. 1300 Einzeleinheiten verzeichnet. In die Arbeit einbezogen wird neben dem Nachlaßbestand der Bestand der Gutsverwaltung Cappenberg, aus dem Stein betreffende Schriftstücke nachgewiesen werden sollen. Ziel der Verzeichnung ist einerseits ein gedrucktes Findbuch, das den Nachweis von Personen- und Ortsnamen und Sachbetreffenden einschließt. Zum anderen soll der Bestand am Rechner recherchierbar sein und der Zugang für die Öffentlichkeit über das Internet erleichtert werden.

(Scha)

Tagungsbericht:

NS-Herrschaft und bezettingstijd im deutsch-niederländischen Grenzraum. Historische Erfahrung und Verarbeitung in binationaler Perspektive

(ESTA-Europa-Institut Bocholt, 22. - 23. April 1999)

Dem Zusammenhang von Ereignis- und Erfahrungs-, Wirkungs- und Wahrnehmungsgeschichte am Beispiel des deutsch-niederländischen Grenzraumes unter NS-Herrschaft und deutscher Okkupation widmete sich eine Tagung, die von der nordrhein-westfälischen Vereinigung „Historikerinnen & Historiker vor Ort e.V.“, dem

Niederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD, Amsterdam), dem Zentrum für Niederlande-Studien der Universität Münster und dem Streekarchivariaat Regio Achterhoek (Doetinchem) in Bocholt veranstaltet wurde. N. Fasse (Stadtarchiv Bocholt), verantwortlich für die Konzeption der Tagung, betonte in seiner Einführung die notwendige Verknüpfung von Selbst- und Fremdwahrnehmung als Forschungsstrategie sowie die wachsende Bedeutung der regionalhistorischen Forschung zur NS-Herrschaft und Besatzungszeit in Deutschland und den Niederlanden.

H. Lademacher, Direktor des Niederlande-Zentrums, eröffnete die Tagung mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung und zu nationalen Stereotypen im 19. und 20. Jahrhundert in sozialpsychologischer, soziologischer und politologischer Sicht. NIOD-Direktor J.C.H. Blom gab einen Überblick über die niederländische Gesellschaft zwischen 1930 und 1950. Zunächst skizzierte er die Ziele der deutschen Besatzungsmacht seit Mai 1940: Nazifizierung der Gesellschaft (wobei er auch die Problematik Kollaboration und Widerstand ansprach), Eliminierung der Juden aus der Gesellschaft und wirtschaftliche Ausbeutung für deutsche Kriegsziele. Dann ging er auf die langfristigen Folgen der Besatzungszeit ein: Die segmentierte Gesellschaft, wie sie sich in den 20er und 30er Jahren verfestigt hatte, sei nach 1945 „eher gestärkt als geschwächt“ zum Vorschein gekommen, die 50er Jahre bezeichnete er als „die versäulteste und bürgerlichste Phase ihrer Geschichte“. Es entstand somit - bei allen Differenzierungen - ein Bild der Kontinuität von der Vor- zur Nachkriegsgesellschaft, die erst in den 60er Jahren unter den Druck der sozialen und kulturellen Modernisierung geriet.

J.Th.M. Houwink ten Cate (NIOD) richtete den Blick auf die Verarbeitung der Besatzungszeit in der niederländischen Historiographie. Die nationalgeschichtliche Forschungstradition, begründet in den 60er Jahren von de Jong, bewertete die Besatzungszeit als eine „unausweichliche Niederlage“, sogar als einen „Bankrott des Staates und der Gesellschaft“. Damit wurde ein Zusammenhang hergestellt zwischen der niederländischen Innen- und Außenpolitik und der segmentierten Gesellschaft auf der einen und dem Erstarken Hitler-Deutschlands und seiner Unterwerfungspolitik auf der anderen Seite. Lademacher, so Houwink ten Cate, habe 1977 erstmals das Augenmerk auf die Versäulung der niederländischen Innen- und Wirtschaftspolitik gelenkt und so das differenzierte Feld der „versäulten Reaktionen“ auf die deutsche Bedrohung und Besatzung der Jahre 1933-1945 erschlossen. In einem zweiten Schwerpunkt stellte Houwink ten Cate den „traditionellen Heimatgeschichten“ die „modernen Lokalgeschichten“ gegenüber. Die von Laien betriebene Heimatgeschichte interpretiere die Besatzungszeit als ein „wesensfremdes Intermezzo der eigenen Geschichte“, in der ein monolithischer und barbarischer Besatzungsapparat jedwede Opposition unterbunden bzw. verfolgt habe. Sie konzentriere sich folgerichtig auf die Phase des größten Terrors, die Jahre 1943 bis 1945; diese Zeit werde als gemeinschaftlich bestandene Bewährungsprobe gedeutet. Die professionelle moderne Lokal- und Regionalgeschichte hingegen richte ihr Interesse stärker auf den Zeitraum 1940-1943 und damit auf die Besatzungsverwaltung im Reichskommissariat, ihr Thema sei in erster Linie das Verhältnis von niederländischen Behörden und nationalsozialisti-

scher Besatzungsbürokratie, ihr Untersuchungsgebiet vor allem die Großstädte.

N. Fasse zeichnete in seinem Referat über „NS-Herrschaft und regionale Gesellschaft im Westmünsterland 1933-1939“ ein sozial-, alltags- und kulturgeschichtlich differenziertes Bild vom politischen Verhalten der Bevölkerung und distanzierte sich von einem ausufernd gebrauchten Widerstands-Begriff und der These von der „katholischen Volksopposition“, die gerade die kirchennahe Zeitgeschichtsforschung auf regionaler Ebene bis in die jüngste Zeit vertreten habe. Vielmehr belegten gerade regionalgeschichtliche Studien ein Gemengelage aus Konsens und Loyalität sowie situativem Dissens, kultureller Selbstbehauptung und partieller Verweigerung.

In den folgenden sieben Sektionen nahmen insgesamt 22 Referate Aspekte des jeweiligen Oberthemas auf. Die erste Sektion beschäftigte sich mit grenzüberschreitenden deutschen Oppositionszirkeln und ihren niederländischen Unterstützern sowie mit der sozialen Lage emigrierter Schriftsteller in den Niederlanden. Die zweite Sektion behandelte in binationaler Perspektive die nationalsozialistische Judenverfolgung. G. Blumberg (Oberfinanzdirektion Köln, Außenstelle Münster) schilderte die lange unbeachtete Mitwirkung der westfälischen Finanz- und Zollbehörden bei der stufenweisen Enteignung und Ausplünderung der Juden. D. van Galen Last (NIOD) zeichnete die Entwicklung der niederländischen Flüchtlingspolitik nach. Bis 1938 bzw. 1940 nahmen die Restriktionen in der Aufnahme der als „unerwünschte Ausländer“ betrachteten Flüchtlinge stetig zu. Schon Ende 1938 hatte die niederländische Regierung die Einrichtung eines zentralen Aufnahmelagers (Westerbork) zur Internierung der legalen wie illegalen jüdischen Flüchtlinge beschlossen. Ab 1942 fungierte Westerbork, nun unter deutscher Verwaltung stehend, für die in den Niederlanden lebenden Juden als Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtungslager. Ergänzend schilderte V. Jacob (Münster) die Existenzgrundlagen und Lebensstrategien deutscher Juden in den Niederlanden 1933-1940 auf Basis von Interviews mit Überlebenden.

In der dritten Sektion („Fremdherrschaft und Judenverfolgung“) berichtete u.a. Chr. Spieker (Greven) über die Organisationsstruktur und Politik des deutschen Polizeiapparates in den Niederlanden. Er machte deutlich, daß die Rolle der Ordnungspolizei bei Repression und Deportation lange Zeit unterschätzt wurde, und ging auf Kooperationen und Spannungen zwischen deutscher und niederländischer Polizei ein. Aus den unter einer zivilen Besatzungsverwaltung stehenden Niederlanden wurden relativ gesehen sehr viel mehr Juden deportiert als aus den übrigen, einer Militärverwaltung unterworfenen Ländern Westeuropas (z.B. Belgien), was er auf die Amtshilfen der niederländischen Polizei zurückführte.

In der vierten Sektion („Ausbeutung und Arbeitseinsatz“) gab H. de Beukelaer (Aalten) am Beispiel der Provinz Gelderland zunächst einen Überblick über Formen und Felder der Ausbeutung der niederländischen Wirtschaft für deutsche Zwecke. Damit näherte sich die Veranstaltung auch Fragen der tagespolitischen Agenda, ist doch die Diskussion um Entschädigungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter noch zu keinem Ergebnis gekommen. V. Issmer (Osnabrück) kontrastierte die bis in die jüngste Zeit eher beschönigenden Berichte deutscher

Regionalzeitungen über Nachkriegskontakte ehemaliger Zwangsarbeiter zu ihren „Arbeitgebern“ mit den vielfach nüchternen Selbstaussagen und Aufzeichnungen der niederländischen Betroffenen über die Jahre ihres „Arbeitseinsatzes“. Er betonte jedoch, daß sie trotz vieler negativer Erfahrungen die Deutschen in der Erinnerung (und in der Gegenwart) in der Regel differenziert beurteilten. G. Lotfi (Bochum) sprach über niederländische Zwangsarbeiter in den sog. Arbeitererziehungslagern der Gestapo im rheinisch-westfälischen Raum. Diese staatspolizeilichen „Abschreckungs- und Verfolgungseinrichtungen“ waren von großer Bedeutung für die Durchsetzung des deutschen Zwangsarbeitersystems. Von der „Arbeitererziehung“ profitierten in erster Linie deutsche Unternehmen und Kommunen, die z.B. Aufträge für Tiefbauarbeiten vergaben. Als Betroffener berichtete A. Pontier (Doetinchem) über die Endphase der nationalsozialistischen „Arbeitspolitik“ mit Razzien in den Großstädten und Deportationen nach Deutschland. Eindringlich schilderte er die bedrückende Situation im Zwangsarbeiterlager der Organisation Todt in Rees („Westfalenwall“).

Die fünfte Sektion lotete die Bandbreite politischen Verhaltens beiderseits der Grenze unter den Bedingungen von Diktatur und Besatzung aus; insbesondere der in der niederländischen Diskussion verwandte Begriff der Akkomodation stand im Mittelpunkt des Interesses. J.C.H. Blom wollte ihn, so sein Diskussionsbeitrag, vor allem als heuristisch-analytische Kategorie verstanden wissen, räumte aber auch seine Bedeutungsvielfalt ein. Unter Akkomodation lasse sich die begrenzte Anpassung von Parteien und administrativen Instanzen fassen, die der eigenen Bevölkerung angesichts der realen Machtverhältnisse eine erträgliche Lebenslage sichern wollten, ferner auf der individuellen Ebene ein Nicht-auffallen-wollen, aber auch eine am einzelbetrieblichen Profit orientierte Anpassung von Unternehmen. B.-A. Rusinek (Universität Düsseldorf) beleuchtete Mobilisierungsfelder, Kollektivmeinungen und Verhaltensmuster in der deutschen Kriegsgesellschaft und ging auf die Relationen zum besetzten Nachbarland ein. C. Hilbrink (Oldenzaal) erörterte die Bandbreite politischen Verhaltens auf niederländischer Seite am Beispiel der heterogenen Grenzregion Twente. Er stellte im protestantisch geprägten Raum mehr Ansätze zu organisierter Illegalität und Widerstand fest als in katholischen Gebieten. Da sich die dem Widerstand zuzurechnenden Kreise voneinander abgeschlossen hätten, könne man von einer „Versäulung der Illegalität“ sprechen.

Die beiden letzten Sektionen fragten nach der „Verarbeitung und Verdrängung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland und den Niederlanden. N. Fasse gab einen Überblick über apologetische Deutungsmuster der NS-Zeit im Kontext von Entnazifizierung, Verdrängung und Restauration im katholischen Regionalmilieu. I. Höting und E. Große Vorholt (Ahaus) legten Beispiele für das lange „Beschweigen“ der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ahaus und die ersten Ergebnisse einer sich herausbildenden Erinnerungskultur vor. E. Münster-Schröer (Ratingen) schilderte anhand historischer Filmaufnahmen, wie die Leichen von im April 1945 durch Düsseldorfer Polizeiangehörige ermordeten Zwangsarbeitern unter amerikanischer Aufsicht von ehemaligen NS-Funktionären exhumiert und in Ratingen öffentlich beigesetzt wurden. Münster-Schröer erläuterte daran nicht nur die frühe Politik

der US-Besatzungsmacht gegenüber den Deutschen, sondern zeichnete auch den wechselvollen Umgang der Räter mit der Erinnerung an ein Kriegsendphasen-Verbrechen bis in die Gegenwart nach.

J. Schuyf (Utrecht) lenkte die Aufmerksamkeit der Historiker aus sozialpsychologischer Sicht auf das Problem der traumatischen Kriegserfahrungen von Niederländern und ihren individuellen und kollektiven Wirkungen bis in die Gegenwart. K. Happe (Siegen) kontrastierte zwei Formen des Umgangs mit Kollaborateuren in den Niederlanden nach 1945: auf der einen Seite die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen vollzogene Bestrafung der Kollaborateure durch den Staat, auf der anderen Seite die spontane Demütigung und Stigmatisierung der sogenannten „Moffenmeiden“, also das Kahlsheren niederländischer Frauen, die während der Besatzungszeit ein Verhältnis mit Deutschen gehabt hatten; in diesem Fall wurde aggressive Selbstjustiz als Ventil für die lokale Bevölkerung toleriert.

Die Abschlusssdiskussion versuchte, die Ausformung nationaler Erinnerungskulturen zu vergleichen. H. Lademacher betonte die Bedeutung des physischen und psychischen Leidens als die kollektive Erinnerung der Niederländer prägende Haupterfahrung. Daher verbessere sich das niederländische Deutschlandbild, dessen negative Konturen sich bereits deutlich früher herausgebildet hätten, nur sehr langsam. In Gegensatz dazu stehe, daß die Niederlande aus Einsicht in realpolitische Notwendigkeiten zu den wichtigsten Wegbereitern des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland gehörten. Diese Disparität zwischen den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen einerseits und dem Unbehagen der Bevölkerung dem großen Nachbarn gegenüber andererseits habe ihre Gründe nicht zuletzt in dem lange Jahre nur begrenzten deutschen Interesse an dem „zu kleinen“ Nachbarn im Westen. H.-U. Thamer (Universität Münster) unterschied in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auf deutscher Seite idealtypisch vier Phasen. Der Entnazifizierung bis Ende der 40er Jahre, die sich letztlich als Fehlschlag erwies, folgte bis Anfang der 60er Jahre eine Phase der Mythisierung und Tabuisierung. Indem die deutsche Öffentlichkeit die Verantwortung auf eine kriminelle, als gesellschaftliche Außenseiter apostrophierte NS-Elite beschränkte, war ein die Mehrheit exkulpierendes Grundmuster gefunden, das es erlaubte, weitgehendes Stillschweigen über vielfältige individuelle Verantwortung und Verstrickung zu wahren. Die in den 60er und 70er Jahren folgende „Tribunalisierung“ sei häufig zwar von Generalverdächtigungen, moralischem Rigorismus und einer gewissen Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen geprägt gewesen, habe allerdings maßgeblich dazu beigetragen, eine offenere und sachgerechtere Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anzubahnen. Die seit den 80er Jahren einsetzende „Historisierung“ versuche schließlich, verschiedene Handlungs- und Wahrnehmungsebenen sichtbar werden zu lassen, wozu auch die intensive Auseinandersetzung mit Tätern und Tätergruppen gehöre.

J.C.H. Blom legte dar, daß auf niederländischer Seite die öffentliche Diskussion seit Kriegsende von einem gesellschaftlichen Konsens geprägt wurde, der in je unterschiedlicher Gewichtung von den Themen Nation, Demokratie und Menschenrechte bestimmt worden ist. Insofern lassen sich auch in der niederländischen Verarbeitungsgeschichte vier Phasen unterscheiden. In der

unmittelbaren Nachkriegszeit stand das nationale Thema im Vordergrund. Betont wurde die nationale Gemeinsamkeit, mit der man die Besatzung ertragen habe und den Wiederaufbau auf sich nehmen wolle. Ab Ende der 40er Jahre, als sich die Formen des öffentlichen Gedenkens herauszubilden begannen und die politischen Diskussionen vom Kalten Krieg geprägt waren, habe das Thema Demokratie gegenüber dem nationalen Akzent an Gewicht gewonnen. Seit den späten 50er Jahren traten im Kontext von raschem Wohlstandswachstum und kultureller Revolution die Menschenrechte immer stärker in den Vordergrund. Dabei habe sich das Interesse zunächst auf die Opfer der bezettingstijd konzentriert, dann auf das Verhalten der Verwaltungs- und Wirtschaftseliten. In den 80er und 90er Jahren wurde das Thema der Menschenrechte noch intensiver reflektiert, wobei u.a. Elemente niederländischer Mitverantwortlichkeit an der Judenverfolgung in den Mittelpunkt rückten.

Es war die binationale und zugleich regionale, sozial- und kulturgeschichtlich orientierte Untersuchung des politischen Handelns und Verhaltens unter je extremen Bedingungen, die auch nach der Meinung der niederländischen Mitveranstalter den besonderen Akzent dieser Tagung setzte. Ohne den kategorialen Unterschied zwischen Besatzern und Besetzten zu verwischen, fügten sich die vielfältigen Gegenüberstellungen zu einer Zusammenschau der deutsch niederländischen Grenzregion, in der Unterschiede nach Räumen und sozialen Schichten, Konfessionen und Geschlechtern sowie nach politischen Konstellationen, sozialen Voraussetzungen und kulturellen Bedingungen der jeweiligen Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften hervortraten. Zugleich eröffnete sich anhand des niederländischen „Versäulungs“-Begriffs und des deutschen „Milieu“-Begriffs auch manche überraschende Analogie, so daß es überlegenswert erscheint, die thematischen und methodologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Konzepte in Zukunft noch schärfer herauszuarbeiten. Schon zum Jahresende 1999 soll ein Tagungsband vorliegen, der in der Reihe Niederlande-Studien des Zentrums für Niederlande-Studien der Universität Münster erscheint.

Matthias M. Ester, Münster
Gabriele John, Leverkusen

Die Steinwache – Ein Beispiel aus der praktischen Arbeit einer Mahn- und Gedenkstätte

Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, ein ehemaliges Polizei- und Gestapogefängnis, ist seit ihrer Eröffnung im Oktober 1992 zu einem Lern- und Gedenkort von zum Teil überregionaler Bedeutung geworden.¹ Das ehemalige Dortmunder Polizeigefängnis „Steinwache“, das während des Dritten Reiches von der Gestapo zu einer der berüchtigsten Folterstätten des Deutschen Reiches pervertiert wurde, wird mit seiner ständigen

¹ Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache wird u. a. von Schulklassen aus Nordhorn und Bad Honnef (Rheinland) und in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Dortmund-Gartenstadt sogar von Schulklassen aus Oswiecim (Auschwitz) regelmäßig besucht. Durch Kontaktaufnahme mit dem Bundesministerium für Verteidigung zählen auch Bundeswehreinheiten aus ganz Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu den Besuchern, s. hierzu auch StadtA DO Sammelordner Presseberichte und Besucherstatistik.

Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ nicht nur von Schulklassen als außerschulischer Lernort genutzt, sondern von einer Reihe anderer Bildungsträger aufgesucht. Neben Schulklassen aller Altersstufen und Schulkarten besuchen auch Polizeiausbildungsinstitute, Bundeswehreinheiten, Zivildienstschulen, Unversitätsseminare, ausländische Gruppen sowie eine Vielzahl anderer gesellschaftlicher Institutionen die Dortmunder Mahn- und Gedenkstätte.

Um den verschiedenen Bedürfnissen der Ausstellungsbesucher gerecht zu werden, muß eine zeitgemäße Gedenkstättenpädagogik ihre eigenen Vermittlungswege und Ziele ständig überprüfen. Eine Gedenkstätte wie die Dortmunder Steinwache, die als Gestapo-Gefängnis in der NS-Zeit als „Hölle Westdeutschlands“ weit über die Grenzen Dortmunds hinaus eine traurige Bekanntheit erlangt hat, muß eine besondere gruppenspezifische Betreuung anbieten, damit die gedenkstättenpädagogische Arbeit nicht in einem „formalen Erinnerungsritual“ verharrt.² Das pädagogische Hauptziel der Mahn- und Gedenkstätte Dortmund liegt in einer Sensibilisierung des Besuchers für die Inhalte der lokalen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, um damit letztlich auch die Wahrung unserer demokratischen Grundordnung sicherzustellen. Sie ist somit ein Ort der Erinnerung, der Trauer, des Mahnens und Gedenkens, aber auch des kontinuierlichen Lernens. Es soll für jeden Besucher der Steinwache deutlich werden, daß die nationalsozialistische Schreckensherrschaft nicht nur in Dachau, Buchenwald oder Auschwitz ihre schlimmste Ausformung gefunden hat, sondern auch - wie in einer deutschen Großstadt, z. B. Dortmund - „vor der eigenen Wohnungstür“ praktiziert wurde.

Die in das ehemalige Gestapogefängnis integrierte Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ des Stadtarchivs veranschaulicht darüber hinaus aber auch, daß sich eine Vielzahl unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Gruppen und Personen dem nationalsozialistischen Regime durch politischen Widerstand oder Resistenz verweigert haben. Die Widerstandsaktionen und Protestformen werden in ausdrucksstarken Fotos, Dokumenten, Briefen und in persönlichen Berichten dokumentiert. Dasselbe gilt für den Bereich der vom NS-System verfolgten Minderheiten.

Die Authentizität des Ortes wirkt auf den Gedenkstättenbesucher in den restaurierten Räumlichkeiten der Dortmunder Steinwache besonders nachhaltig, wenn eine individuelle Besucherbetreuung möglich ist. Die ehemaligen Vernehmungsräume der Dortmunder Gestapo, eine exemplarische „Innschriftenzelle“ (Innschriften von ehemaligen Häftlingen) sowie die berüchtigte „Zelle 19“, die auch als „Fertigmachzelle“ oder „Mörderzelle“ bezeichnet wurde, lassen die Dortmunder Steinwache als authentischen Ort nationalsozialistischen Strafvollzugs auch heute noch erfahrbar werden. Begeben sich z. B. Schüler an einem historischen Lernort, wie ihn die Dortmunder Steinwache darstellt, auf „Spurensuche“, so ergeben sich neue Fragestellungen, die auch ein moderner Geschichtsunterricht nicht immer hervorbringen kann. Die „Faßbarkeit“ historischer Orte und Prozesse im unmittelbaren lokalen Umfeld überrascht, sensibilisiert und motiviert meistens mehr, als oft im nüchternen Lernort Schule erwartet werden kann. Die für die Herausbildung eines spezifischen historischen Bewußtseins notwendige Betreuung leistet die Dortmunder Gedenk-

stätte in Form von Gruppenangeboten, wie etwa Führungen, Schulprogrammen, Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen oder Projekttagen.

Neben der „Erfahrbarkeit“ der jüngsten deutschen Geschichte vor Ort kann aber auch eine weitergehende Auseinandersetzung mit der lokalen und überregionalen Geschichte des NS-Regimes reflektiert werden. Das Medium einer solchen „Sensibilisierung“ für die Verbrechen und Strukturen des nationalsozialistischen Deutschland wird in der einschlägigen Literatur kontrovers diskutiert.³ Die Erfahrungen der gedenkstättenpädagogischen Arbeit in der Dortmunder Steinwache zeigen, daß mit der Darstellung von Täterbiographien und Opferprofilen, die z. B. während einer Führung durch die Gedenkstätte den Besuchern erklärt und lebendig „erzählt“ werden, neben reinem sachlichen Interesse auch Anteilnahme für die Opfer der unmenschlichen Gestapomethoden hervorgehoben werden kann. Gerade die starke biographische Ausrichtung der Dortmunder Ausstellung trägt zu einer individuellen Auseinandersetzung des Gedenkstättenbesuchers mit den bisher anonymen Frauen und Männern des Widerstandes gegen Hitler, aber auch mit den zahllosen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgungsorgane bei. Vielfach tabuisierte Themen, wie z. B. die Frage nach der „Mitschuld“ der „normalen Bevölkerung“ an den Verbrechen des NS-Regimes oder die nahtlose Integration vieler ehemaliger aktiver Nationalsozialisten nach dem Krieg in die Gesellschaft der jungen Bundesrepublik (mit einer nachlässig betriebenen „Entnazifizierung“ und Sühne der NS-Verbrechen) werden mit den Besuchern ebenfalls ausführlich diskutiert.⁴ In der Mahn- und Gedenkstätte Dortmund werden sämtliche Themen angesprochen und diskutiert, die parallel dazu überregional in Presse, Funk und Fernsehen abgehandelt werden. Durch die Projektion von Themen wie Polizei-, Gestapo- und NS-Verbrechen auf die lokale Ebene ergeben sich erheblich deutlichere Konturen.

Eine der wichtigsten Aufgaben oder Ansprüche der Dortmunder Steinwache sollte dabei nicht die bloße Fortsetzung des „Geschichtsunterrichts“ zum Thema „Nationalsozialismus“ sein, sondern eine Bewußtseinsbildung für eine besondere Verantwortung gegenüber Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Denn nur mit einer Sensibilisierung und Schärfung des historischen Bewußtseins kann auf Dauer einer in unserer Gesellschaft weit verbreitete „Schlußstrichmentalität“ entgegengewirkt werden.⁵ Gerade der in der Dortmunder Steinwache besonders intensiv geführte Dialog mit den verschiedenen Besuchergruppen über aktuelle Beispiele von Ausländerfeindlichkeit, politischer Verfolgung etc., machen den Sinn einer Gedenkstätte als Ort des historischen und politischen Lernens besonders manifest. Zahlreiche diesbezügliche Einträge von Besuchern in den Gästebüchern der Steinwache sind Ergebnisse der

² Hans-Wilhelm Bohrisch, Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1992 - 1996. Gedenken - Erinnern - Mahnen wider das Vergessen und Verdrängen der Vergangenheit, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 87, 1996, S. 265 - 291.

³ So auch bei Annegret Ehmman (Hg.), Praxis der Gedenkstättenpädagogik, Opladen 1995. Von besonderem Interesse in diesem Sammelband ist der Aufsatz von Andreas Unger, Thesen zu Zielen und Wegen der Gedenkstättenpädagogik am Beispiel der Gedenkstätte Bergen-Belsen, S. 294 - 296.

⁴ Zur Thematik vgl. immer noch grundlegend Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

⁵ Wie Anm. 2, S. 289.

individuellen Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte.⁶ Beispielhaft sei die Aussage einer 16jährigen Besucherin aus Oswiecim (Auschwitz/Polen) angeführt, die gegenüber einer Dortmunder Zeitung nach einem Besuch der Steinwache im März 1997 folgende Bemerkung machte: „Eigentlich sollten auch alle Polen nach Dortmund fahren, um zu sehen, was hier passiert ist“.⁷

Das gedenkstättenpädagogische Programm:

Führungen durch die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Für den interessierten Besucher werden kostenlose Gruppenführungen (ab 15 Personen), die ca. 1 1/2 bis 2 Stunden dauern, angeboten.⁸ Die Führungen, zum Teil auch fremdsprachlich, werden zur Zeit von 14 Honorarkräften, zum größten Teil Historiker und Sozialwissenschaftlicher, vorgenommen. Da die umfangreiche Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ eine Vielzahl unterschiedlichster Themen behandelt, werden vor jedem Gedenkstättenbesuch Führungsschwerpunkte mit den jeweiligen Besuchergruppen abgesprochen.⁹ Bei der Anmeldung einer Führung können im Vorfeld besondere „Wünsche“ mit den Führungskräften abgesprochen werden. Die Erfahrung zeigt, daß eine intensive Vor- und Nachbereitung, in die auch die Gedenkstättenmitarbeiter/innen miteinbezogen werden, besonders zum Erfolg der gruppenindividuellen politisch-historischen Bildung beitragen. Um positive und negative Kritik wird nach jeder Führung gebeten, um eventuelle Änderungen im Programm der Gedenkstätte vornehmen zu können. Dazu liegt u. a. im Eingangsbereich ein Gästebuch aus.

„Eine sinnvolle Arbeit in der Steinwache muß ... ständig ... die Erfahrungen der Besucher hinterfragen, um ihnen adäquate Möglichkeiten zum Gespräch und zur Information bieten zu können.“¹⁰ Auch bei Führungen zu den unterschiedlichsten Ausformungen des Widerstandes und der Verfolgung, aber auch bei Führungen, die den Unterdrückungsapparat der Nationalsozialisten (Polizei und Gestapo) zum Hauptinhalt haben, präsentiert sich die Steinwache als multifunktionaler Lernort. Der Besucher, der durch die Gedenkstätte geführt wird, soll erkennen, daß sie ein Ort der Trauer, des Mahnens und Gedenkens, aber auch ein Ort der Begegnung und des vertiefenden Lernens ist. Da eine Führung aber selten mehr als einen Einblick in einen Kontext lokalgeschichtlichen Thematik vermitteln kann, werden darüber hinaus vertiefende, gedenkstättenpädagogische Medien und Gruppenprogramme angeboten.

Medien in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Seit Ende 1996 wird in der Steinwache kontinuierlich ein Videoarchiv mit Dokumentationen und Spielfilmen über den Nationalsozialismus mit den Schwerpunkten Widerstand und Verfolgung aufgebaut. Es besteht neben einer normalen Führung durch das ehemalige Gefängnis nun auch die Möglichkeit, ergänzend einen themenorientierten Film im Gruppenarbeitsraum vorzuführen.¹¹

Gegenwärtig umfaßt das Videoarchiv der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache etwa 90 Cassetten mit über 300 Dokumentationen sowie zahlreichen persönlichen Erin-

nerungen von ehemaligen Häftlingen der Steinwache. Ziel ist es, gerade jüngere Besucher, die im Vorfeld des Gedenkstättenbesuches wenig Vorabinformationen erhalten haben, anhand von aussagekräftigem Filmmaterial mit der jeweiligen Veranstaltungsthematik vertraut zu machen. „Spezialfilme“, die nach der jeweiligen Schwerpunktführung gezeigt und diskutiert werden, ermöglichen den interessierten Besuchern eine vertiefende Beschäftigung mit den einzelnen lokalbezogenen Bereichen der Ausstellung. Mittlerweile kann zu jedem der 49 Ausstellungsthemen in der Dortmunder Steinwache adäquates Filmmaterial angeboten werden.¹² Ein Großbildfernsehapparat steht hierfür im Gruppenarbeitsraum (für ca. 50 Personen) zur Verfügung. Eine Auswahl von Zeitzeugenberichten kann in Form von Video- und Tonpräsentationen aber auch individuell in verschiedenen Räumen der Mahn- und Gedenkstätte abgerufen werden.

Seit der Einbindung von Videofilmen erfreut sich dieses Angebot bei den Besuchergruppen besonderer Beliebtheit und trägt zur Erfüllung der oben genannten Maßstäbe des historisch-politischen Arbeitens bei. Ein Overheadprojektor für Lehrerfortbildungen oder anderweitige Veranstaltungen kann im Bedarfsfall ebenfalls im Gruppenarbeitsraum der Steinwache genutzt werden.

Neben dem Videoarchiv steht dem Besucher auch ein spezifisch erarbeiteter Schüler- und Gruppenarbeitsbogen zur Verfügung, der bereits wiederholt erfolgreich für vertiefende „Schulprojektstage“ über den Nationalsozialismus in Anspruch genommen wurde. Auf Wunsch können themenorientierte Fragebogen jeweils individuell für Besuchergruppen im Vorfeld des Besuches erarbeitet werden. Eine Einarbeitung aktueller Bezüge in das Besuchsprogramm ist auch kurzfristig möglich.

Das gedenkstättenpädagogische Angebot für eine kritische Auseinandersetzung mit einem gewählten Schwerpunktthema der Ausstellung richtet sich nicht nur an Schulklassen und Kurse, sondern auch an Bundeswehreinheiten, Zivildienstschulen, Polizeiausbildungsinstitute oder an alle anderweitigen Berufsausbildungsgruppen oder gesellschaftlichen Institutionen.

Projektstage in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Seit Anfang 1997 wird ein sogenannter kostenloser „Projekttag“ mit wachsendem Erfolg in der Steinwache

⁶ Anke Fraas, Auswertung der Gästebücher der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund der Jahre 1992 - 1996, StadtA DO, Typoskript 1997.

⁷ Auschwitz war auch anderswo. Polinnen besuchten Steinwache, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 145 v. 23. Juni 1997.

⁸ Anmeldungen hierzu können mindestens 14 Tage vor dem gewünschten Termin von Dienstag bis Sonntag, 10:00 bis 17:00 Uhr, vorgenommen werden, Tel. (0231) 50 - 2 50 02. An jedem 1. Sonntag im Monat, 11:00 Uhr, findet darüber hinaus eine kostenlose Gruppenführung statt.

⁹ Führungsschwerpunkte sind z.B. Judenverfolgung in Dortmund, Machtergreifung in Dortmund, Gestapo und Polizei in der Steinwache Dortmund, Widerstandsgruppen in Dortmund, Euthanasie im NS-Staat etc. Grundsätzlich sind Schwerpunktführungen zu jedem Themenraum in der Mahn- und Gedenkstätte möglich.

¹⁰ Wie Anm. 2, S. 289.

¹¹ Eine ausführliche Videoliste mit Inhaltsangaben der jeweiligen Filme kann ebenfalls in der Steinwache angefordert werden, Tel. (0231) 50-25002. Der Veranstaltungstypus „Führung + Film“ umfaßt etwa drei Stunden. Nähere Informationen hierzu finden sich in der Videoliste.

¹² Das Videoarchiv der Dortmunder Steinwache umfaßt die wichtigsten Dokumentationen der Jahre 1982 bis 1997 zur Thematik.

durchgeführt. Diese vier- bis fünfstündige Veranstaltung wird den Ansprüchen einer vertiefenden Veranstaltung an einem „authentischen Lernort“ weitgehend gerecht. Die ständige Ausstellung in der Steinwache war und ist damit vielleicht immer noch „gegenwärtig das in NRW am weitesten entwickelte Konzept einer Mahn- und Gedenkstätte“, wie der Leiter des Kölner NS-Dokumentationszentrums, Prof. Dr. H. Matzerath, festgestellt hat.¹³ Die Projektstage werden zu jedem der 49 Themenschwerpunkte der Ausstellung, aber auch zu aktuellen Ereignissen, wie etwa zur jüngsten Diskussion über die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ oder zu rechtsextremistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland angeboten.¹⁴

Anmeldungen zu den Projekttagen sollten mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Termin abgesprochen werden. Ein individuelles Vorbereitungsgespräch mit den Gedenkstättenmitarbeitern/innen wird besonders empfohlen.

Da das ehemalige Gestapogefängnis als Ort der Auseinandersetzung mit den Täterstrukturen, den Haftbedingungen und der Verhörpraxis der Nationalsozialisten immer mehr an Bedeutung und Interesse gewinnt, soll hier der Ablauf eines Projekttages mit dem Thema „Polizei und Gestapo in der Steinwache Dortmund“ kurz vorgestellt werden:

„Die restaurierten Räumlichkeiten der Steinwache fordern dazu heraus, die Funktionsweise des nationalsozialistischen Polizeistaates, dessen Spitzel- und Überwachungssystem, aber auch die Verhör-, Folter- und Haftmethoden der Gestapo kennenzulernen und sich ein Bild von der Behandlung derjenigen zu verschaffen, die in die Fänge des Terrorapparates gerieten“ (Prof. Dr. Hans Mommsen).¹⁵

Das nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu einer der berüchtigtsten Folterstätten im Deutschen Reich ausgebaute Polizeigefängnis der Dortmunder Steinwache hat somit eine besondere gedenkstättenpädagogische Aufgabe. Neben den verschiedenen Aspekten der lokalgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Widerstand muß gerade die Ausformung des nationalsozialistischen Terrorregimes intensiv für den Besucher erfahrbar werden. Neben einer ausführlichen Information über die Haftbedingungen in der Dortmunder Steinwache 1933 - 1945 wird eine intensive Aufklärungsarbeit über den originären Charakter der Geheimen Staatspolizei als mythologisierte Legendenbehörde geleistet.¹⁶ Nicht geheimpolizeiliches Geschick mit dauerhafter Präsenz „an jeder Straßenecke“, sondern eine unmenschliche Vernehmungspraxis in Zusammenarbeit mit dem alltäglichen „Denunziantentum“ stellte den Erfolg der Nationalsozialisten im Kampf für die Konsolidierung der Diktatur sicher. Dieses Thema kann in der Dortmunder Steinwache als „authentischer Ort des Schreckens“ besonders anschaulich während eines Projekttages zur Polizei und Gestapo dargestellt werden. Die ca. vier- bis fünfstündige Veranstaltung (je nach Wahl) enthält eine ausführliche Führung durch die Gedenkstätte, die Vorführung eines Videodokumentarfilms, Fragebogen für eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Thematik in Kleingruppen sowie eine ausführliche Diskussions- und Fragerunde. Im folgenden wird eine solche Veranstaltung zur „Polizei und Gestapo“ in ihrem zeitlichen Ablauf kurz vorgestellt:

Thementag „Täter im NS-Staat - Polizei und Gestapo in der Steinwache“ in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Dauer: 4 Stunden 45 Minuten

Für jede Gruppe (Schulklassen, Polizeiausbildungsinstitute, Bundeswehr etc.) durchführbar; ab 15 Personen

Programmablauf:

| | |
|-----------|--|
| 10:00 Uhr | Begrüßung/Einführung, Vorstellung des Tagesprogramms im Gruppenraum |
| 10:15 Uhr | Videoeinführungsfilm zur Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund und der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ |
| 10:25 Uhr | Kurzreferat zur Geschichte der Dortmunder Steinwache vor 1933 |
| 10:35 Uhr | Filmvorführung im Gruppenraum „Gestapo. Mythos und Realität“, 60 Minuten, BRD 1997, oder „Wir haben nichts vergessen. Die Morde im Rombergpark und in der Bittermark 1945“, 60 Minuten, BRD 1995 |
| 11:35 Uhr | Pause |
| 11:50 Uhr | Führung zur Thematik durch die Gedenkstätte mit kritischer Reflexion der Dokumentation |
| 13:15 Uhr | Einteilung in Kleinarbeitsgruppen, Besprechung der Arbeitsaufträge |
| 13:30 Uhr | Bearbeitungsphase |
| 14:00 Uhr | Gruppenraum: Ergebnissicherung, Kritik, Reaktionen, Fazit |
| 14:45 Uhr | Ende der Veranstaltung |

Die während der Gruppenarbeitsphase eingesetzten Fragebogen werden im Vorfeld der Veranstaltung individuell auf die verschiedenen Gruppen abgestimmt und erarbeitet. Auf Wunsch können auch einige Veranstaltungspunkte ergänzt oder fallengelassen werden. Neben dem oben vorgestellten Projekttag „Täter im NS-Staat - Polizei und Gestapo in der Steinwache“ werden u. a. folgenden Thementage angeboten:

- Widerstandsgruppen in Dortmund
- Euthanasie im NS-Staat
- Judenverfolgung in Dortmund
- Zwischen Anpassung und Nonkonformität - Judenopposition gegen Hitler
- Die Rolle der Wehrmacht im NS-Staat

¹³ Horst Matzerath, Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, H. 2/1992, S. 59.

¹⁴ Ein ausführliches Informationsblatt mit den angebotenen Themen kann in der Steinwache angefordert werden.

¹⁵ Stadt Dortmund (Hg.), Der Nationalsozialismus in Dortmund, Rede von Prof. Dr. Hans Mommsen zur Eröffnung der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 19433 - 1945“ am 14. Oktober 1992, Schriften der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Nr. 1, Dortmund 1992, S. 12.

¹⁶ S. hierzu Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo - Mythos und Realität, Darmstadt 1995. Von besonderem Interesse für die Dortmunder Gestapo ist der Beitrag von P. Gerhard/Alexander Primavesi, Die Verfolgung der Fremdvölkischen in Dortmund (1940 - 1945).

Ausführliches Informationsmaterial zu weiteren Themen kann in der Dortmunder Steinwache angefordert werden. Für Schulklassen der jüngeren Jahrgänge, die die Dortmunder Steinwache ebenfalls nutzen wollen, wird ein besonderes Schulprogramm angeboten, das besonders auf die Lernbedürfnisse ab Klasse 7 der weiterführenden Schulen abgestimmt ist.¹⁷

Das schulpädagogische Programm für die Jahrgangsstufen 7 und 8

Das kostenlose schulpädagogische Programm mit Schülerarbeitsbogen wird seit März 1993 angeboten. Das sogenannte „Schulprogramm“ entspricht einer Unterrichtseinheit von drei Stunden in der Steinwache. Es umfaßt eine Führung nach einem vorab abgeklärten Schwerpunkt als Einführung in die Thematik, eine Arbeitsphase in Kleingruppen in der Gedenkstätte sowie eine Abschlußbesprechung im Gruppenarbeitsraum. Auf Wunsch kann eine ergänzende Filmdokumentation gezeigt werden. Folgende Themen stehen zur Zeit zur Auswahl: Die Machtergreifung in Dortmund, Judenverfolgung in Dortmund, Täter im Nationsozialismus und Widerstandsgruppen in Dortmund. Eine intensive Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuches ist hier besonders zu empfehlen.

Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern, Vereinen und Organisationen

Seit Mitte 1995 bemüht sich das Stadtarchiv Dortmund, die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern, Vereinen und Organisationen in der Steinwache zu intensivieren. Zu Kooperationspartnern bei Veranstaltungen in der Steinwache zählen mittlerweile die Katholische Familienbildungsstätte Dortmund, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dortmund, die Volkshochschule Dortmund und Volkshochschulen der Nachbarstädte, die Studienstiftungen der politischen Parteien, der Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“/Regionalgruppe Rhein/Ruhr, die AvS (Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten) und die Mitglieder des Kuratoriums „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer. Der Gruppenraum der Steinwache dient o. g. Vereinen und Organisationen auch als Versammlungs- und Tagungsort. So fand im Frühjahr 1995 u. a. die Landestagung der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit NRW, die Gründung der Regionalgruppe Rhein/Ruhr des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“ und die Zusammenkunft des Internationalen Rombergpark-Komitees in der Steinwache statt. In diesem Jahr beteiligte sich die Steinwache als Förderin auch am Wettbewerb „Jüdisches Leben und Wirken im Ruhrgebiet von 1900 bis heute“ der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Recklinghausen, wobei einer Reihe von Schülergruppen Hilfestellung bei der Bearbeitung ihrer Untersuchungsthemen im Stadtarchiv Dortmund gegeben wurde.

Zeitzeugenprojekt

In Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Mitarbeitern des Offenen Kanals Dortmund (Fernsehen) wird seit 1996 eine Zeitzeugenbefragung durchgeführt, wobei Bürger und Bürgerinnen Dortmunds zur Zeit des Natio-

nalsozialismus befragt werden. Die ca. 30-minütigen Endfassungen dieser Interviews wurden im Frühjahr 1998 gesendet. Von Lesungen und Referaten in der Steinwache wurden ebenfalls Aufzeichnungen gemacht, deren Zusammenschnitte im Offenen Kanal gesendet wurden und ein breites Interesse in der Bevölkerung fanden.

Veranstaltungen in der Steinwache

Seit Mitte 1995 bemüht sich das Stadtarchiv Dortmund, durch verschiedene Veranstaltungen in der Mahn- und Gedenkstätte (Lesungen, Referate, Ausstellungen) das Angebot in der Steinwache zu erweitern und so das Interesse der Öffentlichkeit an der ständigen Ausstellung wachzuhalten. Beispielhaft seien hier nur zwei Kunstaussstellungen des Jahres 1997 erwähnt. Von Mai bis Juni 1997 zeigte die Steinwache Ölgemälde zum Thema Verfolgung und Deportation und eine Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung des Selmer Künstlers Heinz Cymontkowski. Die Menschen, die Heinz Cymontkowski dargestellt hat, zählen zu den Gequälten, Verachteten und Verfolgten - zu den Außenseitern der Gesellschaft des nazistischen Deutschland von 1933 - 1945. In der Zelle Nr. 18 der Steinwache war ein vom Boden bis an die Decke reichendes Knäuel von 1.000 m Stacheldraht zu sehen, welches den Zugang zu einem Bücherregal versperrte, das über 100 Originalausgaben der von den Nationalsozialisten verfeimten Autoren enthielt. Heinz Cymontkowskis Ausstellung zeigte, wie Verfolgung begann - mit der Unterdrückung des Geistes - wie sie mit Deportation fortgesetzt wurde und in millionenfachem Mord endete.¹⁸

Von November 1997 bis Januar 1998 präsentierte die Steinwache die Foto-Ausstellung „Der Schwarze Weg“ (Fotografien der KZ-Gedenkorte Auschwitz, Belzec, Majdanek, Sobibor und Treblinka) des Leverkusener Fotografen Sigurd Maschke. Der sogenannte Schwarze Weg existierte tatsächlich. Die Häftlinge von Treblinka hatten so die Wegstrecke von ihren Baracken zur Mordstätte benannt. Von September 1989 bis Oktober 1990 besuchte S. Maschke mehrfach die Orte der deutschen Vernichtungslager auf polnischem Boden. Er hielt sich dort mehrere Tage auf, suchte das Gespräch mit anderen Menschen und unternahm das mühevoll unterfangen einer eigenen Konfrontation mit der grausamen Vergangenheit des Nationalsozialismus.¹⁹

¹⁷ Wie Anm. 2, S. 285. Ausführliches Informationsmaterial zum Schulprogramm ist in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache erhältlich.

¹⁸ Hans-Wilhelm Bohrisch, Arbeiten zum Thema Verfolgung und Deportation und eine Rauminstallation zum Thema Bücherverbrennung. Ausstellung O. T. (ohne Titel) in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, in: Gedenkstätten- Rundbrief, Nr. 78, 1997, S. 37 - 40. - ders., Ausstellung O. T. (ohne Titel), Arbeiten zum Thema Verfolgung und Deportation, in: Gegen Vergessen. Informationsblatt für Mitglieder, Freunde und Förderer des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“, Nr. 15/16, 1997, S. 26.

¹⁹ Andreas Winkelsträter, Stumme Zeugen ans unfaßbare Grauen, in: Westfälische Rundschau v. 01.11.1997; s. a. Bilder gegen das Vergessen in der Steinwache, in: Ruhr-Nachrichten v. 01.11.1997; Gras gedeiht auf Aschefeld - der Schwarze Weg. Ausstellung gegen das Vergessen, in: WAZ v. 01.11.1997; Der Schwarze Weg. Stumme Zeugen des Grauens, in: Der Dom, Kirchenzeitung für das Erzbistum Paderborn, v. 26.10.1997, S. 21; Orte der Vergangenheit - Fotoausstellung in der Steinwache Dortmund zeigt KZ-Gedenkorte, in: Unse-re Kirche, Evangelische Wochenzeitung für Westfalen und Lippe, Nr. 50 v. 07.12.1997.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der zeitgeschichtlichen Pressedokumentation des Stadtarchivs²⁰ und in einem speziellen Sammelordner²¹ befinden sich mittlerweile mehrere hundert Presseberichte, Fachaufsätze und Leserbriefe zum Thema Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund.

Da es ein Ziel der Steinwache ist, einem möglichst großen Personenkreis die Ausstellung bekannt zu machen, nimmt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen erheblichen Teil der alltäglichen Arbeit in der Gedenkstätte ein.

Seit Mitte 1996 werden den Redaktionen von Zeitungen in der Region kostenlose Artikel über die Steinwache, denen Bildmaterial beigelegt ist, angeboten. In diese Aktion miteinbezogen wurden die Presseorgane der beiden christlichen Kirchen²², die Publikationsorgane der Verfolgtenorganisationen²³ und die Zeitschriften anderer Vereine der Region.²⁴

Gleichzeitig wurden die Schulämter in der Region mit Hilfe von speziellen Informationsschreiben auf das Bildungsangebot der Steinwache aufmerksam gemacht. Mittlerweile besuchen selbst Schulklassen aus der von Dortmund recht weit entfernten Stadt Nordhorn die Ausstellung. Durch Kontaktaufnahme mit dem Bundesministerium für Verteidigung zählen auch Bundeswehreinheiten aus dem gesamten Land Nordrhein-Westfalen zu den Besuchern der Steinwache.

Bereits Ende 1996 ließ sich eine erfreuliche Bilanz der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit anhand gestiegener Besucherzahlen ablesen.

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache
Steinstr. 50, 44147 Dortmund
Tel. (0231) 50 - 2 50 02, Telefax (0231) 50 - 2 60 11
Postanschrift s. o. oder Stadt Dortmund, Stadtarchiv,
44122 Dortmund, Tel. (0231) 50 - 2 21 56
Leitung: Dr. Günther Högl

Öffnungszeiten:
Dienstag - Sonntag, 10:00 - 17:00 Uhr, Eintritt frei

Führungen:
Anmeldungen für kostenlose Gruppenführungen und kostenlose schulpädagogische Programme (Jahrgangsstufe 7 - 11) können während der o. g. Öffnungszeiten unter Tel. (0231) 50 - 2 50 02 (bitte drei Wochen im voraus) angemeldet werden. Ferner findet an jedem 1. Sonntag mit Monat um 11:00 Uhr eine kostenlose Gruppenführung statt.

Verkehrsverbindung:
U- und S-Bahn-Haltestelle Dortmund Hauptbahnhof/
Nordausgang, 100 m vom Nordausgang in unmittelbarer
Nähe der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen.

Katalog:
Günther Högl (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Zu beziehen im Direktverkauf in der Mahn- und Gedenkstätte oder im Postversand durch das Stadtarchiv Dortmund (DM 29,80 zzgl. Porto und Verpackungskosten).

Literatur:

Bohrisch, Hans-Wilhelm: Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik (Zeitschrift für historisch-politische Bildung), 27. Jg. 1999, Heft 1/2, S. 100-103

Bohrisch, Hans-Wilhelm/Michalak, Tim: Die Steinwache - Beispiele aus der praktischen Arbeit einer Mahn- und Gedenkstätte, in: Forschen - Lernen - Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW e. V., Düsseldorf 1999, S. 37-46

Bohrisch, Hans-Wilhelm: Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1992 - 1996. Gedenken - Erinnern - Mahnen wider das Vergessen und Verdrängen der Vergangenheit, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 877 1996, S. 265-291

Högl, Günther: Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Archiv für Polizeigeschichte, Zeitschrift der Dt. Gesellschaft für Polizeigeschichte, 5. Jg., Heft 3/1994, S. 66-70

Högl, Günther (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, Dortmund, 1992

Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund, Hannover, 1969

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, in: Den Opfern gewidmet - Auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in NRW, hrsg. vom Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW e. V., Düsseldorf 1999, S. 46-52

Mommsen, Hans: Der Nationalsozialismus in Dortmund - Rede zur Eröffnung der ständigen Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ am 14. Oktober 1992 (Schriften der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, Nr. 1), Dortmund, 1992

Gust, Ewa/Zigan, GisaM. (Bearb.): Texte gegen das Vergessen (Schriften der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund Nr. 2), Dortmund, 1998

²⁰ StadtA DO Best. 501 (Stadtarchiv).

²¹ StadtA DO Sammelordner Presseberichte Steinwache.

²² S. a. In der Hölle auf Erden - Gestapo-Gefängnis wurde Mahn- und Gedenkstätte, in: Unsere Kirche, Nr. 18 v. 28.04.1996; Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945 - Steinwache dokumentiert Widerstand gegen NS-Regime, in: Der Dom, Nr. 23 v. 09.06.1996.

²³ Drei Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, in: AvS (Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten)-Informationsdienst, Nr. 10, 1995; Hans-Wilhelm Bohrisch, Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, in: Gegen Vergessen (s. Anm. 18), Nr. 10/11, 1996, S. 26 f.

²⁴ Hans-Wilhelm Bohrisch, Drei Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Brücken, Zeitschrift der Auslandsgesellschaft NRW, Nr. 1, 1996, S. 13 - 16; ders., Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Kultur und Heimat, Heimatblätter für Castrop-Rauxel und Umgebung, Nr. 1/2, 1996, S. 4 - 9; Drei Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, in: Heimatpflege in Westfalen, Nr. 1, 1996, S. 12 - 14; Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund, in: Borussia BVB 09 Magazin v. 06.04.1996.

Hans-Wilhelm Bohrisch M. A.
Tim Michalak

Fotoausstellung „Auschwitz“ vom 8. August bis 31. Oktober 1999 in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Das Stadtarchiv Dortmund präsentiert in der Zeit vom 8. August bis 31. Oktober 1999 in der Steinwache, in Kooperation mit der Auslandsgesellschaft NRW e. V. Dortmund und der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Bezirk Westliches Westfalen und Unterbezirk Dortmund, die Fotoausstellung Auschwitz von Thomas Bauer und Andreas Mangan.

Die Fotografien entstanden 1995 im Rahmen einer von der Journalistenschule Ruhr durchgeführten Reise nach Krakau. Unter dem Titel „Begegnungen in Polen“ stand die Auseinandersetzung mit dem Polen von heute und gestern. Das Programm beinhaltete neben diversen Treffen mit polnischen Journalisten und Künstlern auch den Besuch der in der Nähe von Krakau gelegenen Gedenkstätte Auschwitz. Dieser Besuch bedeutete für Thomas Bauer und Andreas Mangan - obwohl ihnen die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Faschismus und des Nationalsozialismus stets präsent ist - eine unmittelbare, focussierte Wahrnehmung der Ereignisse von vor nunmehr über fünfzig Jahren.

„Alles, was wir in der Theorie, aus Büchern, Filmen, Erzählungen und anderen Darstellungen erfahren hatten, dringt mit unverbläster Intensität in uns ein und fordert seinen Platz in unserem Bewußtsein ... Die Fotografien sind eine Auseinandersetzung mit Geschehenem und Existierendem. Dort, an einem Ort, an dem nicht in Worte faßbare Ereignisse stattgefunden haben, wurde uns die eigene Verantwortung für Unterlassenes oder Getanes in all ihrer Härte bewußt. Die fotografischen Bilder

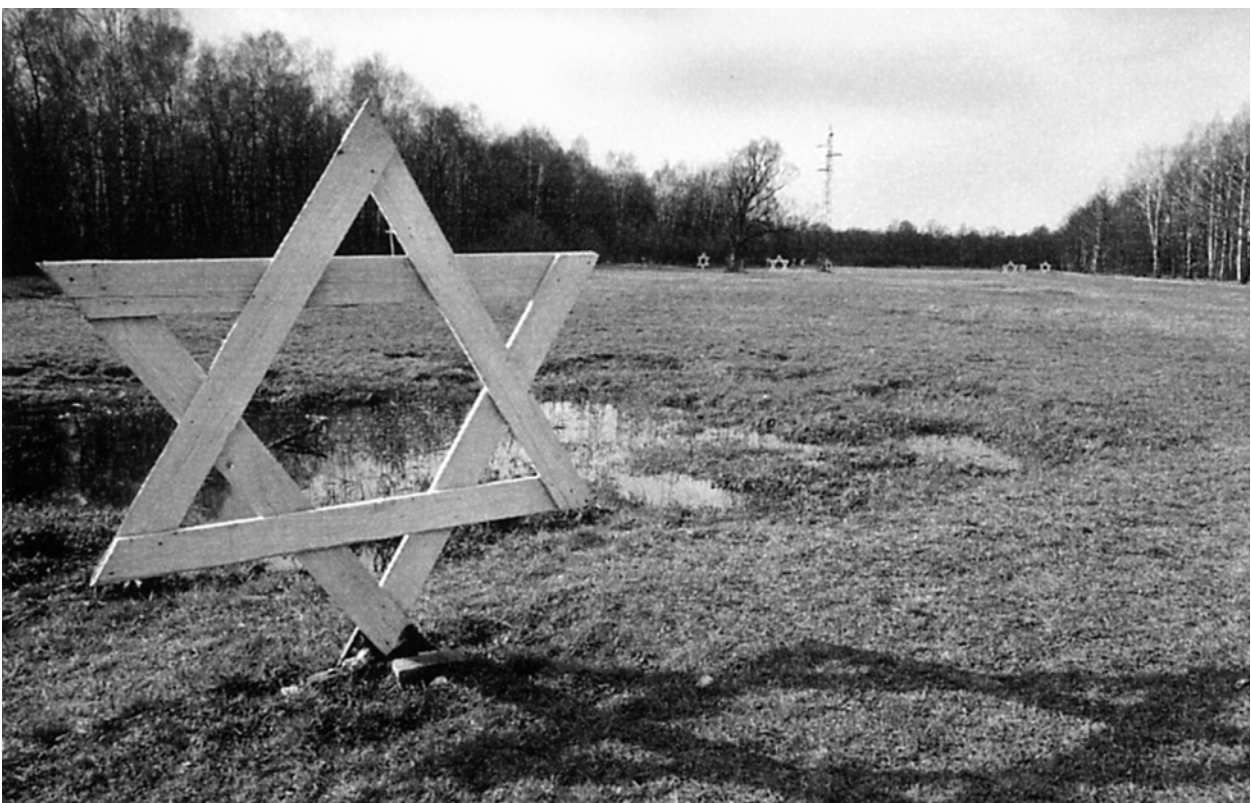
führen uns vor Augen, daß Auschwitz ein realer Ort war und ist; ein Ort, dessen bedrückende Realität in der Gedenkstätte erhalten bleiben muß. Jeder einzelne Stein dort legt Zeugnis ab von Geschehnissen, die nicht vergessen werden dürfen.“

Thomas Bauer, *1967, machte 1989 sein Hobby zum Beruf und ist seither als freier Fotograf national und international tätig. Einem Fotovolontariat bei der Westfälischen Rundschau in Dortmund (1995-1997) folgte eine einjährige Tätigkeit als Fotoredakteur bei der WR; seit 1998 wieder als freier Fotograf für Magazine, Agenturen und Wochenzeitungen mit der Kamera unterwegs; Mitautor des Bildbandes „Fotojournalismus“, Ausstellungen: 1995 „Begegnungen in Polen“, gemeinsam mit Andreas Mangan in der Journalistenschule Ruhr/Essen, 1996 „Le roi Arthus“ - der Entstehungsprozeß eines lyrischen Dramas im Opernhaus Dortmund.

Andreas Mangan, *1968, Bildredakteur bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung in Duisburg, nach dem Abitur Mitarbeit in verschiedenen Studios und bei Zeitungen, seit 1992 bei der WAZ in Duisburg tätig, 1994-1996 Volontariat, dann zwei aufregende Jahre als „Springer“ und Ausbilder für elektronische Bildverarbeitung bei der WAZ Essen; seitdem wieder in Duisburg, Ausstellungen: 1990 „Rumänien“ im Rathaus Mülheim, 1991 „RumänienII“ in der Sprakasse Mülheim, 1995 „Begegnungen in Polen“ zusammen mit Thomas Bauer in der Journalistenschule Ruhr/Essen, 1997 „Probenbilder“ in der Otto-Pankok-Schule in Mülheim.

Auschwitz

Kleinstadt zwischen Krakau und Kattowitz wurde in der ganzen Welt bekannt, durch das Konzentrationslager, das die Nationalsozialisten zu Beginn des 2. Weltkriegs



Denkmal Davidstern in Auschwitz



Koffer der nach Auschwitz Deportierten

ges in der Nähe errichteten. Der Name ist seitdem zum Symbol des fabrikmäßig perfektionierten Massenmordes geworden, dem während der nationalsozialistischen Herrschaft Millionen von Juden, Hunderttausende von politischen Gegnern, russische Kriegsgefangene, Zigeuner und viele andere Verfolgtengruppen zum Opfer fielen.

Das Lager wurde 1940 auf dem Gelände einer ehemaligen Artilleriekaserne etabliert und bestand bis Anfang 1945. Zunächst war es nur zur Aufnahme polnischer Häftlinge aus der Umgebung bestimmt. Seit Anfang 1942 (Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942) wurde es dann im Rahmen der nationalsozialistischen Ausrottingsaktion gegen die europäischen Juden zum Ziel von Häftlingstransporten aus allen von deutschen Truppen besetzten Ländern. In kurzer Zeit dehnte sich das „Interessengebiet KZ Auschwitz“ über 40 qkm aus. Neben dem Stammlager gab es 39 Außenstellen, die bis in das oberschlesische Industriegebiet reichten. Das eigentliche KZ wurde 3 km vom Stammlager Auschwitz entfernt bei dem Ort Birkenau errichtet. Es bestand zuletzt aus 250 primitiven Baracken, die für je 300-400 Häftlinge bestimmt waren, aber oft bis zu tausend Menschen aufnehmen mußten. Wenn ein neuer Transport mit Juden eintraf, wurden die Arbeitsfähigen auf der Bahnrampe in Birkenau aussortiert. Die Alten, Schwachen und die Kinder führten die Aufseher sofort in die Gaskammern, die als Duschanlagen getarnt waren.

Ein Angehöriger der Wachmannschaften schilderte in einem Interview: „Ganz zuerst hat man sie eingegraben. Die vergasten Leute. Dann ist aber nach einiger Zeit das Blutwasser raufgetreten. Das hat sich gehoben das Ganze. Da hat man sie wieder ausgegraben

und alle verbrannt. Und dafür waren dann ja die Krematorien da.“¹

Die als „arbeitsfähig“ Eingestuften (meist weniger als 25%) wurden zu Bauarbeiten und zur Produktion in Rüstungsbetrieben in der Umgebung herangezogen. Die schwere Arbeit bei total unzureichender Verpflegung und ständigem Terror, nicht zuletzt die katastrophalen hygienischen Verhältnisse im Lager brachen nach wenigen Wochen bzw. Monaten die körperliche und geistige Widerstandskraft der meisten Häftlinge. Der Kommandant von Auschwitz bezeichnete das Lager selbst einmal als die „größte Menschen-Vernichtungs-Anlage aller Zeiten“. 1965 wurden in Frankfurt in einem der größten Prozesse der Nachkriegszeit 17 der daran unmittelbar Beteiligten zu lebenslänglichen oder zeitlich befristeten Freiheitsstrafen verurteilt. Eine holländische überlebende Jüdin sagte in einem Gespräch: „Heute wissen alle Leute, was Auschwitz war. Aber kaum einer weiß, wo es lag, und daß es den Ort und das Lager noch gibt. Alle tun, als wäre es auf dem Monde oder jedenfalls nicht auf der Welt. Und wenn ich ihnen sage: Auf dem Mond? Es war keine 50 km von Gleiwitz und Hindenburg entfernt, und das waren zwei deutsche Großstädte damals! Dann sagen sie: „Hat euch denn keiner gehört“ - Aber das mag Gott wissen.“²

Hans-Wilhelm Bohrisch

¹ Aussagen von SS-Bewachungspersonal des KZ Auschwitz in Interviews; zit. nach E. Demant (Hg.), Auschwitz - „Direkt von der Rampe weg...“, Hamburg 1979, S. 41.

² Ernst Schnabel, Anne Frank, Spur eines Kindes, Frankfurt/M. 1958, S. 134.

Wiedereröffnung des Stadtarchivs Dortmund

Tradition und Zukunft

Stadtarchiv bekommt neues Haus

Das ehemalige Siemens-Haus an der Märkischen Straße 14, vis à vis der S- und U-Bahnhaltestelle Stadthaus, das nach modernen Erkenntnissen umgebaut wurde, bietet alle Voraussetzungen dafür, eine Top-Adresse für die Archivare und Historiker, aber auch für die stadsgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit Dortmunds zu werden. Klimatisierung, Compactus-Regalanlagen, Vortrags- und Ausstellungsraum sowie großzügige Unterbringungsmöglichkeiten gewährleisteten die sorgfältige und fachgerechte Archivierung der Kostbarkeiten Dortmunder Geschichte. Die mit dem Umzug und Umbau des Gebäudes verbundenen Vorbereitungs-, Beschaffungs- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die baulichen und konzeptionellen Koordinierungen mit der Firma Siemens, dem Hochbauamt, dem Immobilienmanagement der Stadt sowie den am Umbau beteiligten Firmen konnten exakt in dem vorgegebenen Zeit- und Kostenplan durchgeführt werden, so daß das Stadtarchiv lediglich in der Zeit von Juli 1998 bis Jahresende vorübergehend geschlossen bleiben mußte. Außer dem Gebäude an der Märkischen Straße 14 wird das Stadtarchiv noch in dem in unmittelbarer Nähe befindlichen städtischen Anwesen an der K pferstra e zusätzliche Räumlichkeiten für die Restaurierungswerkstatt sowie die Altschriftablage (Zwischenarchiv) der Stadt erhalten. Auch hier stießen die Bau- und Umzugsarbeiten unmittelbar vor einem erfolgreichen Abschluß. Mit der Ausstattung und dem Verbund moderner, funktionsgerechter Räumlichkeiten, großzügiger Aufgaben eines Gro stadtarchivs am Wendepunkt des 20. zum 21. Jahrhundert zu erfüllen.

Wiedereröffnung des Stadtarchivs

Am Dienstag, 27. April, 16.30 Uhr, wurde vor über 100 geladenen Gästen, Freunden und Förderern des Archivs, die offizielle Wiedereröffnung des Stadtarchivs am neuen Standort im Siemensgeb ude an der Märkischen Straße 14 gefeiert. Ein „Tag der Offenen Tür“ soll folgen, wenn die Umbau- und Umzugsma nahmen an beiden neuen Standorten des Archivs - sowohl an der Märkischen Straße als auch an der K pferstra e - inklusive der Detail- und Feinarbeiten, ganz abgeschlossen sind.

Nach der Begr uung durch den Leiter des Stadtarchivs, Dr. Günther Högl, sprachen Oberbürgermeister Günther Samlebe, Stadtdirektor und Kulturdezernent Dr. Gerhard Langemeyer sowie der Vorsitzende des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, Helmut Philippi. Für die musikalische Umrahmung des kleinen Festaktes sorgte das Gilda Razani Quintett.

Zur Historie

Das Archiv der ehemaligen freien Reichs- und Hansestadt Dortmund ist eine der ältesten Einrichtungen der Stadt Dortmund und kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Seine Anfänge lassen sich bis in das

13. Jahrhundert zurückverfolgen. Aus dieser Zeit stammen einige Urkundenl den, die heute im Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund aufbewahrt werden. Sie hatten ursprünglich ihren Platz in den Wandschränken des Obergeschosses des alten Rathauses am Markt, um bei den Sitzungen des Rates im Bedarfsfalle zur Hand zu sein. Das Stadtarchiv Dortmund besteht somit als Einrichtung seit dem späten Mittelalter und erhielt bereits im Jahre 1546 eigene Baulichkeiten, als am S dgiebel des alten Rathauses ein Archivturm angebaut wurde. In diesem Turm befand sich das Stadtarchiv bis zum Jahr 1873. Der damalige Oberbürgermeister von Dortmund, Dr. Hermann Becker, auch der „rote Becker“ genannt, seit 1871 erster Vorsitzender des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, sorgte als geschichtinteressiertes Stadtoberhaupt dafür, daß das Archiv allmählich arbeitsfähig wurde. Schließlich wollte man bei noch ausstehenden stadsgeschichtlichen Forschungen auf ein funktionierendes städtisches Archiv zurückgreifen können.

Konnte man 1872 in einem Jahresbericht des Historischen Vereins noch lesen: „Das Archiv war schwer zugänglich, nur mangelhaft bekannt und noch mangelhafter publiziert, dabei schlecht geordnet und dem Verderben ausgesetzt“, so änderte sich dieser Zustand bald zum Positiven. Auf Initiative Beckers erhielt im Juli 1873 der junge Historiker und Lehrer Dr. Karl R bel vom Magistrat den offiziellen Auftrag zur Ordnung des Stadtarchivs. Im Jahr 1875 wurde das Stadtarchiv mit der damals begründeten Stadtbibliothek, der späteren Verwaltungsbibliothek, organisatorisch verbunden.

Seit der ersten Besetzung des Stadtarchivs mit einem wissenschaftlichen Archivar 1873  bte dieser zugleich das Amt eines Schriftleiters bzw. Geschäftsführers des Historischen Vereins aus. Diese Organisationsform hat sich zum Wohle der Dortmunder Stadtgeschichtsschreibung seit nunmehr über 125 Jahren bewährt. Vom Jahr 1899 an, als Oberbürgermeister Wilhelm Schmieding - offiziell am 1. Mai - den Bezug des von Friedrich Kullrich errichteten neuen Stadthauses an der Betenstra e feiern ließ und damit auch das Dortmunder Stadtarchiv erstmals eine geräumigere Bleibe unter diesem Dach fand, wird das Stadtarchiv ohne Unterbrechung hauptamtlich betreut. Mit dem Abschluß der bereits im 19. Jahrhundert beginnenden Eingemeindung umliegender Gemeinden und Ämter in die Stadt Dortmund im Jahre 1929 wurden auch umfangreiche Amtsarchive in das Stadtarchiv übernommen. Nach Aussage der damaligen Archivdirektorin, Frau Dr. Luise von Winterfeld, war das Archiv in diesem Jahr bereits wieder „so  berf llt, daß es in seinem natürlichen Wachstum behindert“ war.

Zu einem bereits vor dem Krieg geplanten und von der Archivleitung erwünschten Neubau für das Stadtarchiv kam es nicht mehr. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs war das Archiv 1944, um die wertvollen Dokumente vor Kriegseinwirkungen zu schützen, vorübergehend in das Schulte-Witten-Haus in Dorstfeld umgesiedelt, während andere Urkunden und sonstige Bestände in das „Haus Dortmund“ in Meschede sowie das Kloster „Grafschaft“ bei Schmallenberg ausgelagert worden waren. Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß ein Teil der Archivalien in den Kriegs- und Nachkriegswirren für immer verloren ging. Nach der Befreiung Dort-

munds durch die Amerikaner befand sich das Archiv von Juli 1945 bis Mai 1947 im Hochbunker am Westpark, bevor es wieder in den Giebelbau des Alten Stadthauses am heutigen Friedensplatz zurückkehren konnte.

Fast 100 Jahre, von 1899 bis zum November 1998, befand sich das Stadtarchiv - von 1927 bis 1995 eigenständiges Verwaltungsamt - seit 1990 im Zuständigkeitsbereich des Kulturdezernates und seit 1996 als Teilbetrieb Bestandteil der städtischen Kulturbetriebe, im Alten Stadthaus. Dieser traditionsgebundene Ort vermochte jedoch nicht mehr, was die Magazinierung von Beständen und Räumlichkeiten generell anging, im Verlauf der Jahre, bedingt durch mangelnde räumliche Kapazitäten, den vielfältigen Aufgaben eines modernen Großstadtarchivs gerecht zu werden. Die neue Überplanung des Gesamtkomplexes Altes Stadthaus, in die das Stadtarchiv aus verschiedenen Gründen nicht einbezogen werden konnte, eröffnete dann mit Unterstützung des Kulturdezernenten die Möglichkeit, einen geeigneten Standort für das Stadtarchiv ausfindig zu machen und zu realisieren.

Zum Aufgabenbereich des Stadtarchivs gehört seit der Eröffnung im Jahr 1992 die organisatorische Betreuung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und der dort befindlichen ständigen Ausstellung. In den Räumen des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses wird die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“, die vom Stadtarchiv konzeptioniert wurde, auf einer Gesamtfläche von über 1.100 qm präsentiert. Im Jahr 1998 konnte die Steinwache eine Gesamtbesucherzahl von 14.410 Besuchern verzeichnen.

Umzug/ Umbau 1998-1999

4.000 wertvolle Urkunden, über 2.000 laufende Meter historischen Aktenmaterials, amtliches und außerstädtisches Schriftgut, 6.500 laufende Meter städtisches Schriftgut, über 110 wertvolle Nachlässe von Dortmunder Persönlichkeiten, dazu 40.000 Bücher zur Stadt- und Regionalgeschichte sowie 600.000 stadtgeschichtliche Fotos, 13.500 Karten und Pläne, 3.000 Videokassetten und Filme sowie einige Spezialsammlungen, darunter EDV-geschützte Dokumentation Dortmunder Persönlichkeiten - dies alles hat an der Märkischen Straße im ehemaligen Dortmunder Siemens-Haus - einen nicht nur neuen, sondern heutigen, technisch modernen Erkenntnissen angepaßten Platz. Dazu kommt der gerade vor dem Abschluß stehende Umbau eines zweiten, der Stadt gehörenden Gebäudes an der Küberstraße, nicht weit von dem neuen Haupthaus. Hier werden die dem Stadt-

archiv unterstellte Altschriftablage (Zwischenarchiv) der Stadtverwaltung (6.500 laufende Meter Aktenmaterial) sowie die Restaurierungswerkstatt des Stadtarchivs einziehen, die bisher unter enormer Platznot gelitten hatten. Nun bekommen auch diese sowohl für die gesamte Stadtverwaltung als auch für die städtischen Kulturbetriebe wichtigen Einrichtungen ein zeitgemäßes und gleichzeitig funktionsgebundenes Outfit.

Neue Perspektiven

Die neuen Gebäude stellen eine Herausforderung für die Zukunft im Sinne einer konsequenten Optimierung der archivinternen und externen Öffentlichkeitsarbeit dar. Nun kann, aufgrund neuer Kapazitäten, die archivische Grundlagenarbeit, bestehend aus der Sicherung und Ergänzung stadthistorisch relevanter Informationsträger, des fachgerechten Erwerbens, Sammelns, Bewertens und in der Aufbereitung von Akten und Nachlaßbeständen für die öffentliche und wissenschaftliche Nutzung weiter stringent fortgesetzt werden. Hieraus ergibt sich zusätzlich ein weiteres Plus im Sinne einer bürgerorientierten Arbeit des Archivs. Erstmals in seiner über 400jährigen Geschichte kann sich das Stadtarchiv im „eigenen“ Gebäude für die breite Öffentlichkeit als ein „Haus der Dortmunder Stadtgeschichte“ präsentieren. Der neue Vortragssaal, der auch für kleinere stadthistorische Ausstellungen genutzt werden kann, ein Seminarraum für die Betreuung von Schüler- und Besuchergruppen sowie für die Abhaltung kleinerer Veranstaltungen, Tagungen etc., wesentlich verbesserte Arbeitsbedingungen für die Archivbenutzer in einem modernen Leseraum, der jetzt erstmals auch für Behinderte zugänglich ist, optimieren die bisher unzureichende Infrastruktur.

Stadtarchiv Dortmund Märkische Straße 14 44135 Dortmund

Öffnungszeiten:

| | |
|---------------------|--------------------|
| Dienstag - Mittwoch | 8.00 - 15.45 Uhr, |
| Donnerstag | 8.00 - 17.15 Uhr, |
| Freitag | 8.00 - 12.00 Uhr; |
| Benutzerberatung | 10.00 - 11.45 Uhr. |

Günther Högl

AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Münster, Vereinigte Westfälische Adelsarchive e.V.

Adelsarchivdepot vertraglich gesichert

Westfalen verfügt über besonders eine große Anzahl Adelsarchive in Privatbesitz. Die meisten von diesen - etwa 60 Archivbestände mit ca. 80.000 Urkunden und ca. 350 Aktenbänden - werden noch heute in den Schlössern und Häusern der Eigentümer aufbewahrt und vor Ort vom Westfälischen Archivamt fachlich betreut. Archive, bei denen dieses nicht möglich ist, können in ein Archivdepot der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V. überführt werden, für das das Westfälische Archivamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe seit 1987 Räume auf Schloß Cappenberg zur Verfügung gestellt hat.

Mit dem Bezug des Neubaus des WAA wurde das Depot wegen der besseren konservatorischen Bedingungen und der leichteren Zugänglichkeit für die Benutzer in das Magazin des Archivamtes im Gebäude Jahnstraße 26 in Münster verlagert. Hierüber wurde ein neuer Vertrag zwischen den Vereinigten Westfälischen Adelsarchiven e.V. und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe geschlossen, der den Verbleib der Archivbestände in diesem modernen Archivbau für mindestens 15 Jahre sichert.



Der Vorsitzende der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V., Freiherr von und zu Brenken (links), und der Kulturdezernent des Landschaftsverbandes, Prof. Dr. Karl Teppe, bei der Unterzeichnung des Vertrages auf Schloß Erpernburg in Büren-Brenken am 29. Oktober 1999

Archivpflege in Westfalen und Lippe 51, 1999

Gelsenkirchen, Stadtarchiv

Die Anschrift des Stadtarchivs Gelsenkirchen hat sich geändert:

Institut für Stadtgeschichte/Stadtarchiv
Wissenschaftspark, Munscheidstraße 14,
45886 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/167 2962

Fax: 0209/167 2951

e-mail: institut-stadtgeschichte@gelsenkirchen.de

internet: <http://www.institut-fuer-stadtgeschichte.de>

Harsewinkel: Schriftenreihe des Stadtarchivs

Mit zwei Heften hat das Stadtarchiv Harsewinkel in diesem Frühjahr seine Schriftenreihe begonnen. Kurz vor Ostern erschien als Heft 1 unter dem Titel „Löwe, Pferd und Kamm“ eine Geschichte des Harsewinkeler Stadtwappens. Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der kommunalen Heraldik geht der Autor, Stadtarchivar Eckhard Möller, zunächst auf die Wappen des Amtes Harsewinkel und der amtsangehörigen Gemeinden ein, die im Jahr 1939 verliehen worden sind. Daran schließt sich ein Abschnitt über das Wappen an, das der aus den Gemeinden Harsewinkel, Marienfeld und Grefen 1973 gebildeten Stadt ein Jahr später verliehen wurde.

In einem abschließenden Kapitel wird das seit einigen Jahren gebräuchliche Logo der Stadt vorgestellt, daß in der alltäglichen Korrespondenz und der Öffentlichkeitsarbeit das Wappen verdrängt hat.

Das im Mai erschienene zweite Heft beschäftigt sich mit der Geschichte der Harsewinkeler Rathäuser seit 1894. Bis dahin war die Amtsverwaltung jeweils in den privaten Häusern oder Wohnungen des Amtmannes untergebracht. Während das Amtshaus aus den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis 1960 ausreichte, erwies sich das in jenem Jahr bezogene Rathaus bereits in den 90er Jahren zu klein. Aus Anlaß der Einweihung des Rathauses 2, in das auch das Stadtarchiv mit dem Magazin umgezogen ist, erschien nun, ebenfalls vom Stadtarchivar verfaßt, ein Rückblick auf die Harsewinkeler Rathausgeschichte.

Beide Broschüren wurden durch großzügige Spenden von Sponsoren unterstützt, durch die das Erscheinen sichergestellt werden konnte. Interessenten können die Hefte beim Stadtarchiv Harsewinkel bestellen.

Eckhard Möller

Harsewinkeler Schüler erfolgreich

Einen ersten Preis gewannen die sechs Schülerinnen und Schüler des evangelischen Religionskurses der 10. Jahrgangsstufe am Harsewinkeler Gymnasium, die sich am Wettbewerb „Juden und Christen in Nachbarschaft“ der Evangelischen Landeskirche von Westfalen beteiligt hatten. Ausführlich beschäftigten sich die vier Jungen und zwei Mädchen mit den die Juden betreffenden Akten im Stadtarchiv und den bereits veröffentlichten Berichten und Dokumenten zur kleinen jüdischen Gemeinschaft in Harsewinkel.

Ernst Tilly (Bünde), Mitglied der Kirchenleitung, hob in seiner Rede anlässlich der Preisverleihung hervor, daß die Jury vor allem die differenzierte Beurteilung der Quellen durch die Schülerinnen und Schüler und nicht

zuletzt die ansprechende Präsentation der Ergebnisse auf einer CD-ROM bewogen habe, der Harsewinkeler Gruppe den 1. Preis zuzusprechen.

In vier Abschnitten stellen die jungen Autorinnen und Autoren der CD-ROM zunächst die Geschichte der jüdischen Familien in Harsewinkel - mit ausführlichen Stammbäumen - und die Entwicklungen während des Nationalsozialismus dar. In den beiden folgenden Abschnitten geht es um die Wiedergutmachung und schließlich um das durch Memoiren gut dokumentierte Schicksal der Familie Mendels.

Interessenten könne die CD-ROM über das Stadtarchiv Harsewinkel beziehen.

Eckhard Möller

HINWEISE AUF NEUE BÜCHER

Zwischen Disziplinierung und Integration: Das Landesjugendamt als Träger öffentlicher Jugendhilfe in Westfalen und Lippe (1924-1999); hrsg. v. Markus Köster und Thomas Küster, Paderborn 1999, zahlr. Abb., X u. 358 S. (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 31).

75 Jahre Landesjugendamt - ein geeigneter Anlaß für eine Dienststelle des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, wie man zunächst vielleicht meinen könnte, die eigenen Leistungen der vergangenen Jahrzehnte in einer Festschrift öffentlichkeitswirksam und dadurch eventuell auch unkritisch darzustellen. Die Einbindung des Beitragsbandes auf Anregung des zuständigen Landesrates Prof. Dr. Dr. Wolfgang Gernert in die Veröffentlichungsreihe *Forschungen zur Regionalgeschichte* des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte läßt jedoch schon auf eine völlig andere Form der Darstellung schließen. Wissenschaftliche Veröffentlichungen, auch zu anderen klassischen Aufgabenbereichen des Provinzial- bzw. Landschaftsverbandes in den vergangenen Jahren wie etwa Kulturpolitik (Ditt), allgemeine Fürsorge (Frie) und Anstaltspsychiatrie (Kersting, Walter, Küster) haben bereits einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlich fundierten Aufarbeitung eines Teils der Verbandsgeschichte geliefert.

Der Veröffentlichung liegt eine klare Dreigliederung zugrunde. Der erste Teil befaßt sich aus gegebenem Anlaß mit der Geschichte des Landesjugendamtes als Institution, dabei zunächst mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen und politischen Entwicklungslinien, wobei alle wesentlichen Zeitepochen in eigenständigen Ausätzen bearbeitet wurden (die Anfänge, das Dritte Reich, die Nachkriegszeit 1945-1960, die 60er Jahre, die siebziger und achtziger Jahre). Damit wird den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geboten, bei Fragestellungen, die sich auf besondere Zeitabschnitte beziehen, gezielt Antworten zu suchen. Den leitenden Beamten des Landesjugendamtes wurde ein eigener Beitrag gewidmet. In weiteren drei Aufsätzen wird das nicht immer unproblematische Verhältnis in der regionalen Jugendhilfe zwischen dem Landesjugendamt, den kommunalen Ju-

gendämtern und den freien Trägern beleuchtet. Der zweite Teil des Beitragsbandes befaßt sich mit den Aufgabenfeldern in historischer Perspektive als da sind: die öffentliche Erziehung (Fürsorgeerziehung, Freiwillige Erziehungshilfe, Geschichte der eigenen Heime), die Jugendarbeit (Jugendpflege bis 1945, Jugendhof Vlotho, Förderung „Offener Jugendarbeit“), die Jugendsozialarbeit und der Jugendschutz sowie die Kinder- und Familienhilfe (Kindergartengeschichte, Adoptionshilfe, Pflegekinderwesen). Der dritte und letzte Teil richtet den Blick auf Gegenwart und Zukunft des Landesjugendamtes. Er skizziert bedingt durch den Wegfall der öffentlichen Erziehung als Folge des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zum 1.1.1991 die Entwicklung von einer pädagogischen Fachbehörde hin zu einem Dienstleistungsunternehmen mit der Notwendigkeit einer völligen Neuorganisation. Darüber hinaus wird den Leitungen der Referate „Grundsatzfragen“, „Jugendförderung“, „Kinderhilfe“ und „Erzieherische Hilfen“ Raum geboten, ihre Tätigkeit einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen - im übrigen der einzige Teil, der allein von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesjugendamtes ausgefüllt wird.

Wer mit der Konzeption von wissenschaftlichen Beitragsbänden vertraut ist, kennt die Schwierigkeiten eines solchen Projektes. Den Herausgebern und Mitautoren Markus Köster und Thomas Küster ist es zweifelsohne gelungen, eine umfassende wissenschaftliche Darstellung regionaler Jugendhilfe in acht Jahrzehnten zu erstellen. Besonders hervorzuheben ist das Konzept, Fachleute aus unterschiedlichen Disziplinen (Historiker, Verwaltungsfachleute, Juristen, Pädagogen und Sozialpädagogen) als Autoren in dieser Publikation zu vereinigen. So wird dieser Band, der zudem auch anschaulich bebildert ist, nicht nur für Fachleute von Bedeutung sein, sondern auch den interessierten Laien ansprechen. Leider wurde auf die Erstellung eines Sach- und Personenindexes verzichtet.

Entstanden ist eine durchaus auch kritische Festschrift, die dem Anlaß - 75 Jahre Landesjugendamt - alle Ehre macht.

(Tie)

Angelika Menne-Haritz: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie. Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, 2. überarb. Aufl., Marburg 1999 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg Nr. 20). DM 20.-

Auch das Archivwesen hat eine eigene Fachsprache entwickelt, in der bestimmte Begriffe eine zentrale Rolle spielen. Diese Begriffe zu erfassen und sie verständlich und allgemein verbindlich zu definieren ist Anliegen dieses Heftes. Aus der Praxis der Archivschule erwachsen, wendet es sich nicht nur an die dort Studierenden, sondern ebenso an alle, die sich mit dem Archivwesen beschäftigen. Mit Recht wird in der Einleitung darauf hingewiesen, daß zentrale Begriffe im Archivwesen in anderen Bereichen in gänzlich anderer Weise verwandt werden. Die derzeitige Verwendung des Begriffs „Archiv“ in der elektronischen Datenverwaltung ist nur das auffälligste Beispiel. Um so notwendiger ist es, sich seiner Sprache zu vergewissern und eine klar definierte Begrifflichkeit nicht nur unter sich, sondern auch gegenüber anderen zu verwenden.

Bei den erläuterten Begriffen handelt es sich um Schlüsselbegriffe, d. h. um eine Auswahl besonders wichtig erscheinender zentraler Begriffe. Es sind Begriffe, die aus dem engeren Tätigkeitsfeld des Archivars stammen. Quellen- und aktenkundliche Termini fehlen fast ganz. Zwar sind Akte, Amtsbuch, Kopialbuch oder Riß definiert, nicht aber Brief, Urbar, Lagerbuch oder gar Patent. Urkunde ist als Schlüsselbegriff aufgenommen, doch nicht Diplom oder Mandat. Ausgespart wurden auch Begriffe der historischen Hilfswissenschaften wie Siegel und Wappen. Die hier definierten Begriffe konzentrieren sich hauptsächlich auf den Bereich zwischen Archiv und Verwaltung. Erfasst wird das Handeln der Verwaltung in seiner Bedeutung für die Tätigkeit des Archivars. Hierhin gehören auch die Diagramme zur Erläuterung von Fachbegriffen, die sich im Anhang befinden.

Trotz der erkennbaren Bemühungen, die Begriffe möglichst klar und eingängig zu definieren, was zumeist gelungen ist, kommt es doch mitunter zu umständlichen und unscharfen Formulierungen. So fehlt etwa bei „Ausfertigung“ der Hinweis, daß es sich um eine Reinschrift handelt, und bei „Regest“ sollte in die Definition „Rechtsinhalt“ aufgenommen werden. „Laufender Meter“ bleibt unverständlich, so lange die Höhenangabe nicht angegeben ist.

Bei der Benutzung dieses Heftes sollte man sich darüber im Klaren sein, daß hier ausschließlich die Terminologie der Archivschule Marburg verwandt und propagiert wird und nur Begriffe aufgenommen wurden, die von der Archivschule akzeptiert werden. Da es sich bei dieser Publikation um Lehrmaterial des Faches Archivwissenschaft an der Marburger Archivschule handelt, ist dieses Vorgehen zwar verständlich, dennoch geht es nicht an, daß anscheinend nicht akzeptierte, gleichwohl im Archivwesen gängige Begriffe nicht vorkommen, etwa „Bär'sches Prinzip“ oder „Dokumentationsprofil“. Regelrecht unterschlagen werden Begriffe, die der Archivterminologie der DDR entstammen wie „Registraturbildner“ oder „Wertkategorie“. Es paßt zum Bild, daß das Lexikon Archivwesen der DDR, das 1979 in dritter Auflage erschien, überhaupt nicht erwähnt wird. Ein derartiges Vorgehen wirkt ideologisierend und ist der Sache nicht dienlich. Ein Archivlexikon, das die Begrifflichkeit des Archivwesens verständlich erfaßt und für den Archivar eine echte Arbeitshilfe darstellt, bleibt weiterhin ein Desiderat.

(Bo)

Beate Sophie Gros, Das Hohe Hospital in Soest (ca. 1178-1600). Eine prosopographische und sozialgeschichtliche Untersuchung, Münster 1999 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXV. Urkunden-Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten Bd. 5).

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, - eine gefälschte Urkunde des 14. Jahrhunderts nennt die Jahreszahl 1178 -, wurde in Soest ein hl. Geist-Hospital gestiftet, das für die Unterbringung von Armen und Kranken gedacht war. Anders als in anderen Städten, wo sich die Spitaler am Stadtrand befanden, erfolgte in Soest die Gründung in der Stadtmitte in einem Bauwerk, das als erzbischöfliche Pfalz angesprochen wird. Das an so prominenter Stelle auf Initiative der Bürger und zweifellos mit Billigung des Erzbischofs errichtete Hospital unterstand der Aufsicht des Rates, der Spitalmeister einsetzte und Ordnungen für das Haus erließ. Als 1304 ein neues Hospital beim Jakobitor gegründet wurde, das 1321 in den Großen Mariengarten verlegt wurde, erfolgte in den kommenden Jahrzehnten die Umwandlung des Hohen Hospitals in einen Jungfernkloster, in dem unverehelichte Frauen christlich zusammenleben sollten. Obwohl 1311 den dort lebenden Frauen vom Rat befohlen wurde, Kleidung nach Art der Beginnen zu tragen, handelte es sich doch nicht um ein Beginnenhaus, sondern um einen Kloster mit einer Tendenz zum Stift. Die Frauen standen unter der Aufsicht von zunächst 6 Hospitalvormündern bzw. ab 1417 2 Hospitalherren, die vom Rat bestimmt wurden, und von 4 Meisterschen, die von den Jungfern gewählt wurden. Ursprünglich existierten 46 Präbenden, die jedoch niemals sämtlich besetzt waren und vermutlich infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei der Auflösung 1809 auf weniger als 20 zusammengeschmolzen waren.

Die vorliegende Untersuchung, die an der Universität Münster als Dissertation entstand, gliedert sich in drei Teile. Die ersten zwei Teile behandeln die beiden Phasen der Entwicklung des Hospitals als Armen- und Krankenhaus und als Jungfernkloster. Eingehend werden in diesen beiden historischen Teilen die Verwaltung, die Insassen und deren Zusammenleben im Hospital vorgestellt. Nicht so deutlich werden die wirtschaftlichen Grundlagen. Die Quellen, Einkünfteverzeichnisse und Rechenbücher, werden zwar erwähnt, doch konnte eine detaillierte Auswertung nicht erfolgen (S. 96). Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf den personen- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen. Zu den 21 Provisoren, 6 Spitalmeistern, 3 Priestern, 46 Hospitalvormündern, 12 Vögten und 14 Rektoren, insbesondere aber zu den 291 Jungfern, die bis 1600 Insassen des Hohen Hospitals waren, wurde umfangreiches prosopographisches Material zusammengetragen, das die Identifizierung und zeitliche Einordnung der einzelnen Personen erlaubt und den Zusammenhang mit den städtischen Familien und deren sozialen Stellung herstellt. Deutlich wird hierdurch die enge Verflechtung der Jungfern mit den Amtsträgern und ihre Herkunft aus der städtischen Mittel- und Oberschicht. Das Hohe Hospital, das zu den ältesten Wohlfahrtsanstalten in Westfalen gehörte, wird damit in seiner sozialen Funktion für die Stadt dargestellt. Der Wandel, dem es unterworfen war, ergab sich aus den Bedürfnissen der Soester Bevölkerung, die offenbar ein Haus für Frauen benötigte, das hinsichtlich seiner Funktion zwischen einem Kloster oder Stift und einem Schwestern- oder Beginnenhaus, die beide vor-

handen waren, anzusiedeln war. Diese besondere weibliche Versorgungsanstalt in Soest, ihre Funktion und Organisation erstmals umfassend dargestellt zu haben, ist das Verdienst dieser Arbeit. Im Westfälischen Klosterbuch wird das Hohe Hospital nicht erwähnt!

(Bo)

Olpe in Geschichte und Gegenwart: Jahrbuch des Heimatvereins für Olpe und Umgebung, Olpe, 6 (1998) und 7 (1999), je DM 17,- ISSN 0943-996X.

Seit 1993 bereichert der Heimatverein für Olpe und Umgebung die Anzahl der lokal- und heimatgeschichtlichen Veröffentlichungen des südlichen Sauerlandes durch eine eigene Jahresgabe, die seit Band 3 den Titel Jahrbuch trägt. Unter der redaktionellen Betreuung durch den Olper Stadtarchivar Josef Wermert werden Jahr für Jahr zahlreiche Beiträge zu heimatgeschichtlichen Themen, aktuelle Berichte aus dem Vereinsleben und der Heimatpflege sowie Rezensionen und statistische Angaben der Stadt Olpe veröffentlicht. Zur Verdeutlichung des inhaltlichen Spektrums der Jahrbücher sollen beispielhaft drei verschiedene Beiträge herausgegriffen werden.

Das Jahrbuch 1998 bringt anlässlich des 350jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens eine Edition der Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges aus dem Stadtarchiv Olpe. Aufgrund zweier Stadtbrände ist die Überlieferung im städtischen Archiv gering: nur wenige Dokumente - sie nehmen im Abdruck knapp 30 Seiten ein - blieben erhalten. Die von Josef Wermert gebotenen Regesten, vollständigen Transkriptionen, Quellenangaben und Vermerke über einen älteren Abdruck ermöglichen es einem breiten Personenkreis Einblick zu nehmen in eine entbehrungsreiche Zeit, die in Umrissen für die Stadt Olpe erkennbar wird.

Ebenfalls in Band 6 (1998) findet sich die Metarezension von Heribert Gruß über sein Buch „Erzbischof Lorenz Jaeger als Kirchenführer im Dritten Reich“. Diese ebenfalls im Jahrbuch des Heimatvereins von Hans-Bodo Thieme rezensierte und insgesamt zwiespältig aufgenommene Publikation über den in Olpe geborenen Erzbischof von Paderborn war 1995 erschienen. Gruß nutzt seine ausführliche Metarezension nun für Rechtfertigungen, um schließlich die in seinem Buch entwickelte neue Sichtweise der Rolle Jaegers in der NS-Zeit zu untermauern. Die Breite des für die Diskussion in Anspruch genommenen Raumes belegt, daß ein endgültiges und unumstößliches Urteil über die Bedeutung Jaegers nicht in greifbarer Nähe liegt und weiterer Forschungsbedarf besteht.

In den Jahrbüchern 6 und 7 beschäftigt sich der Linguist Dr. Werner Beckmann mit den Mundarten des Kreises Olpe. Nach umfangreichen und fundierten Darlegungen über die Herkunft der Mundarten des Kreises Olpe kommt er zu dem Schluß, daß im Kreisgebiet zwei niederdeutsche Sprachzweige aufeinandertreffen: das Niedersächsische und das Niederfränkische. In einem zweiten Aufsatz vergleicht Dr. Beckmann die 1877 in der Stadt Olpe notierten 40 Wenkschen Sätze - benannt nach einem deutschlandweiten Mundartprojekt Georg Wenkers - mit dem heute noch in Olpe gesprochenem Dialekt. Er kann Veränderungen feststellen und fordert eine erneute Abfrage der Wenkschen Sätze im Kreis Olpe, um die sprachlichen Veränderungen zu dokumentieren.

Die Beispiele deuten die thematische Vielfalt der Jahrbücher, in denen Beiträge über die ehemals selbständigen Gemeinden der heutigen Stadt Olpe in einem ausgewogenen Maß vertreten sind, an. Die vom Stadtarchiv erarbeitete jährliche Olper Bibliographie, die in ihrer Gründlichkeit allen Ansprüchen gerecht wird, ergänzt jeden Band um einen wichtigen Beitrag. Insgesamt bleibt festzustellen, daß die Jahrbücher des Heimatvereins für Olpe und Umgebung e. V. die gelungene Einbindung eines Kommunalarchivs in seinen Archivsprengel dokumentieren. Lokalgeschichtliche Forschung und Öffentlichkeitsarbeit finden hier eine Verbindung, die auch für andere Archiv beispielhaft sein kann.

Rico Quaschny

Möller, Eckhard: Die Maires, Amtmänner, Amtsbürgermeister und Gemeindedirektoren in Herzebrock-Clarholz : 1808 - 1999 / [Recherche und Text: Eckhard Möller]. - Herzebrock-Clarholz, 1999. - 43 S.

Einen Rückblick auf 190 Jahre kommunale Verwaltung bietet die von der Gemeinde Herzebrock-Clarholz herausgegebene Broschüre „Die Maires, Amtmänner, Amtsbürgermeister und Gemeindedirektoren in Herzebrock-Clarholz“. Angefangen mit dem Herzebrocker Maire der Jahre 1807 bis 1817 Carl Henrich Batsche, über den ersten Amtmann des Amtes Herzebrock-Clarholz Friedrich-Wilhelm Breme, der es auf stolze 35 Jahre an der Spitze der Verwaltung brachte, bis hin zum am 30. September 1999 ausgeschiedenen Gemeindedirektor Josef Korsten hat Gemeindecarchivar Eckhard Möller in tabellarischer Form die Lebensläufe der örtlichen Spitzenbeamten zusammengestellt. Soziale Herkunft der Beamten, ihr beruflicher Werdegang und ihr Wirken in Herzebrock und Clarholz werden in übersichtlicher Form dargestellt. Die meisten Lebensläufe sind mit einem Portraitfoto bebildert.

Waren die ersten preußischen Bürgermeister nach 1816 auswärtige Beamte, die auf eine Offizierslaufbahn zurückblicken konnten, wurde 1851 mit dem Geometer Friedrich Wilhelm Breme ein Einheimischer als Amtmann des Amtes Herzebrock-Clarholz gewählt. Für dieses war ein Jahr zuvor die Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Rheda aufgehoben worden. Die Ernennung des von der Amtsvertretung gewählten Breme stieß bei der Regierung in Minden auf Widerstand, weil ihm die berufliche Qualifikation fehlte, konnte aber wegen der Regelungen der Gemeindeordnung von 1850 letztlich nicht verhindert werden.

Auffällig an den Lebensläufen ist, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die meisten Amtmänner aus landwirtschaftlichen Verhältnissen kamen. Das kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß die Laufbahn in der Kommunalverwaltung typisch für gesellschaftliche ‚Aufsteiger‘ war.

Den Lebensläufen vorangestellt ist ein kurzer Aufsatz, der einen Überblick über die Verwaltungsstrukturen und ihren Wandel von der Zeit der napoleonischen Staatsgründungen über die lange preußische Ära bis zur kommunalen Demokratie unserer Tage gibt. Die Broschüre ist für Interessenten kostenlos zu erhalten im Bürgerbüro der Gemeindeverwaltung oder im Gemeindecarchiv.

Eckhard Möller

Vollmer, Matthias: Die Flurnamen der Stadt Spenge (=Flurnamen in Ostwestfalen und Lippe, Bd. 1) Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1996. 95 Seiten, davon 22 Karten.

M. Vollmers Arbeit ist ein Neben-Produkt seiner Bielefelder Dissertation: Zur Mikrotyponomie eines ostwestfälischen Ortspunktes. Die Flurnamen der Stadt Spenge. Lage 1997. Kernstück der hier zu besprechenden Arbeit ist das Kapitel 9 mit einer Sammlung von 22 Karten im Maßstab 1 : 7500, in die die den einheimischen Mundart-Sprechern heute geläufigen Flurnamen eingetragen sind. Der theoretische Teil betont neben allgemeineren Bemerkungen zur Charakteristik der Flurnamen besonders deren geschichtliche Seite: ihr Alter (19-20), ihre schriftliche Überlieferung über mehr als 600 Jahre (23-27), ihre Aussagekraft für die Orts-Geschichte (27-34). Das Verfahren der Datenerhebung der mündlichen Formen und ihrer Verschriftung wird ausführlich beschrieben (35-42). Den Karten folgt ein Glossar, ein kleines, leider unvollständiges Übersetzungs-Wörterbuch zu den in den Flurnamen verfguten niederdeutschen Appellativen (67-71). Den Schluß bilden mehrere Register: eines der Flurnamen (71-89), eines der Hof- und Besitzungsnamen (90-92) und eines der in Flurnamen enthaltenen niederdeutschen Familiennamen (93).

Flurnamen sind nur und ausschließlich sprachliche Zeichen. Damit gehören sie zunächst in die Hand des Sprachwissenschaftlers. Sie weisen aber auf Sachen, die geologisch, geographisch und topographisch, siedlungs-, wirtschafts- und technik-geschichtlich, zoologisch und botanisch ausgewertet werden können (14-17). „Flurnamenforschung ist demnach interdisziplinär auszuwerten“ (15). Daß diese weitergehende Auswertung hier nicht mehr erbringt als eine kleine Typologie nach Gruppen (15-17), kann einem Sprachwissenschaftler nicht vorgeworfen werden. Er stellt nur das aufbereitete Material für die Auswertung zur Verfügung anderer Disziplinen. So kann er mit nur sprachlichen Mitteln nicht klären, ob etwa die *Müele* 'Mühle' eine Wasser- oder eine Windmühle war, und auch nicht, was hier verarbeitet wurde, ob es sich um eine Korn-, eine Säge- oder eine Walkmühle handelte, wenn sie nicht mehr vorhanden ist.

M. Vollmer betont nachdrücklich, daß in den Flurnamen ein Gemenge von älteren und jüngeren Bildungen vorliegt. Daraus aber folgt, daß sie, um sie zum Sprechen zu bringen, mit äußerster sprachwissenschaftlicher Sorgfalt aufgearbeitet und dargestellt werden müssen. Das heißt, daß in jedem einzelnen Fall das zu Grunde liegende appellative Material festgestellt werden muß. Daß dabei kaum sprachliches Sondergut begegnet, daß das meiste banal ist und in gleichen oder ähnlichen Formen überall in Westfalen vorkommt, hindert nicht die Notwendigkeit der Aufgabe.

Nun verstören aber zwei grundsätzliche Aussagen M. Vollmers in erheblichem Maße: zum einen beschränkt sich seine Arbeit „ausschließlich“ auf die heute gängigen mündlichen Formen (11); und weiter: „In ihrer Eigenschaft als Eigennamen können Flurnamen namenkundlich ausgewertet werden, ohne daß Fragen der Bedeutung mitschwingen.“ (15). Zunächst die Einwände zum zweiten Punkt.

Zur Feststellung der Flurnamen gehört, wenn nicht eine zweck-neutrale und damit nutzlose Verzeichnung vorge-

legt werden soll, zwingend notwendig auch die Feststellung des ihnen zuvor liegenden appellativen Wortschatzes, der *i m m e r* eine Bedeutung mitbringt und sie in die Namen hinein vermittelt. Davon abzusehen, ist völlig unmöglich, und die zitierte, für grundsätzlich ausgegebene *Maxime* ist falsch. Daß sie grundfalsch ist, ahnt M. Vollmer wohl selbst. Denn er verletzt sie zugleich durch seine Typen-Aufteilung (15-17) und durch das Glossar (67-71). Beide sind allerdings - und das mag er wieder mit dieser *Maxime* begründen - unzureichend, weil unvollständig. Er erklärt dadurch nämlich das, was die un-aufgebar notwendige Grundlage einer Flurnamen-Sammlung in sprachwissenschaftlicher Absicht sein muß, zu einer beliebigen und überflüssigen Zutat. Und wie sollen Vertreter der nicht-philologischen Fächer die sachliche interdisziplinäre Auswertung übernehmen können, wenn sich ihnen der sprachwissenschaftliche Bearbeiter im Verzicht auf Bedeutung ausdrücklich entzieht und implizit ihnen nur halbherzig zuarbeitet?

Der erste Punkt ist genauso schwerwiegend: die ausschließliche Eingrenzung auf die Mündlichkeit. Was sollen dann die breiten Auslassungen über die Geschichtlichkeit und den Wandel der Flurnamen in über 600 Jahren? Zur Sprache gehört notwendig ihre Geschichtlichkeit: das weiß M. Vollmer allerdings nur theoretisch. Denn für die praktische Durchführung hat dies keinerlei Auswirkung. Dabei gehört auch die Geschichtlichkeit zum vom Verfasser breit beschworenen „Kulturgut“ (15). Zu dessen Entfaltung aber gehören dann auch die alten, hie und da in Urkunden und Urbaren erwähnten Flurnamen bis hin zu ihrer systematischen Verzeichnung in den von der preußischen Verwaltung angeordneten Urkatastern der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Erst aus dem Vergleich der eher zufälligen Nennungen in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen mit denen der Protokolle der Marken-Teilungen, denen der preußischen Kataster und den gegenwärtigen Formen kann überhaupt irgend etwas über die Geschichtlichkeit dieser sprachlichen Zeichen erhoben werden. Die Auswertung der Urkunden, Urbare und Teilungs-Rezesse ist gewiß mühselig und zeitraubend, auch wenn die wichtigsten Texte immerhin in guten Drucken vorliegen. Aber ohne die Bereitschaft zu dieser Arbeit, mit ausschließlicher Fixierung nur auf die gegenwärtige Mündlichkeit bleibt das ganze Unternehmen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen unhistorisch.

Dadurch geraten diese Beteuerungen zur kreiselnden Redundanz. Sie könnten nur dann überzeugen, wenn die geschichtliche Überlieferung nicht nur breit behauptet, sondern als Material vorgezeigt, dargestellt und ausgewertet würde.

Das Literatur-Verzeichnis, das an das Ende gehört, findet sich mitten inne (42): es führt gezählte 22 Titel, wobei alle Autoren nach häßlicher Unsitte durch Abkürzung um ihre Rufnamen gebracht werden. Da finden sich unter anderem Arbeiten zur niederdeutschen Sprachgeschichte und Mundartforschung, die kaum ausgewertet werden. An einschlägigen Arbeiten zur westfälischen Flurnamen-Forschung, werden zwei Projekt-Beschreibungen von Gunter Müller und Timothy Sodmann genannt. Von der vergleichenden Flurnamen-Sammlung wird nur die von Ulrich Scheuermann über die Flurnamen von Rotenburg an der Wümme aufgeführt; aber es fehlt jeder Hinweis auf die von der Münsterschen Schule

gut aufgearbeiteten Flurnamen einzelner westfälischer Orte, die doch erheblich näher liegen. Von ihnen sei nur eine musterhafte Darstellung genannt, die von Elisabeth Piirainen: Flurnamen in Vreden. Textband. Kartenband. Vreden 1984. Sie zeigt, daß jedem einzelnen Flurnamen in alphabetischer Folge ein eigener Artikel zusteht, in dem, wenn vorhanden, auch die spätmittelalterliche und/oder frühneuzeitliche schriftliche Überlieferung dargestellt wird. Und in jedem einzelnen Fall wird mit dem mittel- oder neuniederdeutschen Wortschatz bündig auf die Bedeutung eingegangen. Das setzt Maßstäbe für weitere Arbeiten in einem intensiv aufzuarbeitenden Klein-Raum, wie ihn heute eine niederdeutsche Stadt-Gemeinde darstellt. Genau so beispielhaft ist die von Heinrich Dittmaier für das Rheinland erstellte Gesamt-Übersicht: Rheinische Flurnamen. Bonn 1963. Damit wurden Standards gesetzt, hinter die man heute nicht mehr zurück fallen sollte. Ebenso wie diese maßgebenden Abhandlungen fehlen im Besonderen zum Element *siek* die

Ausführungen von Bernd-Ulrich Kettner: Das Namen-Grundwort *siek* in Südniedersachsen, in: Niederdeutsches Wort 11 (1971), 37 ff. und Bernd-Ulrich Kettner: Flussnamen im Stromgebiet der oberen und mittleren Leine. Rinteln 1972, 279-283, 374-378.

Ein Anlage nach solchen zu fordernden Einzel-Kapiteln bietet dann weiter die Gelegenheit, über die notwendige sprachliche Erklärung und Bedeutungs-Analyse auch zu den auch von M. Vollmer geforderten außersprachlichen Sach-Erklärungen beizutragen.

Für weitere zu wünschende und in Planung befindliche Arbeiten im ostwestfälisch-lippischen Raum kann die nur theoretisch aufwendige, aber mit zu bescheidenen praktischen Ergebnissen aufwartende Arbeit M. Vollmers jedenfalls nicht als Vorbild empfohlen werden.

Paul Derks

ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN UND LIPPE – Im Auftrage des Landschaftsverbandes Wesfalen-Lippe – Westfälisches Archivamt – herausgegeben von Norbert Reimann und Horst Conrad. – Selbstverlag des Westfälischen Archivamtes. Verlagsleitung: Josef Häming. – Erscheint im April und Oktober eines jeden Jahres. –
Redaktion: Brigitta Nimz in Verbindung mit Wolfgang Bockhorst und Werner Frese. –
Zuschriften an das Westfälische Archivamt, Redaktion, 48133 Münster –
Telefon: 0251/591 3895 und 3887; Telefax: 0251/591 269; – e-mail: westf.archivamt@lwl.org –
Herstellung: Josef Kleyer, Münster-Roxel.
Mit Verfasseramen bezeichnete Artikel stehen in deren Verantwortung.

ISSN 0171-4058